



BERICHTE • MEINUNGEN • HINTERGRÜNDE



Schwerpunkt:

Europaarbeit der Landkreise

Themen:

Für ein gutes Leben im Alter

Ergebnisse der Kreistagswahl
vom 25. Mai 2014

Nachrichten:

75 Jahre
Landkreis Emmendingen

Meilenstein für
den Klimaschutz

Kommunale
Gesundheitskonferenz
im Landkreis Reutlingen

Personalien:

Dr. Martin Kistler
zum Landrat im
Landkreis Waldshut
gewählt



Geschäftsstelle, Panoramastraße 37, Stuttgart

HERAUSGEBER:

Landkreistag Baden-Württemberg
Panoramastraße 37, 70174 Stuttgart
Telefon 07 11 / 22 46 20
Telefax 07 11 / 2 24 62-23
www.landkreistag-bw.de
posteingang@landkreistag-bw.de

REDAKTION:

Hauptgeschäftsführer
Prof. Eberhard Trumpp
Jan-Ole Langemack

STÄNDIGE MITARBEIT:

Pressestellen der Landratsämter
in Baden-Württemberg

EMPFÄNGER:

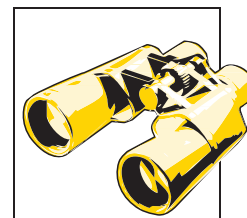
Die Mitglieder der Kreistage,
des Landtags und des Bundestags,
Landes- und Kommunalbehörden,
Verbände und kommunalpolitisch
interessierte Persönlichkeiten.
Artikel, die mit dem Namen des Verfas-
sers gekennzeichnet sind, geben nicht
unbedingt die Meinung der Redaktion
wieder. Nachdruck, auch auszugsweise,
nur mit Zustimmung der Redaktion.

SATZ UND DRUCK:

Offizin Scheufele
Tränkestraße 17, 70597 Stuttgart

BILDNACHWEIS:

Titel: Landratsämter; S. 110, 113, 153: Landkreistag; S. 115, 154, 155, Rückseite: LRA Ostalbkreis; S. 118–120: LRA Emmendingen; S. 121–124, 170, 195: LRA Enzkreis; S. 125–127: LRA Breisgau-Hochschwarzwald; S. 129, 130, 191: LRA Ludwigsburg; S. 133, 134: LRA Ravensburg; S. 136–138, 182, 198: LRA Schwäbisch Hall; S. 140–142: LRA Rems-Murr-Kreis; S. 156: U. Spitzmüller; S. 157 o.: Mühlacker Tagblatt; S. 157 u.: tannedesign; S. 158, 202: LRA Rhein-Neckar-Kreis; S. 160: AK Kocher-Jagst; S. 161: LGL; S. 163: S. Lenz; S. 164 u., 166 o., 184, 190: LRA Göppingen; S. 166 u.: RadNETZ BW; S. 168: Weinbauernverband Baden; S. 169: LRA Waldshut; S. 172, 194, 196 o.: LRA Böblingen; S. 173, 192 o.: LRA Karlsruhe; S. 174 o.: privat; S. 174 u., 175, 205: Hohenlohekreis; S. 176, 177, 186, 199: LRA Lörrach; S. 178 o., 201: LRA Heidenheim; S. 178 u.: St. Elisabeth Realschule; S. 183: Tourismusverband „Liebliches Taubertal“; S. 185: Naturparkverein Schwarzwald Mitte/Nord; S. 189: LRA Tuttlingen; S. 192 u., 200 u.: LRA Main-Tauber-Kreis; S. 193: LRA Zollernalbkreis; S. 196 u., 197: LRA Bodenseekreis; S. 200 o.: LRA Biberach; S. 203: B. Messmer; S. 208: F. Mittnacht



INHALT

THEMEN

- Editorial
Von Hauptgeschäftsführer Prof. Eberhard Trumpp Seite 113
- Der Ostalbkreis – aktiv und attraktiv für Europa!
Von Andrea Hahn, Aalen Seite 114
- Europaarbeit im Landratsamt Emmendingen: Bürger- und Informationsprojekte der Presse- und Europaarbeit
Von Silke Tebel-Haas, Emmendingen Seite 117
- Praxisnah und praxistauglich: Seit Jahren arbeitet der Enzkreis in EU-Projekten mit
Von Jürgen Hörstmann, Pforzheim Seite 121
- Europa am Oberrhein
Von Matthias Fetterer, Freiburg Seite 125
- Bedeutung der kommunalen Ebene für den europäischen Integrationsprozess
Von Annegret Kornmann, Ludwigsburg Seite 128
- Europaarbeit im Landratsamt Karlsruhe
Von Angelo Castellano, Karlsruhe Seite 131
- Fruchtbare Terrain: Internationaler Bodenseeraum ertragreich für den Landkreis Ravensburg
Von Albert Miller, Ravensburg Seite 132
- Europa im Landkreis Schwäbisch Hall
Von Helmut Wahl, Schwäbisch Hall Seite 136
- Die Europaarbeit des Rems-Murr-Kreises – eine Bilanz des Beginns
Von Irina A. Stotz, Waiblingen Seite 139
- Nach der Förderperiode ist vor der Förderperiode – Hinweise für erfolgreiche EU-Projekte
Von Dr. Martin Silzer, Brüssel Seite 143
- Ende gut, alles gut? – Die Interkommunale Zusammenarbeit innerhalb der aktuellen Reform des EU-Vergaberechts
Von Florian Domansky, Reutlingen Seite 144
- Für ein gutes Leben im Alter
Von Sabine Wenng und Brigitte Herkert, München Seite 149
- Ergebnisse der Kreistagswahl vom 25. Mai 2014
Von Bernd Klee, Stuttgart Seite 153

NACHRICHTEN

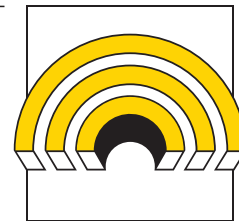
- Der Ostalbkreis präsentiert sich auf der Landesgartenschau in Schwäbisch Gmünd Seite 154
- KfW Kommunalpanel belegt Investitionsstau bei Straßen- und Schulinfrastruktur der Landkreise Seite 155
- 75 Jahre Landkreis Emmendingen: Ministerpräsident zu Gast Seite 156

- Landesweit einmaliges Projekt: Recyclinghöfe im Enzkreis werden von Menschen mit Einschränkung bewirtschaftet Seite 156
- Meilenstein für den Klimaschutz Seite 158
- Jubel in der 2-Flüsse-Region: 4 Sterne für den Kocher-Jagst-Radweg Seite 159
- Das 3D-Gebäudemodell von Baden-Württemberg Seite 160
- Kommunale Landesverbände begrüßen Schulterschluss zwischen Land und Kommunen im Kartellrechtsverfahren Holzvermarktung – Bestand des Einheitsforstamts muss weitgehend gesichert werden Seite 161
- Landkreistag, Städtetag und Gemeindetag fordern weiteren Ausbau der Pflegestützpunkte Seite 162
- Mehr Rad im Kreis Seite 162
- Kommunale Gesundheitskonferenz im Landkreis Reutlingen ist ein Erfolgsmodell Seite 167
- Landkreis Tübingen und Deutsches Rotes Kreuz werben bei Hausärzten für Projekt „Wohnen mit Hilfe“ Seite 167
- Weinbauverbände und Kreise im Schulterschluss – In Baden-Württemberg fallen Landkreis-Grenzen Seite 168

PERSONALIEN Seite 169

SPEKTRUM Seite 170

HISTORISCHES Seite 209



EDITORIAL

Europa im Fokus

Die Bedeutung der Europapolitik hat auch für die Kommunen in den vergangenen Jahren stetig zugenommen. Die europäische Gesetzgebung erlangt zunehmenden Einfluss auf deren Tätigkeit, so dass sich die Landkreise steigenden Herausforderungen im Hinblick auf Fragen der Anwendung und Vereinbarkeit mit europäischem Recht gegenübersehen. Der Einfluss der europäischen Politik und ihrer Gesetzgebung auf die Gemeinden, Städte und Landkreise wird immer größer und stellt die handelnden Akteure vor neue Herausforderungen. Es gibt kaum noch kommunale Aufgabengebiete, die nicht von europäischen Regelungen zumindest berührt sind.

Die Bedeutung des Themas Europa für die Landkreise spiegelt sich auch im Schwerpunktthema dieser Ausgabe der Landkreismagazine Baden-Württemberg wider. Insbesondere die Europaarbeit der Landkreise wird vorgestellt.

Auch auf Ebene des Landkreistags haben wir reagiert. Im Februar 2014 fand im Landratsamt Tübingen auf Beschluss des Präsidiums des Landkreistags die konstituierende Sitzung der Arbeitsgemeinschaft der Europabeauftragten der Landkreise statt. Künftig werden sich in dieser Arbeitsgemeinschaft die Europaexpertinnen und Europaexperten der Landkreise in Baden-Württemberg zu europapolitischen Themen austauschen und beraten.

Wichtige Bausteine der Europaarbeit auf Landkreisebene sind auch die Information über EU-Fördermittel sowie die Beratung und Unterstützung bei der Durchführung von EU-Projekten vor Ort. Teilweise sind die Landkreise auch selbst



EU-Projektträger. Selbstverständlich gehört hierzu auch eine aktive Öffentlichkeitsarbeit, um den mit Unterstützung von EU-Fördermitteln und mit dem jeweiligen Projekt geschaffenen EU-Mehrwert vor Ort darzustellen.

Viele Landkreise haben im Vorfeld der diesjährigen Europawahl eine Reihe von Veranstaltungen durchgeführt, um für die Europawahl zu werben. Auch unterstützten die Landkreise die Bus-Tour des Staatsministeriums, die in Kooperation mit dem Verband Baden-Württembergischer Omnibusunternehmen e.V. (WBO) durchgeführt wurde.

In einem Europäischen Mehrebenensystem sehen die Landkreise ihre Verantwortung nicht nur in der Europaarbeit vor Ort, sondern „schauen auch über den eigenen Tellerrand hinaus“. Hiervon zeugen auch zahlreiche Kreispartnerschaften auf internationaler Ebene. Auch im Austausch mit der kommunalen Ebene in anderen Mitgliedsstaaten. Da

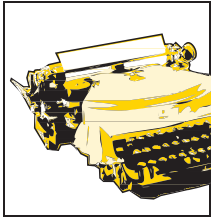
Kroatien seit 1. Juli 2013 Mitglied der Europäischen Union ist und ebenso wie das Land Baden-Württemberg zum EU-Donauraum gehört, haben die Landräte des Rechts- und Verfassungsausschusses im Juni eine Delegationsreise nach Kroatien durchgeführt. Europaminister Friedrich hat die Delegation begleitet. Schon jetzt zeichnet sich ab, dass sich aus dieser Reise dauerhafte Kontakte ergeben werden; eine Gegenladung an die kroatische Seite hat der Präsident des Landkreistags, Landrat Walter, bereits ausgesprochen.

Zudem führt der Landkreistag mit zahlreichen Gremien und Arbeitsgemeinschaften Informationsfahrten nach Brüssel durch – für diesen Herbst ist beispielsweise eine Informationsreise des Präsidiums geplant und im Frühjahr 2015 wird die Arbeitsgemeinschaft der Europabeauftragten dorthin reisen.

Nicht zuletzt haben die Kommunalen Landesverbände mit dem Europabüro der baden-württembergischen Kommunen unterstrichen, welchen Stellenwert die Europaarbeit für sie und ihre Mitglieder hat. In diesem Zusammenhang möchte ich nicht versäumen, die hervorragende Zusammenarbeit mit der Landesvertretung in Brüssel hervorzuheben.

Es ist also festzustellen, dass sich die Landkreise ihrer Verantwortung für Europa bewusst sind und diese auch wahrnehmen.

Prof. Eberhard Trumpp,
Hauptgeschäftsführer,
Landkreistag Baden-Württemberg



THEMEN

Der Ostalbkreis – aktiv und attraktiv für Europa!

EUROPoint Ostalb: ein Europa-Informationszentrum für alle Bürgerinnen und Bürger

Von Andrea Hahn, Aalen

Der Ostalbkreis mit 306 974 Einwohnern (Stand 30.9.2013) und einer Ausdehnung von 1511 km² ist als flächenmäßig größter Landkreis im Regierungsbezirk Stuttgart und drittgrößter in Baden-Württemberg seit 1994 in der Europaarbeit aktiv. Durch unterschiedlichste EU-Förderprogramme konnten – und sollen auch in Zukunft – wichtige Projekte zur nachhaltigen Gesamtentwicklung im Landkreis unterstützt werden. Aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) sind dabei insbesondere die EU-Strukturförderung nach Ziel 2 (2000–2006), Ziel „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ (RWB) einschließlich EU-Leuchtturmprojekte EULE (2007–2013) und aktuell das Programm „Spitze auf dem Land! Technologieführer für Baden-Württemberg“ im Rahmen des ELR und die Beteiligung am Wettbewerb RegioWIN zu nennen. Aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds zur Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) konnten in den Förderphasen LEADER+ (2000–2006) sowie LEADER (2007–2013) zahlreiche Projekte in der Kulissenbeteiligung des Ostalbkreises an der Brenzregion gefördert werden. Auch bei LEADER beteiligt sich der Ostalbkreis derzeit in drei Kulissen am laufenden Wettbewerbsverfahren für die neue Förderperiode. Wichtige Impulse werden im Ostalbkreis auch über Projekte gesetzt, die aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) kofinanziert werden. Über ihre Funktion als Strategie-, Koordinations- und Vernetzungsstelle für europäische Fördermittel hinaus versteht sich die Landkreisverwaltung aber auch als Anlaufstelle für alle Bürgerinnen und Bürger, die Fragen und Informationsinteresse zu den vielfältigen weiteren Themen rund um die Europäische Union haben. Seit 2009 ist der Ostalbkreis daher Träger des Europainformationszentrums EUROPoint Ostalb, das zum Europe Direct-Netzwerk der Europäischen Kommission gehört. Bei der Stabsstelle Wirtschaftsförderung-Tourismus-Europabüro, die vom Wirtschaftsbeauftragten Rainer Fünfgelder geleitet wird, ist die Europaarbeit zentral angesiedelt. Darüber hinaus unterstützt die Hausspitze in Person von Landrat Klaus Pavel das Thema sehr engagiert.

den Zeitraum 2013–2017 neu ausgeschrieben. Der Ostalbkreis hat sich wieder erfolgreich für die Einrichtung eines solchen Zentrums im Kreishaus in Aalen beworben.

Der EUROPoint Ostalb ist einer von insgesamt sechs Standorten des Netzwerks in Baden-Württemberg. Bundesweit gibt es 55, europaweit rund 480 Zentren. Der Aktionsradius des EUROPoint Ostalb ist dabei nicht nur auf den Ostalbkreis begrenzt, sondern erstreckt sich auf die gesamte Region Ostwürttemberg und darüber hinaus.

Schon kurz nach dem Betreten des Ostalbkreishauses in Aalen heißt der EUROPoint Ostalb die Besucher in allen 23 Amtssprachen der EU willkommen. Um möglichst viel Publikum zu erreichen, wurde der barrierefreie Präsentationsbereich mit kostenlosen Broschüren, öffentlichem Internetzugang zu den Europaseiten und einer Informationswand im Erdgeschoss des Gebäudes platziert. Zum Angebot für die Bürgerinnen und Bürger gehört aber noch mehr: Neben der Beratung, Information und Recherche zu europäischen Themen und Förderprogrammen werden insbesondere Veranstaltungen, Ausstellungen, Messebeteiligungen und Wettbewerbe durchgeführt, die die Diskussion über Europa fördern sollen. Schließlich haben alle Interessierten auch die Möglichkeit,

Das Europe Direct-Netzwerk ist eines der wichtigsten Instrumente der EU-Kommission, über das sie den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort Informationen bieten und den Europäischen Organen

Rückmeldungen geben kann. Im September 2012 hat die Europäische Kommission über ihre Vertretung in Deutschland die Informationszentren im Rahmen des „Europe Direct-Informationsnetzes“ für



Über die Zusage der EU-Kommission freuen sich Landrat Klaus Pavel und die Leiterin des EUROPoint Ostalb, Andrea Hahn.

ihre Meinungen und Anregungen über den EUROPoint Ostalb an die Organe der EU weiterzuleiten.

Das Team des EUROPoint Ostalb steht in den Räumen der Stabsstelle Wirtschaftsförderung-Tourismus-Europabüro in Aalen als Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung. Eine Vollzeitstelle ist auf drei Kolleginnen verteilt. Die Leiterin Andrea Hahn und ihre Mitarbeiterinnen Heike Weiß und Ann-Kathrin Holz planen möglichst frühzeitig das Angebot, das auf unterschiedliche Zielgruppen zugeschnitten ist. Denn die EU-Kommission genehmigt den sogenannten Aktionsplan für das jeweils folgende Jahr nur dann, wenn die vorgesehenen Maßnahmen und Veranstaltungen den qualitativen Anforderungen und den Kommunikationsprioritäten entsprechen. Nur dann erhält das Informationszentrum auch die Kofinanzierung der EU-Kommission. „Auf manche Themen muss natürlich spontan reagiert werden, denn nicht alle Entwicklungen in Europa und der Welt sind so

planbar wie beispielsweise Veranstaltungen im Vorfeld einer Europawahl“, so Andrea Hahn. Der EUROPoint Ostalb bietet zudem eine umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit. Auf der Website unter www.europoint-ostal.de sind Informationen zur Arbeit des Netzwerks, Hinweise zu Veranstaltungen und europäischen



Wettbewerben, interessante Links und Kontakte sowie aktuelle politische Entwicklungen der EU abrufbar. Der EUROPoint Ostalb ist zudem in Facebook präsent und postet mehrmals wöchentlich aktuelle Hinweise. „In den sozialen Netzwerken merkt man sehr schnell, ob man mit seinen Themen und der Art, diese zu präsentieren, das Interesse der Nutzer trifft“, so Hahn weiter. „Es gilt daher, immer ganz nah am Geschehen dranzubleiben und sich über verschiedenste Quellen selbst zu informieren und Anregungen zu holen“. Auch mit Schulen arbeitet der EUROPoint Ostalb eng zusammen. „Es hat einige Zeit gedauert, bis wir den EUROPoint Ostalb bei den Schulen bekannt gemacht hatten und man muss diese konsequent informieren. Mittlerweile wird unser Angebot aber stark nachgefragt und wir entwickeln immer wieder bedarfsgerechte neue Ideen, wie z. B. einen ‚Europa-Koffer‘ für unterschiedliche Klassenstufen“, berichtet Heike Weiß. Zur Unterstützung der Arbeit des Netzwerks bietet die EU-Kommission regelmäßig regionale, deutschland- und europaweite Konferenzen und Seminare an. Seit seinem Bestehen hat der EUROPoint Ostalb über 50 Veranstaltungen an den unterschiedlichsten Orten der Region durchgeführt und sich an 14 Messen beteiligt – aktuell sogar mit einer Dauerpräsentation auf der Landesgartenschau in Schwäbisch Gmünd. Dabei wird – je nach Thema – mit verschiedenen Veranstaltungspartnern oder Sponsoren kooperiert. Großer Wert wird darauf gelegt, den lokalen und regionalen Europa-Bezug in den Angeboten herzustellen und regional verankerte Akteure und Multiplikatoren einzubinden sowie stärker zu vernetzen. Allein 2014 fanden bislang folgende Aktionen statt:

- **Präsentation „Das Europäische Parlament – Stimme der Bürger“**

Im Europa-Wahljahr 2014 wurden die Strukturen und die Arbeitsweise der europäischen Institutionen aus-

föhrlich vorgestellt, um insbesondere junge Wähler und Erstwähler für demokratische Prozesse zu interessieren. Auf Initiative des EUROPoint Ostalb erlebten über 300 Schülerinnen und Schüler der Kaufmännischen und Gewerblichen Schule Schwäbisch Gmünd sowie der Schäfersfeldschule Lorch im voll besetzten Kinosaal 1 des Turmtheater in Schwäbisch Gmünd eine Präsentation zum Europäischen Parlament der besonderen Art. Diplom-Politologe Ingo Espenschied nahm in seiner Live-Multimediaschau „Das Europäische Parlament – Stimme der Bürger“ das einzige direkt gewählte Organ der Europäischen Union genauer unter die Lupe. Mit einem innovativen Medienmix und seiner live und spannend erzählten Dokumentation von den Anfängen des Parlaments bis zu seinen künftig erweiterten Befugnissen zog Espenschied die Jugendlichen in seinen Bann.

● **Landesgartenschau Schwäbisch Gmünd**

Auch die Landesgartenschau von April bis Oktober 2014 in Schwäbisch Gmünd wird vom EUROPoint Ostalb genutzt. Im Forum Gold & Silber befindet sich ein Europa-Informationspunkt mit BroschürensERVICE, der mit der Informationstheke des Ostalbkreises kombiniert ist. Das eigens dafür angefertigte Mobiliar wird nach Ende der Landesgartenschau seinen endgültigen Standort im Foyer der Außenstelle der Landkreisverwaltung in Schwäbisch Gmünd erhalten. Dort ist bisher nur ein provisorischer Präsentationsbereich eingerichtet, der dann als Pendant zum EUROPoint in Aalen vollwertig ausgestattet werden kann.

● **Ausbildungsplatz- und Studienmesse**

Der EUROPoint Ostalb beteiligt sich regelmäßig mit einem Informationsstand an der Ausbildungsplatz- und Studienmesse im Berufsschulzentrum in Aalen. Die Messe verzeichnet jährlich rund 100 Aussteller und ca.

5000 Besucher. Neben Informationen schwerpunktmäßig zu EU-geförderten Ausbildungs- und Studienmöglichkeiten im Ausland wurde in diesem Jahr über einen Fragebogen auch versucht, die Meinung der jungen Erwachsenen zur bevorstehenden Europawahl zu erfahren.

● **EU-Notruftag**

Der EUROPoint Ostalb war in die Organisation und Durchführung des Präventionstages „Aktion junge Fahrer“ eingebunden, der im Berufsschulzentrum in Schwäbisch Gmünd stattfand. In Zusammenarbeit mit der Polizei, dem Deutschen Roten Kreuz und weiteren Partnern veranstaltete der EUROPoint Ostalb ein EU-Notruf-Quiz zum europaweit einheitlichen Notruf 112 und war mit einem Infostand vertreten. Nicht nur am Stand konnten die Schülerinnen und Schüler am Quiz teilnehmen; auch auf der Homepage des EUROPoint wurden die Fragen eingestellt und durch vertiefende Informationen ergänzt. Die Gewinner konnten sich über ein Fahrsicherheitstraining und über einen Rucksack im Europa-Design freuen.

● **Workshop für Bank-Azubis**

Zur Euro-Einführung in Lettland zum 1.1.2014 und den Folgen für die europäische Union fand am 7.4.2014 an der Kaufmännischen Schule in Aalen speziell für Auszubildende von Banken eine Informationsveranstaltung über die Wirtschafts- und Währungsunion Europas im Allgemeinen und des Beitrittslandes Lettland im Besonderen statt. Themen waren u.a. „100 Tage nach der Euro-Einführung – eine erste Bilanz“. Mit dieser Veranstaltung konnte zielgerichtet das Verständnis junger Bankauszubildender für europäische Zusammenhänge und das Grundwissen zur europäischen Wirtschafts- und Währungsunion gefördert werden.

● **61. Europäischer Wettbewerb**

Der 61. Europäische Wettbewerb griff das Thema „Wie wollen wir leben in

Europa?“ auf. Die zu bearbeitenden Themen konnten dabei weit gestreut sein und reichten von Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Schulbildung, Armut von Kindern und Familien und soziale Integration bis zur Europawahl. In Kooperation mit dem Geschäftsbereich „Schulen und Bildung“ der Landkreisverwaltung sowie der Europa Union Kreisverband Ostalb war der EUROPoint Ostalb in die Preisverleihung zum Europäischen Wettbewerb 2014 eingebunden. Vor der Preisverleihung wurde ein Europa-Baum gepflanzt. Sukzessive soll es so in jeder Gemeinde des Landkreises einen Europabaum geben.

● **Fotowettbewerb „Landschaften und Gärten in Europa“**

Nachdem die Landesgartenschau 2014 im Ostalbkreis stattfindet, soll die Freude an der Natur auch ins Jahr 2015 hinübergetragen werden. Der EUROPoint Ostalb hat daher einen Fotowettbewerb unter dem Motto „Landschaften und Gärten in Europa“ ausgerufen, aus dem ein Europa-Kalender 2015 entstehen wird. Ein solcher Kalender von „Bürgern für Bürger“ wurde bereits 2013 herausgegeben. Neben den 12 schönsten Motiven aus dem Fotowettbewerb werden nützliche Informationen rund um die EU im Kalender abgedruckt. Für 2015 sollen beispielsweise die neue Zusammensetzung des EU-Parlaments und der EU-Kommission thematisiert werden. Darüber hinaus sollen für die Bürger alltagsrelevante Themen aufgegriffen werden, wie Verbraucherrechte oder Fördermöglichkeiten.

● **Ausstellung „Baden-Württemberg in Europa – eine Erfolgsgeschichte“**

Vom 28.5. bis 27.6.2014 wurde die Wanderausstellung des Ministeriums für Wirtschaft und Finanzen Baden-Württemberg im Ostalbkreishaus in Aalen präsentiert. Auf 18 Tafeln wurden die vielfältigen Verflechtungen, die es zwischen der EU und

Baden-Württemberg gibt, dargestellt. Ein wesentliches Element war dabei, wie Baden-Württemberg von der EU profitiert. Über zwei Multi-Media-Terminals mit einem Europa-Puzzle und einem Europa-Quiz wurden die Besucher aktiv in die Ausstellung einbezogen.

Bis zum Ende des Jahres geht es noch mit einem interessanten und vielfältigen Programm weiter. Neben einem *Workshop* für Schüler der 11. Klasse des Wirtschaftsgymnasiums wird es die dritte Auflage des landkreisübergreifenden Azubi-Gipfels in Form eines Planspiels geben, der nach den Landkreisen Göppingen und Ostalbkreis im Rems-Murr-Kreis noch 2014 stattfinden wird. An den 100 Jahre zurückliegenden Ausbruch des Ersten Weltkriegs wird am 2.10.2014 mit einer Abendveranstaltung zum Thema „*Frieden und Sicherheit in Europa*“ erinnert. Dabei wird die Live-Multimedia-schau „Europa und der 1. Weltkrieg“ von

Ingo Espenschied präsentiert. In der Zeit vom 29.9. bis 9.10.2014 wird im Foyer im 1. Obergeschoss des Landratsamtes außerdem die Wanderausstellung der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg „Der Erste Weltkrieg“ gezeigt. Eine besonders hochkarätige Veranstaltung wird am 14.10.2014 mit dem Minister für Bundesrat, Europa und internationale Angelegenheiten Baden-Württemberg, Herrn Peter Friedrich MdL, sowie dem Vorsitzenden des Vorstands der Carl Zeiss AG, Herrn Dr. Michael Kaschke, im ZEISS-Forum in Oberkochen stattfinden. Unter dem Titel „*Zukunft durch Innovation – Europa 2020 in Baden-Württemberg und im Ostalbkreis*“ soll die Innovations- und Forschungspolitik des Landes Baden-Württemberg sowie von Unternehmen, Hochschulen und der kommunalen Ebene im Ostalbkreis beleuchtet werden. Mit dem 6. *KlimaFORUM OSTALB* am 13.11.2014 wird außerdem eine Veranstal-

tungsreihe fortgesetzt, die sich seit den Anfängen des EUROPoint Ostalb stetig weiterentwickelt und etabliert hat. Welchen Stellenwert das Klimaforum mittlerweile in der Region einnimmt, zeigt sich auch an den hochkarätigen Referenten, die in den letzten Jahren gewonnen werden konnten, darunter der Baden-Württembergische Umweltminister Franz Untersteller und im vergangenen Jahr Prof. Dr. Dr. Franz Josef Radermacher von der Universität Ulm. Das Klimaforum wird vom EUROPoint Ostalb gemeinsam mit dem Energieberatungszentrum Energiekompetenz Ostalb e. V. veranstaltet, das im Jahr 2014 sein 10-jähriges Bestehen feiern kann und dessen Räumlichkeiten EFRE-gefördert wurden.

Andrea Hahn ist in der Stabsstelle Wirtschaftsförderung-Tourismus-Europabüro des Landratsamts Ostalbkreis tätig

Europaarbeit im Landratsamt Emmendingen: Bürger- und Informationsprojekte der Presse- und Europaarbeit

Von Silke Tebel-Haas, Emmendingen

Der Landkreis Emmendingen verfolgt als Region mit direkter Nachbarschaft zu Frankreich eine aktive und bürgernahe Europaarbeit. Die Europastelle besteht seit 2001, seit 2009 ist die Europabeauftragte in der Presse- und Europastelle, Geschäftsbereich Landrat, als Teilzeitstelle angesiedelt. Der Name deutet bereits an, dass die Informations- und Öffentlichkeitsarbeit zu Europa Schwerpunkt der Arbeit im Landkreis Emmendingen ist, die im Folgenden kurz dargestellt wird. Die Europaarbeit wird als Querschnittsaufgabe verstanden, die – wie die Pressearbeit – gemeinsam mit allen Dezernaten umgesetzt wird und dabei unterschiedliche Interessen, Fachaufgaben und Förderprogramme berücksichtigt.

Projekte mit dem Nachbarland Frankreich und Förderprogramme

Grenzüberschreitende Tätigkeit mit Frankreich bedeutet vor allem eine aktive Zusammenarbeit und Vernetzung in den

Arbeitsgruppen und Gremien wie dem Eurodistrict Region Freiburg / Centre et Sud Alsace, der Trinationalen Metropolregion Oberrhein (TMO) und der deutsch-französischen Beratungsstelle für Bürger bei der Infobest Vogelgrun-

Breisach. Aufgrund guter und jahrelanger Kontakte zu französischen Kollegen können hier konkret grenzüberschreitende Projekte und Bürgerbegegnungen gefördert und koordiniert werden. Ein Beispiel dafür ist die Einführung eines grenzüberschreitenden Fahrrad- und Freizeitbusses, der über den Rhein zwischen den Städten Sélestat im Elsass und Riegel auf deutscher Seite sonntags in den Sommermonaten hin- und herpendelt. Wanderer und Ausflügler können ihre Fahrräder mitnehmen, im Internet veröffentlichte zweisprachige Tourenvorschläge ergänzen die Möglichkeiten, das Nachbarland kennenzulernen. Der Bus wurde im vergangenen Jahr



Der Fahrradbus verbindet beide Rheinseiten für Radfahrer und Wanderer.

unterstützt durch den Kleinprojektfonds vom Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald und dem Conseil Général Haut Rhin.

Ein weiterer Aufgabenschwerpunkt der Europaarbeit im Landkreis Emmendingen ist die Beratung und Information zu europäischen Förderprogrammen: von Konzert- oder Sportreisen oder Praktika in andere Länder, dem Aufbau einer deutsch-französischen Beschilderung eines Kräutergarten oder mehrsprachigen QR-Codes-Schildern in den Gemeinden, Interreg- und Microprojektfondsanfragen, Informationen zum Kulturprogramm der Europäischen Union bis zu Anfragen zu Stadtentwicklungsprojekten in Osteuropa und deren Förderung.

Ansprechpartner für die kommunalen Partnerschaften – gelebte Europapolitik in den Gemeinden: Förderprogramme und Forum

Im Mittelpunkt stehen Anfragen zum Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“, die vor allem von Gemeinden und deren Partnerschaftsverbänden mit mehreren Partnerschaften genutzt werden. 20 von insgesamt 24 Gemeinden aus dem Landkreis unterhalten sehr lebendige kommunale Partnerschaften

mit insgesamt 42 Gemeinden in zwölf europäischen Ländern. Darüber hinaus ist der Landkreis seit 2008 mit dem Kreis Drom Hasharon in Israel verschwistert. Einmal jährlich lädt die Europabeauftragte zu einem Informationsabend, dem Partnerschaftsforum, ein und stellt neue Förderprogramme für die kommunalen Partnerschaften vor. Gleichermäßen steht der inhaltliche Austausch im Vordergrund. Wie gelingt es, Jugendliche in die Arbeit der Komitees einzubeziehen, um die drohende „Veralterung“ der Partnerschaften abzuwenden, wie können Sprachbarrieren überwunden werden,

welche neuen Projekte verfolgt der Landkreis und wo können Best-Practice-Beispiele übernommen werden? Die vielen Partnerschaftsjubiläen, die in diesem Sommer im Landkreis gefeiert werden, zeigen, wie aktiv die kommunalen Partnerschaften gelebt werden und dass trotz Nachwuchssorgen in manchen Orten noch lange kein Ende dieser kommunalen Europapolitik in Sicht ist.

Öffentlichkeitsarbeit zu Europa: Medien und Europatag

Die Pressestelle veröffentlicht zu den wichtigen europäischen Themen mit Bezug zum Landkreis Pressemitteilungen. In diesem Jahr stand in der ersten Jahreshälfte die Europawahl im Vordergrund. Alljährlich zum Europatag am 9. Mai informiert das Landratsamt zu den aktuellen europäischen Themen, bietet Informationsbroschüren und beantwortet Fragen der Bürgerinnen und Bürger. Ein Quiz lädt Erwachsene ein, ihr Wissen über Europa zu testen. Am Europatag dürfen auch Kinder raten: Bei einem speziellen Kinderquiz gilt es sieben Fragen zu beantworten, als Dankeschön und Preis erhalten sie ein Geschenk. Der Euro-



Infoabend kommunale Partnerschaften: Gemeinsam aktiv für die Partnerschaften in Europa



Europatag für und mit Kindern in verschiedenen Gemeinden im Landkreis

patag wird von Musik und Ansprachen von Landrat Hanno Hurth und den jeweiligen Bürgermeistern umrahmt und jedes Jahr in einer anderen Gemeinde organisiert.

Am Europatag nehmen auch die Mitarbeiterinnen der deutsch-französischen Beratungsstelle Vogelgrun-Breisach teil und informieren Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu Steuern, Familien- und Sozialleistungen. Dieses Jahr konnte anlässlich der aktuellen Europawahlen auch der Infopoint Europa aus Freiburg als Kooperationspartner gewonnen werden. Die Einladung und Bewerbung erfolgt über einen Verteiler an die Unternehmen und über die regionale Presse.

Besuche ins Europäische Parlament in Straßburg

„Europa – das hat nichts mit mir zu tun“, oder „Die machen doch, was sie wollen in Straßburg!“. Die Grenznähe des Landkreises bietet an, diese Vorurteile konkret bei einem Besuch im Europäischen Parlament abzubauen. Zweimal im Jahr lädt die Presse- und Europastelle in Kooperation mit der Volkshochschule ein, an einer Fahrt ins Europäische Parlament teilzunehmen. Die Fahrt organisiert die

Europabeauftragte über den Besucherdienst im Europäischen Parlament oder direkt mit den Abgeordneten. Auf der knapp einstündigen Hinfahrt gibt es Informationen zur Arbeit und Struktur des Europäischen Parlamentes. Nach dem Empfang durch einen Mitarbeiter oder Abgeordneten beginnt häufig eine intensive Fragestunde und Diskussion über die Europäische Politik. Verbraucherfragen vom Grundwasser über Genmais bis zur Glühbirne und die Europäische

Außenpolitik – die Abgeordneten müssen sich vielen kritischen Fragen stellen und Informationen klarstellen. Der anschließende Besuch einer Plenarsitzung zeigt die Komplexität der Arbeit und Themen. Spannend wird es immer wieder ab Mittag, wenn im Europäischen Parlament über die zahlreichen Gesetzesvorschläge in einem rasanten Tempo abgestimmt wird und häufig jeder Platz von den Abgeordneten besetzt ist. Oft haben die Teilnehmer der Besuchsreise abschließend mitgeteilt, wie beeindruckt sie seien angesichts des umfassenden Themenspektrums, das vom Europäischen Parlament behandelt wird und wie komplex die Gesetzgebungen und die Zusammenarbeit mit anderen Gremien und nationalen Regierungen sind. Dieser direkte Eindruck verändert die eine oder andere Perspektive der Besucher auf die Arbeit und an der Kritik an der Europäischen Verwaltung. Gleichmaßen sucht die Presse- und Europastelle zusammen mit dem Landrat und den Fachabteilungen den Austausch zu Europaabgeordneten in Gesprächen über kommunale und europäische Interessen. Schwerpunkte waren in den vergangenen Jahren landwirtschaftliche Themen, Weinanbau und Förderprogramme.



Regelmäßig zu Besuch: Landkreisbewohner im Europäischen Parlament in Straßburg

Europäischer Wettbewerb: Preisverleihung und Ausstellung

Zielgruppe für diesen Wettbewerb sind alle Schüler, unabhängig vom Schultyp und Alter. „Wie wollen wir leben in Europa?“ hieß die allgemeine Frage für den diesjährigen Europäischen Wettbewerb. Dieser wird seit 61 Jahren in Deutschland durchgeführt und für den Landkreis Emmendingen von der Presse- und Europa-stelle organisiert. Die Beteiligung ist mit jährlich 1400 Schülern nach dem deutlich größeren Ortenaukreis die zweit-höchste in Baden-Württemberg. Je nach Alter waren die Kinder aufgefordert, künstlerisch zu den Themen Abenteuer-urlaub in Europa, familienfreundliches Europa oder Armut und Bildung in Europa zu arbeiten. An der gemeinsam mit dem Landratsamt des Ortenaukreises organisierten Preisverleihung im Europapark nehmen jährlich 1200 Gäste teil. Die Kosten für die Ortspreisträger teilt sich das Landratsamt Emmendingen mit dem Kreisverband der Europa-Union Emmendingen, deren Vorsitzender auch an der Preisverleihung teilnimmt. Die Ergebnisse des Wettbewerbs zeigt das Landratsamt anschließend in einer mehrwöchigen Ausstellung. Hier besuchen Schulklassen und vor allem die teilnehmenden Kinder mit ihrer Familie die Ausstellung. Gedanken über Europa anzustoßen, Freude und Interesse am Miteinander mit den anderen Nationen Europas, das steht im Mittelpunkt des Wettbewerbs und bei der Betrachtung der Kunstwerke.

Bürgerbegegnungen und Abendveranstaltungen

Einzelne Abendveranstaltungen versammeln europa- und frankreich-interessierte Bürger zu speziellen Themen: Aktuell ist im Rahmen der deutsch-israelischen Kreispartnerschaft ein Informationsabend mit einem palästinensischen Lehrer geplant, der über



Europäischer Wettbewerb: Rund 1400 Schüler nehmen jährlich teil. Die 120 preisgekrönten Arbeiten werden im Landratsamt ausgestellt.

das Friedensprojekt „Tent of Nations“, „Zelt der Völker“, bei Bethlehem referieren wird. Im August freut sich der Landkreis über zwei Teilnehmer aus dem israelischen Partnerlandkreis und aus Palästina, die zu Sprachkursen in Freiburg eingeladen sind. Ein Begleitprogramm bringt die Teilnehmer in unterschiedliche Gemeinden und in Kontakt zur Arbeit des Landratsamtes.

Vergangenes Jahr hat die Presse- und Europastelle das Jubiläum „50 Jahre Élysée-Vertrag“ gefeiert: in einer Feier mit 200 deutschen und französischen Gästen, die in den Partnerschaften aktiv sind, einer Ausstellung über deutsch-französische Partnerschaften und einem zweisprachigen Leseabend aus Tagebüchern des Emmendinger Tagebucharchives mit Erinnerungen aus der Nachkriegsgeschichte dies- und jenseits des Rheins.

Ebenfalls fand ein französischsprachiger Kinoabend statt, zu dem auch die Teilnehmer der Französischkurse eingeladen wurden. Um die Europafähigkeit der Mitarbeiter zu fördern und Kontakte zum Nachbarland auch auf Verwaltungsebene zu ermöglichen, bietet das Landratsamt in seinen Räumen Französischkurse für drei unterschiedliche Sprachniveaus an. Diese werden bereits

seit vielen Jahren gerne wahrgenommen und ermöglichen auch die Vertiefung von politischen und gesellschaftlichen Themen aus Frankreich.

Als weitere Projekte sind in Kooperation mit dem Eurodistrict Region Freiburg / Centre et Sud Alsace für das kommende Jahr unter anderem eine deutsch-französische Jugendbegegnung geplant. Angestrebt wird eine intensive Zusammenarbeit über den Rhein bei Sportveranstaltungen und bei Praktika, um junge Bürger zusammenzubringen und für die Sprache des Nachbarlandes zu begeistern. Hier stehen die sechs Brückengemeinden im Eurodistrict Region Freiburg / Centre et Sud Alsace im Mittelpunkt: Von Süden nach Norden sind dies die Communauté de Communes Porte de France Rhin Sud mit der Stadt Neuenburg am Rhein, Breisach und Neuf-Brisach und im Landkreis Emmendingen die Gemeinden Sasbach und Marckolsheim. Denn auch für den Landkreis Emmendingen gilt, was der europäische Politiker Jean Monet schon lange für ihre Europapolitik formuliert hat: „Wir führen nicht Staaten zusammen, sondern Menschen.“

Silke Tebel-Haas ist in der Presse- und Europastelle des Landratsamtes Emmendingen tätig

Praxisnah und praxistauglich: Seit Jahren arbeitet der Enzkreis in EU-Projekten mit

Von Jürgen Hörstmann, Pforzheim

Manchmal sieht man Dinge klarer aus der Distanz oder mit den Augen anderer: „Ich war überrascht, wie positiv sich die Teilnehmer über unser duales Ausbildungssystem äußerten. Insbesondere die schwedische Delegation würde das gerne übernehmen, und den Spaniern kamen fast die Tränen. Mir aber auch, als ich ihre Ausführungen hörte.“ So fasste Mathias Morlock, Geschäftsführer der Kreishandwerkerschaft, seine Eindrücke der Auftaktkonferenz zum Projekt „EmloYouth“ zusammen, in dem der Enzkreis zusammen mit anderen Kreisen und Städten aus Schweden, Lettland, Italien, Spanien, Österreich und Kroatien nach (neuen) Wegen suchte, um die europaweite Jugendarbeitslosigkeit auf der regionalen Ebene zu bekämpfen.

EmloYouth ist eines von vielen EU-Projekten, an denen der Enzkreis beteiligt ist oder war. Sie erstrecken sich über Zeiträume zwischen 18 Monaten und drei Jahren und ermöglichen so eine intensive Arbeit am jeweiligen Thema; dabei steht der Austausch von Erfahrungen im Vordergrund – „best practice“ heißt das im EU-Jargon. Selbstverständlich lassen sich nur einige Modelle oder Maßnahmen direkt übertragen – zu unterschiedlich sind oft die Strukturen, gesetzlichen Vorgaben oder auch kulturellen Gegebenheiten in den beteiligten Ländern. Aber der Austausch öffnet die Augen, setzt Impulse und kann als Katalysator für neue Ideen dienen – ist also eine langfristige Fortbildung für die Beteiligten.

„Meine Kolleginnen berichten von intensiven Lernprozessen, weil das Thema immer wieder aufgenommen wurde“, sagt Ute Beierle, die eine Kindertageseinrichtung in Mühlacker leitet und an dem Projekt „CreaNet“ aktiv beteiligt war. Hier ging es um die Förderung kreativen Denkens in der Vorschulpädagogik – ein in mehrerer Hinsicht ungewöhnliches Projekt: Zum einen arbeiteten hier Praktikerinnen und Hochschulprofessoren auch länderübergreifend zusammen. Zum anderen sind solche Projekte im Vorschulbereich extrem selten – gerade einmal ein Prozent der Fördermittel des Programms Comenius fließen hierhin; den Löwenanteil dieses Fördertopfes nehmen die (weiterführenden) Schulen in Anspruch. Entsprechend zurückhaltend waren die Kitas im Kreis, als es um die Frage einer Beteiligung ging – und umso größer die

Zufriedenheit bei den Erzieherinnen, die über die dreijährige Projektlaufzeit dabei waren: „Unsere Blickwinkel auf pädagogische Ansätze und Ansichten wurden derart erweitert, wie es allein durch die Vermittlung von Theorie kaum möglich ist“, stellt eine von ihnen fest, und eine andere sagt: „Materialien und Räumlichkeiten werden seit der Beteiligung an CreaNet immer auf ‚Kreativtauglichkeit‘ überprüft und der pädagogische Wert von Angeboten an den Möglichkeiten der Kinder zum ‚Kreativsein‘ festgemacht.“

Für den Enzkreis verbinden Projekte wie CreaNet oder EmloYouth in idealer Weise die intensive inhaltliche Arbeit an einem als wichtig eingestuften Thema mit dem vielfältigen internationalen Engagement: Der im Leitbild aus dem Jahr 2007 formulierte „hohe Stellenwert des europäischen Gedankens“ wird hier



Besonderes Interesse findet das deutsche duale Ausbildungssystem bei den europäischen Partnern – zum Beispiel bei Jutta Bubina und Iluta Krishkijane aus Lettland oder Paula Cabado aus Spanien (v. l.).



Zum Abschluss des Projekts „EU Net“ diskutierten Kommissionsmitarbeiter Dr. Joachim Ott und MdL Gunther Krichbaum, Vorsitzender des Bundestags-Europaausschusses (1. und 2. v. r.) mit Projektteilnehmern und Interessierten im Großen Sitzungssaal.

ebenso gelebt wie in drei Partnerschaften mit Kreisen und Kommunen in Italien, Polen und Ungarn sowie einer Klimapartnerschaft mit einem Distrikt in Tansania. Auch im Rahmen dieser Kontakte war der fachliche Austausch über die Grenze hinweg von jeher ein wichtiger Bestandteil.

Europäischer Mehrwert, internationale Kooperation und lokale Netzwerke

Die Projekte, an denen der Enzkreis bislang beteiligt war, wurden durch eines der zahlreichen Europäischen Aktionsprogramme gefördert: Durch die Programme zum Lebenslangen Lernen (Comenius, Leonardo und Erasmus), das Bürgerbegegnungs-Programm oder das Programm Jugend. Die Förderung erfolgt in Form eines Pauschalbetrags, Reisekostenanteil oder als prozentualer Zuschuss zu den Gesamtkosten, wobei dann zum Teil auch die eingesetzten Personalkosten zuschussfähig sind.

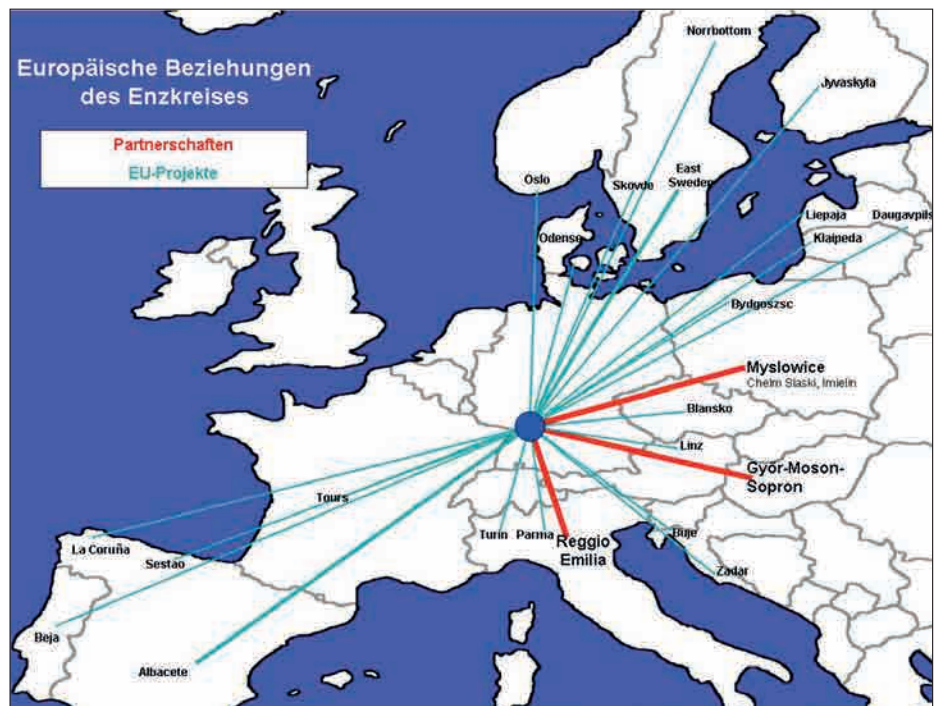
Antrag, Abrechnung und Dokumentation werden vom Europabüro/Pressestelle des Enzkreises übernommen. Der Verwaltungsaufwand ist zumeist überschaubar; er steigt mit der Höhe des jeweiligen Zuschusses. Insgesamt kann hier jedoch kaum von „Über-Bürokratisierung“ gesprochen werden – im

Gegenteil: Zumeist sind die Verfahren einfach und nachvollziehbar, und vor allem bei Flatrate-Bezuschussung genügen Teilnehmerlisten und ein qualifiziertes Tagungs-Programm als Beleg. Eine Ausnahme bildet das EU-Projekt „Papyrus“ (im Rahmenprogramm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation / CIP): Hier werden in einem internationalen Konsortium innovative Möglichkeiten für Bauen oder Sanieren entwickelt; der Zuschuss erstreckt sich dann auch auf Beschaffungen. Der Enzkreis möchte im Rahmen des Projekts die

Werkstätten seiner Berufsschule energetisch sanieren.

Unabhängig vom jeweiligen Programm: Die Antragstellung erfordert eine genaue Definition dessen, was im Projekt erreicht werden soll, wie die Ergebnisse publiziert und weiterverwendet werden und welchen „Nutzen“ Europa insgesamt von dem Projekt hat; denn Anträge werden nicht – wie in Deutschland zumeist üblich – dann genehmigt, wenn sie die Richtlinien erfüllen: Sie konkurrieren mit den anderen eingereichten Projekten, und nur die bestbewerteten erhalten den Zuschlag. Eine gewisse Einarbeitung in die Anforderungen und Erwartungen der jeweils zuständigen Ausführungs-Agenturen ist daher unumgänglich, um die richtigen Schlüsselbegriffe („EU-Lyrik“) zu verwenden.

Ein wichtiges Vergabe-Kriterium ist dabei die Zahl der (europäischen) Partner: Reichten vor wenigen Jahren noch drei Projektländer aus, so werden mittlerweile nicht selten fünf oder gar sieben erwartet. Hier erweist es sich als großer Vorteil, dass der Enzkreis mittlerweile Kontakte in ein gutes Dutzend Länder etabliert hat: Die Zusammenarbeit mit Partnern, die sich bereits kennen, ist





EU-Projekte fördern auch die regionalen Netzwerke (v. r.): Hartmut Schölich, Leiter des Enzkreis-Jobcenters, Christian Sattel von den Wirtschaftsunioren und Alexander Keck, Lehrer am Kreisberufsschulzentrum.

deutlich einfacher zu gestalten als mit völlig unbekanntem. Denn jenseits der Sprachbarriere – in der Regel ist die Projekt- und Konferenzsprache Englisch – werden hin und wieder kulturelle Unterschiede deutlich, die sich manchmal zu großen Hemmnissen aufbauen können; und dann ist es hilfreich, durch ein „klärendes Gespräch unter Freunden“ tragfähige Kompromisse finden zu können.

Was für die internationale Zusammenarbeit gilt – die Qualität steigt mit der Dauer der Kooperation – das gilt ebenso für die regionalen Netzwerke: Die Projektgruppen setzen sich aus Akteuren verschiedener mit dem jeweiligen Thema befasster Gruppen und Organisationen zusammen. So nahmen an einem Projekt, das sich mit den Anforderungen der kommenden Rentnergeneration beschäftigte, neben der Sozialplanerin des Enzkreises Mitarbeiterinnen von VHS, Diakonie und sogar zwei Bewohner eines Altenheims teil. Regelmäßig sind zudem Bürgermeister und Kreisräte in den Gruppen vertreten, die das Projekt während seiner Laufzeit tragen, gemeinsam an Konferenzen und Workshops im In- und Ausland teilnehmen und die Erkennt-

nisse in ihrem jeweiligen Umfeld weitergeben.

So ergibt sich eine durchaus erwünschte Nebenwirkung: Denn wenn der Sozialdezernent und der Leiter des (kreiseigenen) Jobcenters gemeinsam mit dem Geschäftsführer der Agentur für Arbeit, der Chefin eines großen freien Trägers sowie einer Unternehmerin und einem Vorstandsmitglied der Wirtschaftsuni-

ren mehrfach – und immer für mehrere Tage – unterwegs sind, wie dies bei EmploYouth der Fall war, ergeben sich zwangsläufig bessere Kontakte, ein anderes Verständnis füreinander sowie die Möglichkeit, auch einmal schnell zum Telefonhörer zu greifen. Vor allem aber entsteht die Möglichkeit, über die Institutionen hinweg nach neuen Wegen zu suchen, um gute Ideen aus Lettland, Österreich oder Schweden „zu Hause“ umzusetzen.

Vorteile und Ergebnisse für den Landkreis

Nicht jedes EU-Projekt bringt Resultate, die sich in Euro und Cent messen ließen. Manches muss zunächst eine Weile „schmoren“, andere indirekte Ergebnisse – wie die lokalen und regionalen Netzwerke – entziehen sich dem System von Kennzahlen, werden aber von den Beteiligten auch Jahre später noch qualitativ als großer Schritt nach vorn bewertet. Über Kontakte, die im EU-Projekt „Twinovate“ entstanden, entwickelten sich Schulpartnerschaften eines Gymnasiums in Pforzheim und der kreiseigenen Berufsschule nach Spanien; die Einbeziehung eines freien Trägers, der EU-Mo-



Strahlende Gesichter: Erster Landesbeamter Wolfgang Herz (z. v. l.) begrüßt eine Gruppe junger Spanier, die ein dreimonatiges Praktikum im Enzkreis absolvieren – und auf einen langfristigen Vertrag hoffen.



Kreisrat Klemens Köberle (2. v. r.) stellt Erzieherinnen aus Schweden, Finnland, Italien und Litauen „seinen“ Waldkindergarten vor.

... bilitätsprogramme organisiert, führte zu einem regen Austausch von Berufspraktikanten; der Enzkreis war Gastgeber für Delegationen aus Schweden, die sich über Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement informierten – und wird selbst im Herbst eine Delegation nach

Italien schicken, um die dort seit Jahren praktizierte Inklusion in Regelschulen zu studieren. In Vorbereitung ist ein weiteres EU-Projekt, das sich mit der Betreuung Demenzkranker beschäftigt. Und gerne würde der Enzkreis gemeinsam mit Partnern in Schweden, Lettland,

Spanien und Kroatien Modelle entwickeln, wie Bürgerbeteiligung in der Regionalentwicklung gestaltet werden kann.

Auch EmploYouth soll weitergehen: Der Antrag für das Folgeprojekt „iJob“, das die Ausbildungs- und Beschäftigungsfähigkeit Jugendlicher in den Fokus nehmen soll, liegt bereits bei der Exekutiv-Agentur in Brüssel. Unabhängig davon werden sich im Herbst Fachleute aus dem Enzkreis beim österreichischen Projektpartner informieren: Die Stadt Linz bietet selbst gezielt Ausbildungsplätze für Jugendliche, die sonst auf dem freien Markt nicht zum Zug kommen.

Vom Projekt EmploYouth direkt profitiert haben bereits einige Firmen, vor allem aber zahlreiche junge Italiener und Spanier, die – gefördert aus dem EU-Mobilitätsprogramm – für jeweils drei Monate zu einem Praktikum in den Enzkreis kamen oder noch kommen werden. Sie verbessern so ihre berufliche Qualifikation und natürlich ihren Lebenslauf; und vielleicht werden sie sogar von ihrem Arbeitgeber übernommen – wie dies bereits bei mehreren Chemielaboranten oder einer Krankenschwester der Fall war. Zwei weitere junge Spanier aus dem Programm werden im Herbst eine Lehre beginnen – und so auch zur Verbreitung des Dualen Ausbildungssystems beitragen. Ganz im Sinne von Mathias Morlock und seinem Fazit: „Wir haben hier in Deutschland etwas ganz Besonderes. Und wenn die anderen Nationen davon lernen wollen, kann uns das nur recht sein!“



Intensive Diskussionen (auf Englisch) in Kleingruppen sind ein notwendiger und erfolgreicher Teil internationaler Projektarbeit – hier mit Anna Lindberg von der Region East Sweden Region.

Jürgen Hörstmann ist Europabeauftragter des Landratsamts Enzkreis

Europa am Oberrhein

Im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald ist die grenzüberschreitende Kooperation alltäglich und immer wieder kreativ

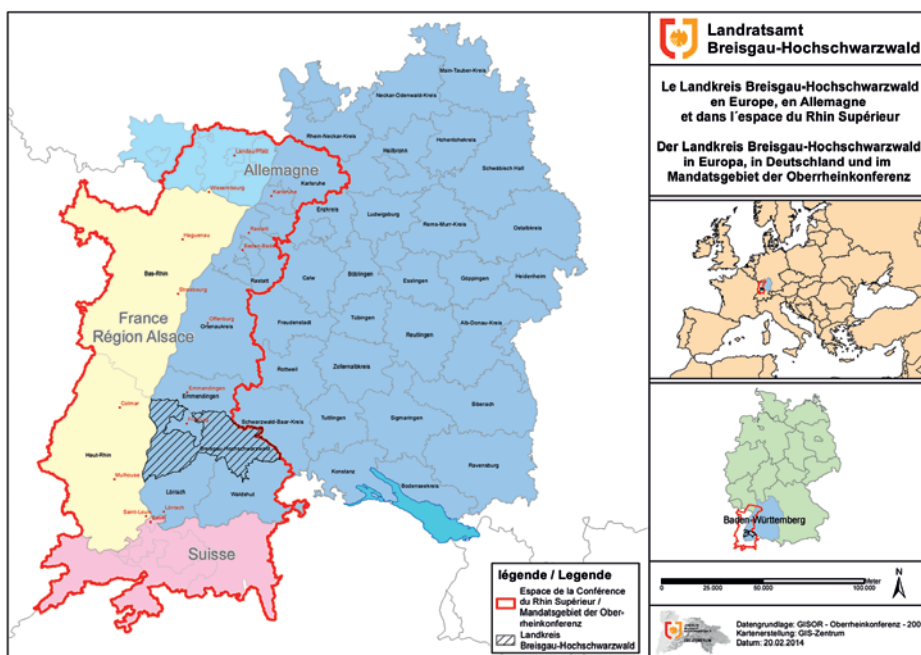
Von Matthias Fetterer, Freiburg

15. Juni 2013: Über 4000 Menschen kommen auf die Rheininsel zwischen dem deutschen Breisach und dem französischen Neuf-Brisach und feiern gemeinsam ein großes Fest anlässlich des 50. Jubiläums des Élysée-Vertrags. Die Sonne strahlt und die deutsch-französische Brigade, stationiert im badischen Müllheim, bereichert den Festtag zunächst mit einem Defilee in den beiden Städten links und rechts des Rheins. Danach treffen sich die deutschen und französischen Soldaten ohne Waffen auf der Rheininsel und feiern gemeinsam mit den zahlreichen zivilen Besuchern. Zwischen den zahlreichen Bühnendarbietungen und Informationsständen unterzeichnen deutsche und französische Bürgermeister die Gründungserklärung des zweiten grenzüberschreitenden örtlichen Zweckverbandes im Landkreis, dem Zweckverband „Zwei Breisacher Land“.

Dieses Beispiel zeigt: Grenzüberschreitendes Miteinander hat im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald eine besondere Form der Normalität erreicht. Hauptorganisator des Freundschaftsfestes war das Landratsamt mit seinen beiden speziell für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit verantwortlichen Mitarbeitern im Stabsbereich Koordination und Presse. Französische Gebietskörperschaften, wie zum Beispiel der Gemeindeverwaltungsverband Pays de Brisach oder der Conseil Général du Haut-Rhin aus Colmar, die Stadt Breisach und natürlich auch die deutsch-französische Brigade, unterstützen zudem tatkräftig. Und so ganz nebenbei ist die Zusammenarbeit der deutschen und französischen Verwaltungen für die Mitarbeiter auf beiden Seiten des Rheins auch immer wieder ein Lehrstück zu den Themen Staatsaufbau und Verwaltungsabläufe des jeweils anderen Staates. Dieses Beispiel zeigt auch: Die europapolitische Ausrichtung des Landkreises Breisgau-Hochschwarzwald ist ganz besonders durch seine Lage als Rheinanlieger über eine Strecke von mehr als 40 Kilometern zur französischen Nachbarschaft geprägt. Zahlreiche grenzüberschreitende Projekte wurden dabei in

den letzten Jahren umgesetzt. Diese „grenzüberschreitende Zusammenarbeit am Oberrhein“ ist neben der Beteiligung des Landkreises an EU-Programmen wie LEADER und ESF, der Informationsarbeit des Europabeauftragten und einer seit 1999 bestehenden Partnerschaft mit einem ungarischen Landkreis (Komitat Csongrád) der europapolitische Schwerpunkt des Landkreises.

Mit der Eröffnung des gemeinsamen Binnenmarktes zum 1. Januar 1993 wurden die Notwendigkeit und damit auch der politische Wille zum Ausbau der grenzüberschreitenden Infrastrukturen, wie Straßen-, Schienen-, Luft- und Wasserverkehre, links und rechts des Rheins immer offensichtlicher. Hinzu kamen wachsende Kooperationsbedürfnisse von Politik und Verwaltung in den grenzüberschreitenden Themenfeldern Verkehr, Umwelt, Raumordnung, Wirtschaft, Kultur, Tourismus, Bildungs- und Sprachpolitik sowie zur Förderung der bürgerschaftlichen Alltagsbeziehungen. Im Oberrheinraum ist Regionalpolitik immer auch grenzüberschreitende Politik mit den französischen und schweizerischen Nachbarn. Der Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald verfügt deshalb wegen den kommunalpolitischen Auswirkungen des europäischen Einigungsprozesses und der europäischen Regionalpolitik seit 1996 über eine spe-



Der Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald im D-F-CH-Kooperationsraum am Oberrhein



Landrätin Störr-Ritter beim Gründungsakt „Grenzüberschreitender Zweckverband“

zielle Sachbearbeitung für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit am Oberrhein.

Im Jahr 2000 richtete der Kreistag des Landkreises Breisgau-Hochschwarzwald einen beschließenden Ausschuss für grenzüberschreitende Zusammenarbeit ein. Dieses politische Signal wurde auf französischer Seite sehr positiv aufgenommen. Dieser Ausschuss – der bisher einzige am Oberrhein – kooperiert seit seiner Gründung insbesondere mit dem entsprechenden Ausschuss des Conseil Général du Haut-Rhin, dem Generalrat Oberelsass mit Sitz in Colmar.

Auf dieser politischen Basis gründet eine intensive Zusammenarbeit des Landratsamtes mit französischen Verwaltungen. Fachthemen, wie gemeinsame Raum- und Landschaftsplanungen, Wasserwirtschaft, Umweltschutz und ein regelmäßiges Klärwärtertreffen sowie die Kooperation der Straßenverwaltung, der Sozialverwaltung und der Wirtschaftsförderung werden permanent mit französischen und schweizerischen Partnern, abgestimmt. Eine besondere Rolle spielt dabei auch das Kernkraftwerk im elsässischen Fessenheim. Vertreter des Landkreises Breisgau-Hochschwarzwald nehmen zum Beispiel regelmäßig

an den Sitzungen der Commission Locale d'Information et de Surveillance, auf deutsch dem „lokalen Ausschuss zur Information und Überwachung“ teil.

Der Ursprung aller dieser politischen und administrativen Verflechtungen und Netzwerke liegt bereits im Jahr 1956, als französische Regionalpolitiker den deutschen Nachbarn die Hand zur Versöhnung ausstreckten. Dies mündete in die jährlichen deutsch-französischen Bürgermeisterforen „Breisgau-Centre Alsace“, die seither jedes Jahr in Breisach am Rhein stattfinden und immer mit namhaften Gastreferenten neue Impulse zur noch weitergehenden europäischen Integration am Oberrhein setzen.

Die von 13 französischen und deutschen Partnern gemeinsam getragene Informations- und Beratungsstelle für grenzüberschreitende Fragen „INFOBEST Vogelgrun-Breisach“ gilt als das Erfolgsprojekt am Oberrhein. Seit der Gründung im Jahre 1996 hat sie bis heute steigende Anfragen zu verzeichnen, vor allem seitens der grenzüberschreitenden Berufspendler und deren Informations- und Beratungsbedarf zu Fragen der Sozialversicherungen und des Arbeitsmarktes. Unter dem Vorsitz von Landrätin Doro-

thea Störr-Ritter, die derzeit als Präsidentin dieser Einrichtung fungiert, übernahm die Instanz auch zunehmend eine Scharnierfunktion zur Politik. Drängende Alltagsprobleme, wie beispielsweise die nachträgliche Besteuerung

Die 3 Aktionsebenen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit des Landkreises:

- Vertretung des Landkreises durch die Landrätin in grenzüberschreitenden Gremien
 - D-F-CH Oberrheinkonferenz
 - D-F-CH Oberrheinrat
 - Trinationale Metropolregion Oberrhein
 - Eurodistrict Region Freiburg/ Centre et Sud-Alsace
 - Grenzüberschreitende Zweckverbände „Hartheim-Fessenheim“ und „Breisach-Neuf-Brisach“
- Grenzüberschreitende Behördenkontakte zur Klärung nachbarschaftlicher Fragen mit
 - Conseil Régional d'Alsace
 - Conseil Général du Haut-Rhin
 - Préfectures
 - Städten Strasbourg, Mulhouse und Colmar
 - Communautés de Communes (Gemeindeverwaltungsverbände)
 - Französischen Fachbehörden (z.B. Überwachungskommission KKW Fessenheim)
- Grenzüberschreitende Projekte (zumeist mit EU-Kofinanzierung über das Programm INTERREG) Beispiele:
 - Informations- und Beratungsstelle Vogelgrun-Breisach (seit 1996)
 - Neubau der Brücke Hartheim-Fessenheim (Fertigstellung 2006)
 - Fonds zur Förderung grenzüberschreitender Kleinprojekte (seit 2011)



Deutsch-französisches Publikum beim Singen der Europahymne

französischer Rentenempfänger durch die deutsche Fiskalverwaltung, konnten so von der Bürgerebene bis zur deutsch-französischen Ministerebene transportiert werden, um Lösungen für zahlreiche soziale Härtefälle zu finden.

Ein weiterer wichtiger Meilenstein in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit des Landkreises der vergangenen Jahre war die Einrichtung des ersten deutsch-französischen Zweckverbandes „Mittelhardt-Oberrhein“ am 3. Juli 1998. Projekt des Zweckverbandes war der Neubau der „Brücke Hartheim-Fessenheim“, die mit der feierlichen Einweihung am 20. und 21. Mai 2006 in Anwesenheit des damaligen französischen Staatspräsidenten Jacques Chirac fertig gestellt wurde.

Zur Verbesserung des Außenauftritts präsentiert sich die grenzüberschreitende Zusammenarbeit des Landrats-

amtes unter dem Stichwort „Bienvenue“ seit 2010 auf der Homepage des Landkreises in französischer Sprache. Hier erhalten die Besucher einen Überblick über alle laufenden Projekte und eine Vielzahl von Informationen zum Landkreis insgesamt. Ferner hat das Landratsamt eine Info-Broschüre zur Präsentation des Landkreises in französischer Sprache als Handreichung für die französischen Partner aufgelegt.

Seit 2011 verwaltet der Landkreis als Projektträger einen europäischen INTERREG IV-Kleinprojektfonds. Dieser ist mit rund 500 000 Euro budgetiert. Förderfähig sind dabei grenzüberschreitende Bürgerbegegnungen aller Art. Insgesamt unterstützte der Fonds bislang 25 Kleinprojekte für Begegnungen mit über 20 000 Bürgern. Zwischen 1996 und 2014 war der Landkreis an über zehn EU-INTERREG-geförderten Projekten mit

einem Finanzierungsvolumen von über 10 Millionen Euro beteiligt, wovon die Hälfte dem Landkreisgebiet beziehungsweise Gemeinden, Organisationen und Vereinen im Kreisgebiet zugute kam.

Die Ergebnisse der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit brachten für den Landkreis einen deutlichen europäischen und regionalpolitischen Mehrwert, der strukturell durch INFOBEST, Grenzüberschreitende Zweckverbände, Verkehrsstudien, Ausbau und Optimierung der grenzüberschreitenden Gremien hin zur Trinationalen Metropolregion Oberrhein und finanziell bei den EU-INTERREG-Mitteln konkret darstellbar ist.

Letztendlich fand die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit dem anfangs beschriebenen deutsch-französischen Freundschaftsfest und der Gründung des zweiten grenzüberschreitenden Zweckverbandes „Zwei-Breischer-Land“ im Jahre 2013 einen bisherigen Höhepunkt. Dies war nur durch jahrelange kontinuierlich erfolgreiche europäische Integrationsarbeit an der kommunalen Basis und durch die vielfältige grenzüberschreitende Verflechtung des Landkreises möglich. Sicherlich wird diese erfolgreiche Arbeit in den nächsten Jahren fortgesetzt werden, viele interessante Projektideen könnten sich zu weiteren Grenzlandprojekten entwickeln.

Matthias Fetterer leitet den Stabsbereich Koordination & Presse im Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald

Bedeutung der kommunalen Ebene für den europäischen Integrationsprozess

Welche konkreten Möglichkeiten haben Landkreise, bei den Bürgerinnen und Bürgern für Europa zu werben? Beispiele aus dem Landkreis Ludwigsburg

Von Annegret Kornmann, Ludwigsburg

„Europa ist unsere Zukunft – wir haben keine andere“, hat der frühere Außenminister Hans-Dietrich Genscher einmal gesagt. In der Tat hat der Anteil der EU-Vorschriften, von denen die kommunale Ebene betroffen ist, stets zugenommen und liegt inzwischen bei über 80 Prozent. Dies umfasst nahezu alle Zuständigkeitsbereiche der Landkreisverwaltungen und reicht von der Landwirtschaft (Gemeinsame Europäische Agrarpolitik) über den Naturschutz (LIFE-Projekte, Natura-2000-Gebiete), die Wirtschaft (Subventionen, Binnenmarkt) und den Verbraucherschutz (einheitliche Qualitätsstandards) bis hin zur Verwaltung selbst, die verpflichtet ist, größere Anschaffungen europaweit auszuschreiben.

Gleichzeitig steht die Europäische Union (EU) – sie soll in diesem Artikel mehr oder weniger als Synonym für Europa stehen, da es hier letztlich in erster Linie um die Verwaltungsebene Europa, weniger um den Kulturraum geht – derzeit an einem Wendepunkt. Vor allem kann man feststellen, dass sie ein „Imageproblem“ hat. Dieses resultiert einerseits aus einer gewissen, unvermeidlichen Distanz zur Bevölkerung: Brüssel und seine Beamten sind weit weg, es gibt keine oder kaum bekannte Persönlichkeiten im Vordergrund, die Europa ein Gesicht geben. Stattdessen wird diese Distanz noch verstärkt durch zahlreiche Medienveröffentlichungen, in denen vor allem das Bild einer „regelwütigen EU“ gezeichnet wird, die sich vorrangig unwichtig erscheinenden Problemen wie dem Krümmungsgrad von Gurken verschreibt, anstatt die großen Probleme, wie die hohe Jugendarbeitslosigkeit und die Energiewende, anzugehen. Gerade diese verzerrte, oftmals unzutreffende Wahrnehmung bleibt viel stärker bei den Bürgerinnen und Bürgern haften als „schnörkellose“, sachliche Fakten, die sich hinter den Richtlinien tatsächlich verbergen. Distanz schafft Misstrauen und eine große Anonymität führt unweigerlich dazu, dass Entscheidungen, die in Brüssel

getroffen werden, an den Bürgern vorbeilaufen oder bestenfalls mit einer gewissen Resignation zur Kenntnis genommen werden.

Andererseits ist Europa inzwischen zur „Normalität“ geworden. Gerade für die jüngeren Generationen ist es selbstverständlich, mit einer einheitlichen Währung zu bezahlen und sich innerhalb Europas ohne Grenzkontrollen zu bewegen. Aus diesem Grund ist es wichtig, unermüdlich die Vorteile des europäischen Einigungsprozesses vor Augen zu führen und herauszustellen, dass die Freizügigkeit und das friedliche Zusammenspiel europäischer Staaten und Nationen bis vor wenigen Jahrzehnten alles andere als eine Selbstverständlichkeit gewesen sind.

Die Kommunalverwaltungen haben an dieser Stelle eine besonders wichtige Aufgabe. Sie sind es, die in direktem Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern stehen und auf diese Weise auch eine Multiplikatorenfunktion für europäische Themen einnehmen. Daher ist es ganz entscheidend, das Subsidiaritätsprinzip zu wahren. Es ist gut und richtig, dass die großen Rahmenvorgaben und Grundsätze in Brüssel festgelegt werden – nur so kann der europäische Einigungsprozess, der nicht nur aus wirtschaftlicher

Perspektive unumkehrbar ist, vorangetrieben werden. Doch muss gleichzeitig sichergestellt sein, dass die konkrete Ausführung und die Detailregelungen auf der niedrigst möglichen Ebene erfolgen können. Gemäß dem Ausspruch Laotse „Wer nicht genügend vertraut, wird kein Vertrauen finden“ muss die EU so viele Aufgaben wie möglich an die jeweils niedrigst möglichen Ebenen delegieren, um von den Bürgern Vertrauen zurückzubekommen und gleichzeitig sich selbst zu entlasten.

Einem Landkreis bieten sich im Rahmen seiner Möglichkeiten verschiedene Formate, um sich für den europäischen Einigungsprozess einzusetzen und den Bürgerinnen und Bürgern europäische Themen näherzubringen. Der Landkreis Ludwigsburg verfolgt hier Ansätze in verschiedenen Bereichen:

1. Mitgliedschaft im Rat der Gemeinden und Regionen Europas

Der Landkreis Ludwigsburg ist Mitglied in der Deutschen Sektion des Rats der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE). Landrat Dr. Rainer Haas, bekennender Europäer und engagierter Verfechter der europäischen Idee, ist zudem Vizepräsident der Deutschen Sektion. Der RGRE ist der größte und wichtigste Zusammenschluss von Kommunen auf europäischer Ebene. Er vernetzt diese untereinander und koordiniert ihre Aktivitäten, kurzum: Er verleiht den kommunalen Interessen in Brüssel ein Gewicht und leistet dort wertvolle Netzwerkarbeit. Ein konsequenter Schritt war daher, dass er sein Hauptbüro im vergangenen Jahr von Paris nach Brüssel verlegte, wo bisher nur eine Zweigstelle existierte.

2. Zusammenarbeit mit dem örtlichen Kreisverband der Europa-Union Deutschland

Die Europa-Union ist einer der bedeutendsten Vereine, wenn es um europäische Themen auf Bürgerebene geht. Sie bringt Europa aus dem fernen Brüssel über die lokalen Strukturen zu den Bürgerinnen und Bürgern, zeigt aktuelle Themen auf und sensibilisiert für Dinge, die im Alltag von Belang sind. Durch gezielte Aktionen ist sie gerade auch mit ihrer Jugendorganisation, den Jungen Europäischen Föderalisten, ein wichtiger Ansprechpartner für jüngere Generationen. Landrat Dr. Rainer Haas ist Vorsitzender des Ludwigsburger Kreisverbandes der Europa-Union. Der Landkreis und die Europa-Union arbeiten bei verschiedenen Themen und Veranstaltungen eng zusammen, kürzlich beispielsweise bei einer Veranstaltung zur 50-Jahr-Feier der Rede Charles de Gaulles an die deutsche Jugend in Ludwigsburg im Jahr 2012 oder bei einem Bürgerforum Europa des Landkreises im vergangenen Jahr.

3. Eigene Europaveranstaltungen

Der Landkreis Ludwigsburg veranstaltet seit Jahren Bürgerforen zu europäischen Themen. Die letzte Veranstaltung fand im Juni 2013 statt. Hier ging es um das Thema „Ressourceneffizienz und Energiewende – Verpflichtung auf europäischer, regionaler und lokaler Ebene“. Zu dieser Reihe werden stets Referenten eingeladen, die die jeweiligen Themen aus verschiedenen Perspektiven beleuchten. Beim letztjährigen Bürgerforum Europa waren der baden-württembergische Umweltminister Franz Untersteller, Dr. Henning Arp, damaliger Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in München, sowie Prof. Dr. Stefan Tenbohlen, Studiendekan für erneuerbare Energien an der Universität Stuttgart, zu Gast. Im Anschluss an ihre Impulsreferate kam eine rege und vielschichtige Diskussion mit den Besuchern zustande. Diese Ver-

anstaltung war der Beitrag des Landkreises Ludwigsburg zum Europäischen Jahr der Bürgerinnen und Bürger.

Darüber hinaus versucht der Landkreis Ludwigsburg, Europa bei verschiedenen Gelegenheiten ins Zentrum des Interesses zu stellen. So fand der Neujahrsempfang des Landkreises im Europawahljahr 2014 zum Thema „Zusammen sind wir Europa!“ statt. Auch hier waren Redner zu Gast, die Europa vor Ort ein Gesicht gaben: die beiden Europaabgeordneten Evelyne Gebhardt und Rainer Wieland, zugleich in ihrer Funktion als baden-württembergische Landesvorsitzende bzw. als bundesweiter Vorsitzender der Europa-Union Deutschland. Beide verstanden es, auf aktuelle Aspekte und Probleme im europäischen Einigungsprozess einzugehen und gleichwohl auf die vielen Vorteile Europas hinzuweisen. In Zusammenarbeit mit der Europa-Union und den Jungen Europäischen Föderalisten wurde dafür geworben, an der diesjährigen Europawahl teilzunehmen. Ein wichtiger Teil dieses Neujahrsempfangs war außerdem eine Ausstellung zu den Städtepartnerschaften im Landkreis Ludwigsburg, an der sich 18 Kreiskommunen mit vielfältigen Aktionen beteiligten.

Der Landkreis Ludwigsburg betrachtet solche Veranstaltungen als essentiell, um ein breites Publikum über europäische Angelegenheiten zu informieren und für die europäische Idee zu werben. Bereits im Jahr 2007 fand aus dem Bewusstsein heraus, als europäische Bürger

Europa mitgestalten zu müssen, eine groß angelegte dreitägige Europakonferenz im Ludwigsburger Kreishaus statt, bei der es um die Zukunft der Kommunen in Europa ging. Neben dem damaligen Minister im baden-württembergischen Staatsministerium für europäische Angelegenheiten, Willi Stächele, dem früheren Stuttgarter Oberbürgermeister Dr. Wolfgang Schuster, der zugleich Vorsitzender der Deutschen Sektion des RGRE sowie später auch des europäischen Dachverbandes war, und Dr. Henning Arp von der Regionalvertretung der Europäischen Kommission in München kamen auch Vertreter der Partnerlandkreise des Landkreises Ludwigsburg zu Wort, unter anderem aus dem Oberen Galiläa, dem ungarischen Komitat Pest oder der italienischen Provinz Bergamo. In Workshops ging es dann um verschiedene Themen wie die Finanz- und Strukturpolitik der EU, die Rolle von Kreisen und Kommunen im Europäischen Verfassungsgefüge oder die europäische Idee im 21. Jahrhundert. Aus dieser mehrtägigen Fachveranstaltung ging eine gemeinsame Abschlusserklärung hervor, in der die beteiligten Partner ihr Verständnis von Europa darlegten und sich für starke Kommunen in Europa einsetzten.

4. Europaarbeit im Kreistag

Seit 2003 gibt es beim Landkreis Ludwigsburg einen Europabeauftragten. Im gleichen Jahr wurde der Zuständigkeitsbereich des Kultur- und Schulaus-



Europakonferenz 2007

schusses auf europäische Themen ausgeweitet: Seither nimmt dieser auch die Funktion des Europaausschusses ein. Denn die Lokalpolitiker im Kreistag sind zugleich Multiplikatoren für europäische Themen in ihren Gemeinden. Sie sind es, die über ihre Arbeit in den dortigen Gremien eine Brücke schaffen und für die Relevanz von europäischen Themen sensibilisieren können. Neben der regelmäßigen Information und Beratung über europäische Themen in den Ausschusssitzungen nahmen die Mitglieder des Kultur-, Schul- und Europaausschusses beispielsweise im Jahr 2010 an einer Exkursion zur Europäischen Union nach Brüssel teil, wo sie vom Europaabgeordneten des Landkreises Ludwigsburg, Rainer Wieland, sowie vom europäischen Energiekommissar Günter Oettinger, der ebenfalls aus dem Landkreis Ludwigsburg stammt, begrüßt wurden. Außerdem vertraten einige Mitglieder des Ausschusses den Landkreis Ludwigsburg bei der Generalversammlung des RGRE auf europäischer Ebene im Jahr 2012 in Cádiz (Spanien).

5. Partnerschaftsarbeit

Der Landkreis Ludwigsburg selbst unterhält mehrere lebendige Partnerschaften zu europäischen und außereuropäischen Landkreisen. Hierzu zählen das ungarische Komitat Pest, die israelische Region Oberes Galiläa und die chinesische Stadt Yichang. Daneben ist es ihm ein großes Anliegen, die Partnerschaften der Landkreisgemeinden – bei den 39 Gemeinden gibt es mehr als 20 Städtepartnerschaften allein mit Frankreich – zu unterstützen. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf dem Austausch von jungen Menschen. Mit Jugendlichen aus dem Komitat Pest und dem Landkreis Ludwigsburg wird beispielsweise alljährlich ein Naturschutz-Camp veranstaltet, bei dem Jugendliche im wechselnden Turnus gemeinsame Naturschutzaktionen unternehmen und die Partnerlandkreise erkunden. Außerdem sind regel-



Brüssel-Exkursion des Kultur-, Schul- und Europaausschusses

mäßig Schulklassen mit ihren Gästen zu Besuch im Kreishaus. Diese Jugendbegegnungen sind ein wesentlicher Bestandteil des europäischen Zusammenwachsens. Das Erlernen von Fremdsprachen und der Austausch von Gleichaltrigen aus verschiedenen Ländern erweitern den eigenen Horizont und führen zu einem besseren gegenseitigen Verständnis. Durch den direkten Kontakt können die Jugendlichen erleben, dass die „Anderen“ gar nicht so anders sind wie sie selbst.

6. Einmischen

Es muss das Bewusstsein geschärft werden, dass die EU ein Dialogfeld ist, ein Gemeinschaftsprojekt. Wir alle müssen „am Ball bleiben“, uns informieren – und auch einmischen, beispielsweise in Form einer Beteiligung an öffentlichen Konsultationen der EU. Wenn es Bereiche gibt, in denen die EU zu viel reguliert, ist es sinnvoll, dies kundzutun. Ein gutes Beispiel in diesem Zusammenhang ist sicherlich die europäische Bürgerinitiative *right2water*, die im vergangenen Jahr mit 1,8 Millionen Unterschriften aus 13 Ländern erfolgreich war, davon allein von 1,3 Millionen Unterstützern aus Deutschland. Hier ging es um eine geplante Konzessionsrichtlinie, von der befürchtet

wurde, dass sie langfristig zu einer Privatisierung der Wasserversorgung führen könnte. Die europäischen Bürgerinnen und Bürger haben mit dieser Bürgerinitiative dagegen protestiert – mit Erfolg. Die Wasserversorgung wurde schließlich – wie auch die Rettungsdienste – als öffentliches Gut und kommunale Daseinsvorsorge von der Richtlinie ausgenommen. Auch Landrat Dr. Rainer Haas hatte sich zu diesem Thema an verschiedene Vertreter der Europäischen Union und des Europäischen Parlaments gewandt mit der Bitte, sich gegen eine Privatisierung der Wasserversorgung einzusetzen.

Aus den oben genannten Punkten ist ersichtlich, dass auch Landkreise eine Reihe von Möglichkeiten haben, sich am europäischen Einigungsprozess zu beteiligen und für eine positivere Wahrnehmung Europas in der breiten Öffentlichkeit zu werben. Es muss unser Ziel sein, diese Aktivitäten auch in Zukunft nach Kräften weiter zu betreiben und voranzubringen – nur so können wir unseren Beitrag zu einem friedlichen und prosperierenden Europa leisten, das unseren Alltag immer mehr prägt.

Annegret Kornmann ist im Bereich Pressestelle und Europaangelegenheiten des Landratsamt Ludwigsburg tätig

Europaarbeit im Landratsamt Karlsruhe

Praxisleitfaden bietet Orientierung im Förderdschungel

Von Angelo Castellano, Karlsruhe

Die Europäische Union fördert eine Vielzahl von Projekten in den unterschiedlichsten Bereichen. Auch Bund und Land bieten eigene Förderprogramme an. Oft können sie direkt von den Kommunen in Anspruch genommen werden, teilweise ist dies nur mittelbar über andere Institutionen möglich. Da die Programmbeschreibungen in der Regel gleichermaßen abstrakt wie komplex sind und viel Zeit zur Durcharbeit fordern, hat der Landkreis Karlsruhe einen online verfügbaren Praxisleitfaden erstellt, um seinen Städten und Gemeinden den Überblick zu erleichtern sowie ein Netzwerk der Akteure in den Rathäusern und im Landratsamt aufzubauen.

Die Anzahl der Förderprogramme auf den verschiedenen Ebenen der Europäischen Union, der Bundesrepublik Deutschland und des Landes Baden-Württemberg ist groß, und eine In-

anspruchnahme durchaus erfolgreich, wie viele gute Beispiele aus Städten und Gemeinden belegen. Voraussetzung ist aber, das jeweils passgenaue Programm aus der unüberschaubaren Fülle der Angebote ausfindig zu machen und sich mit dem in der Regel komplexen Antragsverfahren auseinanderzusetzen. Da beides sehr zeitintensiv ist, bedeutet das im eng getakteten Tagesgeschäft nicht selten eine unüberwindbare Hürde. Im Landratsamt Karlsruhe entstand deshalb die Idee, den Kommunen einen übersichtlichen Leitfaden zur Verfügung zu stellen, der sowohl bei der Suche nach einem erfolgversprechenden Programm Orientierung bietet wie auch beim eigentlichen Antragsverfahren Hilfestellungen gibt. Da gerade im Förderbereich die Aktualität von Informationen ausschlaggebend ist, steht der Leitfaden im Internet zur Verfügung.

Um maximalen Praxisbezug zu bieten wurden ausschließlich Informationen

über Förderprogramme aufgenommen, die für die kommunale Ebene tatsächlich relevant sind. Beschrieben wird zunächst die Förderstruktur im Landkreis Karlsruhe, ausgehend von den regionalen Ansätzen der EU-Strukturfonds über EU-Aktionsprogramme bis hin zur Übersicht über Förderprogramme des Bundes und des Landes. Hingewiesen wird aber auch auf Stiftungen. Links und Adressen von Ansprechpartnern ermöglichen den schnellen Zugang zu weiteren Informationen und ermöglichen eine direkte Kontaktaufnahme. Danach werden unter den Schlagworten „Soziales-Bildung“, „Bau“, „Energie“, „Umwelt“, „Forstwirtschaft“, „Landwirtschaft“, „Wirtschaftstourismus“ Förderprogramme aufgelistet, die bereits erfolgreich im Landkreis Karlsruhe umgesetzt wurden. Wertvollste Information ist hier die Nennung derjenigen Stellen und Ansprechpartner, die bereits erfolgreich Fördermittel abgerufen haben und über das entsprechende Know-how verfügen. Ebenfalls verzeichnet sind jeweils die Ansprechpartner, die im Landratsamt als mögliche Projektpartner in Betracht kommen oder beratend zur Seite stehen können. Ein Glossar mit Abkürzungen und Fachbegriffen komplettiert das Werk.

Der Landkreis Karlsruhe liegt in unmittelbarer Nähe von Frankreich und setzt sich aktiv für die europäische Zusammenarbeit ein. Auf das Jahr 1964 gehen erste Kontakte zur Grafschaft Monmouthshire in Wales/Großbritannien zurück, aus der sich eine Vielzahl von Partnerschaften entwickelt haben. Der Landkreis ist Mitglied im deutsch-französischen Zweckverband Eurodistrikt Regio Pamina und arbeitet im Rat der Gemeinden und Regionen Europas sowie über die Oberrheinkonferenz am Aufbau der Trinationalen Metropolregion Oberrhein mit. Aktuell engagiert er sich über die TechnologieRegion Karlsruhe beim EFRE-Wettbewerb RegioWIN, wo soeben erfolgreich die erste Projekthürde genommen wurde, und bewirbt sich gemeinsam mit dem Rhein-Neckar-Kreis und dem Landkreis Heilbronn um den Status einer LEADER-Region für den Kraichgau. Die Europaarbeit im Landratsamt Karlsruhe ist im Büro des Landrats angesiedelt.

Dipl.-Ing. (FH) Angelo Castellano ist im Büro des Landrats u.a. zuständig für den Aufgabenbereich Förderprogramme und hat den Praxisleitfaden konzipiert

Fruchtbares Terrain: Internationaler Bodenseeraum ertragreich für den Landkreis Ravensburg

Von Albert Miller, Ravensburg

Der Landkreis Ravensburg hat in der Vergangenheit wiederholt die Gelegenheit genutzt und in den Landkreisnachrichten über seine Europaarbeit berichtet. Den Themenschwerpunkt der vorliegenden Ausgabe der Landkreisnachrichten (Europaarbeit der Landkreise) wollen wir daher dazu nutzen, einen der bedeutenderen Sektoren unserer Europatätigkeit etwas zu beleuchten. Mit dem INTERREG IV A-Programm „Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein“ stellten die Europäische Union und die Schweiz in den Jahren 2007–2013 eine europäische Gebiets- und Förderkulisse bereit, in der sich in den letzten 14 Jahren viele Akteure aus dem Landkreis Ravensburg mit teilweise verblüffenden Ergebnissen engagiert haben.

Das INTERREG IV A-Programm „Alpenrhein-Bodensee- Hochrhein“ (2007–2013)

Das Programmgebiet ist eine Grenzregion, die mit Gebietsteilen in Deutschland, Österreich, der Schweiz und im Fürstentum Liechtenstein vier souveräne europäische Nationalstaaten tangiert. Im Programmgebiet leben ca. 5,5 Mio. Einwohner auf einer Fläche von etwa 22838 km². Deutschland besitzt daran einen Anteil von 37,4 %, Österreich 9,3 %, das Fürstentum Liechtenstein 0,6 %. Mit 52,6 % hat die Schweiz (9 Kantone und Halbkantone) den flächenmäßig größten Anteil am Programmgebiet. Etwa 80 % (ca. 484 km) der gesamten Grenzlinie innerhalb des Programmgebietes (577 km) sind EU-Außengrenzen. Mit einer Finanzausstattung von ca. 64

Mio. Euro zählt das Programm zu den kleineren Interreg IV A-Programmen. Für die Länder Baden-Württemberg, Bayern und Vorarlberg (A) stellte die Europäische Union 23,9 Mio. Euro aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) zur Verfügung. Der Schweizer Bund beteiligte sich mit 3,7 Mio. Euro, die Schweizer Kantone mit 3,8 Mio. Euro und das Fürstentum Liechtenstein mit 1 Mio. Euro. Hinzu kamen 22,4 Mio. Euro an Eigen- und Drittmitteln von Projektträgern aus Deutschland und Österreich und etwa 9 Mio. Euro Eigen- und Drittmittel Schweizer Projektträger. Projektanträge hatten sich an den zwei Schwerpunktachsen des Programms zu orientieren (Achse 1: Innovation und Wissenstransfer; Achse 2: Standortqualität und Ressourcenschutz). Verwaltungsbehörde des Programms und dessen Gemeinsames Technisches Sekretariat haben ihren Sitz beim Regierungspräsidium Tübingen.

Das INTERREG-Programm und der Landkreis Ravensburg

Der Landkreis Ravensburg liegt zwar vollständig im Programmgebiet, seine Grenzen sind aber nicht mit den nationalstaatlichen Außengrenzen deckungsgleich. Dasselbe gilt auch für die Landkreise Sigmaringen, Tuttlingen und das Unterallgäu (s. Karte Programmgebiet). Diese grenzferne Lage hat zur Folge, dass in diese Landkreise für Projekte höchstens 20 % der EU-Mittel fließen dürfen [Flexibilität gem. Art. 21 Abs. 1 VO (EG) 1080/2006]. Die Aktivitäten aus dem Landkreis Ravensburg innerhalb der Programmkulissen INTERREG III A (2000–2006) und

INTERREG IV A (2007–2013) sind in den zurückliegenden 14 Jahren kontinuierlich angewachsen. Die nationalen und in gleicher Weise auch die internationalen Kooperationen mit Österreich, mit der Schweiz und mit dem Fürstentum Liechtenstein haben sich vervielfacht. So stieg die Anzahl der INTERREG-Projekte mit Beteiligten aus dem Landkreis Ravensburg von neun im Förderzeitraum 2000–2006 (INTERREG III A) auf jetzt achtzehn an. Das Gesamtvolumen der Projekte mit Ravensburger Beteiligung stieg von 9 Mio. Euro (2000–2006) auf ca. 18 Mio. Euro (2007–2013). Die Anzahl der Personen, die projektbezogen in den internationalen Austausch eingebunden waren und damit europäische Kooperation direkt erfahren und ihr Europawissen erweitern konnten, vergrößerte sich ebenfalls. Von diesen, meist weit über die eigentliche Projektlaufzeit hinausreichenden Kooperationen, profitieren sowohl diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, als auch die beteiligten Ämter, Dezernate, die Institutionen und der gesamte Landkreis Ravensburg.

Der Europakoordinator wirkt an der Erstellung und Umsetzung des Interreg-Programms mit. Er ist außerdem Mitglied im Begleitausschuss des Interreg-Programms, hält Kontakt zu den Programminstitutionen in den vier Ländern, zu den Einzelprojekten, zur EU und zu den Prüfbehörden. Er informiert fortlaufend und ruft im Landkreis Ravensburg zur Beteiligung am Programm auf. Er begleitet die Projekte, ist erster Ansprechpartner vor Ort und fasst die Ergebnisse zusammen. Die Fachämter, Eigenbetriebe oder Gesellschaften des Landkreises setzen die Projekte in Koopera-



tion mit den betroffenen Ämtern und Dezernaten um.

Vier Projektbeispiele (Interreg) aus dem Landkreis Ravensburg

Anhand von vier Beispielen wollen wir diesen ausgesuchten Bereich der Europaarbeit im Landkreis Ravensburg fassbar machen. Erläuternd darf vorausgeschickt werden, dass keines der durchgeführten Interreg-Projekte ohne Förderung aus dem Programm INTERREG IV A – „Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein“ zustande gekommen wäre.

Der Chancen-Pool Bodenseeregion

Das beim Landratsamt beheimatete Regionale Bildungsbüro entwickelte in seinem Projekt *Chancen-Pool Bodenseeregion* ein Modell, mit dessen Hilfe

Jugendliche mit schwachen schulischen Leistungen beim Übergang von der Schule in den Beruf wirksam unterstützt werden können. Dieses Projekt erreichte in der Tiefe mehr als 4000 Personen in Bildungseinrichtungen, Ausbildungsbetrieben und öffentlichen Körperschaften. Gemeinsam mit dem Vorarlberger Projektpartner (BIFO – Institut Beratung für Bildung und Beruf, Dornbirn) und der Caritas Oberschwaben konnte das Regionale Bildungsbüro als ein Projektergebnis den Berufswahlordner präsentieren, der zwischenzeitlich sogar von außerhalb des Programmgebietes nachgefragt wird. Die im Projektrahmen hergestellten 4000 Exemplare sind bereits alle vergriffen. Diese Ordner helfen jugendlichen Berufseinsteigern, bei ihren Bewerbungsgesprächen alle wichtigen Unterlagen (Lebenslauf, alle Schul- und Berufsdokumente) verfügbar zu haben.

Künftig werden jährlich 2000 Exemplare neu produziert und verteilt werden, auch wenn die EU-Förderung zwischenzeitlich ausgelaufen ist. Das Staatliche Schulamt in Markdorf, die Agentur für Arbeit Ravensburg, die IHK Bodensee-Oberschwaben in Weingarten und die Handwerkskammer Ulm sind von diesem Produkt so überzeugt, dass sie die Finanzierung der jährlichen Produktions- und Verteilungskosten übernehmen werden. Mit den EU-Zuschüssen in dieses Projekt (ca. 580 000 Euro) vermochten außerdem 19 örtliche Schulträger 12 Karrierebegleiter an Werkrealschulen und Sonderschulen einzustellen.

Kinder im Gleichgewicht 2 (Folgeprojekt)

International sehr gut vernetzt ist das Landratsamt über sein Interreg-Projekt *Kinder im Gleichgewicht 2*. Ausgestattet mit 1,5 Mio. Euro (Förderbetrag der EU: 600 000 Euro, Förderbetrag der Schweiz: 300 000 Euro) haben die 6 Projektpartner aus Deutschland, der Schweiz und aus Österreich die Verknüpfung verschiedener Regionalprojekte der Gesundheitsförderung, den internationalen Know-how-Transfer auf der Basis gemeinsamer, international anerkannter und wissenschaftlich fundierter Standards sowie die Umsetzung der Ergebnisse ins Zentrum ihres Vorhabens gestellt. Die Landkreise Ravensburg, Lindau, Konstanz und der Bodenseekreis haben sich auf deutscher Seite fürs Projekt zusammengetan. Die Liste der Multiplikatoren, die ebenfalls an diesem EU-Projekt mitwirkten, beeindruckt mit einer Vielzahl von Vereinigungen, Verbänden, Institutionen und Behörden. Von Entbindungskliniken über Vertreter von Hausärzten, Hebammen, Kindertagesstätten und Kindergärten, Turnvereine, Ernährungsberaterinnen, Landfrauen werden darin bis hin zu Familienpflegediensten und Fachkliniken viele Mitwirkende aufgelistet. Für Österreich und die Schweiz fällt diese Liste deutlich länger

aus. Außerdem ist das Projekt österreichweit vernetzt mit der Plattform Eltern-gesundheit, der Gesundheitsförderung in Österreich (Fonds Gesundes Österreich, Verein aks Austria, dem Bundesministerium für Gesundheit in Wien u.v.a.m.). Die Schweiz hat u.a. das Gesundheitsdepartement des Kantons St. Gallen, die Gesundheitsförderung Schweiz, die Schweizer Gesellschaft für Ernährung, Suisse Balance, das Netzwerk St. Galler Kindertagesstätten und das Kantonale Netzwerk Gesunde Schule ins Projekt eingebunden, um nur einige wenige zu nennen.

Großen Anklang fand das Projekt bei der Tagung der Nobelpreisträger 2011 auf der Insel Mainau und bei der Internationalen Bodenseekommission (IBK). Insgesamt 181 Veranstaltungen mit 3600 Besuchern kann die Gesundheitskooperation aufweisen. 12 Mal berichteten Funk und Fernsehen über das Interreg-Projekt, 67 440 Flyer und 55 000 Broschüren, Programmhefte und Kataloge wurden verteilt. Mit 152 Presseberichten, auf 8 Pressekonferenzen, mit 6357 Giveaways und 900 Plakaten wurde die internationale Kooperation bekanntgemacht. Viele Informationen haben die Projektbeteiligten zusammengetragen und auf einer eigens entwickelten Webseite veröffentlicht. Das Land Baden-Württemberg erwägt, diese Webseite zu übernehmen und weiterzuführen. Aus dem Projekt ist ein für die Zukunft gut funktionierendes internationales Gesundheitsnetzwerk hervorgegangen. Ihm wird sich demnächst noch der Kanton Thurgau anschließen.

„Die Schwabenkinder“

Das Projekt *Schwabenkinder* wäre, wie alle anderen Projekte auch, ohne die Förderung aus dem Interreg-Programm undenkbar gewesen. Sechs Jahrzehnte nachdem die letzten Schwabenkinder auf Wanderschaft gehen mussten, begab sich dieses durch die Europäische Union geförderte Projekt auf deren Spuren und



verbindet die Herkunftsgebiete der Kinder im Alpenraum mit ihrem ehemaligen Arbeitsplatz in Oberschwaben. Das Bauernhausmuseum Wolfegg, ein Eigenbetrieb des Landkreises Ravensburg, hat dieses Projekt in Gang und umgesetzt. 27 Museen und Kultureinrichtungen in den fünf Ländern Deutschland, Österreich, Schweiz, Liechtenstein und Italien (Südtirol) präsentieren mit Informationsstationen und Dauerausstellungen verschiedene Aspekte der Schwabenkinder-geschichte. Mit diesem Vorhaben hat der Landkreis seine Kooperation sogar über das eigentliche Interreg-Programm-gebiet hinaus bis nach Tirol und Südtirol ausdehnen können. Rund 1 Mio. Euro steuerte die Europäische Union am 1,8 Mio. Euro umfassenden Kulturprojekt bei. Nach der Eröffnung der Ausstellung (2012) schnellten die Besucherzahlen noch im selben Jahr auf 94 000 nach oben (zum Vergleich 2011: 71 000). Die EU-Förderung hat es ermöglicht, das Projekt „Die Schwabenkinder“ als wichtigen Baustein, als Marke im Museumsprofil zu verankern. Das Museum, die Gemeinde Wolfegg und der Landkreis erlangen dadurch in Süddeutschland und im gesamten Alpenraum starke überregionale

Bekanntheit, was u. a. an den vielen anreisenden Individualtouristen, Reisege-sellschaften und zahlreichen Schulklas-sen aus allen Alpenländern abzulesen ist. Das Thema wurde in den Medien der beteiligten Partnerländer aufgegriffen; so berichteten beispielsweise der SWR und der ORF wiederholt übers Projekt. Der Österreichische Museumstag, der im September 2013 in Bozen (Südtirol) ausgerichtet wurde, war außerdem eine ideale Plattform, das Projekt einem fach-kundigen Publikum aus ganz Österreich und Norditalien zu präsentieren. Ob der Landtag des Landes Vorarlberg, Regie-rungsvertreter aus den beteiligten Staa-ten oder der Lenkungsausschuss des Interreg-Programms im Bauernhausmu-seum tagen, die Schwabenkinder-Aus-stellung fungiert zwischenzeitlich auch als (kultur-) politischer Botschafter bei grenzüberschreitenden Begegnungen. Die erlangte Bekanntheit und Präsenz erleichtern dem Museum die Realisierung neuer Projekte und die Akquise ent-sprechender Fördermittel. Die Baden-Württemberg-Stiftung stellt beispiels-weise Geld für das Ferienprogramm mit Migranten bereit, welches an das Schwabenkinderprojekt angedockt wird.

Als weitere konkrete Projektergebnisse können beispielhaft genannt werden, eine mit 4000 Exemplaren nahezu komplett verkaufte Erstauflage des Schwabenkinder-Sammelbandes. Angeboten werden außerdem vier Regionalwanderführer zu den Wegen der Schwabenkinder. Die drei Werke für Oberschwaben, Graubünden/Liechtenstein und Vorarlberg befinden sich bereits auf dem Markt. Jener für Tirol und Südtirol wird vorbereitet.

Energie- und Klimaschutzprojekte

Der Landkreis Ravensburg ist unter seinesgleichen in Sachen Energie und Klimaschutz landesweit der beste. Dieses Zeugnis stellte ihm das Forum European Energy Award (eea) in Zürich aus. Am 26. November 2012 gab es deshalb in Brüssel aus der Hand des EU-Energiekommissars Günther Öttinger die höchste internationale Auszeichnung, den European Energy Award in Gold. Es liegt also auf der Hand, dass sich der Landkreis als Goldträger auch im Programm-Themenfeld Energie und Klimaschutz engagiert hat. *Energieeffizienz-Initiative Vorarlberg, Landkreis Ravensburg und im Kanton St. Gallen (EIVRIG)* bezeichnet ein von der Wirtschaftsförderung des Landkreises Ravensburg durchgeführtes und von Interreg bezuschusstes Projekt (Gesamtvolumen: 768 000 Euro, Fördermittel: EU: 303 000 Euro; Schweiz: 64 800 Euro). Die Beteiligten haben erreicht, dass in etlichen

klein- und mittelständischen Betrieben in Deutschland, Österreich und der Schweiz ganzheitliche Energieentwicklungsprogramme implementiert wurden. Die Energieagentur Ravensburg [der Landkreis ist Mit-Gesellschafter] war in zwei Interreg-Projekte eingebunden. Mit den *Energieeffizienz-Gemeinden* (Gesamtvolumen: 2,0 Mio. Euro; EU-Fördermittel 1,22 Mio. Euro) haben vor allem kleine Gemeinden in Österreich und Deutschland ihre Energieeffizienz steigern können. Erreicht haben sie das durch die Nutzung geeigneter Technologien und durch den Einsatz erneuerbarer, heimischer Energieträger. Ökologisches und energieeffizientes Bauen und Sanieren in Deutschland und Österreich standen im Mittelpunkt des Interreg-Projektes *Sanieren mit GRIPS* (Gesamtvolumen: 1,3 Mio. Euro; EU-Förderung: 792 585 Euro).

Freudig und erstaunt zugleich blickten die Projektverantwortlichen auf die Bilanz Ihrer Vorhaben. Sie standen vor einem kaum fassbaren Betrag von 90 bis 100 Mio. Euro, den private Unternehmen und öffentliche Körperschaften schlussendlich bei der Umsetzung der Interreg-Projekte in den Energie- und Klimaschutz investiert haben. In gleicher Weise belegen Besucherdelegationen aus zahlreichen Ländern, darunter aus Kroatien, Serbien, ja sogar aus Südkorea, dass die Projekte erfolgreich aufgelegt und die zur Verfügung stehenden Mittel wirksam eingesetzt wurden.

Mit diesen vier ausgewählten Projektbeispielen konnten wichtige Dimensionen eines Teils der Europaarbeit im Landkreis Ravensburg angerissen und aufgezeigt werden. Es gilt nun, diese weiter auszubauen. Der Landkreis steht nun vor der Aufgabe, die aus den vielen INTERREG- und anderen EU-Projekten gewonnenen Ergebnisse zusammenzuführen und sich diese Resultate weiterhin nutzbar zu machen.

Der Landkreis Ravensburg ist auch am neuen INTERREG V A-Programm „*Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein (2014–2020)*“ beteiligt.

Weitergehende Informationen

EU-Projekte im Landkreis Ravensburg:
www.landkreis-ravensburg.de

Interreg-Programm ABH:
www.interreg.org

Projekt Chancen-Pool Bodensee:
www.chancen-pool.eu

Projekt KIG 2: www.kinder-im-gleichgewicht.eu

Projekt Schwabenkinder:
www.schwabenkinder.eu

Projekt EIVRIG: www.wir-rv.de

Projekt Energieeffizienzgemeinden:
www.energieeffizienzgemeinden.de

Projekt Sanieren mit GRIPS:
www.grips.info

Albert Miller ist Europakoordinator des Landkreises Ravensburg

Europa im Landkreis Schwäbisch Hall

Von Helmut Wahl, Schwäbisch Hall

Europäische Themen spielen im Landkreis Schwäbisch Hall bereits seit 1994 eine wichtige Rolle. Damals wurde der Landkreis mit seinen 30 Städten und Gemeinden als Fördergebiet der Europäischen Union nach Ziel 5b anerkannt. Bereits im Jahr 1996 stand den 5b-Fördergebieten die Tür offen für das LEADER-Programm der Europäischen Union. Seitdem sind Teile des Landkreises kontinuierlich in Kooperation mit den Nachbarkreisen Hohenlohekreis, Main-Tauber-Kreis, Rems-Murr-Kreis und Landkreis Heilbronn in LEADER-Kulissen vertreten. Auch für die neue Förderperiode 2014 bis 2020 sind kooperative Wettbewerbsbeiträge in Vorbereitung. Gute Kontakte bestehen im Bereich der Wirtschaftsförderung zum bayerischen Nachbarn Landkreis Ansbach.

Die Strukturförderung von EU und Land hat die Entwicklungen in den Städten und Gemeinden im Landkreis nachhaltig positiv beeinflusst und viele Zukunftsprojekte unterstützt.

EUROPE DIRECT

Informationsbüro des Landkreises in Wolpertshausen

Seit 2005 besteht das Europabüro des Landkreises Schwäbisch Hall in der Gemeinde Wolpertshausen. Es war eines von fünf EUROPE DIRECT in Baden-Württemberg und das erste Büro im ländlichen Raum neben den Informationsbüros in Stuttgart, Mannheim, Karlsruhe und Freiburg.

Projektträger ist die Wirtschaftsförderungsgesellschaft (WFG) des Landkreises Schwäbisch Hall mbH.

Das Europabüro ist Ansprechpartner bei allen Fragen zur EU, bietet einen vielfältigen Informations- und Prospektservice,



Der Altenbergturm auf der höchsten Erhebung der Region Heilbronn-Franken, dem Altenberg mit 564 m, ist eines mehrerer geförderter Projekte aus der Tourismuskonzeption der Gemeinde Sulzbach-Laufen.

unterstützt bei Recherchen und vermittelt zu Fachstellen. Zum jährlichen Aktionsprogramm gehören Bürgerberatungen, Veranstaltungen und Ausstellungen. Die Europaabgeordneten aus der Region, MdEP Evelyne Gebhardt und

MdEP Dr. Inge Gräßle, bieten zusätzlich zu Teilnahmen an Veranstaltungen Bürgersprechstunden im Europabüro an. Welche Fragen und Themen sind beispielsweise von Interesse:

Nachteile für Rentner bei einer Wohnsitzverlagerung in ein anderes europäisches Land durch die Doppelbesteuerungsabkommen; Schwierigkeiten für kleine Betriebe durch die Vorgaben des Textilkennzeichnungsgesetzes und das damit verbundene Abmahnungswesen einiger Anwaltsgesellschaften; die Verbringungsnachweise bei Online-Geschäften; die Situation um Griechenland; die Staatenkrise und die Finanzen der EU; Vorschriften zu Barrierefreiheit in Privathäusern und die Extensivierung und Intensivierung in der Landwirtschaft in Bezug auf Flächenfreilegung.

Regionaler Arbeitskreis Heilbronn-Franken

Das Europabüro bearbeitet bisher schon Anfragen aus der Region und erfüllt Anforderungen nach Informationsmaterial und Prospekten auch über den Landkreis hinaus. Die Dienstleistungen sollen intensiviert und regelmäßig auf die Region Heilbronn-Franken ausgedehnt werden. Dazu wurde Ende 2013 auf Einladung des Kreises Heilbronn der Europa-Arbeitskreis Heilbronn-Franken ins Leben gerufen.



Sprechstunden mit MdEP Evelyne Gebhardt und MdEP Dr. Inge Gräßle



Beim Tag der offenen Tür wird feste am gemeinsamen Europa gebaut.

Die Europabeauftragten der Landkreise Heilbronn, Schwäbisch Hall, Hohenlohekreis, Main-Tauber-Kreis, der Stadt Heilbronn, der Wirtschaftsregion Heilbronn-Franken (WHF) und der Europaunion Heilbronn vereinbarten die Zusammenarbeit bei europäischen Themen und Veranstaltungen.

Wie soll die Zusammenarbeit im Einzelnen erfolgen:

- Unterstützung aller Partner durch den Info- und Prospektservice des Europa-büros Wolpertshausen
- Gemeinsamer Pool und Expertisen zu europäischen Themen
- Auswertung von Förderprogrammen und Austausch zu Konsultationen
- Gemeinsame Veranstaltungen z.B. Azubi-Gipfel
- Informationsfahrt zur Europäischen Kommission nach Brüssel
- rotierende Bürgersprechstunden mit den Abgeordneten des Europäischen Parlaments.

Als erste gemeinsame Veranstaltung fand im Vorfeld der Europawahl eine Kooperationsveranstaltung in der Experimenta Heilbronn statt. Es folgte ein gemeinsamer Info-Stand im Rahmen der EU-Bus-Tour des Staatsministeriums ebenfalls im Vorfeld der Wahl.

Europäische Partnerschaftsprojekte

Partnerschaftliche Beziehungen fördern ein lebendiges Europa. Die Kommunen im Landkreis pflegen partnerschaftliche und freundschaftliche Beziehungen zu über vierzig europäischen Landkreisen, Städten und Gemeinden. Die jüngste Partnerschaft wurde am 26. April 2012 zwischen der Gemeinde Bühlertann und

der Gemeinde Skierbieszów im Landkreis Zamość vereinbart. Skierbieszów ist der Geburtsort von Bundespräsident a.D. Horst Köhler, der die Feierlichkeit mit Unterzeichnung der Partnerschafts-urkunde persönlich begleitet hat. Im Rahmen dieser feierlichen Veranstaltung verlieh Landrat Gerhard Bauer dem Bundespräsidenten die „Kreishöheneinwohnerschaft“, eine dafür besonders ausgewählte Sonderauszeichnung. Die Feier wurde von Delegationen aus der Partner-gemeinde Skierbieszów und dem Land-kreis Zamość begleitet. Mit dem Land-kreis Zamość ist der Haller Kreis seit 1994 partnerschaftlich verbunden.

COMENIUS REGIO

Die Landkreise Zamość und Schwäbisch Hall arbeiten seit 2012 im EU-Programm COMENIUS REGIO zusammen. Inhalt des Projekts ist der Erfahrungsaus-tausch auf Schulträger- und Schul-leitungsebene. Besonderes Interesse besteht im Bereich Gastronomie und im Weiteren an einem Schüleraustausch. Deutsche Partnerschule ist die Eugen-Grimminger-Schule Crailsheim.

Im Juni 2013 fand im Landratsamt Za-mość ein Projektmeeting statt. Im Veran-



Erste freundschaftliche Begegnung auf der historischen Treppe des Rathauses Zamość



Unterzeichnung der Partnerschaftsurkunde in Bühlertann

staltungssaal des Rostocze-Nationalparks wurden Schulsysteme und Schulabschlüsse gegenübergestellt. Vorgestellt wurden die Duale Ausbildung und verschiedene Lehrberufe an den beruflichen Schulen. Besonderes Interesse galt den Energiethemen und insbesondere dem Schülerprojekt „Come and SeE“ – Schüler erleben Energie, das die Wirtschaftsförderungsgesellschaft seit Jahren mit großem Erfolg anbietet. Dabei werden die Schüler/innen an verschiedenen Stationen zum Energiesparen sensibilisiert und erhalten technische Infos über regenerative Energien. Projektpartner im Landkreis Zamość ist die Schule für Holz und Umwelt in Zwierzyniec.

Als Projektpartner unterstützt die WFG die Vermittlung von Praktika für polnische Studenten bei Unternehmen im Landkreis. Für 2014 sind Schüler- und Austauschprogramme vorgesehen. Dafür gibt es Finanzierungshilfen von den Programmen Leonardo da Vinci und Erasmus. Konkret wurde zwischen der Zamojskie Towarzystwo Oświatowe, der gewerblichen Schule Schwäbisch Hall und der OPTIMA manufacturing GmbH eine Vereinbarung unterzeichnet, dass ab September Auszubildende aus Polen beim Unternehmen eine duale Ausbildung absolvieren. Weitere Unter-

nehmen im Landkreis sind an polnischen Auszubildenden ebenfalls interessiert.

INTERREG VIS NOVA

Das von der Europäischen Union geförderte Projekt „INTERREG VIS NOVA“ mit Partnern aus Österreich, Polen und Ungarn setzt der Haller Kreis gemeinsam mit dem Partnerkreis Nordsachsen um. Die internationale Zusammenarbeit erfolgt auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien und Klimaschutz.

Im Dezember 2013 richtete die WFG zusammen mit dem Landkreis Schwäbisch Hall eine Partnerkonferenz, einen Expertenaustausch und ein Energiesympo-

sium aus. Diese Veranstaltung fand mit vielen Teilnehmern aus dem Landkreis und den Partnerregionen eine große Resonanz. Vorgestellt wurden sowohl umgesetzte Maßnahmen wie auch in Planung befindliche Projekte.

- Ökowohnpark in Wolpertshausen, als Teil eines ganzheitlichen Energieansatzes in einer kleinen Gemeinde.
- Energieeffizienz durch regionale Vermarktung
- Potentialatlas des Landes Baden-Württemberg, erweitert durch eine Potentialanalyse im Bereich Solarwärme für den Landkreis Schwäbisch Hall
- SWOT-Analyse für den Landkreis Schwäbisch Hall im Bereich erneuerbare Energien
- Best-practice Beispiel im Landkreis – innovative Heiztechnik in historischen Gebäuden, Bürgerwindpark Hohenlohe, Naturstromspeicher Gaildorf und Biomethananlage Emmertsbühl
- Photovoltaik im Wandel, Anlagen als Gestaltungselement und zur Eigenstromnutzung in Kooperation mit der Firma Manz
- Kurzumtriebsplantagen als Holzhackschnitzellieferanten
- Nahwärmenetz mit Holzhackschnitzelheizwerk zur Versorgung öffentlicher, privater und gewerblicher Gebäude



Interessierte Besucher bei der internationalen Partnerkonferenz in Schwäbisch Hall

- Biogasanlagen als Kraftstoff und als Energielieferant für die Stadtwerke.

Peloponnes in Griechenland

Eine partnerschaftliche Beziehung mit dem Gouvernement Peloponnes in Griechenland entwickelt sich derzeit. Das Memorandum wird im September

2014 feierlich unterzeichnet. Es gibt für diese Partnerschaft eine Vielzahl von guten Gründen, die im wirtschaftlichen, kommunalen, sozialen, kulturellen und europäischen Erfahrungsaustausch und Wissenstransfer liegen. Jede Partnerschaft im Sinne einer „kommunalen Innen- oder Außenpolitik“ ist überdies eine große persönliche Bereicherung

für alle freundschaftlich verbundenen Menschen.

Kreisverwaltungsdirektor Helmut Wahl ist Leiter der Stabsstelle Wirtschaft und Regionalmanagement im Landratsamt Schwäbisch Hall und Geschäftsführer der WFG Schwäbisch Hall

Die Europaarbeit des Rems-Murr-Kreises – eine Bilanz des Beginns

Von Irina A. Stotz, Waiblingen

Die Europaarbeit größerer Städte hat sich bereits seit einigen Jahren verstetigt, aber auch Landkreise engagieren sich zunehmend im europäischen Mehrebenensystem. Beim Aufbau und der Gestaltung kommunaler Europaarbeit sieht man sich anfangs vor der Frage: Warum kommunale Europaarbeit auf Landkreisebene? Zum einen sind klassische Tätigkeitsbereiche wie Verbraucherschutz, Landwirtschaft oder Verkehr/Zulassung stark durch die europäische Gesetzgebung geprägt. Zum anderen bestehen durch die Europäische Union auch für Landkreise und kreisangehörige Städte und Gemeinden zahlreiche, komplexer werdende Fördermöglichkeiten. Es gilt also, EU-Gesetzgebungsprozesse aktiv zu verfolgen und die Einflussnahme kommunaler europäischer Netzwerke und der kommunalen Spitzenverbände durch Input aus der Praxis der Landkreise zu unterstützen. Zudem bedarf es an Fachwissen zu EU-Förderung und EU-Recht sowie interkultureller Kompetenz nicht nur innerhalb der Landkreisverwaltung, sondern auch bei kreisangehörigen Städten und Gemeinden und anderen Akteuren.

Europaarbeit als kontinuierlicher Entwicklungsprozess

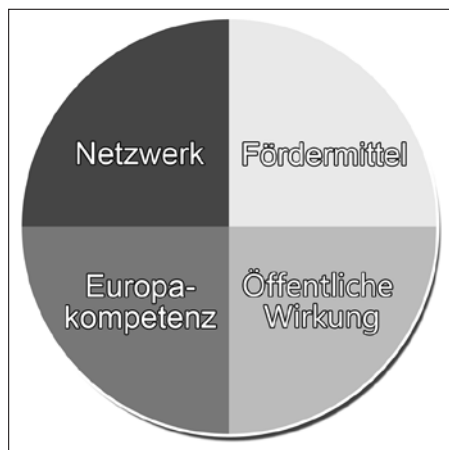
Gerade beim grundsätzlichen Aufbau kommunaler Europaarbeit ist es von besonderer Bedeutung, die Bandbreite des Spannungsfeldes zwischen kommunaler Selbstverwaltung und europäischer Einflussnahme zu erfassen und somit Europaarbeit als kontinuierlichen Entwicklungsprozess an- und wahrzunehmen. Erst eine ganzheitliche Herangehensweise mit einer engen Verzahnung aller bestimmten Kernaufgaben kann zu einer Nachhaltigkeit der Arbeit führen. Angesichts zunehmend knapper personeller Ressourcen und begrenzter Kapazitäten

stellt die Nachhaltigkeit des Prozesses eine große Herausforderung dar. Ein erster Ansatz zur Lösung dieses Konflikts ist sicherlich die Anstellung eines speziell für Europafragen zuständigen Mitarbeiters. Darüber hinaus sollte aber ergänzend ein dezentraler Ansatz erfolgen: Hier steht die Beteiligung der Verwaltung ebenso wie die Einbindung der Politik im Fokus. Für die Europaarbeit auf Kreisebene ist die Miteinbeziehung kreisangehöriger Städte und Gemeinden ein weiterer wichtiger Baustein – im Rems-Murr-Kreis konnten auf allen Ebenen Ansprechpartner gefunden und das entstehende Netzwerk gepflegt werden. Bei der jeweiligen Schwerpunktsetzung

in der täglichen Arbeit sind zudem die EU-Finanz- und damit Förderperiode sowie die Besonderheiten und Abläufe des politischen Systems der EU im Blick zu behalten – je nach Zeitpunkt empfiehlt sich so beispielsweise erst die Konzentration auf noch bestehende Fördermöglichkeiten und anschließend der ganzheitliche Ausbau von Europa-kompetenz. Selbstverständlich sollte die Schwerpunktsetzung auch jeweils in Abwägung der Wahlperiode des Kreistags und einer eventuellen Befristung der Stelle erfolgen.

Historie und Schwerpunkte der Europaarbeit im Rems-Murr-Kreis

Der Herausforderung, diese theoretischen Feststellungen in eine praktische Europaarbeit auf Landkreisebene umzusetzen, hat sich der in der Region Stuttgart liegende Rems-Murr-Kreis im Jahr 2009 gestellt. Mit der Schaffung einer hauptamtlichen Europabeauftragtenstelle im Dezember 2008 wurden die Voraussetzungen geschaffen, um ein auf die Bedürfnisse des Kreises zugeschnittenes Europakonzept zu entwickeln und umzusetzen. Die organisatorische Ansiedelung erfolgt über die beim Landrat verortete Stabsstelle für Wirtschaftsförderung, Tourismus und Europa, wäh-



Schematische Darstellung der Schwerpunkte der Rems-Murr-Europaarbeit

rend die Europabeauftragte im Rahmen eines Kooperationsmodells bei der Wirtschaftsförderung Region Stuttgart GmbH angestellt ist. Die Europaarbeit im Kreis versteht sich als Querschnittsaufgabe und setzt sich zum Ziel, einen kreisinternen Europaansprechpartner vor allem für die Landratsamtsverwaltung und kreisangehörige Städte und Gemeinden, aber auch für Unternehmen und Bürger zur Verfügung zu stellen. Um eine Orientierungshilfe bieten zu können und gleichermaßen die Europakompetenz im Kreis zu steigern, sieht das Europakonzept des Rems-Murr-Kreises vier Schwerpunkte vor:

- Auf- und Ausbau eines umfangreichen Netzwerkes von EU-Kontakten und das Mitwirken in EU-Netzwerken,
- Fördermittelbeobachtung und -beratung,
- Stärkung der Europakompetenz durch gezielte Informationspolitik und Fortbildungsangebote,
- öffentliche Wirkung der Europaarbeit in den Kreis.

Netzwerke in der EU

Zentrale Voraussetzung kommunaler Europaarbeit ist die ausreichende und zeitnahe Erlangung und Weiterverbreitung von Informationen zu kommunalrelevanten EU-Gesetzesinitiativen und -Fördermöglichkeiten. Durch den

gezielten Aufbau eines eigenen EU-Netzwerks kann diese Voraussetzung erfüllt werden. Hierbei sind neben den verschiedenen Netzwerkebenen – Landkreis, Bundesland, Deutschland, EU – auch die gesetzten Zielgruppen zu beachten. Im Sinne eines landkreisinternen Netzwerkes wurden im Rems-Murr-Kreis so anfangs Europaansprechpartner in den Geschäftsbereichen der Landratsamtsverwaltung und den kreisangehörigen Städte und Gemeinden sowie Europakümmerer innerhalb der Kreistagsfraktionen benannt. Auch wurden für die Zielgruppe Kommunen, Unternehmen und Bürger jeweils relevante Europaaktive wie der Kreisverband der Europa-Union, Einzelkommunen oder die Kreisvereinigung der Volksbanken/Raiffeisenbanken für Kooperationen gewonnen. Innerhalb Baden-Württembergs intensivierte sich die Zusammenarbeit durch den Anstoß einer Arbeitsgruppe von Landkreis-Europabeauftragten beim Landkreistag Baden-Württemberg, der 2014 in die Gründung eines permanenten Arbeitskreises für Europabeauftragte mündete. Auch der gute Kontakt mit

dem Europabüro der baden-württembergischen Kommunen sowie die direkte Anbindung an die Region Stuttgart und deren Europabüro ist hier zu nennen. Als besonders hilfreich zeigen sich zudem bundesweite Netzwerke wie die deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas oder die deutsche kommunale Bürogemeinschaft in Brüssel. Ergänzend wirkt der Austausch mit Kommissionsbeamten, Europaabgeordneten oder den Mitarbeitern der baden-württembergischen Landesvertretung und dem Ausschuss der Regionen in Brüssel. Einen weiteren Ansatzpunkt, gerade auch hinsichtlich europäischer Kooperationsprojekte, bilden die bestehenden Kreispartnerschaften des Rems-Murr-Kreises mit dem Komitat Baranya (Ungarn) und Rayon Dmitrow (Russland).

Stärkung der Europakompetenz

Flankierend zur Weiterleitung von EU-Informationen und -Wissen wurde im Rahmen der Europaarbeit des Rems-Murr-Kreises die Verankerung von europäischem Fachwissen als Schwerpunkt



Landrat Johannes Fuchs (2. v.l.) und Wirtschafts- und Finanzminister Dr. Nils Schmid (Mitte) anlässlich des Europatags für Unternehmen 2011

gesetzt – im alltäglichen Umgang mit EU-Verordnungen oder Aufrufen zu EU-Förderungen ist eine breite Europa-kompetenz wesentliches Erfordernis. Die Europabeauftragte hat im Rems-Murr-Kreis für die Zielgruppen eine Veranstaltungsreihe von Europatagen für Kommunen, Bürger bzw. Unternehmen seit 2010 individuell entwickelt und erfolgreich auf den Weg gebracht. Die Europatage für Kommunen greifen grundlegende Themen wie das Rechtssystem der Europäischen Union oder allgemeine EU-Informationsquellen ebenso auf wie spezifische Förderprogramme oder die EU-Donauraumstrategie. Während die Europatage für Kommunen mehrmals jährlich stattfinden, sind die Europatage für Unternehmen jährlich konzipiert. Inhaltlich fokussieren diese entweder auf EU-Förderungen oder unternehmensbezogene EU-Politiken. 2011 konnte beispielsweise der stellvertretende baden-württembergische Ministerpräsident und Wirtschafts- und Finanzminister, Dr. Nils Schmid, als Redner gewonnen werden. Um die Wahrnehmung der EU zu fördern, wurde gemeinsam mit dem Kreisverband der Europa-Union Ende 2012 eine Veranstaltungsreihe für Bürger gestartet, die unter anderem durch Unternehmensbesuche die Zusammenhänge europäischer Entscheidungen mit dem alltäglichen Leben im Rems-Murr-Kreis darlegt. 2010 und 2011 fanden zudem an den Berufsschulen des Kreises „Europatage für Schüler“ statt, in deren Rahmen die Schüler im Anschluss an ein Impulsreferat zu „Europarecht im Alltag“ die Gelegenheit hatten, mit dem damaligen baden-württembergischen Justizminister, Prof. Dr. Ulrich Goll, zu diskutieren. Im Jahr der Europawahl 2014 wurde gemeinsam mit der Europa-Union eine Europawahlkampagne entwickelt, die über die Europawahl und die Bedeutung des Europäischen Parlaments aufklärt. Auch innerhalb der Landratsamtsverwaltung wurde das Thema Europa in das Fort- und Ausbildungsangebot des Rems-Murr-Kreises integriert. Neben



Der ehemalige Justizminister Prof. Dr. Ulrich Goll im Gespräch mit Schülern beim Europatag für Schüler 2011 an den beruflichen Schulen des Rems-Murr-Kreises

einer 2010 begonnenen und nunmehr verstetigten internen EU-Fortbildungsreihe konnte 2012 erstmals ein EU-Planspiel neben dem theoretischen Europarechtsblock fest in den dienstzeitbegleitenden Unterricht aufgenommen werden. In Form eines „EU-Azubi-Gipfels“ findet das EU-Planspiel nunmehr jährlich in Kooperation mit drei Nachbarlandkreisen statt, wobei jeweils europäische Politiker aus dem Land eingebunden werden. Im November 2014 wird der EU-Azubi-Gipfel im Rems-Murr-Kreis tagen. Zur Verankerung der Rems-Murr-Europaarbeit und kommunalrelevanter EU-Initiativen im Kreistag fand 2012 der Auftakt der „Arbeitsfrühstücke für Kreisräte mit Europaparlamentariern“ mit dem Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments, Rainer Wieland (MdEP), statt. So kann sowohl der Austausch der verschiedenen parlamentarischen Ebenen intensiviert als auch das Verständnis für die jeweiligen Belange und Ziele im direkten Dialog vertieft werden. 2013 konnten die praktischen Rahmenbedingungen einer EU-Vor-Ort-Kontrolle im Rahmen der EU-Landwirtschaftsförderung dem Vorsitzenden des Haushaltskontrollausschusses des Europäischen Parlaments, Michael Theurer, aufgezeigt werden.

EU-Fördermittelbeobachtung und -beratung

Angesichts der recht komplexen und stark verzweigten EU-Fördersystematik mit zentralen und dezentralen Programmen, ebenso spezifischen wie deutlich ausgeprägten Förderdetails und der stetigen Änderungen durch die Vorgaben des siebenjährigen EU-Finanzrahmens bedarf die Nutzung von EU-Förderung guter Vorarbeit und Fachwissen. Deshalb werden im Rems-Murr-Kreis zum einen die Grundsätze der EU-Fördersystematik kontinuierlich in den „Europatagen für Kommunen“ oder der internen EU-Fortbildungsreihe aufgegriffen und zum anderen Einzelprogramme zielgruppen-genau in Veranstaltungen, Informationsschriften und direkten Beratungsgesprächen aufbereitet. Im Rahmen der Beratung und Unterstützung bei der Gewinnung von Fördermitteln konnten beispielsweise für die Entwicklung einer dominierenden Industriebranche einer kleinen Gemeinde oder für den Ausbau des Deutschen Zentrums für Satellitenkommunikation (DeSK) Fördergelder aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) gewonnen werden. Nicht zuletzt im Hinblick auf die kommende Förderperiode 2014–2020 wurde



Reinhard Schnabel, Dr. Walter Rogg, Dr. Frank Nopper und Landrat Johannes Fuchs (v.l.) anlässlich der Bewilligung von Fördermitteln für den Ausbau des Deutschen Zentrums für Satellitenkommunikation – DeSK

der in Baden-Württemberg für Landkreise bestehende regionale Arbeitskreis des Europäischen Sozialfonds (ESF) in den Europabereich integriert. Ziel ist, die von Seiten der EU angestrebte Verzahnung der Strukturfonds EFRE und ESF in der strategischen Ausrichtung und Positionierung berücksichtigen zu können. Auch sind konkrete Kreisprojekte im ESF, in LEADER oder aus dem Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ auf den Weg gebracht. Als besonders fruchtbar erweist sich zum Beispiel der Austausch des Sozialamtes mit zehn europäischen Partnern zur Altenpflege.

Öffentliche Wirkung

Gerade in Zeiten von Krisendiskussionen ist die positive Wahrnehmung der EU und ihrer Errungenschaften ein wesentliches Ziel, an dem die bürgernächste kommunale Ebene aktiv mitgestalten muss. Außerdem sollte kommunale Europaarbeit als kreisinterne Europaanlaufstelle einen hinlänglichen Bekanntheitsgrad besitzen. Deshalb stellt die öffentliche Wirkung den vierten Schwerpunkt der Europaarbeit des

Rems-Murr-Kreises dar. Letztlich haben die anderen Kernaufgaben der Europaarbeit – Netzwerke, Europakompetenz und EU-Förderung – bereits erheblichen Anteil an einer öffentlichen Wirkung der Europaarbeit in den Kreis. Gerade die Kooperation mit im Kreis für die jeweilige Zielgruppe bekannten Akteuren oder die verschiedenen Veranstaltungs- und Informationsformate tragen wesentlich dazu bei. Ergänzend erfolgt im Rems-Murr-Kreis kontinuierlich und gezielt Öffentlichkeitsarbeit zu europabezogenen Landkreisthemen – sei es bei der Ausschreibung von Fördermöglichkeiten des regionalen ESF-Arbeitskreises oder als Veranstaltungsbericht und -bilanz des „Europatags für Unternehmen“. Begleitend werden die Angebote in dem seit Beginn der Europaarbeit ausgeweiteten Bereich „Wirtschaft und Europa“ auf der Internetseite des Rems-Murr-Kreises aufbereitet (www.rems-murr-kreis.de/5148_DEU_WWW.php).

Bilanz Ende 2012

Besonders an diesem letzten Punkt zeigt sich die enge Verzahnung und Ergän-

zung der vier Schwerpunktbereiche des Rems-Murr-Europakonzepts. Die Kernaufgaben bedingen sich gegenseitig, denn weder können EU-Fördermittel ohne die notwendige EU-Kompetenz und -Informationsnetzwerke akquiriert werden, noch kann Beratung ohne das Bekanntsein des Beratungsangebots erfolgen. Auch können insbesondere die durch kommunalrelevantes EU-Recht entstehenden Hürden wie im Bereich der Inhouse-Vergaben oder der interkommunalen Zusammenarbeit durch einen frühzeitig und breit in der Verwaltung verankerten Ausbau von Europakompetenz zumindest leichter genommen werden.

Nach Beginn der Europaarbeit Mitte April 2009 konnte das auf Interessensabfragen und Bedarfsanalysen fußende Rems-Murr-Europakonzept seit 2010 umgesetzt werden. Ein wesentlicher Meilenstein wurde durch den Beschluss der zuständigen Kreistagsausschüsse zur Verlängerung der Europaarbeit im Sommer 2011 gesetzt: bis Ende 2016 kann der Rems-Murr-Kreis die nachhaltige Entwicklung seiner Europaarbeit weiter vorantreiben. Die alltägliche Praxis bestätigt, dass ein ganzheitlicher und langfristiger Ansatz bei kommunaler Europaarbeit von besonderer Bedeutung ist. Die in kommunalen Gremien mitunter noch vorherrschende Meinung von kommunaler Europaarbeit als reiner Förderarbeit greift zu kurz, denn die EU ist nicht primär Förderquelle, sondern vorrangig gesetzgebende Instanz. So unterstreichen die bisherigen Erfahrungen im Rems-Murr-Kreis, dass die EU sicherlich einige Herausforderungen gerade für die kommunale Arbeitspraxis bietet, aber ebenso bietet sie Chancen. Sei es bei der Gesetzgebung oder im Fördermittelbereich – es braucht Ausdauer, um etwas zu erreichen, aber in der Summe lohnt sich der kontinuierliche Aufbau von Europaarbeit.

Irina A. Stotz ist Europabeauftragte des Rems-Murr-Kreises

Nach der Förderperiode ist vor der Förderperiode – Hinweise für erfolgreiche EU-Projekte

Von Dr. Martin Silzer, Brüssel

Nachdem die Förderperiode der EU-Kohäsionspolitik offiziell bereits begonnen hat, stellt sich die Frage, welche Projekt-Eigenschaften erfolgversprechend sind. Die EU-Kommission hat in den vergangenen Monaten einige hilfreiche Studien veröffentlicht, die Hinweise für zukünftig erfolgreiches Projektmanagement geben. Im Folgenden werden zentrale Merkmale vorgestellt.

Am 1. Januar dieses Jahres begann offiziell die Förderperiode 2014–2020 der europäischen Kohäsionspolitik. Allerdings sind noch bei weitem nicht alle Operationellen Programme genehmigt. Im Falle Baden-Württembergs, genauer seines Operationellen Programms für EFRE, sind zwar mit der Unterzeichnung der Partnerschaftvereinbarung zwischen der Europäischen Kommission und der Bundesrepublik Deutschland die formalen Voraussetzungen erfüllt. „Grünes Licht“ aus der Generaldirektion Regionalpolitik ist jedoch nicht gegeben. Immerhin steht eine baldige Verabschiedung aller Voraussicht nach im Raum. Bereits jetzt sind verschiedene Aktionsprogramme tatsächlich verfügbar – insbesondere das bei den Kommunen beliebte Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger (EfBB)“. Vor dem Hintergrund der neuen Förderperiode werden im Folgenden einige Merkmale dargestellt, die in der bisherigen Förderperiode beispielhaft waren.

Keine reinen Infrastrukturinvestitionen

Die aktuelle Förderperiode zeichnet sich grundsätzlich durch eine verstärkte Konzentration auf wenige Ziele aus. Damit

wird die Antragstellung in gewisser Weise transparenter, weil auf klarer definierte Aspekte abgestellt werden kann (hierzu sogleich). Allerdings fallen einige Vorhaben aus der Förderung heraus. Reine lokale Infrastrukturinvestitionen zum Beispiel sind kaum mehr förderbar. Das gilt insbesondere für Baden-Württemberg. Denn unser Land ist – glücklicherweise – eines, das im europäischen Vergleich für Maßnahmen des Kohäsionsfonds und der Regionalbeihilfen auf Grund seiner guten wirtschaftlichen Lage nicht in Frage kommt. Dennoch gibt es eine ganze Reihe von Vorhaben, für die sich EU-Mittel einwerben lassen.

Internationalität und europäischer Ansatz

In den Auswertungsberichten der letzten Förderperiode, über die das Europabüro in der letzten Zeit in seiner Informationsschrift „Brüssel Aktuell“ berichtete (zuletzt), wird deutlich, dass Internationalität bei Projekten bereits in der abgelaufenen Periode groß geschrieben wurde. Das gilt künftig noch mehr. Als Faustregel sollten drei bis fünf Partner aus unterschiedlichen (EU-)Staaten an einem Vorhaben beteiligt werden. Bisweilen können auch Partner aus europäischen nicht-EU-Staaten wie Schweiz oder Norwegen beteiligt werden. Sicherlich sollte der Kreis der Beteiligten aus organisatorischen Gründen nicht zu groß werden. Eine reine Binationalität ist allerdings nicht besonders gern gesehen. Intensive Kommunikation zwischen den Projektpartnern jedenfalls ist unerlässlich, wie aus den Auswertungsstudien eindeutig hervorgeht. Das setzt in der Praxis solide Englischkenntnisse voraus.

Innovation – der rote Faden

Bereits die Strategie „Europa 2020“ für intelligentes, nachhaltiges und inklusives Wachstum legt einen deutlichen Schwerpunkt auf Innovation als Querschnittsthema. Das schlägt sich auch in der Kohäsionspolitik nieder. „Mehr vom Gleichen“ ist also nicht die Idee der Wahl. Innovation ist dabei sowohl als formales als auch als inhaltliches Merkmal zu sehen. Sowohl neuartige Formen der Projektbeteiligung, insbesondere auch von Partnern aus der Zivilgesellschaft und privater Kapitalgeber, sind ein Baustein. Wünschenswert ist es zudem, auch Partner aus Wissenschaft und Forschung dann einzubeziehen, wenn Neues gewagt werden kann und anhand von Modellversuchen neue Erkenntnisse in der Praxis erprobt werden können. Die baden-württembergische Hochschullandschaft bietet hier reichhaltige Anknüpfungspunkte für technische wie kulturelle Projekte.

Klima – Energie – Verkehr: drei Beispiele

Inhaltlich sind Fragen der Klima- und Energiepolitik von großer aktueller Bedeutung. Hier bieten sich Kooperationsformen aus dem öffentlichen mit dem privaten Bereich besonders an. Eine CO₂-arme Wirtschaft stellt zudem einen der vier Schwerpunkte des EFRE-Programms für Baden-Württemberg dar. Verbunden damit können Projekte aus dem Verkehrs- und Mobilitätsbereich werden. Hier ist die EU-Kommission seit Jahren mit Ansätzen insbesondere zur Verkehrsplanung für Ballungsräume sehr aktiv. Denn die Kommission strebt

bis 2013 eine CO₂-freie Stadtlogistik an. Das EU-Finanzierungsprogramm „Connecting Europe“¹ kann hierzu genutzt werden. An diesem Programm zeigt sich überdies, wie wichtig nicht nur eine internationale und innovative Projektplanung ist. Vielmehr ist neben der Schwerpunktsetzung (in diesem Beispiel also einer besseren Vernetzung der Energie- und Verkehrs-Infrastrukturen) ein sachegebietsübergreifender Ansatz gefordert – hier also für die Bereiche Verkehr und Energie, wobei Klimaaspekte ebenfalls vertreten sind.

Durch diese Merkmale werden Projekte mitunter anspruchsvoller, was durchaus im Sinne der Kommission ist („big is beautiful“). Andererseits sind so eher Skaleneffekte erreichbar und dadurch ein größerer praktischer Nutzen.

Es gilt zusammenfassend also: Neue Ideen und neuartige Kooperationsformen werden zunehmend als Entscheidungskriterium wichtig.

Seitens der EU-Kommission und der Projektsekretariate, die für Detailfragen konsultiert werden können, gibt es schließlich einige praxisnahe Veränderungen im Projektmanagement. Beim Berichtswesen und Abrechnungen ist Aussagen aus diesen Kreisen zufolge größere Anwenderfreundlichkeit vorgesehen. Das gilt zum Beispiel für die Möglichkeit, stärker mit Pauschalierungen zu arbeiten.

Das Europabüro berichtet in der gemeinsam mit den Europabüros der bayerischen und der sächsischen Kommunen verfassten wöchentlichen Informationsschrift „Brüssel Aktuell“ regelmäßig über Neuigkeiten aus dem Bereich Kohäsionspolitik und steht für Rückfragen sowie Vorabanfragen zur europäischen Förderpolitik gerne zur Verfügung.

¹ Vgl. http://ec.europa.eu/energy/mff/facility/connecting_europe_de.htm (07.07.2014).

Dr. Martin Silzer leitet das Europabüro der baden-württembergischen Kommunen in Brüssel

Ende gut, alles gut? – Die Interkommunale Zusammenarbeit innerhalb der aktuellen Reform des EU-Vergaberechts

Von Florian Domansky, Reutlingen

Als einer der am stärksten „durcheuropäisierten“ Teilbereiche des lokalen Handlungsrahmens aus rechtlicher Sicht stehen die EU-Regelungen bzgl. des öffentlichen Auftragswesens seit Jahren im erhöhten Fokus kommunalen Argwohns. Dies gilt umso mehr in Zeiten vermeintlicher „Reform- und Erleichterungsbemühungen“ auf EU-Ebene, deren vorläufiger Höhepunkt jüngst mit der offiziellen Verabschiedung der novellierten EU-Richtlinientexte erreicht worden ist. Einer der kommunalrelevantesten Schwerpunkte war dabei die erstmalige, EU-sekundärrechtliche Verankerung von Vorgaben hinsichtlich der Anwendung auf das „Zukunftsfeld“ der Interkommunalen Zusammenarbeit (IKZ). Nachfolgender Beitrag möchte dies zum aktuellen Anlass nehmen, die damit einhergehenden Neuerungen für die kommunale Praxis sowie die diesbezüglich vorausgegangenen Aktivitäten kommunaler Interessenvertretung auf EU-Ebene darzustellen.

Zur Erinnerung: Kaum ein Unterbereich des EU-Vergaberechts hatte in den vergangenen eineinhalb Jahrzehnten die kommunalen Gemüter mehr bewegt als die Frage, inwieweit verschiedene Formen der IKZ durch eine zu extensive Auslegung dem EU-Regelungsregime für das öffentliche Auftragswesen unterworfen sein könnten, womit die dauerhafte Zerschlagung bewährter Kooperationsstrukturen sowie eine unumkehrbare Einschränkung der örtlichen Organisationshoheit als ein elementares Ausflusselement der lokalen Selbstverwaltung drohte.

Dies erstreckt sich von stark institutionalisierten Kooperationsformen (hier: sog. Inhouse-Vergabe als entscheidender Ausnahmetatbestand¹) bis hin zu sog. nicht institutionalisierten, horizontalen Kooperationsformen auf Basis von Einzelvereinbarungen. Diesbezüglich muss eingangs nochmals betont werden, dass im Vorfeld zu den eigentlichen Novellierungsvorschlägen der EU-Kommission bereits der Europäische Gerichtshof (EuGH) einige äußerst kommunalrele-

vante Urteile² zum Spannungsverhältnis zwischen dem EU-Vergaberecht und der IKZ mit kommunalen „Höhen und Tiefen“ in den letzten Jahren gefällt hatte.

In der Folge hat dies auch seinen parlamentarischen Niederschlag auf EU-Ebene gefunden, u. a. in wegweisenden Initiativberichten der baden-württembergischen Europaabgeordneten Heide Rühle (Grüne/FEA) im Frühsommer 2010 und im Herbst 2011³. Inhaltlich hatten diese zusammen mit der EuGH-Rechtsprechung sodann in weiten Teilen Einzug in die drei schlussendlichen Kommissionsvorschläge vom 20. Dezember 2011⁴ gehalten, wobei die Kommission beabsichtigte, die gesamte dargestellte IKZ-Bandbreite stärker zu kodifizieren. So hieß es bereits im sog. Erwägungsgrund 14, der dem eigentlichen Richtlinienentwurf vorangestellt worden war, sehr deutlich:

„[...] Es besteht erhebliche Rechtsunsicherheit darüber, inwieweit die Vorschriften für die öffentliche Auftragsvergabe auch für die Zusammenarbeit zwischen öffentlichen Stellen gelten. Die einschlägige Recht-

sprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union wird nicht nur von den einzelnen Mitgliedstaaten, sondern auch von den einzelnen öffentlichen Auftraggebern unterschiedlich ausgelegt. Daher gilt es klarzustellen, in welchen Fällen die zwischen öffentlichen Auftraggebern geschlossenen Verträge von der Anwendung der Vorschriften für die öffentliche Auftragsvergabe ausgenommen sind. [...] Der Umstand, dass beide Parteien einer Vereinbarung selbst öffentliche Auftraggeber sind, reicht allein nicht aus, um die Anwendung der Vergabevorschriften auszuschließen. [...] Mit dieser Richtlinie sollte sichergestellt werden, dass eine von ihrem Anwendungsbereich ausgenommene öffentlich-öffentliche Zusammenarbeit keine Wettbewerbsverzerrung im Verhältnis zu privaten Wirtschaftsteilnehmern zur Folge hat. Genauso wenig sollte die Teilnahme eines öffentlichen Auftraggebers als Bieter an einem Vergabeverfahren eine Wettbewerbsverzerrung zu Folge haben. [...]"

Wesentlichkeitskriterium ursprünglich auf 90 % fixiert – Kontrolle über Einzel- gesellschaften explizit möglich

Grundsätzlich kommt den Beziehungen zwischen einer Kommune und ihren Beteiligungen (sog. Inhouse-Konstellation), gerade wenn es sich ausschließlich um z.B. die Vergabe von „Aufträgen“ an Eigengesellschaften handelt, bekanntermaßen noch kein originärer interkommunaler Charakter zu. Dennoch bilden die Voraussetzungen für eine EU-Vergaberechtsfreiheit dieser Beziehungen wichtige Grundsätze auch für die Anwendung auf verschiedene Konstellationen der institutionalisierten, interkommunalen Beteiligungen an solchen rechtlich unabhängigen Einheiten⁵ und sollen daher nachfolgend eingangs kurz skizziert werden.

So schlug die Kommission unter dem bezeichnenden Oberbegriff „Beziehungen zwischen öffentlichen Stellen“ gemäß

Art. 11 des Entwurfs zur sog. Vergaberichtlinie⁶ im dortigen Absatz 1 drei – durchaus nicht unbekannt – Voraussetzungen vor, damit aus ihrer Sicht eine Ausnahme vom Vergaberecht gegeben sei. So sollen zum einen die zwei Teckal-Kriterien (sog. Kontroll- und Wesentlichkeitskriterium) erfüllt sein, wobei letzteres ursprünglich auf 90 % festgeschrieben werden sollte. Explizit hieß es diesbezüglich:

„[...] (a) der öffentliche Auftraggeber übt über die betreffende juristische Person eine Kontrolle aus, die der gleichkommt, die er über seine eigenen Dienststellen ausübt;

(b) mindestens 90 % der Tätigkeiten der juristischen Person werden für den die Kontrolle ausübenden öffentlichen Auftraggeber oder für andere von diesem kontrollierte juristische Personen ausgeführt [...]"

Zum anderen griff die Kommission Folgeentscheidung des EuGH aus dem Jahre 2005 auf⁷, wonach eine noch so geringe private Beteiligung an der kontrollierten juristischen Person eine Inhouse-Konstellation ihrer Auffassung nach per se unmöglich mache. Die Voraussetzung, dass keine private Beteiligung vorhanden ist, soll dabei zum Zeitpunkt der Auftragsvergabe überprüft werden. Im Fall einer nachträglichen privaten Beteiligung müssten nach Kommissionssicht sodann auch laufende Aufträge für den Wettbewerb im Rahmen der üblichen Vergabeverfahren geöffnet werden.

Die Kontrolle selbst sei dann richtlinienkonform ausgeübt, wenn der öffentliche Auftraggeber einen maßgeblichen Einfluss sowohl auf die strategischen Ziele als auch auf die wesentlichen Entscheidungen der kontrollierten juristischen Person inne habe. Dies gelte – in Anlehnung an den einschlägigen Kommissionleitfaden⁸ – gemäß Art. 11 Abs. 2 nunmehr u. a. auch explizit für das Verhältnis über gesellschaftsrechtliche Beziehungen des 1. Grades hinaus sowie für das Verhältnis zwischen mehreren kontrollierten juristischen Personen untereinander.

Drohende Überinterpretation der sog. Coditel Brabant-Rechtspre- chung durch die EU-Kommission

In Art. 11 Abs. 3 sollten zudem auch erstmalig die Anforderung an mehrere öffentliche Auftraggeber bzgl. der gemeinsam erbrachten Kontrolle über eine juristische Person sekundärrechtlich fixiert werden, wobei zu befürchten stand, dass die Kommission hier über die einschlägige EuGH-Rechtsprechung⁹ hinausgegangen wäre. So hätten sich demnach nicht nur die Beschlussfassungsgremien der kontrollierten juristischen Person aus Vertretern sämtlicher beteiligter öffentlicher Auftraggeber zusammensetzen müssen¹⁰, sondern auch die Einnahmen der kontrollierten juristischen Person hätten sich auf die Rückzahlung der tatsächlich entstandenen Kosten im Zusammenhang mit den von den öffentlichen Auftraggebern vergebenen Aufträgen beschränken müssen.¹¹

Kommissionsinterpretation der kommunalfreundlichen „Stadtreinigung Hamburg“- Rechtsprechung

Art. 11 Abs. 4 nimmt sich sodann der grundsätzlich kommunalfreundlichen Rechtsprechung zur horizontalen Kooperation auf Basis von Zweckvereinbarungen an¹². So heißt es dort wortwörtlich:

„Eine zwischen zwei oder mehreren öffentlichen Auftraggebern geschlossene Vereinbarung ist nicht als öffentlicher Auftrag im Sinne [...] dieser Richtlinie anzusehen, wenn sämtliche der nachfolgend genannten Bedingungen erfüllt sind:

[...] (a) die Vereinbarung begründet eine echte Zusammenarbeit zwischen den beteiligten öffentlichen Auftraggebern mit dem Ziel, ihre öffentlichen Aufgaben gemeinsam wahrzunehmen, und umfasst wechselseitige Rechte und Pflichten der Parteien;

(b) die Vereinbarung wird nur durch Überlegungen im Zusammenhang mit dem öffentlichen Interesse bestimmt;

(c) die beteiligten öffentlichen Auftraggeber üben, gemessen am Umsatz, nicht mehr als 10 % ihrer Tätigkeiten, die im Zusammenhang mit der Vereinbarung relevant sind, auf dem offenen Markt aus;

(d) die Vereinbarung betrifft keine anderen Finanztransfers zwischen den beteiligten öffentlichen Auftraggebern als jene, die die Rückzahlung der tatsächlichen Kosten der Bauarbeiten, Dienstleistungen oder Lieferungen betreffen;

(e) es besteht keine private Beteiligung an den involvierten öffentlichen Auftraggebern. [...]"

Demnach müssen solche Vereinbarungen eine echte Zusammenarbeit zwischen den beteiligten öffentlichen Auftraggebern begründen, mit dem Ziel einer gemeinsamen öffentlichen Aufgabenwahrnehmung, was aber auch wechselseitige Rechte und Pflichten der Parteien umfassen soll.¹³ Gestützt werden soll diese Kooperationsform ausschließlich auf Erwägungen im Zusammenhang mit dem öffentlichen und nicht dem rein kommerziellen Interesse, so dass die beteiligten öffentlichen Auftraggeber, gemessen am Umsatz, nicht mehr als 10 % ihrer Tätigkeiten, die im Zusammenhang mit der Vereinbarung relevant sind, auf dem offenen Markt ausüben dürfen. Vor diesem Hintergrund dürfen auch die Finanztransfers zwischen den beteiligten öffentlichen Auftraggebern über die Rückzahlung der tatsächlichen Kosten der Bauarbeiten, Dienstleistungen oder Lieferungen nicht hinausgehen. Zudem galt auch hier das generelle Ausschlussprinzip im Fall von Privatbeteiligungen.

Zwischenbewertung aus kommunaler Sicht

Nach entsprechender kommunalkritischer Analyse des Kommissionsentwurfs wurde dabei rasch deutlich, dass noch umfassender Nachbesserungsbedarf, insbesondere bzgl. der Kodifizierung der EuGH-IKZ-Rechtsprechung, für die anstehenden Beratungen im Europäischen

Parlament und im Rat bestand. Denn entgegen mancher Stimmen zum Zeitpunkt der Kommissionsvorlage, von einer sekundärrechtlichen Verankerung des in den letzten Jahren zu beobachtenden EuGH-Rechtsprechungstrends im Bereich der öffentlich-öffentlichen Kooperationen abzusehen – v. a. mit Blick auf dessen noch offene (und damit möglicherweise künftig noch kommunalfreundlichere) Fortschreibung, hatte sich die Kommission indes im Spannungsverhältnis zwischen Rechtsrichtigkeit und Rechtssicherheit durch die vorgeschlagene Kodifizierung für letzteres entschieden.

Folglich schwenkte sie – im Unterschied zur Frage der grundsätzlich überhaupt vorliegenden Regelungsnotwendigkeit im Bereich der Dienstleistungskonzessionen – auch auf die entsprechende Linie des Europäischen Parlamentes ein, das in den o. g. Rühle-Berichten eine entsprechende IKZ-Fixierung gefordert hatte. Faktisch erkannte die Kommission damit einmal mehr das geänderte interinstitutionelle Rollenverhältnis im Zug des Lissabon-Vertrags an. Darüber hinaus galt es kommunalkritisch zu beobachten, inwieweit die Kommission indirekt in die von Seiten des EuGH ohnehin bereits eng abgesteckten kommunalen Handlungsspielräume bezüglich der möglichen Einnahmeerzielung der öffentlich kontrollierten juristischen Personen weitergehend einzugreifen drohte. Kritisch zu sehen war auch, dass die Kommission mit der vorgesehenen 10 %-Regelung das Wesentlichkeitskriterium auch auf die nicht institutionalisierten Kooperation überträgt, was von Seiten des EuGH so explizit im „Stadtreinigung Hamburg“-Urteil nicht gefordert worden war.

Beruhigend aus kommunaler Sicht war dabei zumindest, dass die Kommission darüber hinaus nicht dazu übergegangen war, in die EuGH-Rechtsprechung zusätzlich die Voraussetzungen einer geografischen Nähe zwischen einzelnen Kooperationspartnern oder eine

bestimmte Kooperationsdauer hineinzuinterpretieren. Davon abgesehen war es für die sich anschließenden Beratungen in Parlament und Rat von grundlegender Kommunalbedeutung, u. a. die Zulässigkeit der einseitigen Aufgabenübertragung auf einen anderen öffentlichen Auftraggeber zu verankern. Kommunale Zielsetzung musste es sein, auch weiterhin die Kooperation jener öffentlichen Auftraggeber zu ermöglichen, die z. B. auf Grund ihrer unterschiedlichen Größe nicht auf Augenhöhe agieren und damit auch keinem gleichen Pflichtenumfang nachkommen können, wie es typischerweise für das bewährte Instrument der sog. Vereinbarten Verwaltungsgemeinschaften der §§ 59 ff. Gemeindeordnung Baden-Württemberg (GemO BW) gilt.

Schlussendliche IKZ-Formulierungen in der novellierten Endfassung der neuen Richtlinien

Inwieweit die kommunalen Bemühungen, in die sich der Landkreistag Baden-Württemberg zusammen mit seinen Schwesterverbänden über das gemeinsame Europabüro innerhalb der Brüsseler Europabürogemeinschaft der baden-württembergischen, bayerischen und sächsischen Kommunen aktiv eingebracht hatte, von Erfolg gekrönt waren, soll nachfolgend an Hand der finalen Textformulierungen, die jüngst am 28. März 2014 im EU-Amtsblatt veröffentlicht worden sind, nachgezeichnet werden. So fällt vorab auf, dass sowohl in den Erwägungsgründen wie auch im nunmehr einschlägigen Art. 12 der neuen Vergaberichtlinie 2014/24/EU¹⁴ nicht mehr pauschal auf die Beziehung zwischen öffentlichen Stellen abgestellt wird, sondern eine systemlogische Beschränkung auf „Öffentliche Aufträge zwischen Einrichtungen des öffentlichen Sektors“ erfolgt. So betont stellvertretend der einschlägige, nunmehr deutlich umfangreichere Erwägungsgrund Nr.31¹⁵, dass

„die Anwendung der Vorschriften für die Vergabe öffentlicher Aufträge [...] öffentliche Stellen jedoch nicht in ihrer Freiheit beschränken [soll], die ihnen übertragenen öffentlichen Aufgaben auszuüben, indem sie ihre eigenen Mittel verwenden“. Damit wird nicht nur auf einen der maßgeblichen Leitsätze aus der o. g. Rechtsprechungstrendwende verwiesen¹⁶, sondern auch weitergehend explizit betont, dass hierzu auch die Möglichkeit der Zusammenarbeit mit anderen öffentlichen Stellen gehört.

In Art. 12 Absatz 1 lautet die schlussendliche Formulierung wie folgt:

„[...] a) Der öffentliche Auftraggeber übt über die betreffende juristische Person eine ähnliche Kontrolle aus, wie über seine eigenen Dienststellen;

b) mehr als 80 % der Tätigkeiten der kontrollierten juristischen Person dienen der Ausführung der Aufgaben, mit denen sie von dem die Kontrolle ausübenden öffentlichen Auftraggeber oder von anderen von diesem kontrollierten juristischen Personen betraut wurden [...].“

Damit wird deutlich, dass es im Rahmen der Trilogverhandlungen gelungen war, den restriktiven 90 %-Vorschlag der EU-Kommission bzgl. des Wesentlichkeitskriteriums, geringfügig auf 80 % zurückzudrängen, was künftig im ein oder anderen kommunalen Einzelfall entscheidend für eine Anwendungspflicht der EU-Vergaberegulungen sein kann. Zudem heißt es nunmehr in lit. c):

„[...] c) es besteht keine direkte private Kapitalbeteiligung an der kontrollierten juristischen Person, mit Ausnahme nicht beherrschender Formen der privaten Kapitalbeteiligung und Formen der privaten Kapitalbeteiligung ohne Sperrminorität, die in Übereinstimmung mit den Verträgen durch nationale gesetzliche Bestimmungen vorgeschrieben sind und die keinen maßgeblichen Einfluss auf die kontrollierte juristische Person vermitteln [...].“

Damit wird nunmehr den besonderen Merkmalen öffentlicher Einrichtungen mit Pflichtmitgliedschaft, wie die für

Verwaltung oder die Ausführung bestimmter öffentlicher Dienstleistungen verantwortlichen Organisationen, entsprechend Rechnung getragen. Grundlegend für spätere Auslegungsfragen ist auch die schlussendlich verankerte Ergänzung in Erwägungsgrund Nr. 31, wonach klargestellt wird, dass das entscheidende zu prüfende Element allein die direkte private Beteiligung an der kontrollierten juristischen Person ist.

Finale Regelungen zur gemeinsamen Kontrolle von öffentlichen Auftraggebern und bei horizontalen Kooperationen auf Vereinbarungsbasis

Die Anforderungen an mehrere öffentliche Auftraggeber bzgl. der gemeinsam erbrachten Kontrolle über eine juristische Person finden sich nunmehr in Art. 12 Abs. 3 wieder.¹⁷ So lautet dieser nunmehr wie folgt:

„[...] i) Die beschlussfassenden Organe der kontrollierten juristischen Person setzen sich aus Vertretern sämtlicher teilnehmender öffentlicher Auftraggeber zusammen. Einzelne Vertreter können mehrere oder alle teilnehmenden öffentlichen Auftraggeber vertreten;

ii) diese öffentlichen Auftraggeber können gemeinsam einen maßgeblichen Einfluss auf die strategischen Ziele und wesentlichen Entscheidungen der kontrollierten juristischen Person ausüben und

iii) die kontrollierte juristische Person verfolgt keine Interessen, die denen der kontrollierenden öffentlichen Auftraggeber zuwiderlaufen. [...].“

Damit wird deutlich, dass der Intention der EU-Kommission, ihre Überinterpretation der EuGH-Rechtsprechung auch sekundärrechtlich zu verankern, erfolgreich entgegengewirkt werden konnte. So präzisiert zum einen lit. iii) im Unterschied zu lit. c) des ursprünglichen Kommissionsvorschlags die dortige, in der kommunalen Praxis wenig zielführende Formulierung des Interessensunterschieds hin zu einer deutlich praktikableren Be-

griffswahl der tatsächlichen Interessens-kollision. Zum anderen konnte eine Komplett-Streichung des bisherigen, äußerst kommunalkritischen lit. d) erreicht werden. Hiernach hätte die kontrollierte juristische Person keine anderen Einnahmen als diejenigen, die sich aus der Rückzahlung der tatsächlich entstandenen Kosten ergeben hätten, erwirtschaften dürfen.

Bzgl. der horizontalen Kooperation auf Basis von Zweckvereinbarungen heißt es nunmehr in Art. 12 Abs. 4 wortwörtlich:

[...] „a) Der Vertrag begründet oder erfüllt eine Zusammenarbeit zwischen den beteiligten öffentlichen Auftraggebern mit dem Ziel sicherzustellen, dass von ihnen zu erbringende öffentliche Dienstleistungen im Hinblick auf die Erreichung gemeinsamer Ziele ausgeführt werden;

b) die Durchführung dieser Zusammenarbeit wird ausschließlich durch Überlegungen im Zusammenhang mit dem öffentlichen Interesse bestimmt und

c) die beteiligten öffentlichen Auftraggeber erbringen auf dem offenen Markt weniger als 20 % der durch die Zusammenarbeit erfassten Tätigkeiten. [...].“

Finale Kommunalbewertung und Ausblick

Mit Blick hierauf wird deutlich, dass im Bereich der „klassischen“ IKZ einige Verbesserungen durchgesetzt werden konnten. So ist nunmehr das Attribut der praxisfremden „echten“, sprich ausschließlich auf Augenhöhe organisierten Zusammenarbeit zwischen nahezu ähnlich leistungsstarken Kommunen komplett entfallen. Gleiches gilt auch für das in vielen kommunalen Einzelfällen abwegige Kommissionskonstrukt der gegenseitigen Rechte und Pflichten, dass die oft bereits über Jahrzehnte hinweg bewährten Kooperationserfolge von zentralen Orten und ihrem Umland, gerade im ländlichen Raum, grundlegend hinterfragt hätte. Vielmehr besteht nunmehr als einzige Voraussetzung, dass die Durchführung dieser Zusammenarbeit

ausschließlich von Erwägungen des öffentlichen Interesses bestimmt ist. Um diese Voraussetzungen zu erfüllen, so der nunmehr ebenfalls weit umfassender gefasste Erwägungsgrund Nr. 33, soll die Zusammenarbeit auf einem kooperativen Konzept beruhen, was gerade bei den o. g. vereinbarten Verwaltungsgemeinschaften nach §§ 59 ff. GemO BW in der kommunalen Praxis regelmäßig erfüllt sein sollte.

Für die Durchführung der Zusammenarbeit einschließlich etwaiger Finanztransfers zwischen den teilnehmenden öffentlichen Auftraggebern sollten im Übrigen ausschließlich Erwägungen des öffentlichen Interesses maßgeblich sein, wobei der Aspekt des beschränkten Finanztransfers aus dem eigentlichen Paragraphen-Teil des Richtlinien texts als eigenständige Untervoraussetzung erfreulicherweise ebenfalls gestrichen werden konnte. Ebenfalls folgerichtig findet sich schlussendlich kein expliziter Verweis mehr bzgl. etwaiger privater Beteiligungen in der lit.)-Aufzählung wieder und die erfolgreiche 80 %-Beschränkung des Wesentlichkeitskriterium findet nunmehr im konsequenten Umkehrschluss durch die Erweiterung der möglichen zulässigen Markt t ä t i g k e i t auf unter 20 % ihren Niederschlag.

Infolge der o. g. EU-Amtsveröffentlichung Ende März sind nunmehr zum 17. April 2014 alle drei neuen Richtlinien formal in Kraft getreten und bedürfen zur umfassenden Rechtswirksamkeit jetzt noch der Umsetzung in die innerdeutsche Vergaberechtssystematik. Hierfür hat der nationale Gesetzgeber nunmehr 24 Monate Zeit¹⁸.

Damit wird zum einen der maximale kommunale Handlungsspielraum auf dem wichtigen Zukunftsfeld der IKZ von einer möglichst kommunalfreundlichen innerstaatlichen Richtlinien-Implementierung abhängen. Zum anderen wird es im Wesentlichen darauf ankommen, inwieweit die erwähnte kommunalfreundliche EuGH-Rechtsprechungstrendwende – flankiert nunmehr durch

die aufgezeigten sekundärrechtlichen Kommunalserfolge – sich zukünftig weiter verstetigen wird. Entscheidend wird hierbei u. a. sein, ob künftige EuGH-Entscheidungen, die sich im Vergleich zur EU-Gesetzgebung selbst in viel stärkerem Maße einer kommunalen Interessensvertretung entziehen, diese nunmehr politisch gesetzten Leitplanken durch den EU-Gesetzgeber zur Abgrenzung zwischen IKZ und öffentlicher Auftragsvergabe auch in kommunalfreundlicher Weise rezipieren werden.¹⁹

¹ Vgl. hierzu das grundlegende sog. Teckal-Urteil aus dem Jahr 1999, online einzusehen unter Eingabe des Aktenzeichens C-107/98 unter <http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de>.

² Diese Rechtsprechungstrendwende war dabei in Teilen auch bereits Erörterungsgegenstand in der BWGZ, so z. B. das wegweisende „Stadtreinigung Hamburg“-Urteil, vgl. ausführlich hierzu *Portz*, Keine Ausschreibung kommunaler Kooperation in: BWGZ 18/2009. Das Urteil selbst kann unter Eingabe des Aktenzeichens C-480/06 unter <http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de> auf Deutsch online eingesehen werden.

³ Vgl. zur zunehmend selbstbewussten Rolle des Europäischen Parlaments auf dem Feld des EU-Vergaberechts im Lichte seiner Stärkung durch den Lissabon-Vertrag von 2009 einfürend bereits bei *Domansky*, Vergaberecht und interkommunale Zusammenarbeit – Aktuelle Entwicklungen auf EU-Ebene in: BWGZ 6/2010, S. 221 ff.

⁴ Konkret handelte es sich hierbei um den Vorschlag zu einer neuen Vergaberichtlinie KOM (2011) 896, einen Vorschlag zur neuen Sektorenrichtlinie KOM (2011) 895 und den erstmaligen Konzessionsrichtlinien-Vorschlag KOM (2011) 897. Aus dem Blickwinkel der IKZ ist dabei insbesondere zu erwähnen, dass alle drei Rechtstexte hierzu entsprechende Regelungen enthalten.

⁵ Hierzu zählen sowohl juristische Personen in Privatrechtsform wie eine GmbH mit mehreren kommunalen Gesellschaftern wie auch juristische Personen des öffentlichen Rechts im interkommunalen Bereich, wie z. B. der klassische Zweckverband nach §§ 1 ff. des Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in Baden-Württemberg (GKZ BW).

⁶ Auf die Wiedergabe der hierzu korrespondierenden Formulierungen in Art. 21 KOM (2011) 895 und in Art. 15 KOM (2011) 897 wird nachfolgend aus Gründen der (weitest gehenden) Wort- und v. a. Sinnleichheit verzichtet.

⁷ Vgl. Art. 11 Abs. 1 (c), Grundlage ist das sog. Stadt Halle-Urteil, das unter Eingabe des Aktenzei-

chens C-26/03 unter <http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de> online eingesehen werden kann.

⁸ Vgl. http://ec.europa.eu/internal_market/publicprocurement/docs/public_public_cooperation/sec2011_1169_de.pdf.

⁹ Zu nennen ist hier das sog. Coditel Brabant-Urteil aus dem Jahr 2008, das unter Eingabe des Aktenzeichens C-324/07 unter <http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de> online eingesehen werden kann.

¹⁰ Diese Anforderungen dürften in Baden-Württemberg über die einschlägigen §§ 103 ff. GemO samt der dortigen Verweise auf die Beachtung der Haushaltsgrundsätze im Sinne des Gesetzes über die Grundsätze des Haushaltsrechts des Bundes und der Länder, hier v. a. § 53, kommunalwirtschaftsverfassungsrechtlich bereits erschöpfend erfüllt sein.

§ 53 Rechte gegenüber privatrechtlichen Unternehmen

¹¹ In wenig kohärenter Weise verweigerte sich die Kommission hier bis dato der analogen Übertragung ihrer diesbezüglichen Zugeständnisse im Rahmen ihrer Interpretation des für das EU-Beihilferecht wegweisenden sog. Altmark Trans-Urteils des EuGH (C-280/00) von 2003. So hatte dieser damals als letzten von vier kumulativ zu erfüllenden Ausnahmetatbeständen entschieden, dass im Fall einer Auswahl eines beauftragten Unternehmens außerhalb eines Verfahrens zur Vergabe öffentlicher Aufträge die Höhe der Ausgleichszahlung auf Grundlage einer Analyse der Kosten zu bestimmen ist, die einem durchschnittlichen, gut geführten Unternehmen entsprechen. In Erkenntnis der Schwierigkeiten bzgl. einer praktikablen Bewertung der durchschnittlichen gute Führung von öffentlichen Unternehmen im Einzelfall hatte die Kommission in ihrem sog. Monti-Paket von 2005 sodann zunächst kommunalfreundlich akzeptiert, dass auch ein Abstellen auf die Abgeltung der tatsächlichen Nettokosten (Differenz zwischen Kosten und Einnahmen) plus angemessenem Gewinn ausreichend sei. Erneut stärker effizienzgetriebene Überlegungen fanden indes zum kommunalen Leidwesen in der Novellierung des Monti-Pakets durch die sog. Almunia-Reform von 2012 ihren Niederschlag.

¹² Vgl. hierzu das Urteil unter Fn. 2.

¹³ Exemplarisch hätte dies u. a. explizit dem Wortlaut des § 25 GKZ BW entgegengestanden, in dem es in Abs. 1 S. 2 zu den Voraussetzungen für öffentlich-rechtliche Vereinbarungen heißt: „Durch die Vereinbarung gehen das Recht und die Pflicht der übrigen Körperschaften zur Erfüllung der Aufgaben auf die übernehmende Körperschaft über.“

¹⁴ Online einzusehen unter http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=OJ:JOL_2014_094_R_0065_01&from=DE. Analog zu Fn. 5 wird nachfolgend aus Gründen der (weitest gehenden) Wort- und v. a. Sinnleichheit

ebenfalls auf die Wiedergabe der hierzu korrespondierenden Formulierungen im jetzigen Art. 28 der neuen Sektorenrichtlinie 2014/25/EU und im jetzigen Art. 17 der erstmalige Konzessionsrichtlinie 2014/23/EU verzichtet. Online einzu-sehen sind die letzteren beiden unter http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/AUTO/?uri=uriserv:OJ.L_.2014.094.01.0243.01.DEU bzw. unter http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=OJ:JOL_2014_094_R_0001_01&from=DE

¹⁵ Im Vergleich zum „alten“ Erwägungsgrund Nr. 14.

¹⁶ Vgl. Rand-Nr. 48 ff. des Urteils unter Fn. 9.

¹⁷ Einen eigenständigen Ausnahmetatbestand haben davon unbenommen im neuen Art. 11 erfreulicherweise jene Dienstleistungsaufträge im Sinne des Art. 106 AEUV erhalten, die auf Grund eines ausschließlichen Rechts vergeben werden.

¹⁸ Für den Bereich der elektronischen Vergabe gilt die erweiterte Umsetzungsfrist, womit eben-

falls einer kommunalen Forderung entsprochen wurde.

¹⁹ Erste leise diesbezügliche Zweifel nährt dabei ein einschlägiges EuGH-Urteil „Piepenbrock“ vom 13. Juni 2013, das unter Eingabe des Aktenzeichens C-386/11 unter <http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de> online eingesehen werden kann. Dabei ist aus kommunaler Sicht weniger der zu Grunde liegende Sachverhalt als problematisch zu werten, da die dort hinterfragte interkommunale Kooperation bzgl. sog. Hilfsdienste im kommunalen Reinigungsbereich entlang der neuen Richtlinien-Texte sicherlich auch künftig praxisnah und dennoch EU-rechtskonform ausgestaltet werden kann. Vielmehr grundsätzlich kommunalkritisch zu hinterfragen ist, inwieweit die Veröffentlichung eines langjährig anhängigen Urteils, just zu einem Zeitpunkt, in dem sich der Gesetzgebungsprozess zur wesentlichen Weiterentwicklung des zu Grunde liegenden Rechtsgebiets

in der entscheidenden Verhandlungsphase befindet, – ob bewusst oder unabsichtlich sei dahingestellt – wesentliche Auswirkungen auf das schlussendliche Verhandlungsergebnis haben kann und inwiefern dadurch eine Gefährdung der Gewaltenteilung droht, der sich in ihrem Anspruch auf Rechtsstaatlichkeit auch die EU verpflichtet fühlen sollte.

Florian Domansky ist seit Februar 2014 Europabeauftragter der Stadt Reutlingen. Den dargestellten Reform-Prozess bzgl. des EU-Vergaberechts hat er in seiner vorherigen Funktion als Leiter des Europabüros der baden-württembergischen Kommunen über mehrere Jahre hinweg eng vor Ort in Brüssel begleitet.

Für ein gutes Leben im Alter

Seniorenarbeit und Pflege ist ein Top-Thema in Baden-Württemberg.
32 Projekte wurden bei vier Fachtagungen präsentiert

Von Sabine Wennig und Brigitte Herkert, München

Auf Initiative des Landkreistages, des Städtetages und des Gemeindetages Baden-Württemberg haben vom Oktober 2013 bis März 2014 vier Fachtagungen unter dem Titel „Innovative Projekte in Seniorenarbeit und Pflege“ stattgefunden, finanziell gefördert durch das Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg.

Es konnte ein bunter Strauß hochaktueller Themen in Tübingen, Plochingen, Ettlingen und Radolfzell vorgestellt und diskutiert werden. Pro Tagung wurden jeweils acht Projekte ausgewählt. Dass es sich bei den innovativen Ideen nicht um „abgehobene“ und „exotische“ Ideen handeln sollte, darauf legten die Initiatoren großen Wert, wichtiger war deren Übertragbarkeit.

Moderatorin Sabine Wennig, die mit ihrem Team von der Arbeitsgruppe für

Sozialplanung und Altersforschung aus München nach 2008 und 2010 bereits zum dritten Mal die Veranstaltungsreihe organisierte, gab ihrem Wunsch Ausdruck, dass man sich von den vorgestellten Projekten inspirieren lassen und auch, dass man die vielfältigen Möglichkeiten zum Kennenlernen und zur fachlichen Vernetzung nutzen sollte.

Alle Referentinnen und Referenten standen deshalb in den Pausenzeiten an Informationsständen zu Gesprächen zur Verfügung. Besucht wurden die Tagungen von 500 Fachkräften aus Kommunalpolitik und Verwaltung, aus Seniorenarbeit und Altenhilfe – aber auch von bürgerschaftlich Engagierten und interessierten Bürgerinnen und Bürgern.

Die Referentinnen und Referenten berichteten über die Herangehensweise bei ihrem Projekt, den Erfolgsfaktoren aber auch darüber, was bei der Umsetzung Schwierigkeiten bereitete. Beharrlichkeit und „einen langen Atem“ muss man bei

der Entwicklung und Umsetzung von Projektideen mitbringen, so die einhellige Meinung der Referentinnen und Referenten.

Die unterschiedlichen Strategien, um den Bedürfnissen älterer Menschen zu begegnen, standen bei den innovativen Projekten im Vordergrund. Einmal mehr bestätigten die Berichte aus der Praxis, dass mit und nicht „für“ die älteren Bürgerinnen und Bürger geplant werden sollte. Beteiligung und Selbstbestimmung sind in der heutigen Seniorenarbeit notwendige Elemente.

Dass eine Vielfalt an Angeboten von der älteren Bevölkerungsgruppe gewünscht wird, und diese Angebote dann nicht ausschließlich durch professionelle Hauptamtliche geleistet werden können, steht außer Frage. Bürgerschaftliches Engagement ist eine wichtige Säule in der Seniorenarbeit, bedarf aber einer guten Koordination und Anleitung und ist deshalb auch nicht zum „Nulltarif“ zu haben.

Viele der bei den Tagungen präsentierten Projekte wären ohne bürgerschaftliches Engagement nicht realisierbar gewesen. Was hat sich in der Seniorenarbeit und Pflege in den letzten Jahren geändert? Auch hierauf gaben die Fachtagungen Antworten. Es beeindruckte das weite Spektrum an Projektideen. Dabei, so betonten es auch die Referentinnen und Referenten, muss jedes Projekt eine eigene „Handschrift“ tragen. Individuell und lokal ist die örtliche Situation zu analysieren und zu berücksichtigen. Bei den vier Fachtagungen wurden Projekte aus den folgenden Bereichen vorgestellt.

- Präventive Angebote
- Senioren- bzw. Alten(hilfe)planung
- Hilfen und Unterstützung zu Hause / Bürgerschaftliches Engagement
- Demenz
- Ambulante Pflege und stationäre Einrichtung
- Technik im Leben älterer Menschen
- Wohnen

Präventive Angebote

Als das „Dritte oder Vierte Lebensalter“ wird der Lebensabschnitt bezeichnet, der in der Regel mit dem Austritt aus dem aktiven Arbeitsleben beginnt. Ein Ziel von präventiven Angeboten ist, Vorsorge für diesen Lebensabschnitt zu treffen, sei es durch eine Beschäftigung mit der Frage, wie man sein Leben gestalten möchte, wie man wohnen oder wie man bei Bedarf gepflegt und betreut werden möchte. Daneben geht es jedoch auch um den Erhalt der Gesundheit.

In Tübingen erläuterte Gertraud Selig aus Ludwigsburg präventive Ansätze zur Gewalterfahrung im Leben älterer Menschen, was nach wie vor noch ein Tabuthema ist.

In einem anderen Vortrag ging es um sinnlichen Erfahrungswelten: Referent Dieter Aisenbrey setzt sich dafür ein, dass Singen zur Steigerung des Wohlbefindens noch mehr als bislang in der Seniorenarbeit eingesetzt wird.

Senioren- bzw. Alten(hilfe)planung

Die Herausforderungen für die Kommunen, die durch den demografischen Wandel entstehen, sind bekannt. Ziel führend und ergebnisorientiert ist deshalb die Entwicklung einer strukturierten Planung. In zwei Vorträgen wurde hierbei die Beteiligung von Seniorinnen und Senioren in den Mittelpunkt gestellt. In Bartenbach hat man umfängliche Bürgerbeteiligungsprozesse z. B. durch die Durchführung von Zukunftswerkstätten ermöglicht. Das zweite vorgestellte Beispiel betraf die Gemeinde Sulzfeld: Durch einen Stadtteilspaziergang mit Seniorinnen und Senioren konnten die Wünsche Älterer ermittelt werden. Die direkte Beteiligung führt dazu, dass Fehlentwicklungen vermieden und prioritär diejenigen Projekte umgesetzt werden, die eine breite Akzeptanz erwarten lassen.

Hilfen und Unterstützung zu Hause/ Bürgerschaftliches Engagement

Lautete bisher die Erfahrung „Ein Kind braucht ein ganzes Dorf, um gut aufzuwachsen“, so ist dies längst auf das Leben im Alter zu erweitern. Die Erfahrungen zeigen: Wer gut in die Nachbarschaft integriert ist, kann viel länger im gewohnten Zuhause bleiben.

Oftmals sind es bürgerschaftlich Engagierte, die in einer Vielzahl von Projekten zur Erhöhung der Lebensqualität älterer Bürgerinnen und Bürger beitragen. Manch schwierige Lebenssituation wird hiermit ausgeglichen, nicht zuletzt profitieren von solchen Projekten oft auch die pflegenden Angehörigen. Ein Beispiel von vielen sind Entlastungsangebote vor, während und nach Klinikaufhalten. Die Fallpauschalen haben mit sich gebracht, dass sich der Krankenhausaufenthalt ständig verkürzt. Dies ist für alte alleinstehende Menschen vielerorts zum Problem geworden. In Biberach a. d. Riß hat man beispielsweise ehrenamtliche „Krankenhaushilfen“ ausgebildet, die ganz all

tagspraktische Unterstützungen anbieten, in einem ähnlich angelegten Projekt in Kirchheim unter Teck setzt die Hilfe direkt nach der Entlassung aus der Klinik an.

In „Alt und Jung-Projekten“ werden ebenfalls Einzelfallhilfen geleistet, darüber hinaus fördern sie gezielt den Generationenzusammenhalt. Die an der Fachtagung vorgestellten Projekte aus Großbottlingen und Langenargen sind hierfür beispielgebend.

Dass Projekte Erfolg haben, steht und fällt auch mit dem Miteinander der Akteure. Die Vernetzung professioneller Dienstleistungen, bürgerschaftlich Engagierter, ggf. auch unter Einbezug diverser technischer Hilfen sind Zielsetzungen diverser Projektansätze und können zur Optimierung der Versorgung im Alter führen.

Demenz

Der demografische Wandel mit der zunehmenden Lebenserwartung hat bereits in der Vergangenheit dazu geführt, dass die Zahl an Demenz erkrankter Personen zugenommen hat. Dieser Trend setzt sich fort. Es ist eine große Herausforderung für die betroffenen Familien, aber auch für die Kommunen und für die Seniorenarbeit insgesamt.

Eine Reihe von Vorträgen beschäftigte sich mit der Beantwortung der Frage nach „Neuen Wegen in der Begleitung von Menschen mit Demenz und ihren Angehörigen“. Sylvia Kern, Geschäftsführerin der Alzheimer Gesellschaft Baden-Württemberg e.V. gab sowohl in Tübingen als auch in Plochingen einen Überblick über die aktuelle Entwicklung. In anderen Vorträgen ging es hingegen mehr um die Details, z. B. wie der Austausch und die Weitergabe von Informationen an Menschen mit einer Demenzerkrankung, bzw. an deren Angehörige, insbesondere bereits zum Zeitpunkt der Demenzdiagnose gut gelingt und welche Angebote in dieser Phase Unterstützung bieten. In anderen Vorträgen

erfuhr man, wie Personen, die als Dritte in alltäglichen Situationen mit den Beeinträchtigungen durch eine Demenzerkrankung konfrontiert werden – sei es als Verkäuferinnen und Verkäufer in Geschäften, oder dem öffentlichen Nahverkehr – hierauf vorbereitet werden können.

Auch beim Thema „Neue Wohnformen“ wurde aus der Praxis berichtet. Ambulant betreute Wohngemeinschaften für Menschen mit einer Demenz ermöglichen ein Leben in einer kleinen Gruppe, die in häuslicher Gemeinschaft zusammenwohnt, mit dem Vorteil, dass hierdurch den individuellen Bedürfnissen, aber auch den Interessen der gesamten Gruppe Rechnung getragen wird.

Ambulante Pflege und stationäre Einrichtung

Die Bedeutung von Pflege im ambulanten Bereich nimmt stetig zu. Auch stationäre Angebote sind selbstverständlich nach wie vor notwendig, sie müssen sich aber zunehmend den demographischen Veränderungen anpassen. In einem Referat von Christine Jung-Weyand und Monika Scheytt vom Badischen Landesverein für Innere Mission wurde beispielsweise erläutert, wie sich die stationäre Einrichtung „Friedenheim“ durch verschiedene Maßnahmen für Bürgerinnen und Bürger aus dem Umfeld geöffnet hat, so dass ihr nun die Funktion eines Quartiershauses zukommt, in dem Angebote abgestuft und durchlässig – ambulant und stationär – erbracht werden.

„Vereinbarkeit von Beruf und Pflege – was Arbeitgeber dafür tun können“ war eines der weiteren brisanten Themen. Ein Erfahrungsbericht aus dem Landkreis Göppingen zeigte erfolgreiche Vorgehensweisen zur Unterstützung von Beschäftigten auf, vor dem Hintergrund der schon heute bestehenden Konkurrenz um Fachkräfte und der enormen Zunahme der Hochbetagten.

Ein zweites Beispiel wurde vom Haus am Wimberg in Calw vorgestellt. In einem Modellprojekt zur Rekrutierung von Fachkräften gelingt es, Pflegekräfte aus dem Ausland anzuwerben. Dabei wird jedoch erst nach einem umfangreichen Eingliederungsprogramm mit Sprachkursen und ergänzenden fachlichen Schulungen eine Anerkennung als Fachkraft gewährt.

Technik im Leben älterer Menschen

Eine der wesentlichsten Bedingungen, gut in der eigenen Wohnung alt werden zu können, ist eine barrierearme Umgebung, die zunehmend mit technischen Neuerungen gestützt werden kann. Um Technologien und ihre Potentiale für Anwendungsszenarien im häuslichen Umfeld älterer Menschen erleben zu können, wurde erstmals bei einer Innovations-tagung die „Rollende Ausstellung“ präsentiert, die vom Forschungszentrum Informatik Karlsruhe konzipiert wurde. In dem bereitgestellten Container war ein breites Spektrum technischer Lösungen eingebaut und damit für die Tagungsteilnehmerinnen und Teilnehmer erlebbar.

Wohnen

Unter dem Motto „Gemeinsam statt einsam“ präsentierte Dr. Waltraud Wipper das „Beginnhaus“ – ein Wohnprojekt in Tübingen, das von der Idee her an sehr alten Traditionen der gemeinsamen Lebensgestaltung anknüpft. Hier steht das Miteinander und nicht eine Absicherung im Alter im Vordergrund. Eine besondere Wohnform für Menschen mit Demenz oder Personen mit anderweitigem Pflegebedarf gibt es hingegen in den bereits erwähnten ambulant betreuten Wohngemeinschaften. Um ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen, wird Engagement der Bewohnerschaft bzw. von deren Angehörigen vorausgesetzt. Hilfe- und Unterstützungsleistungen werden von den Mieterinnen und Mietern gemeinsam beauftragt. Zwei solcher

Beispiele wurden bei der Fachtagungsreihe vorgestellt, die ambulant betreute Wohngemeinschaft für Menschen mit Demenzerkrankung „Lichtblick“ in Ostfildern und die Wohngemeinschaft für Wachkomapatienten vom Verein „Ceres“ in Mössingen.

Dies ist nur ein kleiner Ausschnitt der Projekte und Initiativen. Informationen zu allen Vorträgen finden Sie in den Tagungsdokumentationen, darin sind Informationen zu den 32 präsentierten Projekten aufbereitet. Downloads dieser Tagungsdokumente und auch die meisten Vortragsfolien sind auf der Internetseite der Organisatoren: www.afa-sozialplanung.de bereitgestellt.

Was können wir aus den Praxisprojekten in Baden-Württemberg schlussfolgern?

These 1: Vielfältigkeit der Seniorenarbeit in Baden-Württemberg

Zentrale Themenfelder der Seniorenarbeit in Baden-Württemberg sind nicht nur die Pflege, sondern gleichermaßen Bürgerschaftliches Engagement, Unterstützung von Angehörigen, Prävention, Wohnen und auch eine strategisch angelegte nachhaltige Altenhilfeplanung. Die vielfältigen Praxisbeispiele gründen einerseits auf fundierten Konzepten, zeugen aber auch von einer hohen Kreativität, was die Umsetzung vor Ort betrifft. An vielen Orten in Baden-Württemberg wurden somit aus Ideen von Einzelpersonen, Initiativen und/oder Einrichtungen lokale Angebote geschaffen, die ein Wohnbleiben vor Ort mit ermöglichen. Die Projektbeispiele belegen auch, dass es in der Diskussion um die Seniorenarbeit nicht nur um pflegebedürftige ältere Menschen geht, sondern auch darum, dass Ältere unabhängig von ihrer Hilfe- oder Pflegebedürftigkeit Rahmenbedingungen benötigen und erhalten, die ihnen eine möglichst umfassende Teilhabe erlauben. Dazu zählen neben verlässlichen ambulanten Pflege- und Betreuungsangeboten vor allem auch eine funktionierende Nahversorgung,

die Sicherstellung von Mobilität, die Möglichkeit, am gesellschaftlichen Leben im jeweiligen Wohnort teilzunehmen und nicht zuletzt Wohnangebote, welche den Wünschen und Bedürfnissen der Älteren entsprechen – in aller Regel ist dies der Verbleib in der gewohnten Umgebung. Baden-Württemberg gilt als Land der Erfinder und Vordenker. Der Ursprung hierfür liegt vor allem bei innovativen technischen Produkten und Dienstleistungen des Mittelstandes, dies bestätigt sich erfreulicherweise aber auch in der Seniorenarbeit.

These 2: Regionalisierung der Angebote ist notwendig und sinnvoll

Jeder Mensch muss ein Recht auf Teilhabe in seinem Lebensumfeld haben. Zur Umsetzung dieses humanistischen Menschenbildes sind regionale Strategien und Konzepte notwendig und sinnvoll. Es liegt auch in der Verantwortung der Kommune für eine nachhaltige Sozialraumplanung zu sorgen, die in Zusammenarbeit mit den Akteuren vor Ort erfolgt.

Der Wirkungsradius der bei den Fachtagungen vorgestellten Projekte umfasst häufig eine gesamte Gemeinde bzw. Stadt, manchmal aber auch nur das Stadtviertel, das Quartier. Beide Ebenen müssen im Blick behalten werden: So ist es durchaus sinnvoll auf regionaler Ebene, z. B. innerhalb eines Landkreises Rahmenbedingungen für die Weiterentwicklung der Seniorenarbeit zu entwickeln, die Umsetzung und konkrete Ausgestaltung wird aber häufig ausschließlich vor Ort stattfinden müssen. Projekte stehen am Anfang vor der Frage, was für sie der „richtige“ Einzugsbereich, der Radius ist. Hierauf gibt es keine einheitliche Antwort, denn es kommt z. B. auch darauf an, ob der ältere Mensch für eine Inanspruchnahme einer Leistung einen anderen Ort aufsuchen muss, oder ob er das Angebot per Telefon oder E-Mail oder durch einen Besuch im eigenen Zuhause in Anspruch nehmen kann. Die Erfahrungen vielerorts zeigen, dass

beispielsweise Anlauf- und Beratungsstellen am besten zentralörtlich platziert werden, allerdings auch hier gilt die Distanzempfindlichkeit: Je weiter man von der Einrichtung weg wohnt, umso weniger nutzt die „Kundschaft“ das Angebot.

These 3: Hilfemix durch pflegende Angehörige, hauptamtliche und bürgerschaftlich Engagierte ist notwendig

Um den Herausforderungen des demografischen Wandels mit seinen Auswirkungen für die ältere Generation zu begegnen, bedarf es der Beteiligung zahlreicher Akteure. Dies wird auch bekräftigt durch die Erfolge vieler bei den Fachtagungen vorgestellter Projekte. Sehr häufig engagieren sich sowohl hauptamtliche als auch bürgerschaftlich engagierte Menschen für ein Projekt und sind als Team Garant für den Erfolg.

Eine Gesellschaft, die sich um ihre Mitglieder kümmert und ihnen Wahlmöglichkeiten für ihre Lebensgestaltung bietet, wird als „Caring Community“ beschrieben. Die Menschen erfahren in ihrer Individualität Wertschätzung und sind trotz ihrer unterschiedlichen Lebensbedingungen gleichgesetzt. Das bedeutet im Idealfall, dass Menschen mit einem hohen Unterstützungsbedarf keine Ausgrenzung aufgrund sozialer oder materieller Faktoren erfahren. In einem Stadtteil, der sich an den Leitlinien von Community Care orientiert, ist es das Ziel, Großinstitutionen aufzulösen oder in ein familienähnliches Konstrukt umzuwandeln. Das Zusammenleben der Bürger sollte von gleichberechtigten Kontakten, d. h. Begegnungen auf gleicher Augenhöhe gekennzeichnet sein. Diese Achtung voreinander ist auch Grundlage für das Handeln der professionellen Fachkräfte innerhalb dieser Gemeinschaft. Der Community-Care-Ansatz spielt auch für die Einbindung in die Nachbarschaft bzw. Gemeinschaft eine Rolle. Jeder Mensch hat Fähigkeiten und Stärken, von denen andere Menschen profitieren können.

These 4: Die Vernetzung von Angeboten bleibt eine Herausforderung

Bei den vier Fachtagungen „Innovative Projekte in Seniorenarbeit und Pflege“ wurden 32 Projekte als Beispiele aus der Angebotspalette sozialer Hilfen für ältere Menschen in Baden-Württemberg herausgegriffen. Sie stehen auch stellvertretend für viele weitere Projekte, die seit Jahren entwickelt und weiterentwickelt wurden. In Baden-Württemberg wurden Altenhilfestrukturen geschaffen, die dazu beitragen, gemäß der Prämisse „ambulant vor stationär“, frühzeitige stationäre Pflege zu vermeiden, das Wohnen zu Hause zu sichern oder Alternativen zum Wohnen zu Hause zu ermöglichen. Der Schlüssel zum Erfolg liegt in der Vielfalt von Angeboten – und im Idealfall – auch der Vernetzung einzelner Komponenten, die auf unterschiedliche Art und Weise von den Älteren in Anspruch genommen werden.

Es geht um das gesamte Spektrum: nicht nur um die klassische Pflegesituation, sondern auch um die Schaffung und Vernetzung von Angebotsstrukturen, die Pflege vermeiden, zu Hause wohnen bleiben ermöglichen, sowie Ältere befähigen, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben.

These 5: Man muss das „Rad nicht neu erfinden“ – Fachtagungen unterstützen die Verbreitung innovativer Projekte

Der Austausch der Expertinnen und Experten untereinander wird durch Fachtagungen nachhaltig unterstützt und gefördert, in Verbindung mit dem Kennenlernen innovativer Projekte schaffen sie die Voraussetzung dafür, voneinander zu lernen und die Weiterentwicklung der Seniorenarbeit im Allgemeinen voranzubringen. Die Evaluation der Fachtagungen hat gezeigt: Jeder Teilnehmer und jede Teilnehmerin hat mindestens eine gute Idee mit nach Hause genommen.

Sabine Wennig, Brigitte Herkert, Arbeitsgruppe für Sozialplanung und Altersforschung, München

Ergebnisse der Kreistagswahl vom 25. Mai 2014

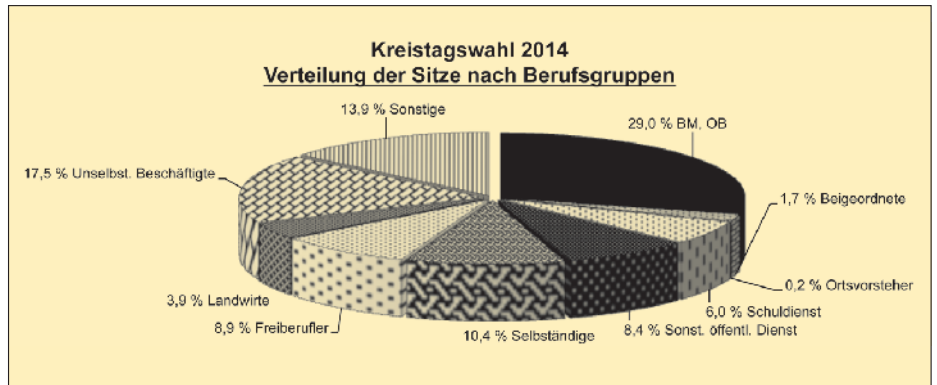
Von Bernd Klee, Stuttgart

Verteilung der Sitze nach Parteien

Von den im Jahr 2014 insgesamt 2228 Sitzen entfallen auf die CDU 35,9 % (2009: 36,6%), auf die SPD 17,5 % (2009: 17,5%), auf die FDP/DVP 5,2 % (2009: 7,2 %), auf Bündnis 90/DIE GRÜNEN 12,7% (2009: 10,1%), auf die Republikaner 0,2 % (2009: 0,4%), auf DIE LINKE 1,7 % (2009: 0,9%), auf die ÖDP 0,7 % (2009: 0,5%), auf sonstige Parteien 0,9 % (2009: 0,1%), auf gemeinsame Wahlvorschläge 1,8 % (2009: 1,3%) und auf die Wählervereinigungen 23,8 % (2009: 25,4%). Die CDU hat demnach 0,7% und die FDP/DVP 2% gegenüber der Wahl 2009 verloren. Bündnis 90/DIE GRÜNEN konnten 2,6% zulegen.

Verteilung der Sitze nach Berufsgruppen

Die aktuelle Verteilung der Sitze nach Berufsgruppen bei der Kreistagswahl 2014 ergibt sich aus obenstehender Grafik. Der Anteil der Bürgermeister, Oberbürgermeister und Beigeordneten beläuft sich 2014 auf (nahezu unverändert) 30,7%.



Stetig steigender Frauenanteil

Der Frauenanteil in den Kreistagen hat sich wiederum erhöht. 2014 lag der Anteil der Frauen an den Sitzen der Kreistage der Landkreise in Baden-Württemberg bei 19,0%.

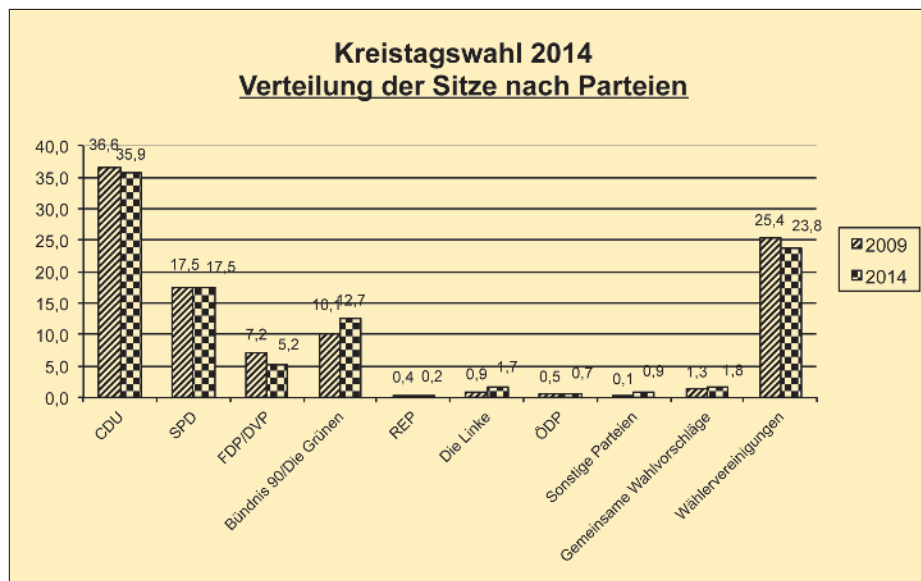
Zum Vergleich die Frauenanteile bei vorangegangenen Wahlen:

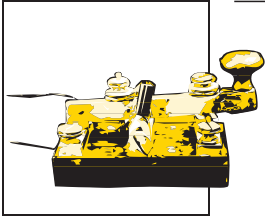
1984	6,7%
1989	8,8%
1994	13,1%
1999	14,1%
2004	15,2%
2009	16,1%

Der weitaus größte Anteil an Frauen in Höhe von 53,5% ist bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN festzustellen. Bei der SPD sind 24,9% und bei den gemeinsamen Wahlvorschlägen 34,6% Frauen. Der Anteil der Frauen bei DIE LINKE beträgt 25,0%, bei der FDP/DVP 9,8%, bei den Wählervereinigungen 12,5%, bei der CDU 11,7% und bei der ÖDP jeweils 8,3%.

Diese Analyse wurde auf der Grundlage einer vom Landkreistag durchgeführten Umfrage erstellt.

Ltd. Verwaltungsdirektor Bernd Klee ist Dezentent beim Landkreistag Baden-Württemberg





NACHRICHTEN

Der Ostalbkreis präsentiert sich auf der Landesgartenschau in Schwäbisch Gmünd

Forum Gold und Silber feierlich eröffnet

Vom 30. April bis 12. Oktober 2014 findet in Schwäbisch Gmünd unter dem Motto „... zwischen Himmel und Erde“ die 25. Auflage der Landesgartenschau statt. Der Ostalbkreis präsentiert sich als attraktiver Lebens- und Wirtschaftsraum auf dem Gartenschau Gelände an vier Standorten: Im Forum Gold und Silber, unter dem Motto „Mensch!Wald“ im Erholungswald Taubental, mit einer Holzskulptureninstallation auf dem Platz der Freundschaft ebenfalls im Taubental, im Landschaftspark Wetzgau mit einer 21 Meter langen Ostalbtäfel im Ostalbgarten und mit einem Demonstrationsfeld zum Vergleich landwirtschaftlicher

Anbaumethoden heute und zur Stauferzeit. Gemeinsam mit dem Schwäbisch Gmünder Oberbürgermeister Richard Arnold und dem Architekten des Gebäudes, Cemal Isin, eröffnete Landrat Klaus Pavel am 26. April 2014 das Forum Gold und Silber.

Rund 200 Gäste ließen bei strahlendem Sonnenschein zum Auftakt der Feier jeweils 150 goldene und silberne Luftballons auf den Remsterrassen vor dem Forum in den Himmel steigen. Die an den Luftballonen hängenden Karten sollen in nah und fern auf die Landesgartenschau und die Präsentation des Kreises aufmerksam machen. Neben vielen anderen Prominenten aus Politik und Wirtschaft konnte Landrat Pavel die Bundes- und Landtagsabgeordneten des Ostalbkreises sowie seine beiden Amtsvorgänger Dr. Gustav Wabro und Dr. Diethelm Winter begrüßen. „Mit unserer Präsentation im Forum Gold und

Silber wollen wir den Besuchern zeigen, was hinter dem Ostalbkreis steckt – nämlich über 300 000 Menschen, ein Lebens- und Wirtschaftsraum, der gut da steht und der innovativ ist und der – abgesehen von der B 29 – gut erschlossen ist!“, betonte Pavel bei seiner Begrüßung. „Ein Symbol für Raffinesse und Wagemut“ nannte der Gmünder Oberbürgermeister das Forum, mit dem etwas Besonderes geschaffen worden sei, weil es mit seinen 850 Öffnungen in der Fassade an die 850-jährige Geschichte Gmünds und die Gold- und Silbertradition erinnere. Arnold dankte dem Architekten und den Investoren – eine Gemeinschaft aus dem Architekten Cemal Isin, dem Abtsgmünder Unternehmer Gerhard Grimminger und dem Edelmetallverband – für ihren Mut und ihr Engagement. Der Architekt Cemal Isin erklärte in seiner Ansprache, das Gebäude folge in seiner klaren Struktur dem Bauhaus-Gedanken: „Aber wir suchten das Mehr in dem Gebäude.“ Die vorgesetzte Fassade sei ein Gewand, so Isin, und nehme Motive aus der Edelmetallverarbeitung auf.

Bei einem anschließenden Rundgang im Forum konnten sich die Besucher auf fünf Ebenen einen ersten Eindruck über den Facettenreichtum des Ostalbkreises verschaffen:

Im Erdgeschoss stellt sich der Ostalbkreis mit seinen touristischen Attraktionen vor. Wandern, Radfahren oder Skilaufen – zu allen Themen werden ausführliche Informationen bereitgestellt, die durch Interaktion selbständig zugänglich gemacht werden. Im ersten und zweiten Obergeschoss stellen sich namhafte Unternehmen vor und bieten einen Ein-



Das Forum Gold und Silber am Eröffnungstag



Auch Ministerpräsident Winfried Kretschmann besuchte am Tag der Eröffnung der Landesgartenschau (30. April) das Forum.

blick in den Innovationsreichtum und die Schaffenskraft der Region. Im dritten Obergeschoss präsentiert sich der Kunst- und Kulturbereich. Regionale Künstler stellen ihre Arbeiten vor und richten ihr Atelier im Forum Gold und Silber ein. Bei Workshops können kleine und große Besucher selbst verschiedene Kunsttechniken ausprobieren und erlernen. Das oberste Stockwerk lädt ein, im Loungebereich Platz zu nehmen, die Aussicht zu genießen oder die faszinierende Welt der Firma SCHLEICH zu entdecken. Informationen zur Präsentation des Ostalbkreises auf der Landesgartenschau und zu den Veranstaltungen gibt es unter www.ostalbkreis.de und in der Broschüre „OSTALB ERLEBEN! Auf der Landesgartenschau“, die bei allen Dienststellen der Landkreisverwaltung und bei den Bürgermeisterämtern aufliegt.

KfW Kommunalpanel belegt Investitionsstau bei Straßen- und Schulinfrastruktur der Landkreise

Das am 12. Mai 2014 veröffentlichte KfW Kommunalpanel 2014 belegt trotz einer im Vergleich zur Vorjahresuntersuchung etwas entspannteren Lage die nach wie

vor deutlich unterfinanzierte Situation der kommunalen Infrastruktur. Die Erhebung beziffert den kommunalen Investitionsstau mit aktuell 118 Mrd. Euro und damit mit 10 Mrd. Euro weniger als 2013. Das auf Ebene der Landkreise wahrgenommene Investitionsdefizit steigt demgegenüber von 22,8 Mrd. Euro auf 25,5 Mrd. Euro. Der Präsident des Deutschen Landkreistages Landrat Reinhard Sager hob insbesondere die Straßen- und Verkehrsinfrastruktur sowie den Zustand der Schulgebäude hervor, die nach wie vor die größten Sorgen bereiten: „Wir setzen bereits 80 % unserer Investitionsmittel in diesen Bereichen ein. Trotzdem reicht in vielen Kreisen das Geld hinten und vorne nicht. Den Kommunen fehlen aufgrund der vielerorts nach wie vor angespannten Haushaltslage Mittel für Erhaltungsinvestitionen oder Neubauten. Daher liegt der Schlüssel zur Lösung des Investitionsstaus in der strukturellen Verbesserung der kommunalen Finanzlage. Auch 2013 konnten knapp die Hälfte der 295 Landkreise ihre Haushalte nicht zum Ausgleich bringen.“

Das Kommunalpanel zeige einmal mehr, dass der Preis der unzureichenden Finanzausstattung der Kommunen mit teilweise gravierenden Defiziten bei der Infrastruktur bezahlt werde: „Kommunale

Unterfinanzierung, Strukturschwäche und demografischer Wandel verbinden sich in vielen ländlichen Gebieten zu einer unheilvollen Allianz. Und das, wo gerade in diesen Landkreisen Zukunftsinvestitionen in kommunale Infrastrukturen, Bildung und günstige Wirtschaftsbedingungen notwendig wären“, so Sager.

Insgesamt machten die für die Landkreise besonders bedeutsamen Bereiche der Straßen- und Verkehrsinfrastruktur, der Kinderbetreuung und der Bildungseinrichtungen gut die Hälfte des Investitionsstaus aus. „Im Schulbereich haben wir einen großen Investitionsbedarf, etwa mit Blick auf die auch für die Energiewende bedeutsame energetische Sanierung. Demgegenüber konnten zwar konjunkturbedingt mehr Mittel für die Straßen eingesetzt werden; dennoch bleibt vor allem der Straßen- und Verkehrsbereich eindeutig das Sorgenkind.“ 65 % der befragten Landkreise würden von einem gravierenden oder nennenswerten Rückstand bei der Straßen- und Verkehrsinfrastruktur sprechen, was sich vor allem beim Straßenerhalt oder Investitionsdefiziten bei Brücken oder Unterführungen zeige. „Bei den Schulen sind das sogar 70 %.“

Dennoch gebe es auch positive Signale: „Bei der Kinderbetreuung konnte der Investitionsstau signifikant zurückgeführt werden. Auch ist das kommunale Investitionsniveau im letzten Jahr wieder etwas angestiegen“, stellte Sager fest.

Insgesamt bleibe die Lage der Kommunalfinanzen aber besorgniserregend: „Hier muss es zu einer deutlichen Aufwärtsentwicklung kommen, wozu auch der Bund über die im Koalitionsvertrag zugesagte Sofortentlastung in Höhe von 1 Mrd. Euro und die anschließende Entlastung im Zuge der Reform der Eingliederungshilfe in Höhe von 5 Mrd. Euro seinen Beitrag leistet.“ Zuallererst und generell seien und blieben hingegen die Länder in der Pflicht: „Sie sind für die Finanzausstattung der Kommunen verantwortlich und müssen dieser Verant-

wortung besser als bislang gerecht werden. Sonst wird sich an dem neuerlich festgestellten und doch altbekannten Befund des Kommunalpanels nichts Wesentliches ändern“, so der DLT-Präsident abschließend.

75 Jahre Landkreis Emmendingen: Ministerpräsident zu Gast

Der Landkreis feiert
ein Jahr lang Geburtstag

Der Landkreis Emmendingen wird in diesem Jahr 75 Jahre alt – und feiert dieses Jubiläum über das Jahr verteilt mit verschiedenen Veranstaltungen und Aktionen: Am 15. Juni 1939 erfolgte die Gründung des Landkreises mit dem Gesetz über die Landkreiselbstverwaltung in Baden. Das Gesetz wurde zwar erst am 24. Juni 1939 erlassen, aber darin die „Geburtsstunde“ des Landkreises wohl wegen des schöneren Datums rückwirkend auf den 15. Juni 1939 gelegt. Seither besteht der Landkreis weitgehend unverändert. Bei der Kreisreform in den 1970er-Jahren war er einer der drei Landkreise in Baden-Württemberg, die nicht in größere Einheiten integriert wurden. Rund 158 000 Einwohner zählt der Landkreis Emmendingen im Jubiläumsjahr, das im Frühjahr mit einem Jubiläumsabend mit 400 Gästen feierlich-fröhlich eröffnet wurde: Der prominenteste Geburtstagsgast gratulierte dabei persönlich: Am 20. März 2014 besuchte Ministerpräsident Winfried Kretschmann den Landkreis und war Hauptredner und Ehrengast bei der Geburtstagsfeier. Landrat Hanno Hurth zeichnete in seiner Festrede den Weg des Landkreises vom schwierigen Gründungsjahr 1939 bis ins Jubiläumsjahr 2014 auf und rückte dabei auch die ehrenamtliche Arbeit in den Fokus.

Einen szenischen Schnelldurchlauf durch 75 Jahre Kreisgeschichte hatte zuvor eine Theatergruppe mit Musik, Bildprojektionen und Dialogen auf der Bühne



Herzlichen Glückwunsch, Landkreis: Das „Theater im Steinbruch“ gratulierte mit einer Revue zum 75-jährigen Bestehen des Landkreises.

präsentiert. Auf Grußworte war beim Jubiläumsfest bewusst verzichtet worden, stattdessen kamen in einer lockeren und informativen Gesprächsrunde fünf Ehrenamtliche zu Wort, die ihre Arbeit für die Gesellschaft erläuterten.

Der Jubiläumsabend bildete den Auftakt zu einer Reihe von Aktionen im Jubiläumsjahr. Auf große Resonanz stieß im Mai eine historische Fotoausstellung des Kreisarchivs, bei der die Besucher anhand der historischen Fotos eine Zeitreise durch den Landkreis in den vergangenen 100 Jahren machen konnten.

Für Kinder wurde ein Malwettbewerb ausgeschrieben, bei dem sie ihre Lieblingsorte im Landkreis malen, zeichnen oder fotografieren können. Die besten Arbeiten der kleinen Künstler werden im Herbst im Jugendamt gezeigt. Das Kreismedienzentrum startete einen Medienwettbewerb für junge Leute. Die kreativen Videos und Kurzfilme wurden prämiert und die Akteure mit ihren Filmen in einem Emmendinger Kino vorgestellt.

Im Herbst will der Landkreis sein Jubiläum mit den Bürgerinnen und Bürgern bei einem „Tag der offenen Tür“ am 27. September 2014 feiern. Dabei wird nicht nur die vielfältige Arbeit des Landratsamtes mit vielen Aktionen

zum Mitmachen vorgestellt, sondern ein Rahmenprogramm mit Oldtimerschau, Vorträgen, vielen Stationen für Kinder und natürlich Bewirtung in einem aufgestellten Festzelt organisiert.

Diesen Tag können sich auch die jungen Leute schon mal vormerken: Denn im Innenhof des Landratsamtes steigt an diesem Tag ein Jugendkulturfestival mit Bands und Gruppen aus der Region.

Landesweit einmaliges Projekt: Recyclinghöfe im Enzkreis werden von Menschen mit Einschränkung bewirtschaftet

Das Schlagwort Inklusion ist in aller Munde, im Enzkreis wird es durch ein neues und innovatives Modell eindrucksvoll in die Praxis umgesetzt: Seit Jahresbeginn sind Mitarbeiter der gemeinnützigen miteinanderleben service gGmbH für die Betreuung der Recyclinghöfe des Kreises zuständig. Das Besondere daran: Auf den regionalen Höfen arbeiten Menschen mit und ohne Einschränkung ganz selbstverständlich zusammen und bewältigen gemeinsam die anfallenden Aufgaben.



Die Geschäftsführerin der miteinanderleben service gGmbH, Katja Kreeb, Dezernent Karl-Heinz Zeller, Bürgermeister Helge Viehweg, Kreis- und Gemeinderat Hans Vester, Abfallamtsleiter Ewald Buck und Betriebsleiter Norbert Bogner (von links) freuen sich, dass der Recyclinghof in Straubenhardt-Conweiler nun von Menschen mit Einschränkung bewirtschaftet wird.

„Als Echtbetrieb ist dieses Modell nach unserem Kenntnisstand einmalig“, betont Katja Kreeb, Geschäftsführerin der miteinanderleben service gGmbH. Erfahrung in der Schaffung von Arbeitsplätzen für Behinderte ist bei miteinanderleben reichlich vorhanden, verfolgt die gemeinnützige GmbH doch seit mittlerweile neun Jahren das Ziel, Arbeits- und Qualifizierungsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderung zu schaffen. Was sich in den Bereichen des Natur- und Landschaftsschutzes sowie in der erfolgreichen Bewirtschaftung mehrerer Kantinen und Tiefgaragen bewährt hat, hat mit der Betreuung der Recyclinghöfe im Enzkreis nun eine Ausweitung erfahren. „Unser regionales Modell bietet mehrere Vorteile“, ergänzt Karl-Heinz Zeller, beim Enzkreis Dezernent für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten. Zum einen entstünden dem Landkreis durch die Beschäftigung der behinderten Menschen in einem Echtbetrieb etwa ein Drittel weniger Kosten als bei der Unterbringung dieses Personenkreises in einer Werkstatt.

Darüber hinaus erfahren die behinderten Arbeitnehmer durch die Beschäftigung auf den Recyclinghöfen eine entscheidende Stärkung ihres Selbstwertgefühls. „Unsere Angestellten erle-

ben, dass sie keine ergänzenden Hilfen beantragen müssen, sondern selbstständig ihren Lebensunterhalt bestreiten können“, verdeutlicht Katja Kreeb. Die Schaffung von Arbeitsplätzen für diese Klientel sei somit ein durchweg sinnstiftendes Modell, das Menschen mit Behinderung zu einem Stück „Normalität“ ver helfe.

Dabei wirkt sich die Tätigkeit im normalen Arbeitsleben erfahrungsgemäß auch positiv auf die sonstigen Lebensbereiche der behinderten Menschen aus. Trotz-

dem habe die Beschäftigung in Werkstätten weiter ihre Berechtigung, denn es gebe durchaus auch behinderte Menschen, die in einem geschützten Rahmen besser aufgehoben seien.

Wichtig ist der Geschäftsführerin, dass die miteinanderleben service gGmbH die Bewirtschaftung der Recyclinghöfe über eine normale Ausschreibung erhalten hat. „Wir setzen hier mit Unterstützung des Kreises ein Modell um, das auch privatrechtlichen Unternehmen zustehen würde“, stellt sie heraus. Bei aller gelebten Inklusion liegt den Verantwortlichen der miteinanderleben service gGmbH ein Punkt besonders am Herzen: „Wir möchten der Kundschaft auf den Recyclinghöfen höchstmögliche Qualität und Unterstützung anbieten“, erläutert Norbert Bogner, Betriebsleiter der gemeinnützigen GmbH. Zum einen werde Wert auf Sauberkeit und Übersichtlichkeit gelegt, zum anderen helfen die Mitarbeiter der Kundschaft gerne beim Ein- und Ausladen ihrer Fracht. Bogner und Zeller sind daher zuversichtlich: „Wir haben zwar noch kleine Anlaufschwierigkeiten zu bewältigen, doch das innovative Modell stößt bei der Kundschaft auf eine so positive Resonanz, dass aus unserer Sicht einer weiteren Erfolgsgeschichte nichts im Wege steht.“



Landesweit einmaliges Projekt: Menschen mit Einschränkung bewirtschaften Recyclinghöfe im Enzkreis.

Meilenstein für den Klimaschutz

Rhein-Neckar-Kreis und seine Kommunen unterzeichnen Kooperationsvereinbarung

Der Rhein-Neckar-Kreis, 52 seiner 54 Städte und Gemeinden sowie die Metropolregion Rhein-Neckar GmbH setzten am 23. April 2014 mit der Unterzeichnung einer Kooperationsvereinbarung ein klares Signal in Zeichen Klimaschutz.

„Das Thema Klimaschutz ist auf der politischen Agenda von Kreis und Kommunen angekommen“, freute sich Landrat Stefan Dallinger. Umweltminister Franz Untersteller MdL, zahlreiche Landtagsabgeordnete, sowie der Verbandsdirektor des Verbands Region Rhein-Neckar und Geschäftsführer der Metropolregion Rhein-Neckar GmbH, Ralph Schlusche, waren der Einladung ins Heidelberger Landratsamt ebenso gefolgt wie die Vertreter der Fraktionen im Kreistag, die Oberbürgermeister, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und Vertreter der kreisangehörigen Kommunen. Das große Interesse an der Veranstaltung unterstrich dabei den enormen Stellenwert, den der Klimaschutz und die damit verbundenen Aufgaben beanspruchen. Großes Lob für die Arbeit und das Engagement der beteiligten Akteure sprach Umweltminister Franz Untersteller aus: „In Sachen Energieeffizienz und den erneuerbaren Energien sowie dem Klimaschutz ist der Rhein-Neckar-Kreis vorne mit dabei“.

Dass der Klimaschutz eine wesentliche Rolle beim nachhaltigen Ausbau der Infrastruktur und der eigenen Zuständigkeiten einnimmt und eine generationsübergreifende, wesentliche Herausforderung des 21. Jahrhunderts darstellt, hat der Rhein-Neckar-Kreis längst erkannt. Bereits im Dezember 2010 gab der Kreistag den Auftrag, Klimaschutzleitlinien zu entwickeln und hierzu eine Arbeitsgruppe einzurichten. Die Umsetzung dieser Leitlinien beschlossen die



Hand in Hand für den Klimaschutz: Die Metropolregion Rhein-Neckar, der Rhein-Neckar-Kreis und 51 kreisangehörige Städte und Gemeinden unterzeichnen Kooperationsvereinbarungen zum Klimaschutz.

Kreisrätinnen und Kreisräte im April 2012. Im Wesentlichen verfolgen der Rhein-Neckar-Kreis und seine Eigengesellschaften dabei die Ziele, klimaschädliche Emissionen zu verringern und durch den Einsatz von erneuerbaren Energien einen energieautarken Kreis bei Strom- und Wärmeversorgung privater Haushalte zu entwickeln. In seiner Sitzung im April 2013 verabschiedete der Kreistag das Klimaschutzkonzept für den Rhein-Neckar-Kreis und seine Eigengesellschaften. Die darin festgelegten Aufgaben beinhalten mehr Transparenz über den aktuellen Energieverbrauch und die anfallenden CO₂-Emissionen. Weiterhin sollen die lokalen Potentiale erneuerbarer Energien und der Energieeffizienz ermittelt und dargestellt sowie vertretbare Klimaschutzziele formuliert werden. Dabei sind die Oberziele, Potentiale und Gegebenheiten des Kreises zu berücksichtigen. Wichtiger Bestandteil des Klimaschutzkonzeptes ist der Maßnahmenkatalog, der vom Kreis und den Eigengesellschaften umgesetzt wird und die Akteure zur Umsetzung der Klimaschutzmaßnahmen motiviert. Dieser umfasst die Bereiche Energie (Gebäude, Bauunterhaltung, Betrieb), Organisation, Nutzverhalten, Beschaffung, Mobilität, Abfallwirtschaft sowie Kommunikation und wird Schritt für Schritt realisiert. Eine Geschäftsstelle „Klimaschutz“ wird beim Eigenbetrieb Bau und Vermögen des Rhein-Neckar-Kreises eingerichtet.

Bereits im Jahr 2013 konnten auf Kreis-ebene verschiedene Schritte initiiert werden. Ein neues Verwaltungsgebäude in Weinheim wurde im Passivhausstandard gebaut, das Blockheizkraftwerk an der Martinsschule in Ladenburg steht kurz vor der Abnahme und mit der energetischen Sanierung des Berufsschulzentrums in Schwetzingen läuft eine weitere wichtige Maßnahme auf dem Gebiet der Energieeinsparung. Auf Wärmedämmung, niedrigen Energieverbrauch und erneuerbare Energien setzt der Rhein-Neckar-Kreis bei Neubauten und Sanierungen verstärkt schon seit dem Jahr 1990.

Der Rhein-Neckar-Kreis möchte nicht nur selbst mit gutem Beispiel vorangehen, sondern versteht sich zugleich als Koordinator klimaschutzrelevanter Projekte. Bei einer kreisweiten Umsetzung der Ziele hat die Zusammenarbeit mit den Kommunen daher eine herausragende Bedeutung, da die angepeilten Vorhaben nur gemeinsam erreicht werden können. Dies wurde auch beim jüngsten Termin im Landratsamt deutlich. „Wir haben uns ehrgeizige Ziele gesetzt, an denen wir in den kommenden Jahren arbeiten werden“, berichtete Landrat Stefan Dallinger und blickt optimistisch Richtung Zukunft. Bis zum Jahr 2020 möchte der Rhein-Neckar-Kreis den Kohlenstoffdioxid ausstoß im Vergleich zu den Werten von 2010 um 20 Prozent reduzieren, bis zum Jahr 2030 schließlich

um insgesamt 30 Prozent. Um dies zu erreichen, wird bei den Aktivitäten der Energiewende eine enge Zusammenarbeit zwischen dem Rhein-Neckar-Kreis und seinen Städten und Gemeinden gepflegt.

Im Fokus stehen hierbei die gemeinsame Entwicklung von Klimaschutzzielen und -teilzielen sowie die gegenseitige Unterstützung und Abstimmung bei der Umsetzung von Maßnahmen. Der Rhein-Neckar-Kreis erstellt für die Städte und Gemeinden eine CO₂-Bilanz zur Basisbewertung der CO₂-Emissionen und als Grundlage für die spätere Fortschreibung sowie einen Wärmeatlas. Im Gegenzug verpflichten sich die Kommunen, ein eigenes Klimaschutzkonzept zu erstellen. Geplant ist auch der praktische Austausch von Erfahrungen in Form von Netzwerktreffen mit den Klimaschutzmanagern oder Umweltbeauftragten vor Ort. Dabei geht es vorrangig vor allem um die Nutzung von Synergieeffekten und den Wissenstransfer, beispielsweise bei der Erstellung von Förderanträgen. Durch die Unterzeichnung der Klimaschutzvereinbarung bekennen sich Kreis, Städte und Gemeinden zu den Oberzielen der Klimaschutzleitlinien des Rhein-Neckar-Kreises als gemeinsames Ziel. Dadurch wird eine einheitliche Vorgehensweise beim Klimaschutz im Kreisgebiet ermöglicht und konsequent gefördert. Die Vereinbarung hilft, Synergieeffekte zu nutzen und Doppelstrukturen zu vermeiden. Den Kommunen bleiben die Entscheidungen bezüglich konkreter Klimaschutzaktivitäten auf ihrem Gebiet vorbehalten und somit in ihrem Verantwortungsbereich.

Um den Klimaschutzgedanken fest zu verankern, ist es wichtig, dass sich die Bürgerinnen und Bürger in den Städten und Gemeinden der Notwendigkeit von Klimaschutzmaßnahmen bewusst sind. Regelmäßige Angebote der Klimaschutz- und Energie-Beratungsagentur Heidelberg – Rhein-Neckar-Kreis gGmbH, bei der der Rhein-Neckar-Kreis seit Septem-

ber 2012 Gesellschafter ist, sorgen dafür, dass die Bürgerinnen und Bürger des Kreises in den Rathäusern der Gemeinden kostenlos professionelle Unterstützung zur Energieeffizienz in Anspruch nehmen können.

Beim Rhein-Neckar-Kreis laufen darüber hinaus weitere Projekte. Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landratsamtes wurde bereits eine Mobilitätsanalyse erstellt, durch die Maßnahmen für praktikablere und umweltfreundlichere Dienstfahrten entwickelt werden. Schulungen sollen auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landratsamtes weiter für das Thema Klimaschutz sensibilisieren.

Damit die Zusammenarbeit und der Austausch beim Thema Klimaschutz auch zwischen dem Rhein-Neckar-Kreis und der Metropolregion Rhein-Neckar GmbH weiter intensiviert werden kann, haben beide Partner ebenfalls eine entsprechende Kooperationsvereinbarung unterzeichnet. Auf diese Weise wird eine enge Zusammenarbeit auf allen Zuständigkeitsebenen ermöglicht. Die Metropolregion ist bereits seit vielen Jahren auf dem Gebiet des Klimaschutzes, der Energiewende und der Energieversorgung aktiv. Durch die Vereinbarung ist der Rhein-Neckar-Kreis zudem Partner für das „Mehr-Ebenen-Modell“, welches Bestandteil des auf drei Jahre angelegten europäischen Förderpreises COOPENERGY (IEE) ist. Dieser hat das Ziel, die Ebenen übergreifende Zusammenarbeit bei nachhaltigen Energiekonzepten in der Region zu fördern. Die künftige Kooperation zwischen Kreis und Metropolregion beinhaltet eine enge Abstimmung der Aktivitäten rund um die bestehenden Energie- und Klimaschutzkonzepte in den Bereichen Monitoring, Netzwerkbildung sowie gemeinsame Veranstaltungen.

Die Weichen für ein gemeinsames Vorgehen in Sachen Klimaschutz wurden von Kreis, den Städten und Gemeinden sowie der Metropolregion also gestellt. Intensiv wird beim Rhein-Neckar-Kreis

bereits an den nächsten Aufgaben für das Jahr 2014 gearbeitet: Unterstützung der Kommunen durch Netzwerktreffen, die energetische Ertüchtigung an Gebäuden sowie eine kreisweite Radwegplanung sind nur einige der angepeilten Vorhaben für das laufende Jahr. Beim Treffen am 23. April stellte sich Umweltminister Untersteller hinter die Ziele des Kreises und der Kommunen: „Das Land Baden-Württemberg und ich persönlich werden auch weiterhin diese gemeinsamen Anstrengungen, die heute eine gute vertragliche Basis erhalten haben, unterstützen.“

Jubel in der 2-Flüsse-Region: 4 Sterne für den Kocher-Jagst-Radweg

Mehr als 21 Millionen Deutsche nutzen in den Ferien und im Urlaub das Fahrrad. Und sie haben die Qual der Wahl: Über 200 Fernradwege existieren in Deutschland. Zudem bemühen sich viele Regionen im In- und Ausland um die gern gesehenen Gäste auf dem Rad. Für die Radreisenden stellt sich schnell die Frage: Wohin soll die Reise gehen? Das Gütesiegel „ADFC-Qualitätsroute“ ist eine ausgereifte und anerkannte Planungshilfe. Die Kriterien, wie die touristische Infrastruktur, die Wegweisung oder Oberflächenbeschaffenheit, sind deutschlandweit einheitlich. Bei der Bewertung können die Radfernwege 1 bis 5 Sterne erreichen. Der Arbeitskreis Kocher-Jagst war sich einig, dass der beliebte Kocher-Jagst-Radweg, welcher seit 1996 als touristische Route ausgeschildert ist, 4 Sterne verdient. Und das nicht wenige. 2012 fand daraufhin die erste Bestandsaufnahme durch den Allgemeinen Deutschen Fahrrad Club (ADFC) statt. Das Ergebnis von Grischa Begaß vom ADFC: „Durch eine Optimierung der Beschilderung kann der Kocher-Jagst-Radweg 4 Sternen erreichen“. Seit 2013 betreut die Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg mbH im



V. l. n. r.: Landrat Detlef Piepenburg (Landkreis Heilbronn), Landrat Dr. Matthias Neth (Hohenlohekreis), Dr. Gudrun Zühlke (Landesvorsitzende des ADFC), Landrat Gerhard Bauer (Landkreis Schwäbisch Hall), Gabriele Seefried (Erste Landesbeamtin des Ostalbkreises).

Auftrag des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur die Qualitätssicherung der wegweisenden Beschilderung der 19 offiziellen Landesradfernwege sowie die Klassifizierung als ADFC-Qualitätsradrouten. Die notwendigen Maßnahmen für die Beschilderung wurden in dem Zuge durch den ADFC Baden-Württemberg vor Ort vorgenommen. Zusätzlich setzte der Arbeitskreis Kocher-Jagst zusammen mit den Gemeinden entlang des Radweges viele weitere Verbesserungen um.

Bei der Klassifizierung des Kocher-Jagst-Radweges handelt es sich um eine von zwei Pilotklassifizierungen. Den Ausschlag für die Auswahl des Radfernweges an Kocher und Jagst gab unter anderem die Existenz einer Geschäftsstelle für den Radweg, die alle Aktivitäten bündelt und koordiniert. Die Freude war und ist bei allen Beteiligten groß, als jetzt das Ergebnis bekannt wurde: Der Kocher-Jagst-Radweg wird als ADFC-Qualitätsroute mit 4 Sternen ausgezeichnet. Dies hat die neuerliche Erhebung und Einarbeitung der umgesetzten Maßnahmen im März 2014 durch Jörn Büttner vom ADFC-Landesverband Baden-Württemberg bestätigt.

Auf dem Ergebnis will sich der Arbeitskreis nicht ausruhen; die nun erreichte

Qualitätsstufe soll dauerhaft gesichert und weitere Verbesserungen umgesetzt werden. Positive Anregungen hierzu erhalten die vorhandenen detaillierten Befahrungsberichte und durch die Umsetzung des Landesradverkehrsnetzes werden weitere Maßnahmen möglich sein. „Wir halten das Rad am Laufen“, so Simone Lindner von der Geschäftsstelle des Arbeitskreises Kocher-Jagst. Für die touristische Vermarktung gibt es landesweite Unterstützung durch die Tourismus Marketing GmbH Baden-Württemberg.

Eine kostenlose Übersichtskarte vom Kocher-Jagst-Radweg gibt es beim Arbeitskreis Kocher-Jagst, c/o Hohenlohe + Schwäbisch Hall Tourismus e.V., Münzstraße 1, 74523 Schwäbisch Hall, Tel. 0791 755-7444, info@hs-tourismus.de, www.kocher-jagst.de.

Das 3D-Gebäudemodell von Baden-Württemberg

Baden-Württemberg verfügt seit Ende 2013 über ein landesweites und digitales 3D-Gebäudemodell. Es beschreibt die geometrische Form von nahezu 6 Millionen Gebäuden und Bauwerken im Land.

Das Besondere des 3D-Gebäudemodells: Eigene Fachdaten der Anwender lassen sich mit den amtlichen Daten verknüpfen und das in einer hohen Genauigkeit und Aktualität. Dadurch kann jeder Nutzer einen optimalen Datenbestand für seinen speziellen Bedarf – für seine Planungen, Analysen, Simulationen oder zur Visualisierung – zusammenstellen. Die Grundlagen für die Gebäudemodellierung haben es in sich. Für den Grundriss der Gebäude werden die Daten aus dem Amtlichen Liegenschaftskataster Informationssystem verwendet. Die dritte Dimension ist aus einer landesweiten Laserscanbefliegung der Jahre 2000–2005 und aus digitalen Luftbildern abgeleitet. Verknüpft mit dem Digitalen Geländemodell und mit Digitalen Orthophotos des Landesamts für Geoinformation und Landentwicklung (LGL) stehen die 3D-Gebäude wie echt im Gelände.

Die 3D-Gebäudemodelle unterscheiden sich in ihren Qualitätsstufen, den sogenannten Detaillierungsgraden „Level of Detail“ oder kurz LoD.

Im Modell LoD1 erscheinen die Gebäude als Klötzchen mit Flachdächern. Für genaue Analysen oder Simulationen braucht es jedoch differenziertere Dachformen. Mit dem Ende 2013 fertig gestellten Modell LoD2 ist es dem LGL in einer ersten Qualitätsstufe gelungen, für 60 % der Gebäudemodelle automationsgesteuert eine Standarddachform zu generieren. Das Gebäudemodell unterscheidet dabei in Sattel-, Walm-, Mansarden-, Pult- und Zeltdach. Bis Ende 2014 strebt das LGL an, dass auf 80% der Gebäude automationsgesteuert Standarddächer sitzen. Eine weitere Verbesserung in der Qualität ist manuell und interaktiv machbar, jedoch derzeit sehr zeitintensiv. Gleichwohl beabsichtigt das LGL, die 100%ige Lösung auf Kundenanfrage herzustellen.

Mit der wirklichkeitsnahen Wiedergabe der Gebäudesituation sind künftig Planungen, Analysen und Visualisierungen problemlos möglich.



Eine Kombination aus 3D-Gebäudemodell, Digitalem Geländemodell und Digitalem Orthophoto. Auch für den Laien erkennbar: die erhabene Festung Hohenasperg.

Beispielsweise kann das 3D-Gebäudemodell eingesetzt werden:

- bei der Stadt- und Regionalplanung für die anschauliche Präsentation von Planungen und deren Alternativen,
- für Sichtbarkeitsanalysen, um zu beurteilen, wie prägend ein Bauvorhaben für das Landschafts- oder Gemeindebild oder das Stadtklima sein wird,
- bei der Erarbeitung von Solarpotenzialanalysen,
- für mehr Transparenz bei Bürgerbeteiligungen,
- bei der Erarbeitung von Energiebedarfs- und Potenzialanalysen,
- für Lärmausbreitungs- und Luftschadstoffprognosen oder die Beurteilung von Frischluftschneisen,
- zur Risikovorsorge, beispielsweise bei der Erarbeitung eines Katastrophenmanagements,
- bei sozio-demografischen Fragestellungen,
- im Versicherungs-, Immobilien- und Finanzwesen
- sowie im Tourismus.

Die Daten des 3D-Gebäudemodells stehen in unterschiedlichen Vektorformaten zur Verfügung. Eine durchschnittliche Gemeinde mit 5000 Gebäuden beansprucht 50 MB an Datenvolumen. Am 24.4.2014 wurde das 3D-Gebäudemodell den Vertretern der kommunalen Spitzenverbände vorgestellt. Das Angebot des LGL, seinen Partnern aus den Rahmen- und Generalvereinbarungen – nämlich den Kommunen, Städten und Landkreisen – das 3D-Gebäudemodell in der ersten Qualitätsstufe zu Testzwecken kostenlos zur Verfügung zu stellen, war schnell beschlossene Sache. Das LGL möchte über die Erprobung der 3D-Da-

ten einen Erfahrungsaustausch mit den Anwendern erreichen. Mit dem Feedback zur Qualität und Handhabung der Daten kann das LGL sein 3D-Gebäudemodell kundengerecht weiterentwickeln.

Gleichzeitig initiierte das LGL mit der AG62 des Städtetags eine Arbeitsgruppe, in der untersucht wird, wie sich bereits existierende 3D-Stadtmodelle technisch in das landesweite Modell des LGL integrieren lassen und welche Nutzungsbestimmungen hierfür zu entwickeln sind. Das 3D-Gebäudemodell lässt sich mit einem Rohbau vergleichen, der sich je nach den Bedürfnissen und Spezialinformationen des Anwenders kombinieren, erweitern und anreichern lässt. So sind Veredelungsprozesse wie zum Beispiel mit fotorealistischen Fassaden durch die Privatwirtschaft oder mit Anwendungs- und Auswertemöglichkeiten von Planungsträgern, Architekten, Bauherren und kommunalen Entscheidungsträgern vorstellbar.

Nähere Informationen finden Sie beim LGL-Shop unter www.lgl-bw.de.

Kommunale Landesverbände begrüßen Schulterschluss zwischen Land und Kommunen im Kartellrechtsverfahren Holzvermarktung – Bestand des Einheitsforstamts muss weitgehend gesichert werden

Landkreistag, Gemeindetag und Städtetag Baden-Württemberg haben am 14.4.2014 die aktuell veröffentlichte Stellungnahme des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz im Zusammenhang mit dem laufenden Kartellrechtsverfahren in Sachen Holzvermarktung begrüßt. „Minister Bonde hat von Anfang an den Schulterschluss mit der kommunalen Seite gesucht. Die enge Zusammenarbeit bei der Suche nach gemeinsamen Lösungsvorschlägen war vorbildlich“, hob der Präsident des Landkreistags, Landrat Joachim Walter,

hervor. Er zeigte sich erfreut darüber, dass es gelungen ist „gemeinsam eine Stellungnahme vorzubereiten, welche die Argumentation des Bundeskartellamts rechtlich und fachlich widerlegt“.

Das Geschäftsführende Vorstandsmitglied des Städtetags, Prof. Stefan Gläser, betonte, dass die Einschätzungen des Bundeskartellamts zu tief in die Organisation der Landesforstverwaltung eingreifen und das bisherige Einheitsforstamt – sprich die gemeinsame Bewirtschaftung von Staats-, Kommunal- und Privatwald durch die unteren Forstbehörden – gefährden. „Wir können die Argumentation des Bundeskartellamts in wesentlichen Teilen nicht nachvollziehen. Hier soll etwas Vorbildliches zerschlagen werden – zum Nachteil des Landes und der Kommunen“, kritisierte Gläser.

Auch der Präsident des Gemeindetags, Roger Kehle, machte deutlich, dass die unbestrittenen Vorteile der bisherigen gemeinsamen Betreuung und Bewirtschaftung der verschiedenen Waldbesitzarten bewahrt werden müssen. „Die Kommunalen Landesverbände haben in enger Abstimmung mit dem Land entsprechende kartellrechtskonforme Organisationsmodelle entworfen, die dem Bundeskartellamt nun durch das Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz vorgelegt wurden.“

Präsident Walter stellte insoweit klar: „Aus unserer Sicht ist es möglich, in den Verhandlungen mit dem Bundeskartellamt Lösungen zu finden, die den Fortbestand des Einheitsforstamts in Baden-Württemberg gewährleisten.“

Walter, Kehle und Gläser dankten Minister Bonde ausdrücklich für die Zusage, dass im weiteren Verfahren – auch bei den Verhandlungen mit dem Bundeskartellamt – eine enge Einbindung der kommunalen Seite erfolgen wird. Sie sind sich einig, dass dies zur erforderlichen Transparenz und Akzeptanz des weiteren, auch politischen Entscheidungsverfahrens beitragen wird.

Landkreistag, Städtetag und Gemeindetag fordern weiteren Ausbau der Pflegestützpunkte

Landkreistag, Städtetag und Gemeindetag Baden-Württemberg begrüßen die Veröffentlichung der Evaluation der bisher bestehenden Pflegestützpunkte in Baden-Württemberg.

Die im Auftrag des Sozialministeriums durchgeführte Evaluation durch das Kuratorium Deutsche Altershilfe Köln bestätigt die Auffassung der Kommunalen Landesverbände in Baden-Württemberg, dass die bisher 48 Pflegestützpunkte in 42 Stadt- und Landkreisen nicht ausreichen, um die steigende Zahl der älteren Menschen im Land flächendeckend und wohnortnah zu erreichen.

Pflegestützpunkte sind als unabhängige und neutrale Einrichtungen die zentrale Beratungsstelle für Menschen, die pflegebedürftige Angehörige haben oder selbst in einer Pflegesituation sind. In dieser Funktion sind sie aus der pflegerischen Infrastruktur des Landes nicht mehr wegzudenken.

Die Kranken- und Pflegekassen sind nun aufgerufen, zeitnah einen bedarfsgerechten Ausbau der Pflegestützpunkte in Baden-Württemberg zu unterstützen.

Mehr Rad im Kreis

In der Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundlicher Kommunen in Baden-Württemberg sind auch fünf Landkreise Mitglied. Das ist gut für die Kreise, für die Kommunen und für den Radverkehr im Land

Seit April dieses Jahres ist der Landkreis Göppingen „Fahrradfreundlicher Landkreis“. Denn nicht nur Städte und Gemeinden, sondern auch Landkreise können sich als „Fahrradfreundlich“ zertifizieren lassen. Voraussetzung dafür: die Mitgliedschaft in der Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundlicher Kommunen

in Baden-Württemberg (AGFK-BW) e.V. und ein sichtbares Engagement für den Radverkehr im Kreis. Der Landkreis Göppingen hat in den vergangenen Jahren viel für den Radverkehr getan. Er hat mit den kreisangehörigen Gemeinden gemeinsame Ziele für die Radverkehrsförderung entwickelt und unterstützt die Gemeinden mit einem Förderprogramm und Fortbildungsangeboten bei der Umsetzung. Damit hat der Kreis nicht nur das Prädikat „Fahrradfreundlich“ verdient, sondern auch gezeigt, wie groß die Gestaltungsmöglichkeiten eines Landkreises in Sachen Radverkehrsförderung tatsächlich sind.



Wenn es darum geht, mehr Menschen aufs Rad zu bekommen, denken selbst Verkehrsplaner in erster Linie an den Stadtverkehr. In der Stadt sind die Wege kurz und die Vorteile des Fahrrads liegen bei Parkplatzmangel, engen Altstadtstraßen oder verstopften Hauptverkehrsachsen auf der Hand. Dagegen wird die Rolle der Landkreise für die Radverkehrsförderung immer noch stark unterschätzt – und viele Landkreise unterschätzen die Möglichkeiten des Radverkehrs als Baustein auf dem Weg zu einer umweltfreundlichen und damit nachhaltigen Mobilitätskultur. „Wenn wir als Landkreise zukunftsfähig sein wollen, können wir auf ein so effizientes, flexibles und günstiges Verkehrsmittel wie das Fahrrad bei unseren Planungen nicht verzichten“, betont Edgar Wolff, Landrat des Landkreises Göppingen. „Im Zusammenspiel mit anderen Verkehrsmitteln sichert der Radverkehr ein hohes Maß an individueller und umweltfreundlicher Mobilität. Wenn man an die neuen Möglichkeiten der E-Räder denkt, mit Reichweiten bis zu 20 Kilometern, dann ist das Fahrrad besonders im ländlichen Raum und topographisch anspruchsvollen Regionen wie unserer eine hervorragende



Radsternfahrt im Mai 2014: Die AGFK-BW-Mitgliedskommunen sind mit dabei und machen sich stark für mehr Radverkehr in Baden-Württemberg.

Alternative zum Auto.“ Um diese Bedeutung sichtbar und verbindlich zu machen, hat sich Göppingen im Frühjahr 2014 um die Auszeichnung „Fahrradfreundliche Kommune“ beworben – mit Erfolg.

Besonders interessant: Wenn die Landkreise ihre Rolle bei der Radverkehrsförderung wahrnehmen, bringen sie Kompetenzen und Möglichkeiten mit, die sich mit denen von Bund und Kommunen bestens ergänzen. Für Joachim Walter,

AGFK-BW: Was ist das?

Seit die AGFK-BW im Jahr 2010 mit Unterstützung der Landesregierung gegründet wurde, verzeichnet sie ein stetiges Wachstum. Aus 19 Gründungsmitgliedern ist ein Netzwerk von mehr als 40 Städten, Gemeinden und Landkreisen entstanden. Ziel der Arbeitsgemeinschaft ist es, das Fahrradfahren als selbstverständliche, umweltfreundliche und günstige Art der Fortbewegung zu fördern. Die AGFK-BW ist ein wichtiger Teil der Fahrradförderung des Landes und wird vom Verkehrsministerium finanziell und ideell unterstützt.

Das gemeinsame Anliegen von AGFK-BW und Land ist es, mehr Menschen sicher aufs Rad zu bringen, ihnen die Freude am Radeln zu vermitteln und eine Radkultur in Baden-Württemberg zu etablieren. Die AGFK-BW unterstützt ihre Mitglieder unter anderem bei der Öffentlichkeitsarbeit, bei der Durchführung von Forschungsvorhaben oder bei der Umsetzung von konkreten Projekten. Außerdem vertritt die AGFK-BW die Interessen ihrer Mitglieder in Sachen Radverkehr gegenüber Dritten – zum Beispiel wenn der Bund Gesetze und die EU Verordnungen erarbeitet oder das Land Fördermöglichkeiten anbietet.

Mit der Geschäftsführung des Vereins hat die AGFK-BW die NVBW – Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg mbH beauftragt.

Die dort angesiedelte Geschäftsstelle ist erster Ansprechpartner für alle Fragen rund um die AGFK-BW und ihre Arbeit.

Kontakt und mehr Informationen:

info@agfk-bw.de

www.agfk-bw.de

Landrat im Landkreis Tübingen, hat der Landkreis im Zusammenspiel aller Beteiligten eine bedeutende Rolle: „Im Landkreis Tübingen sind wir maßgeblich an der Planung und am Bau zahlreicher Radwege beteiligt“, sagt Walter, der sich seit über zehn Jahren erfolgreich für die Radverkehrsförderung in seinem Kreis einsetzt. Aus seiner Sicht ergibt sich der Einfluss der Landkreise schon allein daraus, dass Planung, Ausschreibung, Vergabe und Bauleitung neuer Radwege in der Hand der Landkreisverwaltung liegen. „Zu Recht, denn wir kennen die Gegebenheiten vor Ort und können die Umsetzung der Projekte besser überwachen“, erklärt Walter.

Ein weiteres Plus der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im Landratsamt: Sie haben auch Zusammenhänge im Blick, die über die kommunalen Grenzen hinausreichen. „Daher übernehmen wir auch bei Planungen der Kommunen des Öfteren die Koordination oder bauen Radwege gemeinsam mit den Kommunen“, sagt der Landrat des Kreises Tübingen. Für den Landkreis ist es selbstverständlich, dass dabei innerhalb des Landratsamts alle betroffenen Abteilungen fachübergreifend und konstruktiv zusammenarbeiten: Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verkehrsabteilung stimmen ihre Planungen mit der Tourismusförderung ab und umgekehrt oder beziehen die Belange der Naturschutz- und Forst-Abteilung von Anfang an bei der Suche nach der besten Lösung mit ein. Das stärkt die Lobby für den Radverkehr und hilft, das eine oder andere Projekt auch mit knappen Mitteln umzusetzen.

Mehr Radverkehr, mehr Klimaschutz

Wer bei Landkreisen an einsame Landstraßen, Überlandverkehr und lange Wege zwischen Ortschaften und zentraler Kreisstadt denkt, sieht nur einen Teil der Realität. Denn viele Landkreise sind durchaus dicht besiedelt. Zum Beispiel der Rhein-Neckar-Kreis, bei dem

AGFK-Fachseminar „Aus der Praxis für die Praxis – Landkreise“

Rahmen und Veranstaltungsort

Ort: Landkreis Göppingen, Landratsamt, Hohenstauffensaal
Termin: 16.9.2014
Zeit: 10.00 bis 16.00 Uhr

Inhalte

Die Veranstaltung richtet sich an Landkreise und alle Akteurinnen und Akteure, die sich informieren möchten, wie Radverkehrsförderung Kommunen und Regionen übergreifend funktionieren kann. Vertreterinnen und Vertreter aus Landkreisen, die bereits Mitglied in der AGFK-BW sind, stellen ihr Engagement vor und tauschen sich über Erfahrungen und Projekte in den Bereichen Radverkehrskonzeption und Infrastrukturplanung, Zusammenarbeit zwischen Kreis und Gemeinden und weiteren Stellen sowie zu Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit aus. Erfolgreiche gute Beispiele werden präsentiert, praktische, im Arbeitsalltag direkt anwendbare Tipps kommuniziert. Akteure der Radverkehrsförderung, die noch nicht in der AGFK-BW aktiv sind, können sich ebenfalls über das Potenzial von Kreisen bei der Förderung des Radverkehrs informieren und eigene Erfahrungen mit einbringen.

Die Veranstaltung wird vom Ministerium für Verkehr und Infrastruktur gefördert.

Zielgruppe

- Vertreter aus Stadt- und Landkreisen,
- Fachleute aus der Verwaltung (Kommunen und Landkreise),
- Vertreter der Regierungspräsidien
- Vertreter ausgewählter Verbände

Anmeldung

Mehr Informationen zur Veranstaltung und die Anmeldeunterlagen gibt es hier: www.agfk-bw.de oder unter weiterbildung@agfk-bw.de

der westliche Teil entlang der Bergstraße ein durchgehend dichter Ballungsraum ist. Große Arbeitgeber wie SAP oder Heidelberger Druckmaschinen beschäftigen hier Tausende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, von denen viele aus den Städten oder umliegenden Gemeinden – oft über mehrere Gemeindegrenzen hinweg – zur Arbeit pendeln.

„Wenn wir als Landkreis beim Klimaschutz Vorreiter sein möchten, müssen wir mit den Arbeitgebern ins Gespräch kommen“, sagt Stefan Dallinger, Landrat im Rhein-Neckar-Kreis. „SAP beispielsweise bewirbt das Thema Radfahren offensiv und motiviert die Mitarbeiter. Das ist eine gute Voraussetzung für eine Zusammenarbeit. Der Arbeitgeber in-

vestiert in Abstellanlagen, Duschen und Umkleidemöglichkeiten, der Landkreis sorgt für gute Radverbindungen zum Betrieb.“

Mehr Radverkehr – das ist auch gut fürs Klima. Und Klimaschutz ist für den Rhein-Neckar-Kreis ein wichtiges Anliegen, wie Landrat Dallinger betont. „Daher sind wir aktuell gemeinsam mit den Städten Heidelberg und Mannheim dabei, ein Radverkehrskonzept aufzustellen – für einen Bereich, in dem immerhin rund 1 Million Menschen leben“, sagt Dallinger. „Ziel ist es, den Radverkehr als eigenständigen Verkehrsträger neben Auto, Bus und Bahn zu etablieren und die Übergänge zwischen den Verkehrsträgern zu erleichtern.“



Tourismus stärkt Alltagsinfrastruktur

Ein weiteres Missverständnis in Sachen Landkreise und Radverkehrsförderung: Die Landkreise sind für den touristischen Radverkehr zuständig, während die Städte sich um den Alltagsverkehr kümmern. Diese Aufgabenteilung ist längst hinfällig. Schließlich gibt es hier viele Schnittmengen. Touristische Radfernwege ergänzt um Themenrundkurse sind in Zeiten des boomenden Radtourismus wichtige Marketinginstrumente und eine gute Möglichkeit, Wertschöpfung in ländlichen Regionen zu erhalten. In Zeiten zunehmender E-Rad-Nutzung sind gut gepflegte und ausgewiesene Radverbindungen über längere Strecken aber auch für den Alltagsverkehr interessant.

„Im Landkreis Tübingen profitieren Touristen und Alltagsradler von der guten Zusammenarbeit aller Ressorts“, ist



Landrat in Radlerhose: Nach der gemeinsamen Radtour übergibt Minister Winfried Hermann Landrat Edgar Wolff das Zertifikat „Fahrradfreundlicher Landkreis“.

Initiativen zur Radverkehrsförderung in Baden-Württemberg

Viele Rädchen greifen in Baden-Württemberg ineinander, um den Radverkehr voranzubringen. Hier einige Beispiele, die für Landkreise von besonderem Interesse sind:

- **Mitglied werden:** Die Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundlicher Kommunen in Baden-Württemberg (AGFK-BW) e. V. (siehe Infokasten, www.agfk-bw.de) unterstützt und vernetzt Landkreise (sowie Städte und Gemeinden) bei der Radverkehrsförderung.
- **Newsletter abonnieren:** Das Informationsportal zur Radverkehrsförderung Baden-Württemberg www.fahrradland-bw.de zeigt mit Tipps und Beispielen, wie Radverkehrsförderung erfolgreich umgesetzt werden kann. Der Newsletter „RadReport“ informiert über aktuelle Entwicklungen und Fördermöglichkeiten.
- **Beteiligen:** Das RadNETZ Baden-Württemberg hat zum Ziel, alle Mittel- und Oberzentren in Baden-Württemberg auf alltagstauglichen Routen zu verbinden, die eine stets hohe Qualität aufweisen. Beim Aufstellungsprozess werden alle Verantwortlichen einbezogen, etwa im Rahmen von Workshops auf Landes-, Regierungsbezirks- und Landkreisebene. Mehr Informationen: www.fahrradland-bw.de.
- **Anregungen holen:** Die Landesinitiative RadKULTUR zeigt die schönen Seiten des Radfahrens durch Veranstaltungen, Mitmach-Aktionen und Öffentlichkeitsarbeit. Die Initiative des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur wird seit 2012 in verschiedenen Modellkommunen der AGFK-BW umgesetzt. Weitere Informationen: www.radkultur-bw.de.
- **Angebot vernetzen:** Der Radroutenplaner Baden-Württemberg (www.radroutenplaner-bw.de) der Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg mbH (NVBW) hilft Radfahrerinnen und Radfahrern dabei, schnell und unkompliziert die beste Radroute zu finden – auf Wunsch auch in Kombination mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Alle Kreise haben die Möglichkeit, den landesweiten Radroutenplaner kostenlos auf ihren Internetseiten zu verlinken.

In einer landesweiten Radroutennetzdatenbank werden die kreisweiten Wegenetze aller 44 Stadt- und Landkreise zusammengeführt, qualitätsgesichert und als Grundlage des Radverkehrsnetzes im Radroutenplaner verwendet: www.agfk-bw.de

Landrat Joachim Walter überzeugt. Diese gegenseitige Unterstützung führte zum Beispiel zu einer durchgängigen und einheitlichen Wegweisung für Alltags- wie auch touristische Radrouten. „Bei uns ging der Impuls für die Verbesserung der Wegweisung von der Tourismusförderung aus“, erklärt Walter. Da die Verkehrsabteilung den Nutzen für den Alltagsverkehr sofort erkannte und der Kreistag dieses Anliegen unterstützte, war es einfacher, die nötigen Mittel zur Verfügung gestellt zu bekommen. So konnte der Landkreis in den letzten

beiden Jahren 150 000 Euro in eine Wegweisung investieren, die den aktuellen Richtlinien der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (FGSV) entspricht.

Die neue Wegweisung berücksichtigt Tourismus- und Alltagsverkehr gleichermaßen. Hauptwegweiser geben die nächsten Ortschaften und Entfernungen dorthin an, Logos oder Erkennungszeichen touristischer Routen oder Themenrouten werden als Zusatzinformationen unter den Hauptwegweisern eingehängt.



Auch bei Bau- und Instandhaltung der Radwege arbeiten alle Ressorts zusammen. Man ergänzt sich bei der Reparatur von Schlaglöchern ebenso wie beim Bau von Lückenschlüssen im Wegenetz – keine Konkurrenz also, sondern eine Win-win-Situation für die Verwaltung vor Ort und vor allem für alle Radfahrerinnen und Radfahrer im Landkreis.

Auch der Landkreis Waldshut baut sein Alltagsnetz auf der vorhandenen touristischen Radwegestruktur auf. „Natürlich haben Radtouristen und Alltagsradler auf dem Weg zur Arbeit unterschiedliche Bedürfnisse“, sagt Klaus Nieke aus der Abteilung Tourismus im Landratsamt Waldshut. „Die einen wollen schnell und möglichst direkt ans Ziel, die anderen wollen ganz in Ruhe da Radfahren, wo es schön ist.“ Aber er schätzt, dass 90 Prozent der vorhandenen touristischen Radinfrastruktur im Landkreis bereits beide Bedürfnisse erfüllen. Etwa 15 Prozent der fürs Alltagsnetz als wichtig identifizierten Routen könnten nun aufgrund erster Planungen ergänzend zum touristischen Netz ausgewiesen werden.

Gut vernetzt

Die Themen und Möglichkeiten zur Förderung des Radverkehrs sind in allen Landkreisen ähnlich. Wer von Erfahrungsaustausch und gegenseitiger Unterstützung profitieren kann, spart Zeit, Geld und personelle Ressourcen. Fünf Landkreise haben sich schon für die Mitgliedschaft in der Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundlicher Kommunen in Baden-Württemberg (AGFK-BW) e.V. entschieden – zum Beispiel der Landkreis Karlsruhe:

„Der Landkreis Karlsruhe zählt zu den Gründungsmitgliedern der AGFK-BW.



Gemeinsame Radtour im Landkreis Göppingen: Minister Winfried Hermann, der Landrat des Landkreises Göppingen, Mitarbeiter des Landratsamts sowie der Prüfkommision des Landesbündnisses ProRad bei der Zertifizierung des Landkreises Göppingen als „Fahrradfreundlicher Landkreis“

Wer es mit der Förderung des Radverkehrs ernst meint, muss in diesem landesweiten Netzwerk vertreten sein“, sagt Christoph Schnaudigel, Landrat des Landkreises Karlsruhe. „Das beginnt beim regelmäßigen Erfahrungs- und Informationsaustausch und geht bis zur Durchführung öffentlichkeitswirksamer Aktionen, um die Einwohner noch mehr für das umweltfreundliche Verkehrsmittel zu gewinnen. Wir profitieren von der Mitgliedschaft, weshalb ich diese

anderen Kommunen nur empfehlen kann.“

Seine Amtskollegin Marion Dammann, Landrätin im Landkreis Lörrach, bekräftigt das: „Die Mitgliedschaft in der AGFK-BW ist für den Landkreis Lörrach ein zentrales Element in der Radverkehrsförderung, da wir durch sie immer die aktuellsten Forschungsergebnisse erhalten und mit den anderen Mitgliedskommunen einen wertvollen Erfahrungsaustausch pflegen können.“



Landkreise gestalten das RadNETZ Baden-Württemberg mit: großes Interesse an der Kick-off-Veranstaltung des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur im Mai in Stuttgart.

Mit der Mitgliedschaft in der AGFK-BW haben die Landkreise Karlsruhe, Lörrach, Tübingen und der Rhein-Neckar-Kreis einen wichtigen Schritt in Richtung „Fahrradfreundlicher Landkreis“ gemacht. Der Landkreis Göppingen, der diese Hürde schon genommen hat, wird diese Vorreiterrolle vermutlich nicht mehr lange allein besetzen.

Landesauszeichnung Fahrradfreundliche Kommune

Kommunen, die sich in vielen Bereichen für mehr und besseren Radverkehr einsetzen, können als „Fahrradfreundliche Gemeinde“, „Fahrradfreundliche Stadt“ oder „Fahrradfreundlicher Landkreis“ ausgezeichnet werden.

Die Auszeichnung wird vom Landesbündnis ProRad unter Vorsitz des Ministers für Verkehr und Infrastruktur, Winfried Hermann, vergeben. Eine Prüfkommision analysiert die Situation des Radverkehrs in der Stadt oder im Landkreis unter vielen Gesichtspunkten und gibt eine detaillierte Rückmeldung, was Stärken und Schwächen angeht. Darin liegt eine große Chance für Kommunen, die den Radverkehr langfristig zu einem gleichberechtigten Bestandteil ihrer Mobilitätsplanung machen möchten.

Voraussetzung für eine Bewerbung ist unter anderem die Mitgliedschaft in der Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundlicher Kommunen in Baden-Württemberg e.V. (AGFK-BW). Als „Fahrradfreundliche Stadt“ wurden bisher ausgezeichnet: Karlsruhe, Freiburg, Offenburg, Heidelberg, Kirchheim unter Teck. Erster „Fahrradfreundlicher Landkreis“ in Baden-Württemberg ist der Landkreis Göppingen.

Mehr Informationen:
www.fahrradland-bw.de
www.agfk-bw.de

Kommunale Gesundheitskonferenz im Landkreis Reutlingen ist ein Erfolgsmodell

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen hat Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe MdB sein aktuelles Gutachten „Bedarfsgerechte Versorgung – Perspektiven für ländliche Regionen und ausgewählte Leistungsbereiche“ übergeben. Darin wurde die Kommunale Gesundheitskonferenz im Landkreis Reutlingen als positives Beispiel gewürdigt. Der Vorsitzende des Rates, Prof. Ferdinand Gerlach, erklärte bei der Übergabe an Herrn Bundesminister Gröhe: „Unsere Analysen zeigen, dass die bisherigen Maßnahmen bei weitem nicht ausreichend sind, um einer sich abzeichnenden Unterversorgung in strukturschwachen, ländlichen Regionen entgegenzuwirken.“ Deshalb wurde im Gutachten empfohlen, zukünftig deutlich stärkere Anreize für eine Tätigkeit in ländlichen Regionen zu setzen. Hierbei wurde auch ein umfassendes Konzept regional vernetzter Versorgung mit lokalen Gesundheitszentren zur Primär- und pflegerischen Langzeitversorgung vorgeschlagen.

Das Gutachten beschreibt u.a. auch mögliche nationale und internationale Lösungsansätze. „Die Sicherstellung und Weiterentwicklung einer regional orientierten Gesundheitsversorgung wird zunehmend bedeutender und dringlicher. Koordinierte Vorgehensweisen, um den Folgen des demografischen Wandels und der Ungleichheit regionaler Lebensverhältnisse zu begegnen, setzen die Verständigung über bestehende Problemlagen und die Einigung über daraus abzuleitende Maßnahmen voraus“, so die Gutachter. Die Kommunale Gesundheitskonferenz im Landkreis Reutlingen wurde in diesem Zusammenhang als positives Beispiel vorgestellt. Neben dem methodischen Ansatz wurden insbesondere die Akti-

Kommunale Gesundheitskonferenz

Die Kommunale Gesundheitskonferenz im Landkreis Reutlingen ist ein Zusammenschluss aller wichtigen Berufsgruppen und Akteure aus dem Gesundheitsbereich unter Vorsitz von Landrat Thomas Reumann. Sie wurde im Jahr 2010 landesweit als erste Kommunale Gesundheitskonferenz ins Leben gerufen, um die Arbeit zu vernetzen, Schwachstellen in der Versorgungsstruktur herauszukristallisieren und gemeinsam Lösungen zu erarbeiten und umzusetzen. Ziel: die Gesundheitsförderung und Prävention zu stärken und die qualitativ hochwertige medizinische Versorgung im Landkreis auch in Zukunft zu gewährleisten. Aktuelle Schwerpunktthemen sind unter anderem „Hausärzteversorgung“, „Kindi in Bewegung“, „Diabetes mellitus“, „gesunde Gemeinden“ und „betriebliches Gesundheitsmanagement“. Die positiven Erfahrungen haben zur Etablierung einer Inklusionskonferenz im Landkreis Reutlingen geführt.

vitäten der Kommunalen Gesundheitskonferenz im Bereich der hausärztlichen Versorgung und bei der Schaffung zukünftiger Strukturen hervorgehoben.

Landrat Thomas Reumann freute sich über die Anerkennung des Sachverständigenrats und erklärte, dass „ohne den Rahmen der Kommunalen Gesundheitskonferenz Fachlichkeit, Politik und Verwaltung nicht in gleicher oder ähnlicher Weise zusammengearbeitet“ hätten. „Die Kommunale Gesundheitskonferenz im Landkreis Reutlingen stellt bereits heute ein Erfolgsmodell dar“, betonte Reumann.

Landkreis Tübingen und Deutsches Rotes Kreuz werben bei Hausärzten für Projekt „Wohnen mit Hilfe“

Mit einem Brief an die Hausärzte in Tübingen und Rottenburg haben Landrat Joachim Walter und Dr. Lisa Federle, Präsidentin des Tübinger Kreisverbandes des Deutschen Roten Kreuzes um Unterstützung für das kreisweite Angebot „Wohnen mit Hilfe“ geworben. Bei diesem Projekt geht es um Wohnpartnerschaften, bei denen Studierende älteren Menschen beispielsweise im Haushalt zur Hand gehen und im Gegenzug kostengünstig wohnen können.

„Wohnen mit Hilfe‘ ist ein Angebot, von dem beide Generationen profitieren können“, betont Landrat Joachim Walter. Neben einer verlässlichen Hilfe für Senioren könne man gleichzeitig zur Linderung der studentischen Wohnungsnot beitragen. Für ihn ist „Wohnen mit Hilfe“ ein „wertvoller Beitrag zum gelebten Miteinander zwischen den Generationen“.

„Unseren Hausärztinnen und Hausärzten kommt eine wichtige Multiplikatorenfunktion zu“, so Dr. Lisa Federle. „Sie kennen viele ältere Menschen, die so lange wie möglich zu Hause leben wollen und für die ‚Wohnen mit Hilfe‘ ein interessantes Angebot sein könnte.“ Gerade im Alter spiele der Kontakt zu anderen Menschen eine wichtige Rolle, wenn es darum gehe, möglichst lange fit und selbständig zu bleiben.

„Wohnen mit Hilfe“ ist ein Angebot des Landkreises Tübingen, der Universitätsstadt Tübingen, der Großen Kreisstadt Rottenburg am Neckar, dem Studentenwerk Tübingen-Hohenheim und dem Kreisverband Tübingen des Deutschen Roten Kreuzes, welches im Jahr 2010 ins Leben gerufen wurde. Seitdem wurden bereits zahlreiche Wohnpartnerschaften im gesamten Landkreis Tübingen geschlossen. Das Angebot geht auf eine Initiative aus dem Kreisseniorienplan des Landkreises Tübingen zurück. Ver-

gleichbare Angebote wie Wohnen mit Hilfe gibt es mittlerweile in vielen anderen deutschen Universitätsstädten. Auch weltweit ist der Gedanke in vielen Ländern verbreitet – insbesondere im angelsächsischen Raum.

Das Konzept sieht vor, dass ältere Menschen Studierenden eine Unterkunft zu reduzierter Miete anbieten.

Im Gegenzug leisten die jungen Studierenden regelmäßige Hilfe im und ums Haus. Die Höhe des Mietnachlasses und die zu leistenden Tätigkeiten werden individuell zwischen den Wohnpartnern vereinbart. Bewährt hat sich, dass pro Quadratmeter Wohnraum eine Stunde Hilfe im Monat geleistet wird. Pflegerische Tätigkeiten als Hilfeleistung sind ausgeschlossen.

Das Angebot steht auch jungen Familien zur Verfügung, denen die Studierenden im Haushalt und bei der Kinderbetreuung Unterstützung leisten können.

Vermittelt und begleitet werden die Wohnpartnerschaften vom Kreisverband Tübingen des Deutschen Roten Kreuzes. Weitere Informationen zum Angebot finden sich in einem Faltblatt, das im Internet unter www.kreis-tuebingen.de oder beim Landratsamt Tübingen unter Telefon 0 70 71/2 07-20 03 erhältlich ist.

Weinbauverbände und Kreise im Schulterschluss – In Baden-Württemberg fallen Landkreis-Grenzen

Für den Weintourismus fallen in Baden-Württemberg Landkreis-Grenzen. Die Weinbauverbände von Baden und Württemberg und der Landkreistag waren sich bei ihrem dritten Treffen einig: „Kreisgrenzen sind keine touristische Destination“, formulierte Landkreistag-

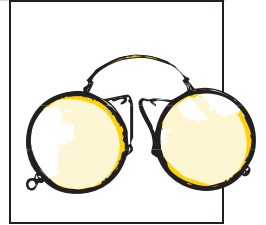


Präsident Joachim Walter. Tourismus und Landkreise seien eng miteinander verbunden, betonten Landräte aus weinbautreibenden Kreisen vom Taubertal bis zum Albtrauf und ins Markgräfler Land im Gespräch mit den Weinbauverbands-Präsidenten Kilian Schneider (Baden) und Hermann Hohl (Württemberg) am 27. Mai 2014 in Oberbergen am Kaiserstuhl. Themen waren neben dem Weintourismus die Zukunft der Weinbauberatung sowie die Folgen der aktuellen EU-Weinmarktpolitik mit der geplanten Anbauflächenausweitung, Produktionsbedingungen, Mindestlohn und die Erhaltung der Weinbaukultur.

Landrat Reinhard Frank (Main-Tauber-Kreis) sprach sich für eine „ganzheitliche Vermarktung“ der baden-württembergischen Weinregionen aus. Heilbronn-Landrat Detlef Piepenburg bezeichnete den Weintourismus als „spezielle Art der Wirtschaftsförderung“. Eine Wiederholung des Scheiterns eines vorhandenen und landschaftsbezogenen Tourismusverbandes wie Neckarland-Schwaben müsse vermieden werden. Präsident Joachim Walter: „Tourismus muss von unten kommen. Sympathiebeweise alleine reichen nicht.“ Partner müssten zusammenfinden. „Wir sind an einem engeren Zusammenrücken der Kreise beim Weintourismus interessiert“, be-

kräftigte Präsident Hermann Hohl. Einig war man sich, dass der Weintourismus noch in den Startlöchern steht und ein großes Potential beinhaltet. Die Touristiker wurden aufgefordert, die „Wein-Marken“ Baden und Württemberg deutlicher nach außen zu positionieren.

Einen Schulterschluss praktizieren Verbände und Landkreistag bei der sogenannten Officialberatung für Weingärtner. Die Landesregierung plant Veränderungen, die nicht auf Zustimmung der Weinbauverbände stoßen. Partner haben sie jetzt in den Landkreisen gefunden. Gemeinsam hält man an der freiwilligen, objektiven, weil industrieeunabhängigen Beratung fest. Präsident Walter: „Wir stehen Schulter an Schulter und sind für den Erhalt der Officialberatung.“ Sie sei für die Weingärtner und insbesondere für kleinere Betriebe in der jetzigen Form durch ihre Praxisnähe unerlässlich. Weinbauverbandspräsident Hermann Hohl begrüßte den Schulterschluss: „Es ist gut, dass wir gemeinsam die Beratung aufrechterhalten wollen.“ Die Treffen von Landkreistag und Weinbauverbänden fanden seit 2012 abwechselnd in Baden (2012 Durbach, 2014 Oberbergen) und Württemberg (2013 im Ingelfinger Fass) statt. 2015 ist das vierte Treffen wieder in Württemberg geplant.



PERSONALIEN

Dr. Martin Kistler zum Landrat im Landkreis Waldshut gewählt

In der Sitzung des Kreistags des Landkreises Waldshut am 4. Juni 2014 fand die Wahl des Landrats statt.

Um die Stelle des Waldshuter Landrats bewarben sich Kreisrat Dr. Martin Kistler und der bisherige Amtsinhaber Tilman Bollacher. Die Entscheidung fiel im dritten Wahlgang, dort ist gewählt, wer die meisten Stimmen auf sich vereinigt. Dr. Martin Kistler erhielt 26 Stimmen. Tilman Bollacher erhielt 20 Stimmen, bei zwei Enthaltungen. Gewählt wurde somit Dr. Martin Kistler.

Der Landkreistag gratuliert herzlich!





Soziales

Große Resonanz bei Fachtagung des Enzkreises zum Thema „Wohnen in Zukunft“

„Offenbar haben wir einen Nerv getroffen“ – mit diesen Worten begrüßte Landrat Karl Röckinger am 15. Mai 2014 150 Teilnehmer zur Tagung „Wohnen in Zukunft – Perspektiven für den ländlichen Raum“. Mit Vertretern aus Kommunen, von Verbänden und Kirchengemeinden, Ärzten und Sozialarbeitern sowie Architekten und Bauunternehmern war die Remchinger Kulturhalle bis auf den letzten Platz gefüllt.

Kein Wunder: Die zunehmende Alterung der Bevölkerung stellt eine große Herausforderung für alle Kommunen dar – und die meisten wollen auch bei Pflegebedarf oder mit Behinderung so lange wie möglich zu Hause in ihrer vertrauten Umgebung leben. Anhand zahlreicher Praxisbeispiele zeigte Ursula Kremer-Preiß vom Kuratorium deutscher Altershilfe Köln, wie sich der öffentliche Raum in einer Kommune lebenswert gestalten lässt: „Eine gute Infrastruktur, Einkaufsmöglichkeiten, Begegnungsstätten, Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe und gute Pflege- und Betreuungsmöglichkeiten sind dabei unverzichtbar“, betonte Kremer-Preiß und machte Mut, mit kleinen Schritten anzufangen.

Sitzgelegenheiten im öffentlichen Raum seien eine große Hilfe für ältere Menschen. „Planen Sie kleinräumig, denn der Aktionsradius von älteren Menschen und Menschen mit Assistenzbedarf



Als einer der ersten probierte Ispringens Bürgermeister Volker Winkel, welche Einschränkungen typische „Alterserscheinungen“ mit sich bringen.

schrumpft häufig stark“, riet die Sozialwissenschaftlerin. Dabei sollten die Kommunen auf Kooperationen setzen und Kräfte in lokalen Netzwerken bündeln. Einen „Hilfe-Mix aus Fachkräften und bürgerschaftlich Engagierten“ nannte Kremer-Preiß das aus ihrer Sicht notwendige Konzept, das den Übergang von einer Versorgungs- zu einer Mitwirkungsgesellschaft markiere.

René Stephan vom Forschungszentrum Informatik Karlsruhe (FZI) stellte in sei-

nem Vortrag technische Hilfsmittel vor. „Bewegungssensoren, Sturzmelder oder eine Herdüberwachung können die Sicherheit alleine lebender älterer Menschen erheblich verbessern“, sagte Stefan. Dabei müsse nicht alles neu erfunden werden – viele Geräte müssten lediglich altersgerecht gestaltet werden. Als Stichworte nannte Stephan, unkomplizierte Installation, einfache Bedienung und möglichst niedrige Kosten. Einige der vorgestellten Systeme konnten die

Besucher in der „rollenden Ausstellung“ des FZI besichtigen, die Stephan mitgebracht hatte.

Das Angebot vor Ort im Enzkreis stellte Wolfram Scheffbuch vom Beratungshaus „Consilio“ in Mühlacker vor. In neun Beratungsstellen für Hilfen im Alter, im Pflegestützpunkt und im Demenzzentrum des Enzkreises sowie in der Wohnberatung des Kreissenioresenrates geht es um alle Fragen rund um Alter und Pflege. Hinzu kommen Außensprechstunden in verschiedenen Gemeinden – „und bei Bedarf kommen die Beraterinnen oder Berater auch zu einem Hausbesuch“, sagte Scheffbuch. Der niedrigschwellige Zugang zu Beratung und Information sei eine wesentliche Voraussetzung für eine gute Versorgung: „Die besten Pflege- und Unterstützungsangebote nutzen nichts, wenn die Bürger sie nicht kennen.“

Ganz praktisch wurde es beim Vortrag von Anja Schwarz vom Roten Kreuz in Stuttgart: Anhand zahlreicher Beispiele zeigte sie, wie Barrieren in der Wohnung beseitigt werden können – ob beim Zugang, im Wohnzimmer oder im Sanitärbereich. Ergänzend hatte Schwarz einen Alterssimulationsanzug mitgebracht, so dass die Besucher erleben konnten, was es bedeutet, im Alter oder bei Behinderung mit zunehmenden Einschränkungen zu leben.

Zum Abschluss interviewte Moderatorin Andrea Katz vom gleichnamigen Institut in Pforzheim den Mönzheimer Bürgermeister Thomas Fritsch. Er hat in seiner Gemeinde die Initiative „Soziales Netz Mönshheim, Herausforderungen des demografischen Wandels“ gestartet und berichtete über die ersten Schritte. „Wir wollten nicht den vermeintlich einfacheren Weg gehen und ein Pflegeheim bauen“, sagte Fritsch. Stattdessen wolle man mit verschiedenen Akteuren nach Alternativen suchen, um den Menschen möglichst lange das Leben in den eigenen vier Wänden zu ermöglichen.

Die Gemeinde Mönshheim finanziert eine Teilzeit-Stelle für die Koordination –

und Bürgermeister Fritsch treibt die Entwicklungen mit großem persönlichem Engagement voran: „Dieses Thema ist Chefsache!“ betont er. Und weiß sich einig mit Landrat Röckinger, der die Städte und Gemeinden im Rahmen der Daseinsfürsorge in besonderer Verantwortung sieht: „Die Kommunen sind und bleiben die Motoren vor Ort, wenn es darum geht, gemeinsam mit dem Kreis und weiteren Partnern Angebote zu entwickeln.“

Weitere Informationen bei der Sozialplanung des Enzkreises:
Margit Jäger (ambulante Altenhilfe),
Telefon: 0 72 31/3 08-95 17
E-Mail: margit.jaeger@enzkreis.de
Britta Kinzler (stationäre Altenhilfe, Behinderte, Psychiatrie),
Telefon: 0 72 31/3 08-93 78
E-Mail: britta.kinzler@enzkreis.de.

Erste Regionale Betroffenen- und Angehörigenkonferenz im Neckar-Odenwald-Kreis

Nichts bleibt, wie es ist. Auch in der Eingliederungshilfe werden Angebote neu aufgelegt, beendet, weiterentwickelt oder angepasst. Nicht nur die Bedürfnisse der behinderten Menschen und ihrer Angehörigen verändern sich, auch die gesetzlichen Vorgaben – Stichworte UN-Konvention/Inklusion, Dezentralisation und neues Leistungsgesetz – setzen zwangsläufig Umstrukturierungsprozesse in Gang.

Um diese Prozesse auch im Neckar-Odenwald-Kreis so bedarfsgerecht wie möglich weiterentwickeln zu können, fand nun die 1. Betroffenen- und Angehörigenkonferenz im Landratsamt statt. Renate Körber, Fachbereichsleiterin Jugend und Soziales, konnte dazu rund 30 Personen begrüßen, die selbst viele persönliche und berufliche Erfahrungen rund um das Leben mit Behinderung gemacht haben: Heimbeiräte, Angehörigenvertreter, Vertreter der Lebenshilfe Mosbach und Buchen sowie der Johannes-Diakonie, Betreuer und Elternvertreter aus ent-

sprechenden Schulen. Gespräch und Austausch standen im Mittelpunkt. „Sagen Sie uns, wo es fehlt“, so die Fachbereichsleiterin – eine Aufforderung, der die Anwesenden gern und ausführlich nachkamen.

Dass diese Veranstaltung – die Schwarzachs Bürgermeister Theo Haaf im Übrigen als „mutigen Schritt“ bezeichnete – künftig regelmäßig stattfinden wird, stand deshalb auch schon sehr bald fest. In ihrer Begrüßung blickte Renate Körber auf etliche „wirklich gute Entwicklungen“ der letzten Jahre zurück: Das persönliche Budget beispielsweise, das Behinderten auch finanziell einen größeren Spielraum lässt oder die individuelle Hilfeplanung, die bei allen Entscheidungen den Menschen und seine individuellen Möglichkeiten und Ziele in den Mittelpunkt stellt. Jutta Schüle, von der eigens eingerichteten Beratungsstelle kam später auf dieses Thema zurück. „Insgesamt fordert die Politik eine andere Herangehensweise in der Eingliederungshilfe“, stellte die Fachbereichsleiterin fest und nannte als Beispiel die großen Komplexeinrichtungen, wie sie die Johannes-Diakonie in Mosbach und Schwarzach unterhält: „Die passen nicht mehr in das ideologische Bild, gewünscht sind viele kleine Einrichtungen.“ Vertreter der Johannes-Diakonie standen hier später bei vielen Fragen Rede und Antwort.

Im Anschluss stellte sich Jutta Schüle als Ansprechpartner vor. Sie arbeitet mit Thomas Bauer in der „Beratungsstelle für Menschen mit Behinderung und ihre Familien“. Trägerunabhängig und ergebnisoffen bieten sie ihr Fachwissen allen Betroffenen an, um für sie „möglichst normale Lebensbedingungen zu erhalten oder zugänglich zu machen“. Dadurch konnten in sehr vielen Fällen schon vollstationäre Versorgungen oder höherschwellige Maßnahmen vermieden oder sogar „zurückgefahren“ werden. Christian Köckeritz als Behindertenbeauftragter im Neckar-Odenwald-Kreis unterstützt deren Arbeit in allgemeinen

und konzeptionellen Fragen. Über das Leistungsangebot der Eingliederungshilfe, das von rund 1300 Personen im Kreis in Anspruch genommen wird, und über den „Teilhabeplan“, der außer dem Leistungsangebot auch die Bedarfe, Ziele und Handlungsempfehlungen zusammenfasst, informierte Melanie Bauer. Dann aber war Schluss mit der Theorie und die Teilnehmerinnen und Teilnehmer konnten ihre Fragen stellen und Anregungen formulieren. Nicht immer war die Landkreisverwaltung der richtige Adressat, aber der rege Austausch zeigte in jedem Fall, wo es Probleme und damit Verbesserungspotential gibt.

**Fachtag zur Jugendarbeit
im Landratsamt Böblingen –
Landrat: „Offene Ohren und
wache Augen für die Bedürfnisse
junger Menschen“**

Im Landratsamt Böblingen fand am 27. Mai 2014 ein Fachtag statt, an dem sich Fachkräfte der Jugendhilfe und von Schulen mit den Bedingungen für das Aufwachsen junger Menschen und mit der Situation der Jugendarbeit im Landkreis beschäftigten. Landrat Roland Bernhard begrüßte rund 80 Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Die Jugendarbeit steht vor einer ganzen Reihe zentraler Herausforderungen für die fachliche Arbeit mit Kindern und Jugendlichen.

„Insbesondere die zurückgehende Zahl junger Menschen, das veränderte Freizeitverhalten, die verstärkte Nutzung elektronischer Medien und ganz besonders die Veränderungen im Schulbereich verlangten von der Jugendarbeit Anpassungen“, benennt der Landrat die Themen des Tages. „Wir müssen für die Bedürfnisse und die Lebenssituationen von Kindern und Jugendlichen im Landkreis stets offene Ohren und wache Augen haben.“

Jens Pothmann, Mitautor einer vielbeachteten Studie zur Jugendarbeit in Baden-Württemberg, beleuchtete im Anschluss aus überregionaler Perspek-



tive, wo die vielfältigen Veränderungen und Herausforderungen aus Sicht der Wissenschaft liegen. „Die Auswirkungen des Ausbaus von Ganztagschulen sind darunter nur ein Aspekt. Angebote der Jugendhilfe müssen zukünftig enger mit schulischen Angeboten gekoppelt werden“, so Pothmann. Gleichzeitig müssten aber auch Schutz- und Schonräume außerhalb der Erwachsenenwelt für Kinder und Jugendliche geschaffen und erhalten werden, in denen sie sich erproben und entwickeln können. Pothmann zitierte aus dem Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung, dass es den meisten Kindern und Jugendlichen in Deutschland noch nie so gut gehe wie heute. Gleichzeitig gebe es aber auch eine Gruppe von Kindern, die nicht mithalten könnten und am Rande stünden. „Noch nie spaltete sich die Gesellschaft so sehr in Gewinner und Verlierer“, berichtete der Wissenschaftler der Universität Dortmund. Ob genau diese Kinder und Jugendlichen von den Angeboten der Jugendarbeit erreicht würden, ist eine Frage, mit der sich die Fachleute auseinandersetzen müssen. Schließlich könnte hierdurch auch die Leistungsfähigkeit der Jugendarbeit gegenüber der Politik und somit den Geldgebern nachgewiesen werden.

Bevor sich die Teilnehmer in vier Workshops mit Fragen der Zusammenarbeit von Schule und Jugendarbeit, der Schul-

sozialarbeit, der Zukunft der offenen Jugendarbeit und der Jugendreferate auseinandersetzen, stellte Andrea Bader-Hamncs vom Amt für Jugend und Bildung wesentliche Erkenntnisse aus dem Bericht „Jugend im Blick“ vor. Angereichert durch Interviews mit Fachkräften aus dem Landkreis Böblingen bietet dieser Bericht neben einer Bestandsaufnahme der vielfältigen Angebote im Landkreis gleichzeitig genügend Stoff für Diskussionen und weiterführende Überlegungen. Der Leiter des Amtes für Jugend und Bildung Wolfgang Trede freut sich über den guten Ausbaustand der Jugendarbeit in den einzelnen Kommunen des Kreises, gleichzeitig gibt es aber aus seiner Sicht noch Entwicklungsbedarf: „Gemeinsam mit den Kommunen und Schulen vor Ort gilt es die Schulsozialarbeit weiter auszubauen. Außerdem müssen wir weiterhin sorgsam darauf achten, dass alle Schülerinnen und Schüler, also gerade auch die, die in schwierigeren Situationen leben, nach der Schule einen guten Übergang ins Berufsleben schaffen.“

Die Fachkräfte waren sich am Ende der Veranstaltung darüber einig, dass mit dem Fachtag längst nicht alle Herausforderungen gemeistert sind. „Die teilweise auch kontroversen Diskussionen sind jedoch nötig, um anschließend in gemeinsamer Verantwortung und in engem Schulterschluss der verschie-

denen Akteure den Anliegen junger Menschen im Landkreis gerecht zu werden“, so das Fazit von Landrat Bernhard.

Landkreis Lörrach aktualisiert Sozialatlas – über 950 soziale Dienste und Einrichtungen stellen sich vor

Das Landratsamt Lörrach hat den Sozialatlas des Landkreises überarbeitet. Darin sind über 950 Hilfeanbieter im Kreis aufgeführt. Das Spektrum reicht von der Altenhilfe über Mahlzeitendienste bis zur Psychotherapie und Wohnberatung. Die Angebote können nach Art der Leistung, Problemlage, Standort oder Zielgruppe sowie über einen Volltextsuche abgerufen werden. Eine Vielzahl von Suchbegriffen erleichtert das Auffinden der geeigneten Leistung. Auch eine Umkreissuche ist möglich. Der Sozialatlas wird von Bürgerinnen und Bürgern, aber auch von Institutionen genutzt und ist kostenlos. Er dient als Nachschlagewerk und vermittelt übersichtlich das vorhandene Angebot an Hilfeleistungen. Leistungsanbieter haben die Möglichkeit eine Beschreibung ihres Leistungsangebots online einzugeben und auch zu ändern. Zunehmend sind auch schulische Angebote und Gesundheitsleistungen in den Atlas integriert.

Der Sozialatlas stellt bereits seit fünf-einhalb Jahren Informationen über Hilfsangebote unkompliziert zur Verfügung. Bislang gab es rund 74.000 Aufrufe, das sind pro Monat etwa 1100. Den Sozialatlas gibt es im Internet unter <http://www.loerrach-landkreis.de/sozialatlas>.

Landkreis Karlsruhe: Mit Bewegung gesund älter werden – Zukunftswerkstatt regte an und vernetzt Landkreiskommunen

Zahlreiche gute Argumente und vorbildliche Praxisbeispiele, wie regelmäßige Bewegung im fortgeschrittenen Alter wesentlich zu einem langen, gesunden und selbständigen Leben beiträgt und was dazu vor Ort in den Städten und



Diplom-Psychologe Dr. Christoph Rott referierte über Wege, wie Gesundheitsförderung von der Theorie zur Praxis gelingen kann.

Gemeinden getan werden kann, wurden am 9. April 2014 den Teilnehmern der „Zukunftswerkstatt Gesund älter werden“ im Bildungszentrum Flehingen präsentiert.

Rund 70 Vertreter aus Kommunalverwaltungen, Seniorenberäten und Verbänden waren der Einladung der Arbeitsgruppe „Gesund älter werden“ der kommunalen Gesundheitskonferenz für den Landkreis Karlsruhe gefolgt. Landrat Dr. Christoph Schnaudigel sah die Veranstaltung als wichtigen Beitrag im Hinblick auf die demografische Entwicklung, der sich verschiedene Akteure im Landkreis im Rahmen der Fortschreibung des Demografieberichts sowie innerhalb der Gesundheitskonferenz aktuell widmen: „Seniorenerechtigkeit ist zu einem Standortfaktor für die Kommunen geworden“, betonte er bei der Eröffnung. Diplom-Psychologe Dr. Christoph Rott vom gerontologischen Institut der Universität Heidelberg belegte in seinem Impulsvortrag mit Studienergebnissen die gesundheitsfördernden Wirkungen gegenüber altersbedingten Krankheitsrisiken. Alleine schon regelmäßiges Gehen bringe einen messbaren und dauerhaften Nutzen für die geistige und

körperliche Gesunderhaltung. In vier Workshops wurden anschließend Praxisbeispiele vorgestellt: In Stadtteilbegehungen mit Betroffenen können z.B. Hindernisse identifiziert werden, die davon abhalten, Wege zu Fuß oder mit dem Rollator zu bewältigen. Ein anderes Beispiel war die „Bewegte Apotheke“ bzw. begleitete Spaziergangsgruppen sowie der Einsatz von „Bewegungspaten“ und Sport an öffentlichen Plätzen. Allen Beispielen gemein war, dass mit vergleichsweise wenig Aufwand ein spürbar positiver Effekt erzielt werden kann. Wichtig – so die Erkenntnis aus den Workshops – ist die Begleitung durch eine ansprechende und auf die Bedürfnisse von Senioren ausgerichtete Öffentlichkeitsarbeit, auch um auf das Angebot der zahlreichen bestehenden Bewegungsangebote von Vereinen und Verbänden hinzuweisen. Fazit war, dass die Umsetzung von Best-Practice-Modellen umso leichter gelingt, wenn sich Akteure zusammentun, voneinander lernen und miteinander arbeiten. Die von der Arbeitsgruppe „Gesund älter werden“ organisierte Tagung bot hierfür eine erste wertvolle und anregende Plattform.

Schulen

Eröffnung des Schüler-, Forschungs- und Technikzentrums Hohenlohe an der Gewerblichen Schule Künzelsau

Im Beisein von Minister Andreas Stoch MdL wurde am Freitag, 6. Juni 2014, das neue Schüler- Forschungs- und Technikzentrum Hohenlohe (SFT) an der Gewerblichen Schule Künzelsau eröffnet. Nach nur sechs Monaten Bauzeit gibt es hier hervorragende Möglichkeiten für naturwissenschaftliches Forschen und Arbeiten. Nicht nur Schulklassen des Hohenlohekreises, sondern auch interessierten Kindern und Jugendlichen soll dieses Angebot zur Verfügung stehen. Die Innovationsregion Hohenlohe hat hierfür gemeinsam mit dem Schulträger, dem Hohenlohekreis, einen sehr gut ausgestatteten Raum geschaffen.

Landrat Dr. Matthias Neth freute sich, Minister Stoch und viele Gäste aus Politik und Wirtschaft bei der Eröffnung begrüßen zu dürfen. „Das gemeinsame Ziel heißt: Talente fördern und Fachkräfte gewinnen“, so Neth. Er verwies auf den erst kürzlich stattgefundenen Wettbewerb „Jugend forscht“ und gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass auch aus dem neuen SFT in Zukunft solche Talente hervorgehen.

Minister Stoch zeigte sich vom neuen Zentrum und den Experimenten, die von Lehrern und Schülern vorgeführt wurden, sichtlich beeindruckt. Er zitierte Goethe mit den Worten: „Überhaupt lernt niemand etwas durch bloßes Anhören und wer sich in gewissen Dingen nicht selbst tätig bemüht, weiß die Sachen nur oberflächlich.“ Das neue Zentrum erfülle genau Sinn und Zweck dieser Worte, die Schüler und Schülerinnen können selbst forschen und ihre Potentiale entfalten. Thomas Philippiak, Vorsitzender der Innovationsregion Hohenlohe e.V., betonte auch die Bedeutung der naturwissenschaftlich-technischen Bildungsoffensive MINTec-



Zahlreiche Gäste aus Politik und Wirtschaft waren zur Eröffnung gekommen, darunter auch (v.l.n.r.) Landrat a. D. Helmut M. Jahn, Präsident der IHK Heilbronn-Franken Prof. Dr. Harald Unkelbach, Landrat Dr. Matthias Neth, Vorsitzender der Innovationsregion Hohenlohe e.V. Thomas Philippiak, Minister Andreas Stoch und sowie Ministerialdirigent Klaus Lorenz.

Hohenlohe, die bereits seit über zehn Jahren zum Kernbereich der Innovationsregion zählt.

Berufsschüler aus Portugal informieren sich über Ausbildungsberufe im Lebensmittelhandwerk – Erste Kontakte für betriebliche Austauschpraktika werden geknüpft

14 Jugendliche aus der Region Alto Alentejo in Portugal besuchten im April die Gewerbliche Schule in Künzelsau (Hohenlohekreis). Nach der Begrüßung

durch Schulleiterin Ruth Henn informierten die beiden Fachlehrkräfte aus der Abteilung Nahrungsgewerbe, Gerlinde Sterr und Kurt Rüdinger, über die Besonderheiten der dualen Ausbildung im Lebensmittelhandwerk. Bei der anschließenden Führung durch die modern gestalteten und technisch gut ausgestatteten Fachräume der Abteilung erhielten die portugiesischen Berufsschüler einen Einblick über die Ausbildungsmöglichkeiten an der Schule. Beim gemeinsamen Mittagessen, das von Berufsschülern aus der Abteilung Nahrungsgewerbe



Die portugiesischen Berufsschüler probieren beim gemeinsamen Mittagessen die von Berufsschülern der Gewerblichen Schule Künzelsau zubereitete Hohenloher Spezialität – Maultaschen mit Kartoffelsalat.

zubereitet wurde, fand ein reger Austausch zwischen den Jugendlichen statt. Dabei ergab sich auch das ein oder andere fachliche Gespräch über die Herstellung der Hohenloher Maultaschen-spezialität mit Kartoffelsalat.

Der Schwerpunkt des 14-tägigen Aufenthalts bestand darin, Kooperationspartner für betriebliche Austauschpraktika im Fleischerhandwerk, in der Gastronomie oder im Bereich Tourismus zu finden und erste Ideen auszutauschen, betonte der mitgereiste zweite Bürgermeister der Stadt Soussel, Jorge Pereira. Nach ihrer Berufsausbildung im Sommer 2015 möchten die Berufsschüler, die während der Ausbildung Deutsch lernen, praktische Erfahrungen in Betrieben der Region sammeln.

Für Schüler, Lehrkräfte und die Organisatoren der Reise ergaben sich viele positive Eindrücke, die im Rahmen europäischer Förderprogramme zu Kooperationsprojekten ausgebaut werden könnten.

Hohenlohekreis:

Internationales COMENIUS-Projekt an der Richard-von-Weizsäcker-Schule – Gäste aus Spanien, Frankreich, England und Nordirland

In der Woche vom 6. bis 11. April 2014 waren die Partner des Comenius-Projekts 2012 – 2014 an der Richard-von-Weizsäcker-Schule in Öhringen zu Gast. Schulleiter Uwe Stiefel begrüßte die Schülerinnen und Schüler und deren Lehrer aus vier europäischen Partnerländern am Montag in der Aula der Schule und stellte allen Beteiligten das Projekt vor, an dem nun eine Woche lang gearbeitet wurde: „European ECO Warriors 21: Increasing sustainability at schools and reducing energy costs“ heißt das diesjährige Projekt und hat die Nachhaltigkeit und das Energieverhalten in Europa und speziell auch an europäischen Schulen zum Thema. Von den Schülern wurde die Wiederverwertbarkeit von Materialien erforscht und erlebt und sie lernten



Die internationale COMENIUS-Gruppe vor der Richard-von-Weizsäcker-Schule in Öhringen

auch neue Verfahren und Techniken kennen.

„Natürlich findet die Kommunikation auf Englisch statt“, betont Uwe Stiefel, der die Sprache selbst unterrichtet und darauf hinweist, dass COMENIUS ein Projekt der Europäischen Union ist, welches innovative Wege der Zusammenarbeit und Partnerschaft schulischer Einrichtungen in Europa ermöglicht. „Wir wollen unseren Schülerinnen und Schülern zeigen, dass das Erlernen einer Sprache nichts Theoretisches ist, sondern in der Anwendung stattfindet“, unterstreicht der Anglist Uwe Stiefel und erntet Zustimmung bei seinen Kolleginnen und Kollegen aus dem Ausland. „Unsere Schüler sind schon sehr neugierig auf das Alltagsleben in einer deutschen Gastfamilie“, fügt Chris Callan aus Nordirland hinzu. Neben der gemeinsamen Arbeit am Projekt hat auch der Öhringer Oberbürgermeister Thilo Michler die Gäste empfangen und ein Besuch im BioEnergie-Dorf Untermaßholderbach stattgefunden. Die Schülerinnen und Schüler erhielten zudem einen Kurs über das deutsche Schulsystem und den Vergleich mit anderen Systemen sowie sportliche und kulinarische Begegnungen. Am Ende der Projektwoche ist ein Abschlussbericht über die Ergebnisse der einzelnen Workshops zu erstellen, welcher vom Deutschen Akademischen Austauschdienst und von der zuständigen Abteilung bei der Europäischen Kommission evaluiert

wird. „Diese Form des Austauschs wird unsere Schule weiter öffnen in Richtung einer europäischen Bildung“, ist sich Uwe Stiefel sicher und freut sich über die nun schon seit 2008 bestehende Zusammenarbeit mit seinen Kolleginnen und Kollegen aus Spanien, Frankreich, England und Nordirland.

Landkreis Lörrach:

Berufliche Schulen stellen sich dem Wandel

Die beruflichen Schulen des Landkreises müssen sich den veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen stellen. Die „Arbeitsgruppe Schulen“ des Kreises erarbeitet deshalb ein Konzept zur Neuausrichtung, das noch vor der Sommerpause durch den Kreistag verabschiedet werden soll. In ihrer Sitzung am Dienstag, 20. Mai 2014, hat die Arbeitsgruppe zunächst sämtliche Einflussfaktoren auf den künftigen Entwicklungsprozess diskutiert, die für die Neuausrichtung bereits jetzt berücksichtigt werden müssen. Den stärksten Einfluss bildet dabei der demografische Wandel, so das Resultat aus den gemeinsamen Betrachtungen von Schulleitungen, Kreisrätinnen und Kreisräten sowie Schulexperten des Landratsamts. Der demografische Wandel hat bekanntlich heute schon starken Einfluss auf die allgemeinbildende Schullandschaft; in etwa zwei Jahren wird dies auch für die beruflichen Schulen spürbar sein. In-

tensive Recherchen kommen zu dem Ergebnis, dass bis zum Jahr 2020 mit einem Schülerrückgang von annähernd 18 Prozent zu rechnen ist. Bezogen auf die heutige Zahl von knapp 7000 Schülerinnen und Schülern an den beruflichen Schulen wären dies etwa 1200 weniger.

Neben dem demografischen Aspekt muss eine Neuausrichtung weiteren wesentlichen Faktoren gerecht werden. Hierzu zählt zunächst die sich verändernde Schullandschaft der allgemeinbildenden Schulen. Berücksichtigt werden muss zudem die Tatsache, dass sich das Wahlverhalten der Jugendlichen tendenziell zu höheren Abschlüssen sowie verstärkt in Richtung kaufmännische als in handwerkliche oder gewerbliche Berufe verändert hat. Nicht zu vergessen sind die gestiegenen Anforderungen seitens der Wirtschaft an Auszubildende.

Da berufliche Schulen jedoch ein breites Spektrum an Schularten bieten – von einjähriger Vollzeitschule über duale Ausbildungen bis hin zum beruflichen Gymnasium – lassen sich Anpassungsprozesse nur unter Einbeziehung der beruflichen Schulen an den drei Standorten Lörrach, Rheinfelden und Schopfheim vollziehen. Im Raum steht derzeit die Idee, sogenannte Kompetenzzentren zu bilden und damit Ressourcen und Know-how zu bündeln, um die fortschreitenden Anforderungen an die Auszubildenden seitens der Wirtschaft fachlich kompetent zu begleiten. Andere Überlegungen befassen sich damit, wie die sich verändernden Rahmenbedingungen wie etwa der Fachkräftemangel und die damit verbundenen Einwirkungen auf die lokalen Wirtschaftsstrukturen begegnet werden kann. Auch das Wahlverhalten und die Interessen der Jugendlichen unterliegen einem starken Wandel, was in den Planungsprozess mit einzubeziehen ist. Bei einem fortschreitenden Fachkräftemangel werden die Impulse der Arbeitgeber einen nicht unbeachtlichen Einfluss auf die Berufswahl ausüben.

An der Berufsfachschule Hauswirtschaft & Ernährung wird inzwischen der zweite Jahrgang ausgebildet

„Lebensmittel wahrnehmen mit allen Sinnen“ ist einer der Leitsätze der einjährigen „Berufsfachschule Hauswirtschaft & Ernährung gewerblich“ mit dem die Einrichtung für die Bandbreite des Themas begeistern will. Nach dem Start des neu eingerichteten Zweigs an der Gewerbeschule (GWS) des Landkreises Lörrach im Sommer 2012 zogen die Verantwortlichen jetzt Bilanz über den Schulgang, in dem sich gerade der zweite Jahrgang ausbilden lässt. Dass die Schülerinnen und Schüler schon einiges gelernt haben, demonstrierten sie jetzt mit einem schmackhaften Dreigänge-Mittagsmenü für Landrätin Marion Dammann, den Leiter des Referats für Berufliche Schulen beim Regierungspräsidium Freiburg, die Schulleitung und Vertreter der Handwerksinnungen. Ums „schmackhaft machen“ geht es hier aber nicht nur beim Thema Essen an sich, sondern ist auch das Prinzip für das Bewerben von neuen Schülern, die es für das Lebensmittelhandwerk zu gewinnen gilt. Denn die bunt gemischte Branche von der Bäckerei über den Hotelbetrieb bis zum Catering-Service braucht dringend Nachwuchs. „Wir haben eine

Schlüsselrolle dabei, jungen Menschen diese Berufe schmackhaft zu machen“, betonte Ulrich Grebien, Leiter der Gewerbeschule. Gerade wenn Schülern die Orientierung dafür fehle, was beruflich zu ihnen passen könnte, habe man gute Chancen, den einen oder anderen für eine Arbeit zu begeistern, deren Attraktivität vorher nicht bekannt war.

Paradebeispiel hierfür ist der 15-jährige Kenan Jakob, angehender Koch: „Ich hatte früher keinen besonderen Hang zum Kochen. Aber seit dem Betriebspraktikum durch die Schule habe ich gemerkt, wieviel Spaß ich dabei habe.“ Inzwischen hat er seinen Vertrag mit einem Ausbildungsbetrieb in der Tasche. „Die Jugendlichen und ihre Individualität stehen an dieser Schule im Mittelpunkt, das ist nicht selbstverständlich“, lobte Thomas Hecht, Leiter des Referats Berufliche Schulen beim RP Freiburg, die engagierte Lehrerschaft in Zusammenarbeit mit den Betrieben.

Vom Prinzip der einjährigen Berufsfachschule profitieren auch die Betriebe und Unternehmen, bei denen die angehenden Bäcker, Metzger oder Hotelfachleute einmal pro Woche ihren Praxistag absolvieren. Im Unterschied zum kurzen Bewerbungsgespräch lernen sich beide Seiten gut kennen, bevor ein Vertrag unterschrieben wird. „Was den Zug an unserer Schule landesweit einzigartig



Koch-Fachlehrer Robert Burger, Bäckerei-Fachlehrer Werner Eiche, Fachlehrerin für Service, Benedicte Jäger von der Mathilde-Plank-Schule, Fleischerei-Fachlehrer Riccardo Abbate (v. l. n. r.) sowie die Schülerinnen und Schüler Sonja Buchmüller, Xenia Mursall und Timo Schulz (vorne)



Eifrig bei der Arbeit in der Schulküche: Riccardo Abbate, Fachlehrer für Fleischerhandwerk, die beiden Schüler Michael Emmi und Kenan Jakob sowie Robert Burger, Kochfachlehrer

macht, ist die Verbindung der einzelnen Berufe untereinander, in die man hineinschnuppern kann“, erklärt Robert Burger, Kochfachlehrer. Das mache Sinn, da die Berufe im Bereich der Nahrungsmittel zunehmend Schnittstellen untereinander haben.

Das Jahr an der Berufsfachschule vermittelt die Inhalte des ersten Ausbildungsjahres, die alle Lernfelder abdecken. Beim Konditor, der Servicekraft oder dem Fleischer gehören Themen wie Hygiene, Arbeitssicherheit oder Ernährungslehre gleichermaßen zum Grundlagenwissen. Erst ab dem zweiten Jahr findet die Separierung statt. Ist ein Ausbildungsmeister besonders zufrieden mit den Leistungen eines Lehrlings, ist auch eine Lehrzeitverkürzung möglich. Und im Anschluss gebe es zahlreiche Weiterentwicklungsmöglichkeiten, betont Joachim Lederer, Obermeister der Fleischer-Innung, gibt aber zu bedenken: „Die Karrierechancen in der Nahrungsmittelbranche sind leider noch viel zu wenig bekannt.“ Die kooperierenden Ausbildungsbetriebe sehen in der Fachschule ebenfalls eine gute Chance, junge Leute für das Metier der Lebensmittelbranche zu begeistern, bestätigen Mike Kiefer, Vorsitzender

des Hotel- und Gaststättenverbands, und Bernhard Schmidt, stellvertretender Obermeister der Bäcker-Innung.

**Kaufmännische Schule Heidenheim
ist Fairtrade-School – Erste berufliche
Schule in Baden-Württemberg
mit dieser Auszeichnung**

Mit dem Start der Fairtrade-Schools-Kampagne in Baden-Württemberg auf der Messe „Fair Handeln“ in Stuttgart wurde die Kaufmännische Schule von Kultusminister Andreas Stoch und TransFair-Geschäftsführer Dieter Overath als Fairtrade-School ausgezeichnet. Die Kaufmännische Schule ist damit die erste berufliche Fairtrade-Schule in Baden-Württemberg.

Als Fairtrade-School steht die Kaufmännische Schule in Trägerschaft des Landkreises Heidenheim, der selbst 2013 als erster Fairtrade-Kreis in Baden-Württemberg ausgezeichnet wurde, für den fairen Handel. „Hier wird im Schulalltag aufgezeigt was nachhaltiger Konsum mit unserem Leben zu tun hat“, so Dezernent Roland Fuchs, der zusammen mit stellvertretendem Schulleiter Stefan Bader, Lehrer Herbert Fässler und dem

Schulteam die Auszeichnung entgegennahm. Mit dieser Auszeichnung werde das Engagement für den Fairen Handel und somit für Nachhaltigkeit und Regionalität bestätigt, so Fuchs. „Mit der Fairtrade-Auszeichnung haben wir eine Wurzel für die nachhaltige Entwicklung als Bildungsziel an unserer Schule gesetzt“, freute sich auch Bader.

Erstmals getroffen hatte sich das Fairtrade-Team der Kaufmännischen Schule Heidenheim bereits im September 2013. Ideen vom Fairtrade-Kuchenverkauf bis zum Fairtrade-Fußballturnier gab es schon damals jede Menge. Ziel war es, so viele Fairtrade-Produkte wie möglich anzubieten, das Thema Fairer Handel in den Unterricht zu bringen und auch bei Veranstaltungen außerhalb des Unterrichts in den Vordergrund zu stellen. Mit der Gründung eines Fairtrade-Schulteams und der Erstellung eines Fairtrade-Kompasses zur Festlegung der Ziele wurden gleichzeitig die ersten Kriterien auf dem Weg zur Fairtrade-School erfüllt. Hinzu kamen als Voraussetzungen für die Anerkennung der Verkauf und Verzehr von fair gehandelten Produkten an der Schule, die Behandlung des Themas im Unterricht und mindestens einmal jährlich eine Schulaktion zum Thema Fairtrade.

„Mit der Auszeichnung ist die Kaufmännische Schule nun zugleich die 50. Fairtrade-School in Deutschland. Gleichzeitig nimmt sie als erste berufliche Fairtrade-School in Baden-Württemberg eine Vorreiterrolle ein – ebenso wie schon der Landkreis, der im vergangenen Jahr den Titel Fairtrade-Kreis erhielt“, betont Landrat Thomas Reinhardt, der hofft, dass auch noch die anderen Schulen bald diesem Beispiel folgen werden. „Im Landkreis Heidenheim übernehmen zahlreiche Akteure in diesem Bereich Verantwortung und tragen damit dazu bei, das Bewusstsein für fair gehandelte Produkte zu stärken. Darauf können wir stolz sein“, so Reinhardt. Die beiden Großen Kreisstädte Heidenheim und Giengen sind als Fairtrade-Städte



Kultusminister Andreas Stoch überreichte den Vertretern der Kaufmännischen Schule Heidenheim, darunter Schüler sowie Lehrer Herbert Fäßler und stellvertretender Schulleiter Stefan Bader, das Fairtrade-Banner samt Auszeichnungen.

anerkannt und das Hellenstein-Gymnasium war die erste allgemeinbildende Fairtrade-School in Baden-Württemberg. Hinzu kam 2013 der Landkreis und nun die Kaufmännische Schule.

Schülerinnen der St. Elisabeth Realschule im Bodenseekreis gewinnen Preis beim Wettbewerb „Be Smart – don't Start“

26 Schülerinnen der Klasse 6a der St. Elisabeth Realschule haben beim Kreativwettbewerb „Be Smart – Don't Start“ mitgemacht und unter den teilnehmenden 48 Schulklassen in Baden-Württemberg einen Preis gewonnen. Diesen Preis konnte die Klasse gemeinsam am 1. Juli 2014 beim Regierungspräsidium in Stuttgart entgegennehmen. „Es freut mich sehr, dass die Klasse sich so kreativ mit dem Thema Rauchen auseinandergesetzt hat und dieses Vorgehen auch dokumentiert hat. Sie haben gezeigt, dass es ohne Rauchen geht, zudem Geld gespart und Gesundheit gewonnen“, so Gabriele Schenk, Beauftragte für Suchtprophylaxe im Landratsamt Bodenseekreis.

Beim Wettbewerb „Be smart – don't Start“ ging es darum, Schülerinnen und Schülern einen Anreiz zu geben, gar nicht mit dem Rauchen anzufangen. Zielgruppe waren somit besonders die Klassen, in denen noch nicht geraucht wird oder nur wenige Schüler rauchen. Die Regel des Wettbewerbs war einfach: Die teilnehmenden Klassen verpflichteten sich ein halbes Jahr lang nicht zu rauchen. Zudem führten die beteiligten Klassen auch künstlerische Beiträge durch. Dazu gehörten zum Beispiel Videos, Songs oder Gedichte zum Nicht-rauchen.



Mit ihrem eigenen Cup-Song-Rap gewannen die Schülerinnen der Klasse 6 a der St. Elisabeth Schule den Kreativwettbewerb „Be Smart – Don't Start“.

Kultur

Kreisjugendorchester feiert kleines Jubiläum – Zur 5. Auflage sind Konzerte in Bad Mergentheim und Boxberg geplant

Das höchst erfolgreiche Kreisjugendorchester Main-Tauber tritt in diesem Jahr bereits zum fünften Mal zusammen. Nach einer Arbeitsphase vom 5. bis 12. September 2014 in der Musikakademie Schloss Weikersheim werden zwei öffentliche Konzerte am Samstag, 13. September 2014, um 19.30 Uhr in der Schlosskirche Bad Mergentheim und am Sonntag, 14. September 2014, um 18 Uhr in der Großsporthalle Boxberg stattfinden. Ab sofort besteht für junge Musikerinnen und Musiker zwischen 13 und 20 Jahren die Möglichkeit, sich für das Kreisjugendorchester anzumelden. Unter anderem sämtliche öffentlichen Musikschulen und Musikvereine im Main-Tauber-Kreis erhalten in diesen Tagen aktuelle Falblätter mit allen Informationen und der Möglichkeit zur Anmeldung.

„Ich bin stolz und glücklich über das kleine Jubiläum des Kreisjugendorchesters“, sagte Landrat Reinhard Frank am Mittwoch bei einem Pressegespräch im Landratsamt Main-Tauber-Kreis in Taubertalbischheim. Die Initiative wird gemeinsam von der Jeunesses Musicales

Deutschland und dem Main-Tauber-Kreis getragen. Die Entscheidung des Kreistages, das Kreisjugendorchester jährlich mit 10 000 Euro zu unterstützen, sei wichtig und richtig gewesen. „Damit wurde ein wesentlicher Beitrag geleistet, um die Spitze unseres musikalischen Nachwuchses zu fördern.“

Das Kreisjugendorchester besteht regelmäßig aus den besten Jungmusikern des Kreises, die sich in der letzten Sommerferienwoche treffen und gemeinsam proben. In den vergangenen Jahren hat sich gezeigt, dass jeweils bis zu 80 Prozent der Vorjahresbesetzung wieder dabei sind. Für das 5. Kreisjugendorchester wird ein ähnlich hoher Wert erwartet. Aufgrund der stets hohen Nachfrage werden, wenn notwendig, Probevorspiele angesetzt. Außerdem können die jeweiligen Musiklehrer vorab die Noten einsehen. Sie könnten oft am besten beurteilen, ob ihre Schüler den Anforderungen im Kreisjugendorchester gewachsen sind. Für die Arbeitsphase in der Musikakademie Schloss Weikersheim stehen wieder hochkarätige Dozenten zur Verfügung.

Das Programm bilden in diesem Jahr die „Rhapsody über moldawische Volksthemen“ op. 47/1 von Mieczyslaw Weinberg, die „Concertone für zwei Violinen und Orchester“ in C-Dur von Wolfgang Amadeus Mozart und die „Sinfonie Nr. 2“ d-Moll von Carl Loewe. Als Dirigent wurde in diesem Jahr erstmals Martin Lentz gewonnen. Er ist Leiter des Jugendorchesters der Musik- und Kunstschule Jena, Dirigent der Stüba-Philharmonie Thüringen sowie Leiter der Jugendorchester Bremen-Mitte und Bremen-Nord.

Die Leiterin der Musikakademie Schloss Weikersheim, Denise Hartmann, berichtete von „großartigen Rückmeldungen“ auf die ersten vier Auflagen des Kreisjugendorchesters: „Das ist eine tolle Sache nicht nur für die Jugendlichen, sondern auch für alle, die im Main-Tauber-Kreis musikalische Ausbildung betreiben, für Jugendmusikschulen

genau wie für Vereine und Privatlehrer.“ Im Kreisjugendorchester könnten die Musikschüler sich „noch etwas strecken“ und musikalische Erfahrung in einem großen Orchester sammeln. Die Arbeitswoche liegt bewusst auch noch in den Sommerferien, um jede Konkurrenz zu Musikschulen und -vereinen auszuschließen.

Eine wichtige Voraussetzung für das Gelingen des Kreisjugendorchesters ist wiederum das Sponsoring. Der Direktor der Bronnbacher Akademie, Jörg Hasenbusch, hat wiederum die Verantwortung für diesen Bereich übernommen und spricht wieder zahlreiche Unternehmen und Privatpersonen an. „Mit ihrem Beitrag können die Sponsoren einen ganz wertvollen Beitrag für die musikalische Spitzenförderung und das kulturelle Leben im Main-Tauber-Kreis leisten. Ich bin sicher, dass es wieder gelingen wird, viele Förderer für dieses großartige Projekt zu gewinnen.“

Weitere Informationen gibt es im Internet unter www.jeunessesmusicales.de in der Rubrik Jugendorchester.

Jugend

INFORMA – Ausbildung italienischer Jugendlicher im Ostalbkreis

Das Projekt INFORMA soll Jugendlichen aus der italienischen Partnerprovinz Ravenna eine berufliche Ausbildung im Ostalbkreis ermöglichen. Die Landkreisverwaltung in Aalen ist Ideengeber und Koordinator des Projektes, das mit Hilfe der Agentur für Arbeit in Aalen und weiteren Akteuren umgesetzt und durch europäische Förderprogramme finanziert wird.

Die Jugendarbeitslosigkeit in Italien liegt aktuell bei über 40 Prozent. Dieser rekordverdächtige Wert war im Mai 2013 Ausgangspunkt eines intensiven Gesprächs zwischen Vertretern der Provinz Ravenna und der Landkreisverwaltung Ostalb. Die Ausbildungsstrukturen der

beiden Länder wurden verglichen, die Vorteile des dualen Systems diskutiert und die Arbeitslosenrate in Italien dem Fachkräftemangel in Deutschland gegenübergestellt. Die Italienreise endete mit einem gemeinsamen Ziel und einer neuen Aufgabe für die langjährige Partnerschaft: italienischen Jugendlichen berufliche Perspektiven im Ostalbkreis zu bieten.

Es folgten Gespräche mit der Agentur für Arbeit Aalen, der Industrie- und Handelskammer, der Kreishandwerkerschaft und den Beruflichen Schulen des Landkreises. Strukturen und Netzwerke wurden aufgebaut, die Finanzierung über EU-Programme vorbereitet und der Kontakt zur Provinzverwaltung in Ravenna intensiviert. Der Verlauf des Projektes sollte klar geregelt, die Zuständigkeiten auf mehrere Schultern und professionelle Einrichtungen verteilt und so der Erfolg für jeden Teilnehmer ermöglicht werden. Im Gegensatz zu ähnlichen Aktionen einzelner Partnerstädte beschränkt sich das Projekt auf die Ausbildung italienischer Jugendlicher ohne beruflichen Abschluss und Perspektive. INFORMA bringt italienische Jugendliche über eine „formazione“ (Ausbildung) im Ostalbkreis für den deutschen Arbeitsmarkt „in Form“.

Zur weiteren Vorbereitung des Projektes besuchte im Juli eine Delegation der Provinz Ravenna den Ostalbkreis, um beispielhafte Ausbildungsstätten zu besichtigen. Nach der Ausschreibung des Projektes und der Auswahl der Jugendlichen wird bereits im Januar und Februar 2015 ein vorbereitender Deutschsprachkurs in Italien stattfinden. Es folgen ein zweimonatiges Praktikum mit einmonatigem Sprachkurs in Vollzeit oder Teilzeit von April bis Juni 2015 sowie die dreijährige Ausbildung mit berufsbezogenem Sprachkurs ab September 2015. Ziel des Projektes ist neben dem erfolgreichen Abschluss der Ausbildung auch die Integration aller Teilnehmer und die anschließende Weiterbeschäftigung im Ostalbkreis.

Krankenhaus – Gesundheit

Erstes Kreisstrukturgespräch im Landkreis Böblingen

Thema: „Krankenhausversorgung – wohin geht die Reise?“

Der Wandel in der Krankenhauslandschaft erfordert neue Formen der Gesundheitsversorgung im Landkreis Böblingen. Am 7. April 2014 fand ein Kreisstrukturgespräch zum Thema: „Krankenhausversorgung – wohin geht die Reise?“ im Kaufmännischen Schulzentrum Böblingen statt. Aus verschiedenen Blickwinkeln diskutierten Landrat Roland Bernhard, die Geschäftsführung des Klinikverbundes Südwest (KVSU) und örtliche und bundesweit agierende Vertreter aus dem Gesundheitsbereich über die Bedingungen und Veränderungen in der Krankenversorgung in Deutschland. Am 7. April findet in jedem Jahr der Weltgesundheitstag statt. Er macht jährlich auf ein Gesundheitsthema von globaler Relevanz aufmerksam. Im Jahr 2014 stehen vektorübertragene Erkrankungen im Mittelpunkt der weltweiten Aktivitäten.

Der Landrat begrüßte die Teilnehmenden mit den einführenden Worten: „Das Thema Krankenhäuser ist in aller Munde und wir sind uns unserer Verantwortung bewusst. Daseinsvorsorge – dazu gehört auch die wohnortnahe Versorgung der Menschen, das ist Aufgabe des Landkreises, die wir im Klinikverbund Südwest wahrnehmen. Dass wir unsere Sache gut machen zeigt eine repräsentative Umfrage. Wir wissen außerdem, dass die Bürger den kommunalen Trägern mehr zutrauen. Diesem Großen Vertrauen wollen wir gerecht werden und den Bürgern auch weiterhin eine Medizin auf qualitativ höchster Ebene zur Verfügung stellen.“

Der Kreistag des Landkreises Böblingen beabsichtigt einen politischen Stufenbeschluss für ein Medizinkonzept für die Krankenhäuser im KVSU zu fassen.

Hauptpunkt der Konzeption ist eine verbundweite arbeitsteilige Abstimmung zwischen den Krankenhausstandorten Böblingen, Sindelfingen, Herrenberg, und Leonberg, aber auch Calw und Nagold, die ebenfalls zum KVSU gehören. Dadurch wird sowohl die wohnortnahe Versorgung der Bevölkerung mit Notfall- und Basisleistungen sichergestellt, als auch spezialisierte Schwerpunktleistungen zentral erbracht. Das Modell soll eine hochwertige medizinische Versorgung anbieten und parallel die Standorte in Leonberg und Herrenberg langfristig für eine ortsnahe Versorgung absichern.

Die Gefäßchirurgie am Standort Leonberg solle auch bis zur Inbetriebnahme eines möglichen Neubaus in Leonberg belassen werden. Bis zur Umsetzung gingen also noch einige Jahre ins Land. Landrat Bernhard erläuterte: „Das Sozialministerium erwartet von uns die Darstellung der Strukturen, mit denen sich der Klinikverbund für die Zeit nach einem möglichen Neubau einer gemeinsamen Klinik aufstellen will – sozusagen das Zielfoto 2020.“ In einer gemeinsamen Klinik auf dem Flugfeld müsse man auch die Gefäßchirurgie im Portfolio haben. Dies sei für ihn auf der Zeitschiene aber als zeitlich letzter Baustein gesetzt. In Leonberg solle versucht werden, in der Altersmedizin und Akutgeriatrie herauszuragen. Gefragt seien kreative Ideen einer Profilierung im Rahmen der Basisversorgung.

Das Kreisstrukturgespräch wurde von der Gesundheitskonferenz im Landkreis Böblingen organisiert und ist ein Glied in einem breit angelegten Beteiligungsprozess. Es soll eine Plattform schaffen, Akteure im Gesundheitswesen zu vernetzen und die Diskussion über die Weiterentwicklung der ambulanten und stationären Versorgung voranzubringen. „Wir sind nicht der einzige Kreis, den die Krankenhausversorgung vor Probleme stellt. Bund und Land sind gefordert, für eine auskömmliche Krankenhausfinanzierung zu sorgen. Die Verantwortung

kann nicht komplett auf die kommunale Familie abgewälzt werden“, macht der Landrat deutlich.

„Wir wollen den Fokus heute auf die Gesundheitsversorgung im Allgemeinen legen, insbesondere auf die Verzahnung von ambulanter und stationärer Versorgung.“ Der Abend bot eine außergewöhnliche Möglichkeit, den Blick von außen in den Landkreis zu richten und mit ausgewiesenen Fachleuten in den Austausch zu treten, leitete der Moderator, Professor Ortwin Renn zum Vortrag von Dr. Thomas Koch über, einem seit mehr als 30 Jahren im Krankenhausbereich tätigen Gesundheitsexperten. „Die Bevölkerung altert, wir haben immer mehr kranke Menschen, die Kosten steigen stärker als die Erlöse – der Krankenhausmarkt befindet sich im Umbruch“, knüpfte Koch an die bundesweite Situation der Krankenhäuser an. Der Experte sprach zu Beginn die Wichtigkeit von Informations- und Medizintechnik an, die Grundvoraussetzung für Qualität und Wirtschaftlichkeit darstellt. Wonach also entscheidet sich ein Patient für ein Krankenhaus? „Sichtbar sind Faktoren wie nettes Pflegepersonal, ein angenehmes Zimmer und gutes Essen. Vieles und sehr Wesentliches liegt im Verborgenen. Qualitätsergebnisse, schonende Behandlungsverfahren, die Einbindung von Experten und qualifizierte Mediziner sind dabei nur wenige Beispiele.“ Koch sprach sich dafür aus, medizinische, organisatorische und technische Strukturen harmonisch abzustimmen und konsequent und stringent verbundweit zentral zu organisieren. „Das Medizinkonzept ist die entscheidende Basis – es bleibt eine große Kraftanstrengung für alle Beteiligten. Der KVSU befindet sich auf einer spannenden Reise in eine besser aufgestellte Versorgungszukunft.“ Bei der anschließenden Podiumsdiskussion ging Dr. Elke Frank, Geschäftsführerin Klinikverbund Südwest, auf die strukturellen und finanziellen Probleme des Klinikverbundes und die Fragen aus dem Publikum ein. „Die derzeit mitunter

verzerrte Außendarstellung lenkt in der Wahrnehmung der Bürger von unserer wichtigsten Aufgabe und Botschaft ab: Wir verfügen über hervorragendes Personal, das eine qualitativ hochwertige Medizin für die Bürger erbringt. Um uns für die Zukunft zu rüsten und diesen Service auf höchster medizinischer Ebene zu bieten sehe ich nur einen Weg: Die standortübergreifende Zusammenarbeit von Abteilungen in Form der Bildung von Zentren.“

Christian Kratzke, von der AOK Stuttgart-Böblingen, bezog Stellung aus Sicht der Krankenkassen zu Finanzierungsfragen und Dr. Hans Joachim Rühle, Allgemeinarzt und Vorsitzender der Kreisärzteschaft Böblingen, brachte die Veränderungen der letzten Jahre aus Sicht der Hausärzte ein. „Im Landkreis können wir noch auf eine gute Versorgungssituation der niedergelassenen Ärzteschaft bauen. Damit haben wir eine gute Ausgangssituation und wollen diese, im Sinne der Bürgerinnen und Bürger, weiter stabilisieren“, ergänzte Bernhard.

Masterplan für die bauliche Weiterentwicklung der Kliniken des Landkreises Karlsruhe beschlossen

Um Klarheit über die bauliche Weiterentwicklung an den Kliniken des Landkreises Karlsruhe und die Finanzierung zu haben, hat der Kreistag in seiner Sitzung vom 22. Mai 2014 einen Masterplan beschlossen: 125 Millionen Euro fließen demnach vom Zeitraum 2014 bis 2018 in die Fürst-Stirum-Klinik Bruchsal und die Rechbergklinik Bretten. Grundlage ist das sogenannte „einheitliche Plankrankenhaus“ mit den darin entwickelten Schwerpunkten an den beiden Standorten Bruchsal und Bretten.

In Bruchsal begannen die Optimierungen mit der bereits in Betrieb genommenen neuen zentralen Notaufnahme für knapp 5 Mio. Euro, die vom Land mit 2 Mio. Euro gefördert wurde. Für 3 Mio. Euro wurde der Brandschutz verbessert und ein

Blockheizkraftwerk für 3,5 Mio. Euro gebaut. Im vollen Gang ist die Erweiterung des C-Baus, wo zusätzliche Untersuchungs- und Behandlungsbereiche für die Innere Medizin, Kardiologie und Neurologie entstehen und der die räumlichen Voraussetzungen schafft, die Medizinische Klinik langfristig in zwei Einheiten mit den Schwerpunkten Gastroenterologie und Kardiologie/Angiologie aufzuteilen. 12 Mio. EUR betragen hier die Kosten. Bereits im Juni soll Richtfest sein; der Bezug ist Anfang 2015 vorgesehen. An Stelle des jetzigen Wirtschaftsgebäudes Ost soll ein Neubau G entstehen, wo die Apotheke, Funktions- und Untersuchungsräume der Urologie, die Frauenklinik und die Klinik für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie untergebracht werden. Die Kosten belaufen sich auf ca. 22 Mio. Euro. Nach Fertigstellung werden die Gebäudeteile E und D abgebrochen und durch einen Funktionsbau mit neuen Operationsälen ersetzt, der mit knapp 30 Mio. Euro eingeplant ist. Den Abschluss machen dann Sanierungen der Bauten B und F mit ca. 12 Mio. Euro.

Die Rechbergklinik Bretten wird für rund 50 Mio. Euro komplett neu gebaut, wobei die Planung dahingehend weiterentwickelt wurde, dass die Intensivstation nun im kompakten neuen Klinikbau integriert wird und keine bauliche Verbindung an den zuletzt gebauten Trakt aus dem Jahr 2003 stattfindet, was unter anderem eine Verkürzung der Bauzeit bedeutet. Die Bauarbeiten für Freimachung des Baufelds und der neuen Zufahrtsstraße haben bereits begonnen und sollen im 4. Quartal abgeschlossen werden. Noch in diesem Jahr ist der Spatenstich für den Neubau geplant. Landrat Dr. Christoph Schnaudigel teilte zudem mit, dass der Neubau in Bretten zu einem Musterhaus für ein ökologisches Krankenhaus werden solle. Auch bei den hygienischen Standards will die Holding neueste Erkenntnisse in den Neubau einfließen lassen. Vielleicht, so der Landrat, sei es möglich hierdurch

zusätzliche Fördermittel zu bekommen. Nach der Betriebsaufnahme, die im 1. Quartal 2017 vorgesehen ist, kann der im Jahr 2003 erbaute Gebäudeteil als künftiges Ärztehaus genutzt und das derzeitige Krankenhaus abgebrochen werden.

Auf 125 Mio. Euro belaufen sich die geplanten Investitionen, wobei eine durchschnittliche Landesförderung von 40 % eingeplant ist. Hinzu kommt der Finanzierungsbedarf von Altschulden, die sich auf 22,8 Mio. Euro belaufen. Der Finanzierungsbedarf der Kliniken wird ab dem Jahr 2014 durch einen Finanzierungsbeitrag von 6 Mio. Euro pro Jahr vom Landkreis Karlsruhe sichergestellt.

Gesund mit allen Sinnen – Gesundheitstag von Landratsamt und Sparkasse im Solpark

Nur gesunde Mitarbeiter können effizient arbeiten. Prävention und Sensibilisierung für das Thema Gesundheit sind daher ständiges Bestreben des betrieblichen Gesundheitsmanagements. In diesem Rahmen haben die Sparkasse Schwäbisch Hall-Crailsheim und das Landratsamt in diesem Jahr erstmals in Kooperation einen Gesundheitstag für ihre Mitarbeiter auf die Beine gestellt.

„Gesundheit wird so lange als selbstverständlich angesehen, wie wir sie besitzen.“ Mit diesen Worten begrüßte Landrat Gerhard Bauer beim Gesundheitstag im Dienstleistungszentrum der Sparkasse Schwäbisch Hall-Crailsheim die Besucher und regte vermutlich den einen oder anderen Zuhörer zum Nachdenken an. Die Gesundheit als zentraler Faktor für den Erfolg der Dienstleistungsunternehmen steht vor allem im Hinblick auf eine immer älter werdende Gesellschaft verstärkt im Fokus. Das gilt sowohl für das Landratsamt als auch für die Sparkasse Schwäbisch Hall-Crailsheim. Veranstaltete Letztere ihren Gesundheitstag in der Vergangenheit ausschließlich für ihre Mitarbeiter, so



Das Foto zeigt die Teilnehmer des Gesundheitstages bei der Eröffnung mit Landrat Gerhard Bauer und Sparkassenvorstand Thomas Lützelberger.

profitierten dieses Jahr erstmals alle Beteiligten von einer Kooperation.

„Ich finde dieses gemeinsame Projekt prima, zumal wir auch in anderen Bereichen bereits erfolgreich zusammenarbeiten“, so der Vorstandsvorsitzende der Sparkasse Thomas Lützelberger.

Die gemeinsame Veranstaltung im Solpark konnte in größerem Rahmen und durch das vielseitige Angebot punkten, welches nicht zuletzt auch aufgrund der guten Verbindung zur Barmer GEK möglich war:

Verschiedene Vorträge von Ernährungsexperten und Osteopathen luden zum Zuhören ein, die anwesenden Betriebsärzte boten eine Überprüfung des Sehvermögens und in den zahlreichen Workshops konnten die Teilnehmer selbst aktiv werden. Auch für einen gesunden Snack zwischendurch war mit der Saftbar und dem Salatbuffet gesorgt. Neben dem Sinnesparcours mit verschiedenen Rauschbrillen war das Showboxen mit Weltmeister und Olympiasieger Torsten May das Highlight des Tages. In seinem, den Tag abschließenden, Vortrag gab er Tipps aus seiner Sportlerlaufbahn wie man sich nach persönlichen Rückschlägen wieder neu motiviert und auf Erfolgskurs bringt. Er

spannte hierbei perfekt den Bogen zum Berufsleben, sodass jeder Mitarbeiter daraus etwas für sich mitnehmen konnte. Rege genutzt wurde auch das „Spenden-Fahrrad“. Der Erlös, den die freiwilligen Radler zusammenradelten, wurde von der Sparkasse auf insgesamt 500,- Euro aufgerundet. Dieser geht nun in gleichen Teilen an den Kindergarten der Fröbelschule in Ellrichshausen und an das neue Projekt „städtische Kindertagesstätte“ der Stadt Schwäbisch Hall. Im ersten Gesundheitstag im großen



Rahmen war das Fazit einstimmig: Die Zusammenarbeit hat sich vor allem für die Teilnehmer des Gesundheitstages absolut gelohnt.

Tourismus

Auf Entdeckungsreise mit dem Wohnmobil – neue Panoramakarte mit Themenrouten und Stellplatzverzeichnis

Einfach spontan übers Wochenende wohin fahren – das ist einem Wohnmobil ganz einfach möglich. Die neue Panoramakarte für die Regionen Heilbronner Land, Hohenlohe + Schwäbisch Hall, Rems-Murr-Kreis und Ostalbkreis im Maßstab 1:160 000 bietet neben einem Stellplatzverzeichnis sechs ausgewählte Themenrouten (Fachwerk und Stadtkultur, Limes und Römer, Regional genießen, Kinder und Familie, Burgen, Schlösser und Klöster, Kur und Bäder), auf denen sich die abwechslungsreiche Landschaft mit ihren Sehenswürdigkeiten und Attraktionen „erfahren“ lässt.

Begleitend zur Karte und als „Bonbon“ gibt es einen „Wohnmobilpass Fahren & Sparen“ mit 24 attraktiven Vergünstigungen entlang der Themenrouten.

Den Landkreis Schwäbisch Hall entdecken – auch 2014 wieder Bustouren für Bürgerinnen und Bürger

Die zum 40-jährigen Landkreisjubiläum letztes Jahr ins Leben gerufene Aktion wird fortgesetzt. Im Juni und Juli 2014 werden wieder geführte Bustouren für Bürgerinnen und Bürger des Landkreises angeboten, die Lust darauf machen sollen, den eigenen Landkreis besser kennenzulernen und Neues zu entdecken.

In dem jetzt vorliegenden Faltblatt zu den Bustouren werden drei Tagestouren vorgestellt: Tour 1 „Entlang der Kaiserstraße“ führt auf der historischen Reiseroute von Satteldorf bis zum Schrozberger Rosenmarkt durch den nördlichen Landkreis. Unter dem Titel „Hoch hinaus im Süden“ stehen unter anderem Burgen und Türme von Vellberg bis Sulzbach-Laufen auf dem Programm. Tour 3 „Schwäbisch Hall und Umgebung“ lädt dazu ein, mehr über die Große Kreisstadt Schwäbisch Hall und Nachbargemeinden zu erfahren.

„Ich freue mich sehr über die positive Resonanz und die große Nachfrage, die das neue Angebot im letzten Jahr erhalten hat“, so Landrat Gerhard Bauer. „Die attraktive Mischung aus Sehenswürdigkeiten, herrlicher Landschaft, Erlebnisgastronomie, führender heimischer Wirtschaft, vielen Informationen, bester Unterhaltung und der guten Stimmung unter den Teilnehmern machte die Touren zu einem ganz besonderen Erlebnis. Wir hoffen, auch dieses Jahr wieder, viele Bürgerinnen und Bürger damit ansprechen und Appetit darauf machen zu können, den Landkreis Schwäbisch Hall näher zu erkunden – ob auf einer dieser Touren oder auch bei ganz privaten Ausflügen mit Familie und Freunden.“

Wie schon im letzten Jahr, arbeitet die Landkreisverwaltung bei diesem Angebot wieder mit dem ReiseService Vogt aus Schrozberg zusammen, der die organisatorische Durchführung der Fahrten übernimmt. Mit dem Preis pro Person

und Tour in Höhe von 59 Euro hält sich die Teilnahme wieder in einem erschwinglichen Rahmen.

Das Faltblatt mit den Bustouren, dem Programm und einer Anmeldekarte liegt in den Dienststellen des Landratsamts und in den Bürgermeisterämtern im Landkreis aus. Es ist im Internet abrufbar unter www.LRASHA.de.

Kirche und Tourismus sind im Taubertal verbunden – Angebote „Radwegkirchen“ und „Kirche am Weg“ entwickelt

Das „Liebliche Taubertal“ setzt bei der Fortentwicklung seiner touristischen Angebote neuerdings auch auf die Zusammenarbeit von Kirche und Tourismus. Hierzu wurden die Angebote „Radwegkirchen“ und „Kirche am Weg“ entwickelt.

Das „Liebliche Taubertal“ ist eine erlebenswerte Kulturlandschaft. Burgen, Schlösser, Klöster und Museen reihen sich wie Perlen an einer Schnur aneinandergereiht auf. Hinzu kommen die sehenswerten Gotteshäuser, die diesem Landstrich einen ganz besonderen Charakter verleihen. In diesen Kirchen gibt es auch viele Kunstwerke – zum Teil von internationalem Ruf und Rang – zu bestaunen. Beispiele hierfür sind die St. Jakobskirche in Rothenburg ob der Tauber und die Herrgottskirche in Creglingen mit ihren Altären von Tilman Riemenschneider. „Dies sind wohl die am besten erhaltenen und auch mit die eindrucksvollsten Werke dieses Künstlers“, sagt Geschäftsführer Jochen Müssig vom Tourismusverband „Liebliches Taubertal“. Sehenswert sind aber auch die Stadtkirchen in Weikersheim, Bad Mergentheim, Lauda-Königshofen oder Tauberbischofsheim. Dort gibt es auch Spuren von Jakobspilgern bzw. des Künstlers Thomas Buscher zu bestaunen. Besonders die Stadtkirche St. Martin in Tauberbischofsheim, die in diesem Jahr ihr 100-jähriges Bestehen feiert, und die Gamberger Ortskirche bieten Kunst-



Eingang der Radwegkirche in Werbach-Niklashausen: Kirche und Tourismus sind im Main-Tauber-Kreis und in der Ferienlandschaft „Liebliches Taubertal“ eng zusammengerückt. Im Rahmen dieser Zusammenarbeit können die Angebote „Radwegkirchen“ und „Kirche am Weg“ genutzt werden.

werke des von der Tauber kommenden Künstlers Thomas Buscher.

Informationen über diese kirchlichen Angebote und die Fahrradtour auf dem Radweg „Liebliches Taubertal – Der Klassiker“ wurden nun in dem touristischen Konzept „Radwegkirchen“ zusammengefasst. Radwegkirchen sind geöffnete Kirchen und mit einem bundesweit einheitlichen Signet gekennzeichnet. Es weist darauf hin, dass Radfahrer willkommen und dazu eingeladen sind, innezuhalten. Es werden Erfrischungsgetränke und Tipps für die weitere Radtour vorgehalten. Auch Fahrradparkplätze und Rastplätze werden angeboten.

Auf diese Weise wird in der Ferienlandschaft „Liebliches Taubertal“ die Zusammenarbeit von „Kirche und Tourismus“ vorangebracht. Fahrradfahrer finden in den Kirchen Texte zum Nachdenken, können Gebets- und Gästebücher nutzen oder eine Kerze entzünden und

dabei persönliche Anliegen vor Gott bringen. Über die Radwegkirchen und die Radtour „Liebliches Taubertal – Der Klassiker“ informieren Flyer, die beim Tourismusverband „Liebliches Taubertal“ erhältlich sind.

In die Zusammenarbeit „Kirche und Tourismus“ ist auch das Motto „Kirche am Weg“ eingebunden. Hierbei handelt es sich vor allem um Gottesdienste im Freien oder an besonderen Orten, die im Taubertalurlaub „auf dem Weg“ liegen. So wird beispielsweise im Juli 2014 in Kilsheim ein Waldgottesdienst, in Rothenburg ob der Tauber die Nacht der Riemenschneider-Kirchen und in Weikersheim ein Gottesdienst in der Schlosskapelle gefeiert. Ebenso sind Gottesdienste in Bad Mergentheim-Neunkirchen im Grünen auf dem Waldspielplatz und in Lauda-Königshofen-Messelhausen mit einer Wanderung vorgesehen. Am Sonntag, 20. Juli 2014, wird beispielsweise am Dittigheimer Wehr ein Taufgottesdienst an und in der Tauber gefeiert.

Die Veranstaltungen setzen sich von August bis Dezember fort. Hierüber informiert ebenfalls ein Flyer, der beim Tourismusverband „Liebliches Taubertal“ erhältlich ist.

Kreis Göppingen und Touristikgemeinschaft Stauferland e.V. unterzeichnen Kooperationsvereinbarung

Der Göppinger Kreistag beschloss 2013 die Umsetzung der Tourismuskonzeption für den Landkreis Göppingen und legte dadurch die Grundlage für eine von allen Seiten als erforderlich angesehene Professionalisierung des Tourismus. Mit dieser Professionalisierung sollen die bestehenden touristischen Strukturen in der Region gestärkt und ausgebaut sowie die vielfältigen Angebote besser vermarktet werden.

Um diese Aufgaben erfolgreich angehen zu können, stimmte am 21. März 2014 der Verwaltungsausschuss des Göppin-

ger Kreistages einstimmig für eine engere Kooperation zwischen dem Landkreis Göppingen und der Touristikgemeinschaft Stauferland e.V., die eine auf drei Jahre befristete Initial- und Anschubfinanzierung in Höhe von jährlich 25000 Euro bei Vorlage der Voraussetzungen durch den Landkreis Göppingen beinhaltet. In der Mitgliederversammlung der Touristikgemeinschaft Stauferland e.V. wurden am 21. November 2013 die notwendigen Beschlüsse von Seiten des Verbands ebenfalls einstimmig getroffen.

Im Rahmen eines Pressetermins im Wäscherschloss in Wäschensbeuren wurde diese Kooperationsvereinbarung am Dienstag, 17. Juni 2014, von Landrat Edgar Wolff und dem ersten Vorsitzenden der Touristikgemeinschaft Stauferland e.V. und Oberbürgermeister der Stadt Göppingen, Guido Till, unterzeichnet.

Till bedankte sich bei Landrat Wolff für die finanzielle Anschubhilfe, aber auch dafür, dass sich der Landkreis für eine Unterstützung beider auf Kreisgebiet agierenden Tourismusverbände, der Erlebnisregion Schwäbischer Albtrauf e.V. und der Touristikgemeinschaft Stauferland e.V., ausgesprochen hat. Es sei nun an der Zeit „volle Kraft voraus“ zu gehen und die „großartige Geschichte

des Stauerlandes und die Förderung des Tagestourismus“ weiter auszubauen, erläuterte Till weiter.

Auch Landrat Edgar Wolff sieht die touristische Entwicklung im gesamten Landkreis äußerst positiv: „Mittlerweile engagieren sich 86 Prozent der Städte und Gemeinden des Landkreises in einem der beiden Tourismusverbände. Allein seit dem Beschluss des Tourismusentwicklungskonzeptes im vergangenen Jahr haben sich elf Gemeinden für eine Mitgliedschaft in einem Tourismusverband entschlossen.“ Für diese positive Entwicklung sprechen auch die Übernachtungszahlen auf Kreisgebiet. Seit 2010 konnte die Anzahl an Übernachtungen um fast 15 Prozent auf 513.619 Übernachtungen im Kalenderjahr 2013 gesteigert werden. Die Bettenauslastung stieg im gleichen Zeitraum um 5 Prozentpunkte auf 33,4 Prozent. Wolff ist sicher, „dass sich das ‚touristische Trio‘, bestehend aus dem Tourismusförderer des Landkreises Holger Bäuerle, der Projektleiterin Isabell Noether von der Erlebnisregion Schwäbischer Albtrauf e.V. und dem neuen Geschäftsführer der Touristikgemeinschaft Stauferland e.V. Holger Siegle hervorragend ergänzen und eine gute gemeinsame Arbeit leisten wird.“



Die stellvertretenden Vorsitzenden Richard Arnold, Oberbürgermeister der Stadt Schwäbisch Gmünd, sowie Karl Vesenmaier, Bürgermeister von Wäschenbeuren, äußerten ebenfalls ihre Freude über die nun offizielle Kooperation von Landkreis und der Touristikkommunität Stauferland. Arnold betonte außerdem, dass die enge Zusammenarbeit des Landkreises Göppingen und des Ostalbkreises „nicht nur im Tourismus, sondern auch in anderen Bereichen, wie zum Beispiel in Verkehrs- und Bildungsbelangen, möglich sein könnte.“ Karl Vesenmaier zeigte den Anwesenden besonderen Reiz der einzigartigen Kulturlandschaft Stauferland auf und ergänzte, dass sich Touristen nicht an Kreisgrenzen orientieren, weshalb die kreisübergreifende Zusammenarbeit, wie sie im Stauferland schon seit Jahren praktiziert werde, eine wichtige Rolle spielt.

Im Zuge der Professionalisierung und Stärkung der touristischen Strukturen im Stauferland wurde zum 1. April 2014 der 33-jährige Holger Siegle aus Stuttgart als neuer hauptamtlicher Geschäftsführer der Touristikkommunität eingestellt. „Unser Ziel ist es, die bereits bestehenden guten touristischen Strukturen zu attraktiven, buchbaren Angeboten für Besucher zu bündeln. Mit Hilfe solcher Pakete fällt die Vermarktung einer so eindrucksvollen und vielseitigen Region wie dem Stauferland noch leichter“, sagte Siegle nach seiner offiziellen Vorstellung durch Guido Till. „Ich freue mich auf die Aufgabe, die mich in den kommenden Wochen und Monaten hier erwartet und bin voller Tatendrang“, betont Siegle weiterhin.

Landrat Bäuerle neuer Naturpark-Chef

Mit überwältigender Mehrheit haben die Mitglieder des Naturparkvereins Schwarzwald Mitte/Nord auf ihrer Mitgliederversammlung am 7. April 2014 in Bühl den Rastatter Landrat Jürgen Bäuerle zu ihrem neuen Vorsitzenden

gewählt. Bäuerle folgt Landrat Dr. Klaus Michael Rückert aus Freudenstadt. Rückert zog sich vom Naturparkvorsitz zurück, weil er im Januar zum Vorsitzenden des Nationalpark-Rats gewählt wurde.

„Es ist sinnvoll und besser für den Naturpark, wenn Naturparkvorsitz und Vorsitz im Nationalparkrat von unterschiedlichen Personen wahrgenommen werden“, begründete Rückert seine Entscheidung, die ihm nach eigener Aussage „nicht leicht“ gefallen ist.

„Der Naturpark war eine meiner schönsten Aufgaben“, betonte er in seinem Rechenschaftsbericht, in dem er auf drei Jahre Naturparkvorsitz zurückblickte.

Dabei zog er eine positive Bilanz und wies insbesondere auf die herausragenden touristischen Projekte wie den Naturpark-Radweg oder die Weiterentwicklung der Regionalvermarktungsprojekte, die unter seiner Regie vorangetrieben wurden, hin.

Insbesondere in der Regionalvermarktung sah er das wichtigste Thema des Naturparks in den letzten Jahren. „Mit den Naturpark-Genussmessen und den

Naturpark-Marktscheunen in Berghaupten und ab 2015 auch in Baden-Baden sind wir hier ein erhebliches Stück weitergekommen“, betonte Rückert.

Jürgen Bäuerle setzte in seiner Bewerbungsrede auf Kontinuität. „Wir müssen und werden den Naturpark nicht neu erfinden. Unser Naturpark hat seit der Gründung im Jahr 2000 sehr viel auf den Weg gebracht und wer mit offenen Augen in unserer Region unterwegs ist, kann unschwer die Ergebnisse der guten Arbeit erkennen“, stellte er heraus.

Der Nationalpark Schwarzwald war auf der Mitgliederversammlung des Naturparks ebenfalls ein wichtiges Thema. „Der Nationalpark wird auf die Arbeit des Naturparks ausstrahlen“, sind sich Rückert und Bäuerle einig. „Wichtig ist, dass beide Großschutzgebiete konstruktiv, partnerschaftlich und auf Augenhöhe zusammenarbeiten“, fügte Bäuerle hinzu.

Neben dem Stabwechsel beim Vorsitzenden, waren die Erhöhung der Mitgliedsbeiträge und die Verabschiedung des Maßnahmenprogramms 2014 inhaltliche Schwerpunkte der Mitglieder-



V. l. n. r.: Stellvertretender Vorsitzender Bürgermeister Klaus Mack (Bad Wildbad), Geschäftsführer Karl-Heinz Dunker, neuer Vorsitzender Landrat Jürgen Bäuerle (Rastatt), ehemaliger Vorsitzender Landrat Dr. Klaus Michael Rückert (Freudenstadt) und stellvertretender Vorsitzender Bürgermeister Siegfried Scheffold (Hornberg)

versammlung. Bei der Mitgliedsbeitrags-erhöhung folgten die Mitglieder dem Vorschlag des scheidenden Vorsitzenden Klaus Michael Rückert, die Mitgliedsbeiträge bis 2016 zu verdoppeln. „Wir alle wollen, dass der Naturpark weiter Impulse für unsere Region setzen kann. Dann lassen sie uns auch gemeinsam dafür sorgen, dass wir über die entsprechenden Finanzmittel verfügen“, begründete Rückert die Beitragserhöhung. Sowohl Rückert als auch Bäuerle bedankten sich bei den Mitgliedern für die Bereitschaft, den jährlichen Obolus in zwei Stufen deutlich zu erhöhen. Ab 2016 werden so immerhin gut 200 000 Euro jährlich an Mitgliedsbeiträgen in die Vereinskasse des Naturparks fließen.

Beim Maßnahmenprogramm 2014 verabschiedeten die Mitglieder eine im Vergleich zu den Vorjahren deutlich abgespeckte Fassung. Grund dafür sind die noch nicht erfolgten Umstellungen im Zusammenhang mit der neuen EU-Förderperiode 2014–2020. So wurden überwiegend eigene Projekte des Naturparks, Folgeprojekte bzw. bestimmte Einzelprojekte wie z. B. die pädagogischen Elemente beim Baumwipfel-Pfad in Bad Wildbad in das Maßnahmenprogramm aufgenommen. „Im nächsten Jahr können wir hier mit frischen Mitteln wieder durchstarten“, blickte Bäuerle in die Zukunft.

„Mit freundlichen Radlergrüßen“ – Bestandsaufnahme des ADFC zum Radverkehr im Landkreis Lörrach

Wo steht der Landkreis Lörrach bei der Förderung seines Radverkehrs? Antworten darauf könnte die neue Broschüre des Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Clubs (ADFC) Baden-Württemberg geben, in der der Verband die Qualität der Radverkehrsinfrastruktur in der Region bewertet. „Wir nehmen die Empfehlungen sehr gerne an, die mit Sicherheit unser Konzept ergänzen werden“, betonte der Erste Landesbeamte Walter Holderried bei der Übergabe der Bro-



Radverkehrsexperte des ADFC, Frank Zühlke (Mitte) überreicht dem Ersten Landesbeamten und Dezernatsleiter für Verkehr & Strukturpolitik, Walter Holderried (links) und der Radverkehrsbeauftragten des Landkreises, Leonie Wiesiollek, die neue Broschüre.

schüren durch Frank Zühlke, Infrastrukturbbeauftragter des Landesverbands. Zielgruppe der Bestandsaufnahme sind laut Zühlke lokale Entscheidungsträger und Verkehrsplaner. Generell solle durch die Aktion das Bewusstsein für den Radverkehr weiter sensibilisiert werden. Mit der Reihe „Radverkehr vor Ort“ hat der Landesverband des ADFC Radverkehrsinfrastruktur zahlreiche Städte und Landkreise aufgenommen und bewertet. Die Bestandsaufnahme aus Sicht von Alltagsradfahrern wird mit „freundlichen Radlergrüßen“ auch an die Kreisrätinnen und Kreisräte sowie die Gemeinden weitergegeben.

„Die Broschüre kommt zeitlich passend, denn gerade erst haben wir den über 1000 Maßnahmen umfassenden Katalog zum Radverkehrskonzept fertiggestellt, an dem der Landkreis seit einhalb Jahren arbeitet“, erklärt die Radverkehrsbeauftragte des Landkreises, Leonie Wiesiollek. Dieser wird jetzt den Gemeinden im Landkreis zur Prüfung übergeben. Bis zur Sommerpause sollen dann die Gespräche mit den Gemeinden zur Umsetzung dieser Maßnahmen erfolgt sein.

Der ADFC weist darauf hin, dass es in der Region noch viel Optimierungspotential gibt, so könnten zum Beispiel zahlreiche Einbahnstraßen für den Radverkehr geöffnet werden. Mögliche Befürchtungen anderer Verkehrsteilnehmer, dass die Maßnahmen zugunsten der Radlerinnen und Radler künftig Überhand nehmen könnten, zerstreut der ADFC-Experte vorweg: „Es gibt auch einige Stellen, wo die spezielle Auszeichnung von Radwegen gar nicht mehr nötig ist, etwa in Tempo-30-Zonen.“ Hierbei gibt der Erste Landesbeamte zu bedenken, dass nicht alle Straßen im Landkreis sich auch in dessen Trägerschaft befinden. Ziel bleibe aber, letztendlich ein zusammenhängendes und Gemeindegrenzen übergreifendes Netz zu haben. „Nicht nur weil sich das Radfahren seit einiger Zeit immer größerer Beliebtheit erfreut, hat das Thema bei uns einen sehr hohen Stellenwert, sondern weil es zu den Schwerpunkten der strategischen Ziele der Kreispolitik gehört“, betonte Holderried. In der Reihe „Radverkehr vor Ort“ wird die Situation des Radverkehrs in verschiedenen Kommunen Baden-Württembergs beleuchtet. Zunächst werden

nach und nach die Städte und Gemeinden und in einem weiteren Schritt die Landkreise vorgestellt, die Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundliche Kommunen Baden-Württemberg (AG-FK-BW) sind. Vergleiche zwischen den Kommunen sind nur bedingt möglich, da unterschiedliche Radfahrer an der Bewertung beteiligt waren. Die Broschüre „Radverkehr vor Ort – Landkreis Lörrach“ ist im Internet unter www.adfc-bw.de/verkehr/radverkehr-vor-ort herunterladbar.

SCULPTOURA im Landkreis Böblingen – Skulpturenpfad auf dem Museumsradweg von Grafenau-Dätzingen bis Waldenbuch

Von Sommer 2014 bis Herbst 2015 wartet ein ganz besonderes Erlebnis auf alle Bürgerinnen und Bürger sowie alle Gäste des Landkreises Böblingen. Auf einer Teilstrecke des Museumsradwegs führt dann die „SCULPTOURA“ von Grafenau-Dätzingen bis Waldenbuch. Ein Skulpturenpfad, an dem sich rd. 40 Künstlerinnen und Künstler beteiligen.

„Ein tolles Projekt für den Landkreis und weit über seine Grenzen hinaus“, freut sich Landrat Roland Bernhard. „Ich bin mir sicher, dass wir damit eine Menge Besucher in unseren schönen Landkreis bringen und davon überzeugen können, wie schön es bei uns ist.“ Man erinnere sich noch immer gern an die eigenartige Art auf dem Aidlinger Venusberg, die anlässlich des baden-württembergischen Landesjubiläums stattfand. „Ein temporärer Kunstpfad entlang eines Radwegs ist nochmals eine ganz andere Sache“, so Bernhard. „Auf der rd. 30 km langen Strecke lässt sich, neben den Kunstgenüssen, die Vielfalt bei uns im Landkreis noch mehr erleben.“

Initiator für dieses künstlerische Großprojekt ist der Landkreis selbst. Schon seit Monaten ist man innerhalb der Stabsstelle Regionalentwicklung und Tourismus mit den Vorbereitungen be-

schäftigt. „Wir wollen den Radweg nicht nur mit Skulpturen schmücken, sondern das Ganze auch in ein Gesamtkonzept mit Veranstaltungen und LandArt-Kunst packen“, erklärt Siegfried Zenger, Leiter dieser Stabsstelle. So wurden beispielsweise schon vor Wochen vielerorts Blühquadrate in den Feldern ausgesät, die ebenfalls an dieser Strecke immer wieder für bunte Highlights sorgen werden. Oder es entstehen Dinge wie ein Labyrinth aus Brennholz und ein überdimensionales Vogelnest.

Im Zentrum steht aber natürlich die Kunst. Teilweise beteiligen sich Künstler aus dem Landkreis selbst, teilweise kommen die Exponate auch von Künstlern aus anderen Teilen des Landes. Die Künstler werden größtenteils mit jeweils einem Exponat vertreten sein; die Kunstwerke werden an ausgewählten Standorten entlang des Radwegs präsentiert. Über den ganzen Zeitraum hinweg sind begleitende Aktionen geplant. So wird es beispielsweise ein Bildhauersymposium geben, in dessen Rahmen an einem Wochenende acht Skulpturen entstehen sollen. Die Kunst- und Werkschule Schönaich wird Natur.Kunst.Projekte anbieten und auch andere Künstler werden mit verschiedenen Aktionen zum Mitmachen einladen. Und die Heckengäu-Naturführer haben ebenfalls bereits Angebote entlang der Strecke bzw. auf Teilstrecken angedacht.

Die Eröffnung ist am Sonntag, 27. Juli 2014, im Schloss Waldenbuch geplant. „Wir sind zuversichtlich, dass wir diesen Zeitplan einhalten können“, so Siegfried Zenger. Derzeit entsteht ein Flyer zur Wegstrecke und den Kunststandorten. Selbstverständlich wird die ganze SCULPTOURA mit eigenem Logo ausgeschrieben. Auch ein Katalog zu den teilnehmenden Künstlern und ihren Werken ist in Arbeit. Hierfür zeichnet der Kunsthistoriker Günter Baumann, der auch im Vorstand des Böblinger Kunstvereins aktiv ist, verantwortlich. Im Juni wollte man mit der Aufstellung der Werke beginnen, so Zenger.

„Die SCULPTOURA wird ein Highlight für den Landkreis Böblingen“, ist sich Landrat Bernhard sicher. „Ein tolles Projekt, um die schönen Kulturlandschaften des Schönbuschs, der Schönbuschlichtung und des Heckengäus in Szene zu setzen.“ Dass das Ganze in dem Jahr passiert, in dem der Schönbusch zum Waldgebiet des Jahres gewählt wurde, macht die Sache perfekt. Der Landkreis Böblingen braucht sich wahrlich nicht zu verstecken, wenn es um freizeittouristisch interessante Lokationen geht.

Umwelt – Naturschutz

Erneuerbare Energien im Landkreis Lörrach: Fachtagung stößt auf große Resonanz – Erfolgsgeheimnis: Energiemix und Technikinnovation

„Die Energiewende im Landkreis Lörrach ist nur dann erfolgreich, wenn alle Akteure mitziehen“, erklärte Lörrachs Oberbürgermeisterin Gudrun Heute-Bluhm. Mit diesem Credo startete eine ganztägige Tagung zum Thema Erneuerbare Energien mit über 70 Teilnehmern aus dem Landkreis Lörrach am 13.5.2014 im Lörracher Rathaus. Bei der gemeinsam von der Stadt Lörrach, dem Landkreis Lörrach, dem Regierungspräsidium Freiburg und der Akademie für Natur- und Umweltschutz Baden-Württemberg (Umweltakademie) organisierten Fachtagung standen fachspezifische Themen zur Nutzung erneuerbarer Energien wie rechtliche Rahmenbedingungen, technische Neuerungen und Potenziale im Vordergrund.

Die Energiewende ist von einem breiten gesellschaftlichen Konsens getragen. Immer mehr Bürgerinnen und Bürger werden zu Energie-Erzeugern. Bundesweit sind 1346528 (2012) erneuerbare Energieanlagen am Netz. Davon sind 47 % Bürgeranlagen, wie Fritz-Gerhard Link von der Umweltakademie betonte.

Die meisten EEG-fähigen (Erneuerbare-Energien-Gesetz) Anlagen stehen nach Bayern in Baden-Württemberg (249 579) an zweiter Stelle. „Immer mehr Pilotinitiativen im Landkreis zeigen, dass die Kommunen und Bürger Ernst mit den Erneuerbaren Energien machen. Damit die Energiewende, welche im Moment vor allem eine Stromwende sei, sich weiter erfolgreich entwickle, gelte es, die Erneuerbaren Energien deutlich auszubauen. Die Stadt Lörrach zeige seit 15 Jahren mit ihren European Energy Award-Zertifizierungen, wie man bundesweit Vorbild bei der Verknüpfung von Klimaschutz, Bürgerengagement und Energiesparen sein kann“, so Link.

Landrätin Marion Dammann hob das Engagement der gesamten Region hervor. So sei der Landkreis Lörrach aus der Geschichte heraus eine Wasserkraftregion und könne beispielsweise mit den „Stromrebell“ in Schönau und dem Bioenergieort Steinen-Hägelberg auf Vorreiter verweisen. „Ich denke, dass wir auf dieser Grundlage künftig als Modellregion für die Energiewende wirken können“, so Landrätin Dammann, die personellen Einsatz und Finanzmittel des Landkreises hierfür ankündigte. „Mit unseren energetischen Maßnahmen an den Liegenschaften des Landkreises wollen wir auch als Vorbild für andere den Energieverbrauch reduzieren bzw. umstellen.“ Darüber hinaus setze sich der Landkreis Lörrach auf allen Ebenen – auch über die Grenze zur Schweiz und nach Frankreich – für eine Ausrichtung auf die Energiewende und den Klimaschutz ein.

Regenerative Energie aus Solar- und Windanlagen, oberflächennahe Geothermie und Biomasse hätten noch deutliche ungenutzte Potenziale, so Sébastien Oser vom Kompetenzzentrum Energie des Regierungspräsidiums Freiburg. Die Windenergie habe dabei das größte Ausbaupotenzial im Lande. Der Anteil der Windenergie an der Bruttostromerzeugung solle von derzeit 1,1 % auf 10 % bis zum Jahr 2020 erhöht werden.

Dazu sei der Zubau ca. 1000–1200 neuer Windenergieanlagen erforderlich.

Für die Veranstalter war es dabei wichtig, dass die betroffenen Akteure wie Handwerker, Hauseigentümer oder Land- und Forstwirte zum Austausch zusammengeführt werden. Hierzu fanden am Nachmittag vier Foren (Windenergie, Solarenergie, Geothermie und Biomasse) mit insgesamt acht impulsgebenden Fachreferaten statt.

Um die Windenergie außerhalb der Höhenlagen zu nutzen, stellte der Berliner Experte Roger Schneider auch Kleinwindanlagen vor. Sie eignen sich vor allem für landwirtschaftliche Betriebe und ähnliche Einrichtungen im Außenbereich. Für größere Anlagen im Schwarzwald wird angestrebt, eine Streuung in der Landschaft möglichst zu vermeiden, und Windkraftanlagen werden nach dem Bündelungsprinzip an ausgewählten windhöffigen Standorten konzentriert. Daher ermitteln derzeit zahlreiche Städte und Gemeinden als Planungsträger Standorte, die unter Aspekten des Anwohner-, Natur-, Umwelt- und Landschaftsschutzes verträglich und geeignet sind.

Wie die Tagung weiter zeigte, lohnen sich die planerischen und finanziellen Anstrengungen der Kommunen und ihrer Stadt- bzw. Energiewerke. Städte, Gemeinden und Landkreise leisten Transfer und wirken als Impulsgeber. Denn die Energiewende vor Ort wird letztlich von Bürgerinnen und Bürgern und von Unternehmen geleistet. Diese haben bereits ermöglicht, dass die erneuerbaren Energieträger heute landesweit einen Anteil an der Brutto-Stromerzeugung von fast 23 Prozent erreichen. Bis 2020 soll dieser Anteil auf mindestens 38 Prozent steigen, bis 2050 sollen es 86 Prozent sein. Die 400 Windkraftanlagen im Land Baden-Württemberg müssen deshalb deutlich vermehrt werden. Die anwesenden Akteure waren sich einig, die Potenziale bei den erneuerbaren Energien weiter nutzen zu wollen, so das Fazit am Ende der Tagung.

Landschaftserhaltungsverband Alb-Donau-Kreis nimmt seine Arbeit auf

Der neu gegründete Landschaftserhaltungsverband Alb-Donau-Kreis (LEV) nimmt seine Arbeit auf. Landrat Heinz Seiffert stellte am 1. Juli 2014 die beiden neuen Geschäftsführerinnen des LEV, Romy Werner und Nadine Kühnert (stellvertretende Geschäftsführerin) vor. Romy Werner war zuletzt als Landschaftsplanerin für den Heideflächenverein Münchener Norden tätig. Nadine Kühnert war als Projektleiterin beim Landschaftspflegeverband Thüringer Wald beschäftigt. Der Vorstand des LEV hatte beide aus über 100 Bewerberinnen und Bewerbern für die Geschäftsführung des LEV ausgewählt.

Landrat Heinz Seiffert betonte, dass der LEV die Umsetzung von Landschaftspflegemaßnahmen im Alb-Donau-Kreis stärken werde. „Bestehende Pflegeträger mit Landwirten oder Naturschützern werden fortgeführt, aber der LEV wird auch neue Landschaftspflegeprojekte anstoßen und auf den Weg bringen. Der LEV arbeitet eng mit der Naturschutz- und der Landwirtschaftsbehörde im Landratsamt zusammen.“

Seiffert wies darauf hin, dass im Landratsamt nun drei zusätzliche Stellen für den Naturschutz und die Landschaftspflege geschaffen wurden. „Neben den beiden Geschäftsführerinnen des LEV kommt noch der neue Natura2000-Bbeauftragte hinzu, der vor allem für die FFH-Gebiete im Landkreis zuständig ist. Diese Stelle wird voll vom Land Baden-Württemberg finanziert, die Geschäftsführerstellen im LEV in der Summe zu 75 Prozent“, erläuterte Seiffert.

Die Geschäftsführung hat sich zunächst das Kennenlernen der Gebietsstrukturen und der Landnutzer im Landkreis vorgenommen. Sie beabsichtigt sich persönlich bei den Kommunen vorzustellen sowie die unterschiedlichen Belange der Vereinsmitglieder kennenzulernen. Mögliche Themen und Anfragen werden zeitnah sondiert, um auf dieser Grund-

lage zusammen mit dem Vorstand das künftige Arbeitsprogramm zu konzipieren.

In den nächsten Wochen und Monaten stellen die Geschäftsführerinnen gemeinsam mit dem Vorstand des LEV das erste Arbeitsprogramm auf. Bereits im laufenden Jahr sollen Förderverträge abgeschlossen bzw. verlängert werden. Weiterhin gibt es von Seiten der Kommunen und möglichen künftigen Kooperationspartnern bereits erste Anfragen zur Initiierung von Pflegekonzepten. Das bedeutet also: Bestehende Pflegeverträge sollen fortgeführt werden, beispielsweise im Gebiet des Langenauer Rieds. Darüber hinaus ist es aber Ziel des LEV auch neue Landschaftspflegemaßnahmen anzustoßen und auf den Weg zu bringen.



Von links: Michael Guse, Wirtschaftsdezernent beim Landratsamt Tuttlingen, Jens Keucher, Geschäftsführer von TUTicket, besserer ÖPNV-Anschluss an den Bodensee in Sicht / im Blick

Verkehr

Kreisüberschreitender ÖPNV-Anschluss an den Bodensee – TUTicket schließt Tarifkooperation mit Hegau-Bodensee

Der Verkehrsverbund Tuttlingen und der Verkehrsverbund Hegau-Bodensee vereinbaren einen Gemeinschaftstarif für die Fahrgäste im Öffentlichen Personennahverkehr aus den Landkreisen Tuttlingen und Konstanz. Vorgesehen ist die Einführung des gemeinsamen Angebotes zum 1. August 2014. Das gemeinsame Angebot soll in einem ersten Schritt folgende Tickets umfassen: EinzelTicket, TagesTicketSingle, MonatsCard im Ausbildungsverkehr, MonatsCard-Erwachsene sowie AboCardErwachsene. Diese Tickets werden ab 1. August 2014 bei allen Verkaufsstellen von TUTicket sowie den Verkaufsstellen der Deutschen Bahn erhältlich sein. Für Inhaber der StudentenCard von TUTicket ist es an diesem Zeitpunkt möglich, zusätzlich ein für Schüler rabattiertes Ticket des Verkehrsverbunds Hegau-Bodensee zu erwerben.

Diese Entwicklung begrüßt Landrat Stefan Bär ausdrücklich, denn es sei nicht nur sein Ziel, sondern auch Wunsch der Kreisräte, den kreisüberschreitenden Nahverkehr zu intensivieren. „Für die nicht unerhebliche Zahl von Einpendlern aus der Bodenseeregion in den Landkreis Tuttlingen und auch für Studenten ist die Kooperation mit dem Kreis Konstanz eine Vereinfachung und damit Verbesserung des Nahverkehrs. Der attraktive Bodenseeraum und der wirtschaftsstarke Landkreis Tuttlingen sollen künftig enger zusammenwachsen“, erklärt Wirtschaftsdezernent Michael Guse.

Jens Keucher, Geschäftsführer von TUTicket, erläutert die Vereinbarung: „Bisher mussten für jedes Tarifgebiet separate Fahrscheine gelöst werden. Durch die Kooperation können erstmals verbundüberschreitende Fahrscheine für beide Tarifgebiete gelöst werden. Auch Studenten der Hochschulen beider Landkreise können dann verbundüberschreitend Studentenangebote nutzen.“

Die Gespräche mit dem Verkehrsverbund Hegau-Bodensee gehen weiter. Ziel ist es,

ein attraktives Wochenendangebot zu entwickeln, um die Bodenseeregion für die Bürgerinnen und Bürger aus dem Landkreis Tuttlingen über den ÖPNV touristisch zu erschließen.

Landratsamt Göppingen stellt öffentliche Elektro-Ladestation zur Verfügung

In Zeiten von Klimawandel und Erd Erwärmung ist die Elektromobilität und damit die Nutzung von Elektrofahrzeugen die Zukunft von morgen. Bereits heute sind E-Fahrzeuge in den unterschiedlichsten Varianten zu finden: von elektrisch betriebenen Zweirädern, über PKWs, bis zum öffentlichen Verkehr, für jeden ist etwas dabei. Doch während im Schienenverkehr der Elektro-Ausbau bereits recht weit fortgeschritten ist, steckt er im Individualverkehr noch etwas in den Kinderschuhen.

Das Landratsamt Göppingen wirkt aktiv gegen diesen Trend. So sind die teils elektrischen Dienstwagen des Landratsamtes Göppingen jetzt von weitem zu erkennen. Seit Neuestem sind diese an



den Seitentüren und an der Rückfront mit dem Logo des Landkreises beklebt. Als prägnanter Botschafter wirbt der Stauerlöwe nun innerhalb und außerhalb der Landkreisgrenzen für den Landkreis Göppingen.

Ebenfalls haben die Städte Göppingen und Schwäbisch Gmünd zusammen mit weiteren sechs Partnern und dem Städtebau Institut der Universität Stuttgart das Projekt „Elektromobil im Stauferland – Integriert in Stadtentwicklung und Klimaschutz“ (kurz: EMiS) initiiert. Elektromobilität soll in Städte mittlerer Größe – in sogenannte Mittelzentren – geholt werden. Ziel des Projekts ist es, die Anforderungen, Chancen, aber auch die Risiken, die Elektromobilität in Städten dieser Größe mit sich bringt, zu dokumentieren. Hieraus soll als Ergebnis des Projekts eine Toolbox für Kommunen entstehen, die aufzeigt, wie und unter welchen Bedingungen sich eine Kommune zur „elektromobilen Stadt“ entwickeln kann.

Geplant war das Projekt von September 2012 bis August 2014, inzwischen wurde es bis Dezember 2014 verlängert. Im Rahmen von EMiS soll die barrierefreie Elektro-Ladeinfrastruktur in der Re-

gion ausgebaut werden. Dies ist bisher auch gut gelungen. Bis zum Ende des Projekts sind im Stauferland über 30 Ladestationen aufgestellt.

An dem Ausbau der Elektro-Ladeinfrastruktur beteiligt sich auch das Landratsamt Göppingen. Am Besucherparkplatz des Landratsamtes steht ab 1. Juli 2014 eine weitere Ladestation für die „Stromer“ zur Verfügung. E-Mobilisten können hier ihr Auto „auftanken“. Bis zum Ende des Projekts stellt das Landratsamt Göppingen diesen Service den Bürgern kostenlos zur Verfügung.

Um das Angebot nutzen zu können, ist nicht viel nötig, lediglich eine Anmeldung im Fahrer-Portal. Dieses finden Sie auf der Homepage des Herstellers der Ladestationen unter „www.heldele.de/Fahrer“. Nach erfolgreicher Anmeldung bekommt man eine Tankkarte zugeschickt. Mit dieser Karte kann jede Tankstelle zur eigenen Benutzung freigeschaltet werden.

Außerdem ist mit der Anmeldung im Fahrer-Portal die Reservierung von Ladestationen möglich. Ebenfalls steht ein Überblick über die eigenen Ladevorgänge zur Verfügung.

Für Nutzer von Smartphones gibt es außerdem die Möglichkeit einer kostenlosen App.

Diese App bietet auch die Möglichkeiten zur Reservierung einer Ladestation, sowie einen Überblick über die eigenen Ladevorgänge.

Die Benutzung der Ladestation ist durch die elektromagnetische Technik RFID (Radio-Frequency-Identification) möglich. Mit dieser Methode identifiziert sich die registrierte Person automatisch an der Tankstelle. Hält man die Karte kurz über den Deckel der jeweiligen Ladestation, ist diese für den Nutzer bereit und der Verschluss des Ladepunktes lässt sich öffnen.

Die Elektronik der Tankstation regelt den Ladevorgang schonend für die Akkus, eine Aufladung ist damit absolut risikofrei. Ein vollständiger Ladevorgang dauert an einer herkömmlichen 230 Volt Steckdose, je nach Akku-Kapazität, bis zu acht Stunden. Die besondere Technik der „Stromtankstelle“ ermöglicht einen kompletten Ladevorgang in lediglich ein bis zwei Stunden. Da die Tankstelle zwei Verbindungsmöglichkeiten besitzt, können zwei Autos gleichzeitig geladen werden. In Göppingen gibt es im Rahmen von EMiS folgenden Stromtankstellen:

- Jahnstraße 30 – Parkhaus Jahnstraße
- Nördliche Ringstraße/
Ecke Lorcher Straße 44 –
Parkplatz an Barbarossa-Thermen
- Robert-Bosch-Straße 4 –
Hochschule Esslingen,
Standort Göppingen
- Poststraße 45 – Fußgängerzone
(EnBW-Ladesäule)
- Bahnhofstraße – Bahnhof Göppingen
- Ottenbacher Straße –
Göppingen-Hohenstaufen

Weitere Informationen zum EMiS-Projekt finden Sie im Internet unter <http://www.emis-projekt.de/>.

Die Elektro-Ladestation auf dem Besucherparkplatz des Landratsamtes Göppingen steht auch nach dem Ende des Projekts EMiS weiterhin für E-Mobilisten zur Verfügung.

**Spatenstich Betriebswerkstatt
Strohgäubahn – Landrat und
Zweckverbandsvorsitzender**

Dr. Rainer Haas:

**Ein wichtiger Schritt für die
Modernisierung der Strohgäubahn**

Ein Anfang ist gemacht: Der Spatenstich für den Neubau der Betriebswerkstatt der Strohgäubahn fand am 8. April 2014 statt. Die Bauarbeiten begannen Mitte April und werden voraussichtlich rund ein Jahr dauern. „Der Neubau der Betriebswerkstatt ist ein wichtiger Schritt für die Modernisierung der Strohgäubahn, da im Anschluss der Abschnitt von Hemmingen nach Heimerdingen saniert werden kann“, sagte Landrat Dr. Rainer Haas, Vorsitzender des Zweckverbands Strohgäubahn (ZSB), bei dem Termin.

Die neue Betriebswerkstatt wird die über hundert Jahre alte Werkstatt in Weissach ersetzen, in der nicht mehr alle Instandhaltungsarbeiten an den Fahrzeugen möglich sind. Sie dient der Wartung der acht RegioShuttle RS1, die der Zweckverband Strohgäubahn auf der Strecke zwischen Korntal und Heimerdingen einsetzt. Überführungsfahrten nach Weissach sind dann nicht mehr erforderlich, die einzelnen Züge können vor Ort verlängert oder gekürzt werden. Nach der Fertigstellung können in der neuen

Werkstatt außerdem auf drei Gleisen alle Überprüfungen, Wartungs- und Reinigungsarbeiten für bis zu zwölf Triebwagen ausgeführt werden. Die Betriebsleitung kann in Korntal aus Hemmingen und aus der Werkstatt in Weissach zusammengeführt werden, weil im Anbau der neuen Werkstatt Betriebs- und Sozialräume für das Werkstatt- und Fahrpersonal der Württembergischen Eisenbahngesellschaft (WEG) entstehen. Die WEG betreibt die Strecke im Auftrag des ZSB.

Das Planfeststellungsverfahren für das Bauvorhaben dauerte fast zweieinhalb Jahre. Dabei wurde festgestellt, dass die Werkstatt die vorgeschriebenen Lärmgrenzwerte einhält, den durch das hohe Verkehrsaufkommen auf der Straße und den Gleisen der Deutschen Bahn bereits bestehenden Lärm aber reflektiert. Mit dem Neubau der Werkstatt stattet der ZSB daher alle betroffenen Gebäude auf seine Kosten mit passivem Schallschutz aus. Untersuchung und Nachrüstung der jeweiligen Fassaden beginnen noch in diesem Frühjahr, zuvor werden alle betroffenen Anwohner informiert.

Inklusive der Schallschutz-Maßnahmen kostet der Neubau der Werkstatt rund 6,2 Millionen Euro. Daran beteiligt sich das Land mit einer Fördersumme von rund 4,0 Millionen Euro.

Verschiedenes

**30 neue Fachwarte im Obst- und
Gartenbau im Landkreis Karlsruhe
ausgezeichnet**

Als am 5. April 2014 die 30 Absolventen der Fachwartausbildung Obst- und Gartenbau ihre Urkunden von Prof. Dr. Jörg Menzel, Umweltdezernent des Landratsamtes Karlsruhe, Rof Heinzelmann, Geschäftsführer des Landesverbandes für Obstbau, Garten und Landschaft e.V. und Dr. Peter Herz vom Bezirksverband Bruchsal überreicht bekamen, war ihnen die Freude anzumerken. „Seit letztem November haben wir einen Abendlehrgang von insgesamt 40 Stunden und zahlreiche Schnittkurse an den Wochenenden besucht, um den Obst- und Gartenbau in Theorie und Praxis kennenzulernen. Mit diesem Wissen können wir nun natur- und fachgerechte Arbeit leisten“, so das Resümee der Fachwarte. Die meisten Prüflinge sind Mitglieder von Obst- und Gartenbauvereinen und können so vielen Gärtnerinnen und Gärtnern Hilfestellung geben.

Das Landratsamt Karlsruhe hat in Zusammenarbeit mit dem Bezirksverband für Obst und Garten Bruchsal diese Ausbildung, die im Winterhalbjahr durchgeführt wird, inzwischen zum 13. Mal in Folge angeboten. Knapp 300 Personen im Landkreis haben sie erfolgreich absolviert. Den Teilnehmern werden Grundkenntnisse u.a. in den Bereichen Bodenkunde, Botanik, Pflanzenernährung, Pflanzenschutz, Baumschnitt und Streuobst vermittelt. Mit diesen Kenntnissen stehen viele Fachwarte in ihren Vereinen oder im Heimatort als Ansprechpartner bei Fragen und Problemen mit Pflanzen und Bäumen zur Verfügung.

Prof. Dr. Jörg Menzel betonte bei der Feierstunde, die zusammen mit dem Landesverband für Obstbau, Garten und Landschaft Baden-Württemberg e.V. und dem Bezirksverband Bruchsal durch-





Freuten sich über den erfolgreichen Lehrgang: 30 neue Fachwarte für Obst- und Gartenbau bei der Feierstunde am 5. April 2014.

geführt wurde, die Bedeutung der Ausbildung als eine hervorragende Möglichkeit, Grundlagen im Obst- und Gartenbau mit den dazugehörigen Disziplinen zu erlernen oder zu vertiefen. Die Fachwarte führen außerdem gemeinsam Schnittmaßnahmen im Streuobst durch.

**Erfolgsmodell aus dem
Main-Tauber-Kreis aufs ganze
Land übertragen –
Zehn Jahre Streuobstpflegetage fanden
in Gissigheim einen würdigen Rahmen**

Die 10. Streuobstpflegetage im Main-Tauber-Kreis wurden kürzlich bei einer Festveranstaltung des Kreisverbandes für Obst, Garten und Landschaft in Gissigheim gefeiert. Bei herrlichem Sonnenschein nahmen 120 Gäste aus dem Main-Tauber-Kreis und benachbarten Landkreisen teil. Unter den Gästen waren Bürgermeister Ewald Wolpert aus Königheim, Bundestagsabgeordneter Alois Gerig, Erster Landesbeamter Dr. Ulrich Derpa, Hubert Marquart vom Landschaftspflegeverband Würzburg, Hans-Peter Nagelbusch vom Landesverband für Obst, Garten und Landschaft und Kreisfachberater Harald Lurz vom Landratsamt Main-Tauber-Kreis. Hinzu kamen Vertreter der Obst- und Gartenbauvereine und die Fachwarte des Main-Tauber-Kreises. Der Kindergarten Gissigheim war mit drei Erzieherinnen und 20 Kindern gekommen, um einige Lied-

vorträge und Fingerspiele zum Thema Obst und Ernte vorzuführen. Dafür erteten die Kinder reichlich Applaus.

Bürgermeister Ewald Wolpert (Königheim) zeigte sich sehr erfreut, dass der Obst- und Gartenbauverein Gissigheim die öffentlichen Grünanlagen in dem Königheimer Ortsteil pflegt. Er hob die wichtige Bedeutung eines Gartenbauvereins für die Tier- und Pflanzenwelt hervor. Ziel der Streuobstpflegetage im Main-Tauber-Kreis ist es, dass möglichst viele Obstbäume geschnitten werden. An zwei ungepflegten Streuobstbäumen wurde die korrekte Pflege demonstriert. Nach einer einleitenden Erklärung schnitt Kreisfachberater Harald Lurz einen der zwei Hochstammobstbäume

mit dem Hochentaster. Der zweite Obstbaum wurde gleichzeitig von zwei Fachwarten mit Leiter, Säge und Schere geschnitten. Harald Lurz erklärte den Zuschauern, dass man sich beim Schneiden in das Lebewesen Baum hineindenken muss. Hier sei vor allem darauf zu achten, dass alle Astpartien berücksichtigt werden. Es dürfen bei einem Schnitt maximal 20 bis 30 Prozent der Äste entnommen werden. Ansonsten treibt der Baum im Überlebenskampf sehr viele so genannte Wasserschosse, die dann im folgenden Jahr kein Vergnügen beim Baumschnitt bereiten. „Bei der Baumpflege ist weniger also mehr“, sagte Harald Lurz. Weiterhin erklärte Harald Lurz, dass man um den Baum herumgehen müsse, anstatt stehen zu bleiben, weil man sonst an einzelnen Astpartien viel zu viel herausnehme. „Hat man einen Baum richtig geschnitten, wird er den Besitzer mit reichlich Früchten belohnen. Somit kann man erkennen, wie man selbst gearbeitet hat. Der Baum selbst ist immer noch der beste Lehrmeister“, sagte Lurz. Harald Lurz machte deutlich, dass bei genügend Übung für die Arbeit mit dem Hochentaster nur ein Viertel so viel Zeit wie für die Arbeit mit Leiter und Säge notwendig ist. Allerdings könne ein Baum mit dem Hochentaster schnell



Zehn Jahre Streuobstpflegetage wurden gebührend gefeiert (von links): Hans-Peter Nagelbusch vom Landesverband für Obst, Garten und Landschaft, Erster Landesbeamter Dr. Ulrich Derpa, Bundestagsabgeordneter Alois Gerig, Kreisfachberater Harald Lurz, Vorsitzender Udo Lorenz vom Obst- und Gartenbauverein Gissigheim, die Fachwarte Ingbert Steinam und Wolfgang Appel aus Gissigheim sowie Rolf Freidhof, Kreisvorsitzender des Vereins für Obst, Garten und Landschaft Main-Tauber-Kreis.

kaputt geschnitten werden. Deshalb sei es wichtig, Schnittkurse zu besuchen und sich hier Fachwissen anzueignen. Im Dorfgemeinschaftshaus Gissigheim wurde anschließend ein Film über den Streuobstanbau in Baden-Württemberg vorgeführt. Dazu lud der Kreisverband für Obst, Garten und Landschaft zu einem Essen ein. Speisen und Getränke wurden vom Obst- und Gartenbauverein Gissigheim hergerichtet und serviert. Vorsitzender Udo Lorenz bedankte sich bei seinen Gartenbauvereinskollegen für ihr Engagement.

Bundestagsabgeordneter Alois Gerig lobte das ehrenamtliche Engagement. Er zeigte sich erfreut, dass sich im Main-Tauber-Kreis sehr viele Menschen um die Obstbaumpflege bemühen. Zugleich gebe es hier noch viel Potenzial. Gerig ist zugleich Bundesvorsitzender der 20 000 Obst- und Kleinbrenner, die auch Obst von Streuobstwiesen verwenden und somit viel für die Landschaft leisten. Erster Landesbeamter Dr. Ulrich Derpa würdigte das Engagement der Obst- und Gartenbauvereine im Main-Tauber-Kreis während der Streuobstpflegetage in den vergangenen Jahren. Er stellte auch die Arbeit der Fachwarte heraus. Bei der Streuobstpflge sei das Engagement jedes einzelnen wichtig. Der Erste Landesbeamte konnte zudem eine Streuobstförderung, die momentan im Kreistag beraten wird, in Aussicht stellen. Hans-Peter Nagelbusch vom Landesverband für Obst, Garten und Landschaft (LOGL) erklärte, dass in den 1950er Jahren in Baden-Württemberg noch 19 Millionen Streuobstbäume standen. Aktuelle Zählungen belegen, dass davon nur noch neun Millionen erhalten sind. Deshalb ist es umso wichtiger, dass Streuobstpflegetage auch landesweit viel bewegen können. Zum Beispiel wurden im Rahmen der Streuobstpflegetage allein im Jahr 2012 10 000 Bäume in Baden-Württemberg geschnitten. Der Landesverband ist laut Nagelbusch sehr dankbar für die Arbeit der Gartenbauvereine in den vergangenen zehn Jahren.

Harald Lurz, Kreisfachberater im Main-Tauber-Kreis und zweiter Vorsitzender des Landesverbandes für Obst, Garten und Landschaft, erläuterte in einem Vortrag die Entwicklung der Streuobstpflegetage. Früher habe der Kreisverband immer wieder Obstbaumpflanzaktionen bezuschusst, obwohl vielfach die Pflege stark nachgelassen hatte, vor allem bei Altbeständen. Deshalb wurde im Jahr 2004 der Streuobstpflegetag im Main-Tauber-Kreis ausgerufen.

Die Obst- und Gartenbauvereine seien Antriebsmotoren der Streuobstpflegetage gewesen. Mit ihren integrierten oder auch frei schaffenden Fachwarten habe von Anfang an eine schlagkräftige Truppe zur Verfügung gestanden. NaBu-Gruppen waren ebenfalls vertreten, und auch Straßenmeistereien und Bauhöfe trugen zum Gelingen bei.

An den ersten Streuobstpflegetagen 2005 beteiligten sich bereits 35 Obst- und Gartenbauvereine, zwei NaBu-Ortsgruppen und zwei Privatpersonen. Insgesamt wurden 200 Teilnehmer gezählt und rund 1800 Bäume geschnitten. Die Streuobstpflegetage wurden dann im Jahr 2006 über einen längeren Zeitraum von zwei Wochen veranstaltet. Im Jahr 2007 bemerkte der Landesverband für Obst, Garten und Landschaft, dass sich im Main-Tauber-Kreis Großes

tut. Es fanden erste Gespräche mit Kreisfachberater Harald Lurz und dem Bezirksvorsitzenden Udo Lorenz statt. Ab 2008 wurden die Streuobstpflegetage landesweit eingeführt. Auf diese landesweiten Streuobstpflegetage sind der Main-Tauber-Kreis und vor allem die Obst- und Gartenbauvereine natürlich sehr stolz.

Bis zum heutigen Zeitpunkt wurden im Main-Tauber-Kreis in zehn Jahren Streuobstpflegetage 25 000 Obstbäume fachgerecht geschnitten. Dies trage ganz erheblich dazu bei, dass es auch in Zukunft noch schöne große Obstbäume gibt, sagte Lurz. Er wies nochmal deutlich darauf hin, dass es mit dem Pflanzen von Obstbäumen nicht getan ist. Es sei gerade in jungen Jahren wichtig, dass Obstbäume eine optimale Pflege erhalten, damit sie im Alter zu schönen, großkronigen Bäumen heranwachsen, die reiche Frucht liefern.

Azubis des Landratsamtes Zollernalbkreis besuchen Europaparlament in Straßburg

Europa „live“ erlebten Auszubildende des Verwaltungsfachs aus dem Landratsamt Zollernalbkreis mit einer Exkursion ins Europäische Parlament nach Straßburg im Juni.



Der Vizepräsident des Europäischen Parlamentes, Rainer Wieland MdEP, empfängt Auszubildende aus dem Landratsamt Zollernalbkreis in Straßburg.

Unter fachkundiger Führung von Rainer Wieland MdEP, Vizepräsident des Europäischen Parlaments, durften die Auszubildenden hinter die Kulissen europäischer Politik blicken. Sie erfuhren viel Wissenswertes über die Aufgaben des Europäischen Parlaments, die Arbeit eines Europaabgeordneten und das Gesetzgebungsverfahren auf europäischer Ebene. Organisiert wurde die Informationsfahrt von Patricia Grässle, der Vorsitzenden des Kreisverbandes Zollernalb der Europa-Union Deutschland.

Derzeit werden 40 junge Menschen beim Landratsamt Zollernalbkreis in unterschiedlichsten Bereichen ausgebildet. Neben den jeweiligen Ausbildungsinhalten wird im Zollernalbkreis im Rahmen von Projekten, Exkursionen und Zusatzangeboten großer Wert auf die Vermittlung von fachübergreifenden, allgemeinbildenden und politischen Themen gelegt.

**Bildungskongress der
Kommunalen Landesverbände –
Landrat Bernhard:
„Zwei Leuchtturmprojekte
im Landkreis Böblingen“ präsentieren
sich auf der Messe didacta**

Das landkreisweite Patenmodell für Schulabgänger und das Projekt „Vertiefte Berufsorientierung“ (VBO) beteiligten sich am 28. März 2014 mit einem gemeinsamen Ausstellerstand an der Messe didacta. Unter dem Motto „Kommune macht Schule“ präsentierten Landkreise, Städte und Gemeinden aus Baden-Württemberg innovative Ideen beim Bildungskongress. Dieser fand im Rahmen der Messe didacta, Europas größter Fachmesse rund um das Thema „Bildung“, statt.

„Mit unserem landkreisweit erfolgreichen Patenmodell und dem Projekt der Vertieften Berufsorientierung konnten sich zwei Leuchtturmprojekte auf der Bildungsmesse präsentieren“, freute sich der Landrat Roland Bernhard. Entspre-



Von links nach rechts: Kai-Uwe Romann (Jugendreferent Steinenbronn), Elisa Galeotafiore (Darstellerin), Volker Rost (Pate Schönaich), Leutrina Pnishi (Darstellerin), Frank Arnold (Koordinator Patenschaften), Landrat Roland Bernhard, Kultusminister Andreas Stoch, Angela Huber (Leiterin Staatl. Schulamt), Helmut Kapitel (VBO), Elisabeth Schuster (VBO), Norbert Henkel (VBO), Roland Raff (Pate)

chend lobte er die langjährige Zusammenarbeit in einem Pressegespräch, das er zusammen mit der Chefin der Arbeitsagentur, Petra Cravaack, führte.

Die VBO gibt Orientierung und praxisnahe Einblicke in die berufliche Welt. Sie wird in den 8. Klassen der Werkrealschulen angeboten und beinhaltet Bausteine wie Persönlichkeits- und Verhaltenstraining. Die Brücke der Zusammenarbeit beider Angebote wird durch die ehrenamtlichen Patinnen und Paten geschlagen, die die Jugendlichen durch die Zeit der VBO und darüber hinaus begleiten. Jede Patenschaft ist dabei individuell und orientiert sich am persönlichen Bedarf. So wird eine gezielte Förderung und Unterstützung junger Menschen bei ihrem Einstieg in den Beruf geschaffen.

Ein eigens für die Messe produzierter Kurzfilm veranschaulichte die Zusammenarbeit und die Ansätze der Projekte. Am Ausstellerstand berichteten einige Darsteller über ihre Erfahrungen zu den Dreharbeiten und über die Realisierung des Kurzfilms.

**Erfolgreiche Polentournee
mit Auftritten in den Partnerstädten
von Pforzheim und dem Enzkreis:
„Ausgezeichnete“ Vorführungen
des Figurentheaters Pforzheim**

„Wunderkammer – Betrachtungen über das Staunen“ – treffender hätte der Titel des Figurentheaterstückes nicht lauten können! Denn mit dieser Produktion des Figurentheaters Pforzheim brachte das Ensemble um Raphael Mürle die Zuschauer an drei polnischen Aufführungsorten tatsächlich zum Staunen. Und nicht nur das: Die vier Puppenspieler kehrten mit einem Spezialpreis der Jury im Gepäck vom Figurentheaterfestival im polnischen Bielsko-Biala zurück.

Die Puppenspieler Raphael Mürle, Alice Therese Gottschalk, Frank Soehnle sowie der Techniker Christian Glötzner waren einer Einladung zu dem in zweijährigem Rhythmus stattfindenden Festival gefolgt, an dem insgesamt je nur ein ausgesuchtes, hochkarätiges Ensemble aus zehn verschiedenen Ländern teilnehmen durfte. Das Figurentheater Pforzheim hatte sich im letzten Jahr um eine Teilnahme an diesem weit über Polen hinaus

sehr bekannten Spektakel beworben und wurde auf Anhieb nach Bielsko-Biała eingeladen. Die Mitbewerber kamen u. a. aus Italien, Israel, Russland und Spanien. „Gemeinsam mit der Deutsch-Polnischen Gesellschaft, der Stadt Pforzheim und dem Enzkreis wurde dabei die Idee geboren, den Festivauftritt mit Vorführungen in den nicht allzu weit entfernten Partnerstädten Tschenstochau und Mysłowice zu verbinden“, erzählt Raphael Mürle. „Die Idee zu einer kleinen Polentournee war geboren und wurde von allen Beteiligten auch sehr gut unterstützt“, dankt Mürle den Organisatoren in den Verwaltungen hier wie dort. Und auch in den beiden Partnerstädten wurde das Ensemble gut bestaunt und bejubelt: Zunächst im Kulturzentrum von Mysłowice, das mit dem Enzkreis partnerschaftlich verbunden ist, wo sich Präsident Eduard Lasok persönlich vom Können der Figurentheaterspieler überzeugte. Einen Tag später folgte eine Vorstellung im Theater Adam Mickiewicza in Tschenstochau, wo das Publikum die Gäste aus Deutschland mit Standing Ovations belohnte!

„Das waren zwei gute Generalproben für die Aufführung beim Festival in Bielsko-Biała“, ist Mürle überzeugt. Dass die Gäste aus Pforzheim etwas können,

war den Organisatoren des Festivals jedenfalls im Vorfeld schon bekannt, denn man hatte sie vorab bereits zusätzlich noch für einen Workshop für die Teilnehmer verpflichtet.

„Alles in allem sind wir mit der Reise mehr als zufrieden“, bilanziert Mürle diese Polen-Premiere. „Obwohl die Woche mit vier Auftritten an drei verschiedenen Orten, die man ja vorher nicht kannte, doch strapaziös war, so haben sich die Anstrengungen gelohnt – auch wenn wir nicht wirklich viel von den Städten und der Umgebung gesehen haben“, bedauert er. „Aber wir haben überall eine unglaubliche Gastfreundschaft erfahren und bereits jetzt haben wir zwei Anfragen zu weiteren renommierten Festivals im Ausland auf unserem Tisch“, freut sich der passionierte Puppenspieler.

Familienforschung und Landratsamt Böblingen kooperieren – Landratsamt Böblingen und Abfallwirtschaftsbetrieb starten das „Programm familienbewusst & demografieorientiert“

Als drittes Landratsamt in Baden-Württemberg hat sich das Landratsamt Böblingen erfolgreich für eine Teilnahme am

„Programm familienbewusst & demografieorientiert“ beworben. Mit diesem Angebot unterstützt die Familienforschung (FaFo) im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg Arbeitgeber dabei, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu fördern und ihre Personalpolitik zukunftsfähig zu gestalten. Zum offiziellen Start des Programms im Landratsamt Böblingen haben Landrat Roland Bernhard, der Erste Werkleiter des Abfallwirtschaftsbetriebs Wolf Eisenmann und Erich Stutzer, Leiter der FaFo, am 20. Mai 2014 die offizielle Rahmenvereinbarung unterzeichnet.

Nach der erfolgten Analyse der Ausgangssituation finden jetzt die Beteiligungsworkshops mit den Beschäftigten und Führungskräften statt. Anschließend entwickelt ein Projektteam einen passgenauen Maßnahmenkatalog, den das Landratsamt und der Abfallwirtschaftsbetrieb voraussichtlich ab Ende des Jahres umsetzen werden. Das Kompetenzzentrum Beruf & Familie der Familienforschung Baden-Württemberg begleitet das Landratsamt bis dahin intensiv.

Landrat Roland Bernhard betont den hohen Stellenwert des Programms: „Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind unsere wichtigste Ressource. Deshalb unterstützen wir sie bereits mit vielseitigen Angeboten. Mit unserer Teilnahme am Programm wollen wir unser Profil als familienbewusster, demografieorientierter und chancengleicher Arbeitgeber stärken und den Herausforderungen des demografischen Wandels aktiv begegnen. Das kann für andere Arbeitgeber im Kreis Vorbild sein.“ Als mehrstufiges Verfahren zur Organisationsentwicklung zeichnet sich das „Programm familienbewusst & demografieorientiert“ durch die praxisorientierte Beteiligung der Beschäftigten und Führungskräfte aus. Im Rahmen des Programms werden Maßnahmen entwickelt, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie in allen Lebensphasen erleichtern und dem Er-



Stolz präsentierte Mysłowices Stadtpräsident Eduard Lasok das Figurentheater Pforzheim, das im Kulturzentrum der mit dem Enzkreis befreundeten polnischen Stadt ein Gastspiel gab.



Das Projektteam und die Leiter der beteiligten Institutionen nach der Vertragsunterzeichnung (v. l. n. r.): Melitta Thies (Gleichstellungsbeauftragte des Landkreises Böblingen), Landrat Roland Bernhard, Christine Ehrhardt (Leiterin des Kompetenzzentrums Beruf & Familie), Sabrina Stula (Kompetenzzentrum Beruf & Familie), Wolf Eisenmann (Erster Werkleiter Abfallwirtschaftsbetrieb), Erich Stutzer (Leiter der Familienforschung), Hans Müller (Personalleiter im Landratsamt)

halt von Gesundheit und Arbeitsfähigkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dienen.

Das Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg fördert das „Programm familienbewusst & demografieorientiert“. Ministerialdirektor Jürgen Lämmle begrüßt das Landratsamt Böblingen als weiteren Programmstandort: „Nach der erfolgreichen Zusammenarbeit mit Göppingen und Ravensburg freuen wir uns sehr, dass bereits ein drittes Landratsamt das Programm durchläuft. Wir sind überzeugt, dass es mit der fachkundigen Unterstützung des Kompetenzzentrums Beruf & Familie Baden-Württemberg auch in Böblingen gelingt, viele positive Veränderungen auf den Weg zu bringen. Das Landratsamt Böblingen wird damit zu einem weiteren guten Beispiel für eine familienbewusste und demografieorientierte Personalpolitik in der öffentlichen Verwaltung.“

Polnische Kinder machen Ferien am See

Auf Einladung des Bodenseekreises haben 14 junge Gäste aus dem Partnerlandkreis Tschenstochau zehn Ferientage auf dem Campingplatz Fischbach am

Bodensee verbracht. Die Kinder und Jugendlichen sowie ihre Betreuer ließen sich auch durch immer wieder aufkommenden Regen die gute Laune nicht verderben und absolvierten seit dem 30. Juni ein umfangreiches Programm. Dazu gehörten neben dem Pfahlbautenmuseum und dem Affenberg natürlich auch der eine oder andere Badetag am Bodensee – kleinere Sonnenbrände inklusive.

Die jungen Polen, die alle im Waisenhaus Chorzenice leben, hatten sich bereits

ein ganzes Jahr auf ihren Besuch in Deutschland vorbereitet: gefördert durch den hiesigen Deutsch-Polnischen Freundeskreis lernten sie auf spielerische Art die deutsche Sprache. Im Vordergrund des Besuchs stand neben dem Kennenlernen der Region und der Kultur natürlich auch die Pflege der guten partnerschaftlichen Kontakte. „Jede Kultur ist anders. Um die jeweils andere Kultur kennenzulernen, müssen wir nicht nur die Sprache verstehen, sondern auch verstehen, wie der andere denkt“, sagt Landrat Lothar Wölfle bei seinem Besuch auf dem Campingplatz in Fischbach. „Dazu dient dieser Austausch bestens“, so der Landrat weiter.

Bodenseekreis: Anliegenportal „Sag’s doch“ jetzt noch besser und attraktiver

Die Stadt Friedrichshafen und der Bodenseekreis haben ihr Anliegenportal www.sags-doch.de rundum erneuert. Ab sofort bietet die preisgekrönte Internetseite zusätzliche Funktionen und kommt in einem frischen, übersichtlicheren Design daher, heißt es in einer gemeinsamen Pressemitteilung von Stadt und Kreis. Neu ist beispielsweise, dass „Sag’s doch“ ab sofort noch besser als bisher mit Smartphones und Tablet-Computern



14 polnische Kinder und Jugendliche freuen sich mit ihren Betreuern über den Besuch von Landrat Lothar Wölfle (dritter von links hinten).



Das Internet-Angebot „Sag's doch“ von Stadt und Landkreis kommt jetzt übersichtlicher und attraktiver daher. Mit wenigen Klicks können Bürger ihre Anliegen und Ideen einbringen – auch per App. Rathaus und Landratsamt nehmen sich der Sache dann garantiert innerhalb von zehn Arbeitstagen an.

genutzt werden kann. Zudem kann man sich nun per E-Mail informieren lassen, wenn sich bei einem bestimmten Thema etwas tut, auch wenn das Anliegen nicht von einem selbst eingetragen worden ist.

„Bei der Weiterentwicklung von ‚Sag's doch‘ haben wir besonders auf eine einfache Bedienbarkeit und verbesserte Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung geachtet“, erklärt Hans-Jörg Schraitle, Leiter des Amtes für Bürgerservice, Sicherheit und Umwelt der Stadt Friedrichshafen. Das Ergebnis sei ein noch attraktiveres Angebot, Hinweise, Ideen und Anliegen in die Kommunalverwaltungen einzuspeisen, ohne deren Zuständigkeiten genau zu kennen, so Schraitle weiter.

„Sag's doch‘ ist unsere wörtlich zu nehmende und absolut ernst gemeinte Einladung an alle Bürger und Gäste, sich konstruktiv an der Gestaltung ihres kommunalen Lebensumfelds zu beteiligen“, betont auch Peter Sauter, Hauptamtsleiter des Landratsamts. Neben den üblichen Meldungen von Mängeln seien daher vor allem auch Ideen und An-

regungen sehr willkommen. Künftig sind auf der überarbeiteten Internetseite sogar auch Bürgerbefragungen zu einzelnen Themen möglich.

„Sag's doch“ gibt es bereits seit Herbst 2011. Rund 1500 Anliegen und Hinweise wurden dort seither von den Nutzern eingetragen und dann von der zuständigen Verwaltung bearbeitet. Mit wenigen Klicks, ein paar beschreibenden Worten und optional einem Foto kann ein Anliegen oder eine Idee eingegeben und dessen Standort auf einer Karte markiert werden. Die Einträge sind vielfältig und reichen von Meldungen über Straßenschäden bis hin zu Ideen für sichere Schulwege, eine bessere Infrastruktur oder Vorschläge zur Belebung und Verschönerung des Stadtbildes. Auch Lob wird geäußert.

Im vergangenen Herbst ist die Internetseite von einer Jury der baden-württembergischen Zeitung STAATSANZEIGER als „Leuchtturm der Bürgerbeteiligung“ ausgezeichnet worden. Die Bürger hätten mit „Sag's doch“ einen unkomplizierten und transparenten Zugang zu ihren Verwaltungen des Landkreises und

der Stadt, diese wiederum garantieren eine Bearbeitung oder zumindest einen Zwischenbescheid innerhalb von zehn Tagen, hieß es zur Begründung bei der Preisverleihung in Stuttgart.

Zu diesem Zeitpunkt arbeitete man am See bereits an der neuen Version, die nun online ist. „Gutes kann noch besser werden“, sind sich Alexandra Eberhard und René Bayer, die Servicespezialisten im Rathaus und im Landratsamt, einig. Bei der Erstentwicklung vor drei Jahren hätten vor allem technische Fragen im Vordergrund gestanden. Im jetzt gemachten zweiten Schritt habe man noch mehr Wert auf Benutzerfreundlichkeit und Gestaltung gelegt, so Eberhard und Bayer. Verbessert wurde zum Beispiel auch die Möglichkeit, über vorhandene Einträge abzustimmen. In Rathaus und Landratsamt verspricht man sich davon zusätzliche Hinweise, welche Themen den Bürgern besonders unter den Nägeln brennen.

„Sag's doch“ ist direkt über www.sags-doch.de, die Internetseiten von Friedrichshafen und des Bodenseekreises sowie als App für alle gängigen Smartphones (Android, iOS, HTML5) verfügbar. Weil nicht nur die Internetseite, sondern auch die Apps völlig überarbeitet wurden, müssen diese neu aus den jeweiligen App-Stores heruntergeladen werden.

Griechische Delegation zu Gast im Landkreis Schwäbisch Hall

Der Oberbürgermeister der ionischen Insel Paxos, sein Vize und gleichzeitig Leiter der technischen Dienste der Insel sowie der Berater der Stadt Paxos besuchten im April 2014 Landrat Gerhard Bauer, der mittlerweile in Griechenland als Abfallexperte bekannt ist. Auf dem dreitägigen Besuchsprogramm standen Entsorgungseinrichtungen, die die Region zu bieten hat: Die alte Deponie und das Entsorgungszentrum Hasenbühl in Schwäbisch Hall, die Biovergärungsanlage in Backnang, die Murrhardter Firma



Landrat Gerhard Bauer (vorne) erläutert die Abfallwirtschaft des Landkreises Schwäbisch Hall. Links im Bild ist Oberbürgermeister Spyridon Bogdanos.

Schäf Städtereinigung, eine Müllverbrennungsanlage in Bamberg sowie die Kläranlage und das Kompostwerk in Obersontheim. Die Abfallwirtschaft ist ein zentrales Thema in der Zusammenarbeit zwischen griechischen und deutschen Kommunen. Finanziert wurde dieser Workshop von der Konrad-Adenauer-Stiftung im Rahmen der Deutsch-Griechischen Versammlung.

Die Abfallwirtschaft im Landkreis Schwäbisch Hall wurde von Landrat Gerhard Bauer und Dezernent Werner Schmidt beispielhaft dargestellt. Dabei kam zum Ausdruck, dass sich die Abfallwirtschaft in Deutschland stufenweise über einen langen Zeitraum entwickelt hat. „Durch den Wissenstransfer können sich die griechischen Kommunen im Sinne von best practice über Erfahrungen informieren, die wir gemacht haben“, so Landrat Bauer. Die Delegation wurde außerdem begleitet von Steffen Baumgartner, Stabsleiter im Landratsamt, von dem für den Landkreis tätigen Deponieexperten Dipl.-Ingenieur Eckhard Haubrich, Geschäftsführer der Ingenieurgruppe RUK GmbH in Stuttgart, sowie dem ebenfalls für den Kreis tätigen Entsorgungsexperten Roland March, Betriebsleiter der Firma SCHÄF Städtereinigung GmbH in Murrhardt.

Die deutschen Müllexperten haben auch Lösungsvorschläge für die griechischen Gäste parat: Die Deponie auf Paxos solle gesichert werden. Künftig allerdings solle der Restmüll nach entsprechender Sortierung in einer kleinen Anlage verbrannt werden. Ein Gebührensystem solle die Bevölkerung belohnen, wenn sie Müll vermeidet und trennt. Die deutschen Abfall Experten bieten eine Abfallanalyse und die Erstellung eines Müllkonzepts an.

Das deutsche Know-how scheint die griechischen Gäste beeindruckt zu haben. „Wir werden diese Erfahrung in unserem Land weitergeben“, versprach Oberbürgermeister Spyridon Bogdanos. „Es war wichtig, mit eigenen Augen zu sehen, was wir bisher nur theoretisch kannten“, erklärte sein Vize Athanasios Kagkas. Die kommunalpolitisch Verantwortlichen der griechischen Inseln suchen dringend nach individuellen Lösungen für ihre Müllprobleme. Denn die ständig wachsenden Müllberge bereiten den malerischen Inseln mit ihrer Bevölkerung zunehmend enorme Probleme. Der Besuch habe den griechischen Gästen Perspektiven geöffnet, eine weitere Zusammenarbeit mit dem Landkreis Schwäbisch Hall ist ausdrücklich erwünscht.

Landkreis Karlsruhe: Neu gestaltetes Online-Verzeichnis „Netzwerk Bildung und Gesundheit“

Wer im Stadt- und Landkreis Karlsruhe in Gruppen, Kindergarten oder Schule mit Kindern und Jugendlichen arbeitet, kann ab sofort auf das neu gestaltete Online-Verzeichnis „Netzwerk Bildung und Gesundheit“ zugreifen. Das Spektrum der Angebote reicht von Alkoholprävention, Elternseminaren oder Ernährung bis hin zu Lebenskompetenz oder Zirkuspädagogik und vielem mehr. Die Datenbank erlaubt eine zielgenaue Recherche nach Themen, Altersgruppen sowie Angebotsformen. Meist nehmen die Angebote auch Bezug auf die Orientierungspläne für Kindertageseinrichtungen sowie den schulischen Bildungsplan.

Haupt- und ehrenamtlich Tätige im Kinder- und Jugendbereich können sich mithilfe der Datenbank einen guten Überblick über Angebote in der Stadt und im Landkreis Karlsruhe verschaffen und direkt Kontakt zu den Anbietern aufnehmen. Krankenkassen, Beratungsstellen, Verbände oder Selbständige können ihre Angebote nach einer Registrierung selbst einpflegen und bearbeiten (www.gesundaufwachsen-ka.de). Ihre Angebote sollen den auf der Internetseite formulierten Qualitätszielen entsprechen.

Die Online-Datenbank ist ein Produkt beider Gesundheitskonferenzen von Stadt und Landkreis Karlsruhe zum Schwerpunktthema „Gesund aufwachsen“. Sie steht Anbietern wie Nutzenden kostenlos zur Verfügung. Die Online-Datenbank ersetzt die bisherige Version unter www.karlsruhe.de/schulen, deren Angebote rein schulbezogen waren. „Das erweiterte Netzwerk bietet einen umfassenden Überblick für den gesamten Stadt- und Landkreis über die Kooperationsangebote zur Gesundheitsförderung von Kindern und Jugendlichen“, freut sich der zuständige Karlsruher Bürgermeister Klaus Stapf. „Eltern, Pä-

dagoginnen und Erziehende können sie nutzen – etwa für ihre Unterrichtsvorbereitung, aber auch für eigene Fortbildungen oder Elternabende.“ Damit ist eine wichtige Forderung der Leitlinie „Gesund aufwachsen in Karlsruhe“ erfüllt: darzustellen und nutzbar zu machen, was es bereits alles gibt in Stadt und Landkreis. „Und das ist bereits nach den ersten Wochen schon nicht wenig!“ zeigt sich auch im Landratsamt Karlsruhe Erster Landesbeamter Knut Bühler beeindruckt. „Wir freuen uns darauf, dass dieses Portal nun weiter wächst und rege genutzt wird, damit viele gute neue Kooperationen entstehen, von denen vor allem die Kinder und Jugendlichen profitieren.“

Die Online-Datenbank ist im Internet zu finden unter: www.gesundaufwachsen-ka.de.

Landratsamt Karlsruhe nun auch in Sozialen Medien präsent

Ab sofort ist das Landratsamt Karlsruhe auch in den Sozialen Medien präsent. So nutzt die Pressestelle zur Verbreitung aktueller Meldungen den Informationsdienst Twitter (<https://twitter.com/KreisKarlsruhe>). Das Personal- und Organisationsamt hat im Rahmen des Ausbildungsmarketings zur Gewinnung von Nachwuchskräften eine Facebookseite „Ausbildung beim Landratsamt Karlsruhe“ eingerichtet. „Die Landkreisverwaltung möchte damit dem veränderten Informationsverhalten der Bevölkerung Rechnung tragen“, sagte Landrat Dr. Christoph Schnaudigel.

Landratsämter kooperieren bei Nachwuchsförderung – Kommunenübergreifendes Hospitanz-Projekt im Landratsamt

Die gezielte Förderung von Nachwuchsführungskräften wird in Zeiten zunehmenden Fachkräftemangels für Verwaltung und Behörden eine immer wichtigere Aufgabe. Zusammen mit den



Die vier Hospitanten der kooperierenden Landkreise (hier zusammen mit der Landrätin und Führungskräften des Landratsamts) sollen in Lörrach Einblicke in die Arbeit in Führungspositionen bekommen. V. l. n. r.: Sozialdezernentin Elke Zimmermann-Fiscella, Leiter Fachbereich Finanzen Claus Grabisna, Julia Weingärtner und Sabine Kohnle-Pleißing aus Schwäbisch Hall, Dr. Georg Lutz, Leiter Fachbereich Umwelt, Heike Köll aus Konstanz, Markus Gutmann aus dem Ortenaukreis, Landrätin Marion Dammann sowie Fachbereichsleiter Personal & Organisation Martin Sander.

Landratsämtern Konstanz, Ortenaukreis, Schwäbisch Hall und Rhein-Neckar-Kreis hat das Landratsamt Lörrach daher wieder ein Hospitanz-Projekt gestartet: Eine Woche begleiteten junge Nachwuchsführungskräfte im Alter zwischen 29 und 44 Jahren aus den kooperierenden Landkreisen Fachbereichsleiter, Dezernten sowie die Landrätin und schauen ihnen bei der Arbeit über die Schulter. Das Projekt ist Teil eines größeren kommunenübergreifenden Entwicklungsprogramms für Nachwuchsführungskräfte in den Landratsämtern, das jetzt zum vierten Mal in Zusammenarbeit mit externen Personalberatern konzipiert wurde, um Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf künftige Führungspositionen vorzubereiten.

Für Landrätin Dammann ist das ein wichtiger Schritt, qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch langfristig zu binden: „Für eine moderne Behörde ist es unverzichtbar, engagierte Mitarbeiter aktiv zu fördern und eine Zukunftsperspektive aufzuzeigen.“

Landratsamt Biberach: Jahresdokumentation 2013 liegt vor

Die Jahresdokumentation 2013 des Landkreises Biberach liegt vor. Die Broschüre bietet mit knapp hundert Seiten Einblick in die Arbeit des Kreistags sowie in die Arbeit der einzelnen Ämter im Landratsamt. Die Jahresdokumentation 2013 kann ab sofort unter www.biberach.de heruntergeladen werden. Ausgedruckte Dokumente können kostenfrei im Landratsamt an der Informationstheke abgeholt werden.

Die ersten Exemplare der Jahresdokumentation verteilte Landrat Dr. Heiko Schmid an die Mitglieder des Kreistages. Weitere Exemplare gehen unter anderem an die Abgeordneten, an alle Gemeinderatsmitglieder im Landkreis Biberach, an Behördenleiter, Regierungspräsidium und Ministerien. Bei der Jahresdokumentation legt man Wert auf kurze, verständliche Texte. Zahlreiche Bilder unterstreichen den Informationsgehalt der Beiträge. Neben dem Rückblick auf das Jahr 2013 und einen Ausblick auf die kommenden Jahre enthält die Broschüre auch zahlreiche



Das Titelbild der Jahresdokumentation 2013 des Landkreises

Tipps und Informationen für die Bürgerinnen und Bürger. „Die Jahresdokumentation gilt als Informationsquelle für alle, die sich für den Kreis und die Arbeit des Landratsamtes interessieren. Die Politik und die Verwaltungstätigkeit des Kreises werden mit ihr durchschaubarer; so hat sie sich in den letzten Jahren als gelungenes Nachschlagewerk etabliert. Die Jahresdokumentation ist auch dieses Jahr wieder alle Mühe wert gewesen, wie das tolle Ergebnis zeigt“, äußert Landrat Dr. Heiko Schmid mit Blick auf die Broschüre.

Main-Tauber-Kreis: Energetisch und technisch auf dem neuesten Stand – Verwaltungsgebäude des Landkreises in Bad Mergentheim umfassend saniert

Das Landratsamt Main-Tauber-Kreis hat sein Verwaltungsgebäude in der Wachbacher Straße 52 in Bad Mergentheim seit 2011 umfangreich sanieren lassen. Jetzt wurden die Arbeiten nach fast drei Jahren abgeschlossen. Landrat Reinhard Frank und der neue Leiter des Eigenbetriebs Energie- und Immobilienmanagement (EIMT), Benjamin Schneider, überzeugten sich vor Ort von der ge-

lungenen Umsetzung der Maßnahmen, in die insgesamt rund 800 000 Euro investiert wurden.

„Unser Verwaltungsgebäude ist jetzt energetisch und in weiten Teilen auch technisch auf dem neuesten Stand“, zeigte sich Landrat Reinhard Frank erfreut. Damit werde auch ein wertvoller Beitrag geleistet, um den Energieverbrauch deutlich zu senken und das Klima zu schützen. Die Energiewende in Deutschland könne nur gelingen, wenn umfassend in Energieeffizienz und -einsparung investiert wird. Aktuell würden in Deutschland noch zirka 40 Prozent der Endenergie für Gebäudewärme benötigt: „Dieser Anteil muss in Zukunft drastisch gesenkt werden, hier muss die öffentliche Hand mit gutem Beispiel vorangehen.“

Der Landrat lobte die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des EIMT für ihr großes Engagement bei der Umsetzung des wichtigen Projektes und die ausführenden Firmen für ihre gute Arbeit. „Besondere Anerkennung verdienen auch alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in dem Gebäude. Sie haben über drei Jahre hinweg außergewöhnlich große Geduld und Verständnis für Lärm und andere Beeinträchtigungen während der Bauphasen bewiesen.“ Außerdem dankte der Landrat dem Kreistag für die Bereitstellung der notwendigen Mittel.

In dem Gebäude sind das Landwirtschaftsamt und das Veterinäramt sowie eine der drei Kfz-Zulassungsstellen der Kreisverwaltung untergebracht. In einem ersten Schritt wurde im Jahr 2011 im Dachgeschoss des Gebäudes eine moderne Lehrküche für das Landwirtschaftsamt eingerichtet. Dies war nach dem Umzug des Landwirtschaftsamtes aus der Austraße in dieses Gebäude notwendig geworden. Die Lehrküche wird seitdem intensiv und erfolgreich für zahlreiche Weiterbildungsangebote zu den Themen Hauswirtschaft und Ernährung genutzt.

Im Jahr 2012 wurden in dem Gebäude 125 Fenster ausgebaut und durch moderne Kunststofffenster mit Zwei- oder Dreischeibenverglasung ersetzt. 84 der neu eingebauten Fenster verfügen im Scheibenzwischenraum über einen integrierten Sonnenschutz, der elektrisch verstellt werden kann. Die Fenster zur stark befahrenen Wachbacher Straße sind zudem besonders schallgeschützt. Im August 2013 wurde damit begonnen, das Dach und die Fassade des Gebäudes zu dämmen. Das Dach wurde auch komplett neu eingedeckt. Zudem wurde der Brandschutz durch den Einbau von Brandschutztüren und einer Brandmeldeanlage verbessert. In den nächsten Tagen wird an der Nordseite des Gebäudes noch eine neue Stahlterasse als



Landrat Reinhard Frank (links) und der neue Leiter des Eigenbetriebs Energie- und Immobilienmanagement, Benjamin Schneider, überzeugten sich vom gelungenen Abschluss der Sanierungsarbeiten am kreiseigenen Verwaltungsgebäude Wachbacher Straße 52 in Bad Mergentheim.

zusätzlicher baulicher Rettungsweg installiert.

Neue Homepage des Landkreises Heidenheim ist online – Ausbau der elektronischen Bürgerdienste geplant

Der Landkreis Heidenheim hat seinen offiziellen Internetauftritt überarbeitet und präsentiert sich nun in einem neuen Design. „Wir wollten eine neue Homepage, die das widerspiegelt, was wir sind: ein moderner Dienstleister in einem facettenreichen und attraktiven Landkreis. Und ich bin davon überzeugt, das haben wir geschafft“, so Landrat Thomas Reinhardt.

Bei der Konzeption für die neue Internetseite holte sich eine hausinterne Projektgruppe des Landratsamtes, in der auch Studenten und Auszubildende als kreative Köpfe mit einbezogen wurden, Unterstützung von der im Landkreis ansässigen Agentur Dreamland. Ziel war es, eine lebendige Seite aufzubauen, auf der die Nutzer möglichst schnell und einfach zu den gewünschten Informationen gelangen. „Modernes Design, übersichtliche und klare Strukturierung, optimierte Suche, mehr und vor allem landkreis- und themenspezifische Bilder, weniger Klicks und vor allem bürgerfreundlich“, fasst Reinhardt die Vorgaben für die neue Homepage zusammen. Vom Ergebnis ist er überzeugt: „Die alte Seite wirkte staubig und das zu finden, was man wollte, war nicht besonders einfach. Beides hat sich deutlich verändert.“

Denn neben einem ansprechenden, zeitgemäßen Design bietet die neue Seite für die Nutzer auch viele Verbesserungen, etwa bei der Suche. Die Nutzer haben dabei gleich mehrere Wege, zum Ziel zu gelangen: sei es über die Suche nach Lebenslagen, Dienstleistungen oder Schlagwörtern oder über die klassische Volltextsuche. Auf einige der wichtigsten und aktuellsten Themen des Landkreises wird zudem – etwa über Quicklinks oder im Bereich News – bereits auf



Landrat Thomas Reinhardt präsentiert mit Landratsamt-Mitarbeiterin Franziska Horn, die als Auszubildende in einem Azubi-Team mit an der Konzeption der Seite beteiligt war, die neue Homepage des Landratsamtes.

der Startseite verwiesen, die zudem schon die klare Strukturierung der Seite widerspiegelt. Aufgeteilt ist die Homepage in vier Bereiche: Aktuelles, Bürgerservice, Landkreis und Landratsamt. Im Bereich Aktuelles finden die Bürger etwa die Sitzungen des Kreistags und seiner Ausschüsse, Veranstaltungen und Termine, Ausschreibungen oder die Ausbildungsmöglichkeiten und Stellenangebote des Landkreises. Unter dem Begriff Landkreis sind unter anderem Informationen zu Politik&Wahlen, zu Kultur&Tourismus, zur Wirtschaftsförderung, zur Bildung und zum Thema Energie&Klimaschutz eingestellt und in der Rubrik Landratsamt werden alle Bereiche des Landratsamtes mit all ihren Themen abgebildet. Der Punkt Bürgerservice umfasst nicht nur verschiedene Suchmöglichkeiten, sondern beispielsweise auch den Onlineservice, das heißt die elektronischen Bürgerdienste des Landratsamtes, zu dem etwa die Wunschkennzeichensuche, die elektronische Terminvereinbarung mit der Kfz-Zulassungsstelle, die elektronische Vergabe von Ausschreibungen und das Bürgerinformationssystem gehören. Dieser Bereich soll zeitnah noch ausgebaut werden, so Landrat Reinhardt.

„Viele Bürgerinnen und Bürger wollen nicht mehr für jede Erledigung ins Amt kommen, deshalb steht die Ausweitung der elektronischen Bürgerdienste bei uns weit oben auf der Prioritätenliste.“ Einer der nächsten Schritte werde deshalb die Integration einer Online-Zulassung von Fahrzeugen sein. Noch vor den Sommerferien sollen die Kunden den Erfassungsaufwand bei der Kfz-Zulassung von zuhause erledigen können. Potenzial hat dieser Dienst allemal – schließlich seien allein in diesem Jahr zwischen 2400 und 3200 Kunden pro Monat in die Kfz-Zulassungsstelle gekommen. Zudem sei ein weiterer Ausbau des seit 2013 bestehenden GeoPortals vorgesehen. Strukturiert worden ist die Seite auch auf den Unterebenen. So finden die Nutzer zu jedem Thema direkt einen Ansprechpartner sowie gegebenenfalls die passenden Publikationen und Formulare. Ein interaktives Organigramm erleichtert es den Bürgern zudem, sich in der Behördenstruktur zurechtzufinden. „Die Nutzer sollen möglichst einfach und schnell ans Ziel gelangen, wobei so viele Informationen so übersichtlich wie möglich dargestellt sind“, sagt Landrat Reinhardt und betont: „Bei der Menge an Informationen keine einfache Auf-

gabe.“ Er sieht die Landratsamt-Homepage daher nicht als starres Objekt, sondern als lebendige Seite, die kontinuierlich weiterentwickelt werden soll. „Daher freuen wir uns auch über Anregungen, wie wir unser Angebot im Internet weiter verbessern können“, betont der Landrat.

Die Internetseite des Landkreises Heidenheim ist unter www.landkreis-heidenheim.de zu finden.

Mitarbeiter familienbewusst und demografieorientiert führen – Workshop im Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis gibt Führungskräften neue Erkenntnisse

„Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist ein wichtiges Anliegen jedes Arbeitgebers und sie ist auch mir persönlich sehr wichtig.“ So begrüßte Landrat Stefan Dallinger kürzlich die Führungskräfte des Landratsamts Rhein-Neckar-Kreis zum Workshop „Mitarbeiter familienbewusst und demografieorientiert führen“. Der demografische Wandel stellt nicht nur Unternehmen, sondern auch Behörden vor vielfältige Herausforderungen. Der Kreischef nannte unter anderem auch die Gründe für diese Entwicklung. Der Nachwuchs für den öffentlichen Dienst sei knapp, weil der Fach- und Füh-

rungskräftemarkt leergefegt sei. Daher müsse der öffentliche Dienst mit anderen Faktoren punkten. Der Vereinbarkeit von Familie/Pflege und Beruf käme hier eine ganz bedeutende Rolle zu.

Wo steht der Rhein-Neckar-Kreis in Sachen Vereinbarkeit Beruf und Familie, wenn sich die Mitarbeiter beim Kilometerstand eines Marathonlaufes positionieren müssten?

So begann Sabrina Stula, Referentin vom Kompetenzzentrum Beruf und Familie – FaFo Familienforschung Baden-Württemberg – angegliedert beim Statistischen Landesamt Baden-Württemberg, ihre Ausführungen. Die Positionen der Mitarbeiter waren unterschiedlich – von Kilometer 21 bis Kilometer 42 – es war alles dabei.

Mit seinem Angebot unterstützt das Kompetenzzentrum Beruf und Familie – FaFo Familienforschung Baden-Württemberg Arbeitgeber dabei, ihre Personalpolitik zukunftsfähig zu gestalten und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu fördern. Es informiert, vernetzt, qualifiziert, unterstützt, berät und beteiligt Arbeitgeber für eine familienbewusste und demografieorientierte Organisationsentwicklung. Und Sabrina Stula ergänzt: „Diese Beratung ist zugeschnitten auf die Situation in der jeweiligen Behörde, von der ersten Idee bis

zur Umsetzung konkreter Maßnahmen und Ziele, dialog- und beteiligungsorientiert.“ Sie zeigte die Alters- und Beschäftigungsstruktur auf, beschäftigte sich mit den Schlüsselfunktionen von Führungskräften und nannte Beispiele, die Einfluss auf Führungsverhalten haben. „Führungskräfte haben sich mit besonderen Hausforderungen zu beschäftigen“, weiß die Expertin, dabei müssen auch sie ihre Rolle als Führungskraft finden.

Insbesondere die sechs Handlungsfelder, mit denen das Kompetenzzentrum arbeitet, hat die Referentin dargestellt. Dabei geht es neben Kommunikation und Führung als übergeordnete Handlungsfelder darum, dass Führungskräften eine Schlüsselposition und Schlüsselfunktion zukomme, so Stula. Weitere Handlungsfelder seien Arbeitszeit und Arbeitsorganisation, Personalentwicklung, Gesundheitsmanagement und bedarfsgerechte Services. Die vier Merkmale familienbewusster Führung „Können, Wollen, Sollen, Dürfen“ erläuterte sie ebenso, wie die Rolle der Führungskräfte. Diese sind Mittler zwischen externen Rahmenbedingungen, familiären Bedürfnissen der Beschäftigten und Anforderungen der Arbeitsabläufe. „Im Mittelpunkt steht die Balance von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerinteressen – auch Nein-Sagen ist erlaubt“, betonte Stula.

In einem Zwiegespräch mit dem Nachbar diskutierten die Dezernenten, Amtsleiter und stellvertretenden Amtsleiter ihre Rolle als Führungskraft. Angefangen beim Konfliktmanager, Vertrauten und Motivator bis hin zum Problemlöser, Kommunikator und Kontrolleur. Es ist alles dabei – der Chef ist auch Entscheider, Berater, Lotse, Repräsentant.

Neben dem Rhein-Neckar-Kreis sind von 295 Landratsämtern bundesweit derzeit 27 mit dem audit berufundfamilie zertifiziert – davon drei in Baden-Württemberg. Dabei sind die altersgerechte Personalpolitik und Führung, Kommunikation und Gesundheitsför-



Das Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis schaffte bereits für seine Mitarbeiter beste Voraussetzungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie/Pflege: Landrat Stefan Dallinger (rechts) begrüßte beim Führungskräfteworkshop „Mitarbeiter familienbewusst und demografieorientiert führen“ insbesondere Sabrina Stula, Referentin vom Kompetenzzentrum Beruf und Familie.

derung besonders gefragte Themen. „Die Maßnahmen des Landratsamtes zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf sollen allen modernen Formen von Familie zu Gute kommen“, sagte Stefanie Leinberger vom Haupt- und Personalamt im Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis. Sie ist Ansprechpartnerin der Kreisbehörde für Chancengleichheit und die Durchführung des audit berufundfamilie. Ziel der Maßnahmen der Kreisverwaltung sei es, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter darin zu unterstützen, ihre persönliche Work-Life-Balance zu festigen. Die getroffene Zielvereinbarung umfasst sieben Handlungsfelder mit insgesamt 18 Zielen und 43 Maßnahmen. Darunter fallen die Arbeitszeit, die Arbeitsorganisation, der Arbeitsort, Information und Kommunikation, die Führung und Personalentwicklung und der Service für Familien. Brisant ist das Thema Vereinbarkeit von Beruf und Pflege. Hierzu soll ein Leitfaden für Angehörige bei Eintritt eines Pflegefalls erstellt werden. „Viele Maßnahmen sind bereits durchgeführt, einige werden das Landratsamt noch in den nächsten zwei Jahren beschäftigen“, so das Fazit von Leinberger. Der Austausch und die Diskussion am Ende waren lebhaft und spannend. Was vermischen die Führungskräfte noch bei ihrem Arbeitgeber? Wo bedarf es noch an Unterstützung? Führung in Teilzeit war hierbei ein großes Anliegen.

Löwe und Hirsch trennen sich – Danke für 55 Jahre beispielhaftes Miteinander

Der Kommandeur der 10. Panzerdivision Brigadegeneral Johann Langenegger und Landrat Dirk Gaerte beendeten am 29. April auf dem Marktplatz in Bad Saulgau mit einer Serenade des Heeresmusikkorps Ulm die Patenschaft des Landkreises und der Division. Die deutschlandweit einzigartige Patenschaft des Landkreises Sigmaringen wurde bei herrlichem Wetter und mit vielen Besuchern vor der schönen Kulisse



**Landrat Dirk Gaerte,
Brigadegeneral Johann Langenegger**

der Bad Saulgauer Stadtkirche am Marktplatz feierlich beendet, da die Division im Rahmen der Bundeswehrreform in Veitshöchheim neu aufgestellt wird. Damit fand die Zeremonie am gleichen Ort statt, wo sie 2006 – einer Ausnahmeregelung des Bundesministeriums der Verteidigung folgend – durch Landrat Gaerte und den damaligen Divisionskommandeur Generalmajor Markus Bentler begründet worden war. Zahlreiche Besucher und Wegbegleiter, wie etwa der ehemalige Generalinspekteur der Bundeswehr General a.D. Wolfgang Schneiderhan sowie der ehemalige Divisionskommandeur Generalleutnant a.D. Jan Oerding wohnten der Serenade bei. Diese Patenschaft wurde intensiv gepflegt und war Ausdruck einer besonders tiefen Verwurzelung der Truppe im Landkreis Sigmaringen. Sie fand unter anderem in einer Vielzahl gemeinsamer Veranstaltungen ihren Ausdruck, wie zum Beispiel Neujahresempfänge und Wintervorträge.

„Danke für 55 Jahre beispielhaftes Miteinander in Sigmaringen“

Brigadegeneral Langenegger betonte in seiner Rede, dass die Patenschaft ein Ausdruck für ein festes Miteinander der Bürger mit der Bundeswehr war. Gerade in den letzten Jahren, wo die Bundes-

wehr zur Einsatzarmee geworden ist und auch die 10. Panzerdivision wiederholt mit Verwundung, Tod und Abschied konfrontiert wurde, sei die Verbundenheit mit den Menschen in Sigmaringen besonders notwendig gewesen. Er sei froh sagen zu können, dass die Soldaten hier einfach dazu gehörten.

Zur Erinnerung übergab Langenegger anschließend Landrat Gaerte ein großes hölzernes Wappen mit eisernem Löwen, dem Symbol der Division und verabschiedete sich bei allen mit einem herzlichen: „Ade, Pfua Gott und auf Wiedersehen“.

„Viel mehr als nur Wirtschaftsfaktor“

Sowohl Landrat Dirk Gaerte als auch Gastgeber Richard Striegel, Erster Beigeordneter der Stadt Bad Saulgau, war es wichtig zu betonen, dass die Bedeutung der Bundeswehr in der Region weit über den wirtschaftlichen Faktor hinaus reicht. So sagte Landrat Gaerte, „die Soldaten seien nicht Gäste, sondern Freunde und hier im Landkreis zu Hause. Indem man die Patenschaft beende, sich Löwe und Hirsch trennten, tue man etwas, was man leider tun müsse. Auch wenn sich die Bundeswehr am 5. Juni endgültig aus Sigmaringen verabschiedete, so seien alle, die ihre Pflicht tun müssen, hier in der Region stets willkommen“.

Ein letztes Mal spielte das Heeresmusikkorps Ulm unter Führung von Major Matthias Prock im Rahmen der Patenschaft den Marsch der 10. Panzerdivision, den Kreismarsch sowie die Nationalhymne.

Überarbeitete Internetseite des Landkreises Schwäbisch Hall jetzt online

Die neue Internetseite des Landkreises Schwäbisch Hall ist online: <http://www.lrasa.de>. In Zusammenarbeit mit der Bühlerzeller Firma cm city media wurde sie grundlegend überarbeitet. Dies beinhaltet die Systemumstellung von Reddot auf Typo3, die optische Auffrischung der Website und die Anpassung der Internetseiten an mobile Endgeräte. „Wir

haben die Website für mobile Endgeräte optimiert. Denn bereits jetzt gehen mehr Nutzer über mobile Endgeräte ins Netz als über PCs. Für die Nutzer von Smartphones und Tablet-PCs ist der Abruf unserer Homepage jetzt deutlich komfortabler“, betont Landrat Gerhard Bauer. Neu hinzugekommen ist ein übersichtlicher Termin- und Veranstaltungskalender mit den Rubriken „Ausstellungen/Kultur/Bildung, Integration, Jugend/Gesundheit/Soziales, Landwirtschaft/Hauswirtschaft/Ernährung, Natur/Umwelt, Sitzungstermine/Politik, Tourismus, Wirtschaft/Messen/Empfänge und Sonstiges“. Dieser Kalender bietet allen Besucherinnen und Besuchern der überarbeiteten Homepage die Möglichkeit, sich zentral und aktuell über interessante Veranstaltungen und Termine im Landkreis zu informieren.

Verwaltungsbericht des Hohenlohekreises bietet Rückschau auf die Jahre 2009 bis 2014

Zum Ablauf der Amtszeit des achten Kreistags des Hohenlohekreises hat die Landkreisverwaltung eine Broschüre erstellt, in der die wesentlichen Themen und Ereignisse der Jahre 2009 bis 2014 dargelegt werden. Außerdem wird über die vielfältigen Aufgaben der Landkreisverwaltung informiert.

Landrat Dr. Matthias Neth freut sich über die erfolgreiche Entwicklung des Hohenlohekreises. „Ich hoffe, dass wir Ihnen mit dieser Dokumentation viele neue Informationen über die Arbeit des Kreistags und der Landkreisverwaltung geben können und wünsche Ihnen viel Freude beim Durchblättern.“

Delegation des Kreistags des Rems-Murr-Kreises zu Besuch in dem Rayon Dmitrow – Landrat Fuchs: Zeichen einer andauernden Partnerschaft

Eine Kreistagsdelegation des Rems-Murr-Kreises besuchte vom 26.–29. Juni 2014 den Rayon Dmitrow. Landrat Jo-

hannes Fuchs und Vertreter aller Fraktionen reisten in die Partnerregion des Rems-Murr-Kreises rund 80 Kilometer nördlich von Moskau. Auf dem Programm standen unter anderem der Besuch des Kinderheimes „Das Haus des Vertrauens“ und ein Informationstreffen im Gymnasium „Logos“. Vier Schüler dieses Gymnasiums waren in diesem Frühjahr im Burggymnasium Schorndorf zu Gast. Des Weiteren sollten die Kontakte zur Universität Dubna aufgefrischt werden, an der Landrat Fuchs bei den zweijährlichen Partnerschaftsbesuchen 2010 und 2012 schon Gespräche geführt hatte. Diese Bildungseinrichtung ist mit einer gewerblichen Berufsschule vergleichbar, wobei der duale Ausbildungsweg bislang in Russland noch nicht verbreitet ist. Wie bei den vergangenen Begegnungen schließen der Rems-Murr-Kreis und der Rayon Dmitrow bei diesem Zusammentreffen eine Vereinbarung zur weiteren Kooperation in den Bereichen Bildung, Gesundheitswesen, Kultur, Sport, Verwaltung und Wirtschaft.

„Dieses Jahr reisen wir in politisch bewegten Zeiten nach Russland“, sagte Landrat Fuchs im Vorfeld der Reise. „Uns ist es wichtig, dass die schon mehr als 20 Jahre andauernde Partnerschaft gerade bei der wechselhaften Großwetterlage standhaft ist. Die verlässliche Kontaktpflege zu den Menschen und Institutionen auf kommunaler Ebene soll ein Fels in der Brandung sein, auch wenn die Wogen hochschlagen. Freundschaftliches Miteinander, inhaltsvolle Diskussionen, Austauschprogramme und Kooperationen können den Rückfall in ein Lagerdenken verhindern helfen.“

Infokampagne für Mitarbeiter und Kommunen – VVS erhöht Rabatt bei Arbeitgeber-Zuschuss

Der Rems-Murr-Kreis baut seine Klimaschutzanstrengungen mit der Förderung des VVS-Firmentickets weiter aus. Bereits 2013 hatte der Landkreis unter seinen Bediensteten mit einer Freimonats-

aktion für erstmalige Firmenticket-Nutzer den Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel noch lukrativer gemacht. Seither hat sich die Zahl der Firmenticket-Nutzer um 20 Prozent auf derzeit rund 150 Beschäftigte erhöht. Jetzt legen Kreisverwaltung und mit dem Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart (VVS) noch je eine Schippe oben drauf.

Ab Mai fördert das Landratsamt als einer der großen Arbeitgeber im Kreis das Firmenticket mit zehn Euro pro Monat, um noch mehr seiner Beschäftigten dafür zu gewinnen, das Auto stehen zu lassen und stattdessen beim Pendeln vom Wohnort zum Arbeitsplatz Bus und Bahn zu nutzen. Auch die Rems-Murr-Kliniken und die Kreisbaugruppe schließen sich an. Im April hat der Kreis intensiv bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dafür geworben. Durch Hausrundschriften, Infostände und Serviceangebote – wie das Ermitteln der optimalen Verbindungen für jeden Interessierten – hat der Fachbereich ÖPNV zusammen mit dem VVS die Vorteile präsentiert. Der Appell von Landrat Johannes Fuchs: „Mit dem Zuschuss zum Firmenticket untermauern wir unsere Bemühungen, gute Argumente für den dauerhaften Umstieg auf den öffentlichen Nahverkehr anzubieten. Es erwartet die Fahrgäste ein umfangreiches umweltfreundliches Leistungsangebot, mit dem sie zudem Geld sparen können.“

Das neue VVS-Firmenticket-Zuschussmodell setzt der Sparpyramide zwei neue Etagen auf. Bisher galt: Wer als Privatperson ein Jahresticket kauft, darf zwölf Monate fahren und zahlt nur den Preis von zehn Monatskarten. Wer das Firmenticket nutzt, erhält weitere fünf Prozent Rabatt bei monatlicher (beziehungsweise sieben Prozent Rabatt bei jährlicher) Zahlweise. Neu ist: Gewährt der Arbeitgeber einen Zuschuss von mindestens zehn Euro pro Monat, profitiert der Arbeitnehmer nicht nur davon, sondern der VVS erhöht seinen Rabatt auf zehn Prozent gegenüber dem Jedermann-Jahresticket. Die Beschäftigten

der Kreisbehörde können folglich mit Zuschuss und Rabatt bis zu 20 Euro pro Monat sparen, wenn sie auf den ÖPNV setzen. Die Einzelheiten über die Vorteile und Preise des Firmentickets stehen im Internet unter www.vvs.de/firmenticket/.

„Wir fördern das Firmenticket, um das beschlossene Klimaschutzkonzept des Landkreises weiter voranzutreiben“, sagt Landrat Fuchs. „Mit Blick auf eine positive Ausstrahlungskraft und Vorbildfunktion für die privaten Firmen vor Ort wäre es erfreulich, wenn möglichst viele Stadt- und Gemeindeverwaltungen dem Beispiel der Kreisverwaltung folgen könnten.“ Es sei ein geeignetes Mittel, um den umweltfreundlichen ÖPNV zu stärken. Aber nicht nur bei den Bemühungen, die Umweltbelastungen durch den motorisierten Individualverkehr spürbar abzubauen, stelle das neue Modell einen wichtigen Mosaikstein dar, so Fuchs: „In gleichem Maße ist ein Zuschuss zum Firmenticket für Arbeitgeber ein Pluspunkt bei Personalgewinnung und Personalerhaltung.“

Technische Verwaltung

Mitarbeiter des Landratsamtes Hohenlohekreis erhält Förderpreis Geoinformatik

Der im deutschsprachigen Raum ausgelobte Förderpreis Geoinformatik des Runden Tisch GIS e.V. wurde in diesem Jahr an André Völkner (Master of Engineering) für seine Masterarbeit im Studiengang Vermessungswesen an der Hochschule für Technik in Stuttgart verliehen. Er ist seit August 2013 Mitarbeiter bei der Stabsstelle GIS des Vermessungsamtes und ist für den Aufbau des digitalen Radwegenetzes im Hohenlohekreis sowie für das neue HOKis-Geoportal verantwortlich.

Landrat Dr. Matthias Neth zeigte sich sehr erfreut, dass ein Mitarbeiter des Landratsamtes eine solch hohe Auszeich-



Landrat Dr. Matthias Neth (rechts) gratuliert dem Förderpreisträger André Völkner.

nung erhält. Er sprach dem Preisträger seine Anerkennung für die erbrachte Leistung aus und wünschte ihm für seine berufliche Zukunft viel Erfolg und persönlich alles Gute.

Neuer Bürgerservice für Umwelt und Erneuerbare Energien – Erweiterung des „Bürger-GeoPortal“ des Landkreises Lörrach im Internet

Ab sofort bietet das „Bürger-GeoPortal“ auf der Internetseite des Landkreises Lörrach weitere Informationen für interessierte Bürgerinnen und Bürger. Neben den bisherigen Themenbereichen Abfallwirtschaft, Bebauungspläne, Bildungseinrichtungen oder Tourismus können jetzt auch Informationen aus dem Bereich Umwelt und Erneuerbare Energien abgerufen werden.

Zum einen wird umfangreiches Kartenmaterial zu Naturschutzthemen (Flora-Fauna-Habitat, Naturschutzgebiete,

Biotope, Vogelschutzgebiete etc.) mit Weiterleitungen zu Informationen der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz zur Verfügung gestellt. Ebenso können Quell- und Wasserschutzgebiete über topografische Karten und Luftbilder bis in den flurstücks-genaue Maßstab angezeigt werden. Wer sich zum Beispiel für Energieanlagen im Landkreis interessiert, wird ebenfalls auf dem GeoPortal fündig. Neben der Biogasanlage Hägelberg oder der Windkraftanlage Fröhnd werden alle Wasserkraftanlagen des Landkreises angezeigt. Dabei können die Wasserkraftanlagen jeweils nach Gewässer oder Gemeinde dargestellt werden.

„Unser Ziel ist ein schneller und unkomplizierter Zugang zu den Informationen“, so Inga Nietz vom Fachbereich Umwelt des Landratsamtes. „Dank der hervorragenden Bedienbarkeit des Portals ist es für jeden möglich, Karten und Luftbilder anzusehen oder auszudrucken und den

Landkreis aus einer ganz neuen Perspektive zu betrachten.“ Das Info-Portal ist unter www.landkreis-loerrach.de zu finden.

Maßgeblich beteiligt bei der Erstellung und Betreuung des Portals ist der Fachbereich Vermessung & Geoinformation. In Zusammenarbeit mit den jeweiligen Fachbereichen wird das Bürger-Geo-Portal stetig erweitert und aktualisiert. „Eine Weiterentwicklung des Portals ist geplant. Denkbar wäre zum Beispiel die Kartendarstellung des Radwegekonzepts des Landkreises, das fertiggestellt wurde und momentan umgesetzt wird“, überlegt Gerhard Brunke, stellvertretender Fachbereichsleiter Vermessung & Geoinformation. „Wir freuen uns über Vorschläge und Anregungen!“

Zukunftsfähiger ländlicher Raum – was kann die Flurneuordnung leisten?

Zu dieser Informationsveranstaltung lud das Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung (LGL) am 28. Mai in den Sitzungssaal des Böbinger Rathauses ein. Ziel war es, den Verantwortlichen in den Kommunen Impulse und Lösungen für eine attraktive Entwicklung ihrer Gemeinde anzubieten.

Die Realisierung von Umgehungsstraßen, der Bau tragfähiger Wirtschaftswege für heutige Landmaschinen und die Regelung innerörtlicher Zufahren sind einige Beispiele für Maßnahmen, die das Wohlbefinden der Bürgerinnen und Bürger in einer Gemeinde erhöhen und den ländlichen Tourismus steigern. Wenn auch noch Möglichkeiten aufgezeigt werden, wie mit Flurneuordnungen Pflanzaktionen, Lehrpfade, Grillhütten, Abenteuerspielplätze oder die Renaturierung von Gewässern umgesetzt werden können, ist das sicherlich für viele Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Gemeinde- sowie Ortschaftsrätinnen und -räte eine Antwort auf die täglichen Herausforderungen. Von A wie Ausgleichsmaßnahmen über L wie Landwirtschaft bis Z wie Zuschüsse informierte

die Veranstaltung anhand von Beispielen aus der Praxis über das Thema Flurneuordnung und was diese leisten kann.

Den Vertretern der Kommunen wurde schnell klar, dass die Flurneuordnung für die Landwirtschaft nach wie vor eine Kosten- und Arbeitszeiterparnis mit sich bringt. An Praxisbeispielen belegten die Experten aus den unteren Flurneuordnungsbehörden bei den Landratsämtern Ostalbkreis und Göppingen, dass es in den Flurneuordnungen gelingt, landwirtschaftliche Flächen zu größeren und günstig geformten Bewirtschaftungseinheiten zusammenzulegen. Zudem führten sie aus, wie wichtig es für die Landwirte ist, das landwirtschaftliche Wegenetz auszubauen und je nach Bedarf unterschiedlich stark zu befestigen. Dass diese Wege den öffentlichen Verkehr entlasten und gleichermaßen Freizeitsportlern oder Erholungssuchenden dienen, überzeugte die kommunalen Entscheidungsträger. Und wie bereichernd eine intakte, vielfältige Natur für eine Gemeinde sein kann, zeigten die nachfolgenden Präsentationen. Beispielsweise gelang es in Bopfingen-Kerkingen im Einklang zwischen Landwirtschaft und Naturschutz das Wiesenbrütergebiet „Itzlinger Lachen“ anzulegen und in den knapp 7 ha Wiesen- und Wasserflächen Nahrungs- und Brutstätten für heimische Vögel wie den Kiebitz oder die Feldlerche zu verwirklichen.

Das Ende der Veranstaltung bildete das Thema Kosten und Finanzierung von Flurneuordnungen. Detailliert wurde von der Referentin des LGL aufgezeigt, welche Möglichkeiten von Zuschüssen bestehen, wer diese beantragen kann und zu welchem Verwendungszweck.

Im Mai initiierte das LGL im Regierungsbezirk Tübingen eine ähnliche Informationsrunde für kommunale Entscheidungsträger. Eine Zeitung betitelte die Veranstaltung mit „Ländlichen Raum attraktiver gestalten – Landwirtschaft, Tourismus und Naturschutz zusammenbringen“ und beschreibt damit genau

die Ziele heutiger Flurneuordnungen. Das LGL plant weitere Veranstaltungen zum Thema Flurneuordnung und Landentwicklung. Diese finden an Orten im ländlichen Raum statt. Weitere Informationen unter www.lgl-bw.de.

Wirtschaftsförderung

CO₂-neutrales Modellquartier Lörrach – Teilnahme von Stadt und Landkreis Lörrach sowie Fraunhofer ISE am Wettbewerb RegioWIN

Mit der Entwicklung eines „CO₂-neutralen Modellquartiers“, das westlich des Bahnhofs in Lörrach entstehen soll, beteiligen sich die Stadt Lörrach und der Landkreis Lörrach in Zusammenarbeit mit dem Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme ISE am RegioWIN-Wettbewerb („Regionale Wettbewerbsfähigkeit durch Innovation und Nachhaltigkeit“) des Landes Baden-Württemberg. Das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft in Kooperation mit dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst und dem Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz führt den RegioWIN-Wettbewerb als Vorstufe zur Vergabe von EU-Fördermitteln aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) durch. Im Rahmen des Wettbewerbs werden sogenannte Leuchtturmprojekte gefördert, die zu einem intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wachstum in Baden-Württemberg beitragen. Diese Leuchtturmprojekte sind in das Strategiekonzept der Wettbewerbsregion Südlicher Oberrhein mit Name „Sustainable Energy Valley“ integriert. Die Region, die sich auf diese Weise als einheitlicher funktionaler Raum bewirbt, setzt sich aus dem Gebiet des Regionalverbands Südlicher Oberrhein und dem Landkreis Lörrach zusammen. Federführend ist der Verein Strategische Partner – Klimaschutz am Oberrhein e. V. (Klimapartner Oberrhein).

Das Land hat am 16. Januar 2014 das Konzept einer Energiewende-Region am Oberrhein ausgezeichnet. Die drei Projektpartner planen, das Innenstadtquartier westlich des Bahnhofs zwischen Luisenstraße, Haagerstraße und Palmstraße zu einem CO₂-neutralen Quartier umzubauen, und damit Modelllösungen für andere städtische Quartiere zu schaffen. Die hierbei gewonnenen Erkenntnisse möchte die Stadt Lörrach auch für den Umbau weiterer Quartiere nutzen.

Projektziel ist, ein intelligentes Energiesystem, optimierte Netze und dezentrale Strom-, Wärme- und Kältespeicher zu realisieren. Für die CO₂-Neutralität bedeutend sind unter anderem:

(1) Die Entwicklung eines ganzheitlichen Energiesystems optimiert auf alle jahreszeitlichen Anforderungen, das alle Komponenten des Energiesystems durch moderne Kommunikationstechnik vernetzt und eine gemeinsame, optimierte Steuerung ermöglicht.

(2) Der Aufbau eines Wärme- und gegebenenfalls Kältenetzes.

(3) Die Installation dezentraler Strom-, Wärme- und Kältespeicher.

Für das Projekt wird außerdem geprüft, welche Möglichkeiten und Vorteile bei einer Einbeziehung weiterer Liegenschaften im Stadtgebiet in das Energieversorgungssystem bestehen. Für den Landkreis geht es dabei beispielsweise um das Kreisklinikum und das Berufsschulzentrum.

Derzeit läuft die 2. Wettbewerbsphase, für die das Projekt aus der ursprünglichen Skizze heraus weiterentwickelt werden soll. Die endgültige Projektbeschreibung wird dem Kreistag des Landkreises Lörrach und dem Gemeinderat der Stadt Lörrach zur Beschlussfassung im Sitzungsturnus Juli 2014 vorgelegt. Sollte das Land die regionale Strategie des „Sustainable Energy Valley“ inklusive seiner Leuchtturmprojekte auch in der 2. Phase prämiieren, können ab 2015 EFRE-Fördermittel beantragt werden.

Für die Stadt und den Landkreis würde dies eine Bestätigung der bisherigen

Klimaschutzaktivitäten darstellen und zugleich erhebliche finanzielle Chancen für Investitionen in die Liegenschaften bieten. Dies war auch Gegenstand der Fachtagung zum Thema Erneuerbare Energien im Landkreis, bei der Mitte Mai sämtliche potentielle Maßnahmen vorgestellt wurden. Landrätin Marion Dammann und Oberbürgermeisterin Gudrun Heute-Bluhm freuen sich, dass das Projekt demnächst den nächsten großen Schritt in Angriff nimmt. Das Thema soll jetzt auch in den Trinationalen Eurodistrict Basel hineingetragen werden.

Landkreis Karlsruhe gründet Gesellschaft zur besseren Breitbandversorgung

Um die flächendeckende Versorgung aller kreisangehörigen Städte und Gemeinden mit schnellen Datenleitungen zu forcieren, beschloss der Kreistag in der Sitzung vom 22. Mai 2014 die Gründung der Breitbandkabel Landkreis Karlsruhe GmbH (BLK). Gesellschafter sind der Landkreis Karlsruhe und die TelemaxX GmbH, die ihrerseits durch die Stadtwerke Baden-Baden, Bretten, Gaggenau, Bühl, Karlsruhe, Rastatt und Ettlingen sowie der Energie- und Wasserversorgung Bruchsal und der Stadt Stutensee als Gesellschafter getragen werden. Ziel ist es, alle Städte und Gemeinden an ein sogenanntes Backbone-Netz – eine Art Datenautobahn – anzubinden, die Übertragungsraten von mindestens 50 MBit/s ermöglicht.

„Schnelle und leistungsfähige Datenverbindungen zu schaffen gehört heute zur kommunalen Daseinsvorsorge“, begründete Landrat Dr. Christoph Schnaudigel das Engagement des Kreises und erinnerte, dass eine Analyse der Breitbandsituation im Landkreis Handlungsbedarf ergeben hatte, nachdem nur 46 Ortsteile „weitgehend“ oder „hervorragend“ versorgt, während zehn Ortsteile nur „ausreichend“, 23 „nicht ausreichend“ und 26 Ortsteile sogar „unterversorgt“

sind. Die Kooperation mit der TelemaxX bot sich an, weil diese Telekommunikationsgesellschaft rein kommunal getragen wird und bereits seit 15 Jahren sehr erfolgreich auf dem Markt operiert, über das notwendige Know-how verfügt und zudem Zugang zu den Datentrassen im Landkreis hat.

Aufgabe der neuen Gesellschaft wird zum einen der Aufbau und die Bereitstellung des physikalischen Backbones sein und zum anderen die Suche nach einem Betreiber und der entsprechenden Dienstleistungen für die Städte und Gemeinden beim Aufbau der innerörtlichen Breitbandversorgung, wozu noch in diesem Jahr eine europaweite Ausschreibung durchgeführt werden soll. Nach derzeitigem Stand wollen sich bis auf die Stadt Bretten alle Städte und Gemeinden an der geplanten Vorgehensweise beteiligen. Innerörtliche Erschließungsstudien sind bereits von drei Vierteln aller Kommunen beauftragt, die auch für die innerörtliche Erschließung zuständig sind. Der Kreistag betraute die Gesellschaft mit der entsprechenden Aufgabe in Form eines staatlichen Hoheitsaktes, einem so genannten „Betrauungsakt“.

Auf 2,5 Mio. Euro pro Jahr werden die jährlichen Kosten für das Backbone veranschlagt, die jeweils zur Hälfte vom Kreis und den beteiligten Städten und Gemeinden entsprechend ihrer Einwohnerzahl getragen werden. Ausgestattet ist die Gesellschaft mit einem Stammkapital von 100 000 Euro, wobei der Landkreis einen 51%-igen Anteil übernimmt.

Ein 13-köpfiger Aufsichtsrat wird noch bestellt, der sowohl von der TelemaxX als auch aus Reihen des Kreistags besetzt wird. Den Vorsitz des Kontrollorgans wird der Landrat innehaben.

Um das Projekt unverzüglich zu starten, beschloss der Kreistag als Anschubfinanzierung eine überplanmäßige Ausgabe von 175 000 Euro. Besonders erfreut zeigte sich der Landrat über die Förderung durch das Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz

Baden-Württemberg, denn die Städte und Gemeinden werden durch die landkreisweite interkommunale Zusammenarbeit mindestens 25 % mehr Fördermittel bekommen. „Die interkommunale Zusammenarbeit wird belohnt“, so der Landrat. Allein der Landkreis kann für das Backbone vier Millionen Euro an Förderung erwarten, das sind drei Millionen Euro mehr als bei einer isolierten Aufgabenwahrnehmung durch die Städte und Gemeinden.

Wertvolle Unterstützung beim Start in die Selbständigkeit – Neue Broschüre „GründungsNavi Main-Tauber-Kreis“ erschienen

Die verkehrsgünstige Lage, eine hohe Dichte an innovativen Betrieben und der ausgewogene Branchenmix im Main-Tauber-Kreis sind schon lange ein guter Nährboden für erfolgreiche Existenzgründungen. Für Menschen, die sich im Main-Tauber-Kreis selbständig machen möchten oder schon länger mit diesem Gedanken spielen, gibt es jetzt eine neue Broschüre. Die Wirtschaftsförderung Main-Tauber-Kreis hat für Existenzgründer das „GründungsNavi Main-Tauber-Kreis“ überarbeitet und neu herausgegeben.

Der Amtsleiter der Wirtschaftsförderung, Christian Schmidt, und Wirtschaftsförderer Rico Neubert übergaben jetzt ein erstes Exemplar der Broschüre an Landrat Reinhard Frank. „Umfassende Informationen, sorgfältige Planung und fachkundige Beratung sind wichtige



Wirtschaftsförderer Rico Neubert (links) und Amtsleiter Christian Schmidt (rechts) übergaben ein erstes Exemplar des neuen GründungsNavi an Landrat Reinhard Frank.

Voraussetzungen, wenn man sich selbständig machen möchte. Das sehr ansprechend gestaltete GründungsNavi kann hier wertvolle Unterstützung leisten“, sagte Landrat Frank.

Wo kann ich mich orientieren und informieren, wer ist zuständig, wer unterstützt mich? Auf diese Fragen bietet das GründungsNavi erste Antworten. Auf 32 Seiten sind Adressen von Institutionen, Kommunen, Netzwerken und Ämtern sowie hilfreiche Tipps aufgeführt.

Die Wirtschaftsförderung Main-Tauber-Kreis bietet mit Partnern im Jahr 2014 zudem kostenfreie Informationsveranstaltungen für Existenzgründer an. Die Teilnehmer erhalten einen Überblick über die persönlichen Voraussetzungen und die inhaltlichen An-

forderungen für eine Selbständigkeit. Besonderes Augenmerk wird dabei auf die Gründerpersönlichkeit und die Geschäftsidee gelegt. Zudem werden die Chancen und Risiken der Selbständigkeit näher beleuchtet.

Die Broschüre „GründungsNavi Main-Tauber-Kreis“ kann unter www.main-tauber-kreis.de/Wirtschaft-Tourismus/Wirtschaft/Veroeffentlichungen als PDF heruntergeladen oder beim Landratsamt Main-Tauber-Kreis, Wirtschaftsförderung, Gartenstraße 1, 97941 Taubertschheim, Telefon 09341/82-5812, E-Mail wirtschaftsfoerderung@main-tauber-kreis.de, in gedruckter Form angefordert werden. Hier kann man sich auch zu den Existenzgründerveranstaltungen informieren oder anmelden.

Aus den Anfängen der Landkreise und Ämter in Württemberg

Gesundheitshilfe: Aussatz, Syphilis und andere abscheuliche Krankheiten

Von Dr. Wolfgang Schürle B. A., Ulm, Landrat i. R.

In Württemberg reicht die Geschichte der Landkreise bis ins Spätmittelalter zurück. Zunächst nannte man sie *Ämter*, später Oberämter. Wie Walter Grube dargelegt hat, spielten die Ämter beim Ausbau der Landesherrschaft und der altwürttembergischen Territorialbildung eine bedeutsame Rolle. Im 15. Jahrhundert waren die Ämter anerkannt und so stabil, dass die Grafen von Württemberg im Jahr 1442 die Landesteilung nach dem Bestand und den Grenzen der Ämter vereinbarten. Damals gab es in der Grafschaft Württemberg 38 Ämter. Sie waren Verwaltungs- und Gerichtsbezirk, ebenso Steuer- und Wehrbezirk. Die Ämter mussten weiter bestimmte Aufgaben in der Gesundheitshilfe und Armenpflege regeln, über deren Kosten entscheiden und diese verteilen. Das heutige Umlageverfahren ist also schon in alten Zeiten bekannt.

Der Aussatz stellte schon im antiken Orient die Menschen vor schwere soziale und gesundheitliche Probleme, wie man auch im Alten und Neuen Testament lesen kann. Denn diese Massenseuche ist ansteckend, galt als unheilbar und führte oft nach langem Siechtum zum Tode. Dafür ein Beispiel: Der Siechenkaplan Johannes Zollmayer in Geislingen/Steige ist schon seit neun Jahren am Aussatz erkrankt. Im Jahr 1532 berichtet er, die Nase sei ihm weggefault, auch der Rachen, deswegen könne er nimmer reden. Er habe ein böses Gehör, es gehe ihm ein Fluß aus dem Mund heraus. Die Sohlen an den Füßen seien ihm auch abgefault. Er sei krumm und lahm, könne weder gehen noch stehen. Man müsse ihn heben und legen. Deshalb wurde der Kaplan ins Ulmer Siechenhaus verlegt, wo er absterben durfte, wie es heißt.

Zum Schutz der Bevölkerung musste man die Aussätzigen im Mittelalter vor den Toren der Stadt in den Siechenhäusern isolieren, das heißt „aussetzen“. Diese Häuser waren mit einer Mauer umgeben und oft mit einer Kapelle ausgestattet. So entstanden in Deutschland im Mittelalter mehr als eintausend Siechenhäuser. Wie Spitäler waren die Siechenhäuser als kirchliche Stiftungen organisiert und europaweit verbreitet. Sie unterstanden dem Kirchenrecht und bischöflicher Aufsicht. Denn man verstand damals die Armenpflege als Taten der Nächstenliebe, ihre Institutionen sind religiös-kirchlich ausgerichtet, auch wenn seit dem 13. Jahrhundert die kirchlichen Stiftungen oft vom Stadtgericht und seinen Beauftragten verwaltet wurden. Die Siechenhäuser lagen oft in der Nähe einer wichtigen Straße. Dort stand ein Opferstock, damit die Reisenden und Stadtbewohner eine Gabe für die Siechen ablegen konnten, ohne sich anzustecken. Um die Isolierung der Siechen konsequent durchführen zu können, mussten sie eine bestimmte, einfache Kleidung tragen und mit einer Siechenklapper auf sich aufmerksam machen, damit sie nicht mit Gesunden zusammentreffen. – Doch welche Rolle spielten dabei die Ämter? Die Stadtgerichte der Ämter hatten zwei wichtige Aufgaben in der Siechenhilfe:

War jemand des Aussatzes verdächtig, untersuchten ursprünglich die Siechen selbst, ob Aussatz vorliegt. Seit dem 15. Jahrhundert waren es dann die Gesundheitsberufe (Wundärzte, Bader usw.), die das Stadtgericht mit der Untersuchung beauftragte. Anschließend stellte das *Amt* bzw. sein Stadtgericht förmlich fest, ob Aussatz vorlag

oder nicht. Im Fall der Erkrankung hatte die amtliche Entscheidung gravierende Folgen: Der Aussätzige war dadurch ins Siechenhaus eingewiesen, also aus der Gemeinschaft ausgestoßen. Außerdem konnte der Kranke über sein Vermögen und seine persönlichen Verhältnisse nicht mehr selbst entscheiden. Mit der amtlichen Entscheidung des Aussatzes hat er sogar seine Geschäfts- und Testierfähigkeit verloren.

Wer aber bezahlte in der Folge für den lebenslangen Aufenthalt im Siechenhaus das *Kostgeld* für *Essen und Trinken*? Da der Sieche oft kein Vermögen hatte oder nicht „flüssig“ war, ist es nun Sache der *Ämter*, ein zweites Mal einzugreifen: Es ließ mit der Heimatgemeinde des armen Kranken über das Kostgeld verhandeln, das die Gemeinde aufbringen musste, soweit der Kranke nicht zahlen konnte. Sobald man sich auch über die Finanzierung klar war, wurde der Kranke in das Siechenhaus und in die Gemeinschaft der Siechen aufgenommen. Der Schreck vor einer lebenslangen Zwangsgemeinschaft mag manchen Aussätzigen in die Flucht getrieben haben. Dann musste er sich einer Gruppe von Bettlern und Vaganten anschließen, die in großer Zahl unsterblich durch die Lande zogen.

Da die Aussätzigen mehr oder weniger konsequent in die Siechenhäuser verbannt waren, um die Ausbreitung des Aussatzes einzudämmen, ebnete die Krankheit im Spätmittelalter allmählich ab und ist im 16. und 17. Jahrhundert in Europa fast ganz erloschen. Neben den Aussätzigen waren in den Siechenhäusern noch *andere abscheuliche Krankheiten* isoliert. Damit waren ansteckende Krankheiten gemeint, die physischen oder psychischen Abscheu

erregten und insofern vergleichbar waren. Heute ist kaum noch feststellbar, um welche Krankheiten es sich damals handelte. Als mit der Entdeckung Amerikas die Syphilis nach Europa verschleppt wurde und sich als Massenseuche entlang der Handelswege und Heerstraßen schon Ende des 15. Jahrhunderts schnell ausbreitete, wurden auch Syphilitiker („Plattrige“) in Siechenhäuser eingewiesen, die man dann auch „Platternhäuser“ nannte.

Um den Aussätzigen zu helfen, wirkten also drei Institutionen zusammen: Die kirchliche Siechenstiftung, die ursprünglich alle Lasten übernehmen konnte, später ergänzt durch *Amt* und Gemeinde. Die Herkunftsgemeinde musste im Notfall (nur) die laufenden Kosten *nach Herkommen* tragen oder vorstrecken. Das Amt entschied darüber, (1) ob Aussatz vorliegt oder nicht (bzw. nicht mehr vorliegt). Damit das Kostgeld tatsächlich beglichen werden konnte, musste das Stadtgericht des Amtes (2) das evtl. Ver-

mögen des Aussätzigen bewerten und aufteilen: Zunächst mussten alle Schulden getilgt werden, der Rest des Vermögens wurde mit den Erben in der Familie geteilt. Mit dem Anteil des Aussätzigen konnten schließlich die laufenden Kosten für das Siechenhaus womöglich beglichen werden. Soweit dieser Anteil für ein lebenslanges Kostgeld – wie so oft – nicht ausreichte, musste die Herkunftsgemeinde für das Kostgeld vollends eintreten, die es dann auf die Haushaltungen im Dorf umlegte. Die Fäden liefen also beim Stadtgericht des Amtes zusammen.

Im Mittelalter und in der frühen Neuzeit stand nicht in jeder Amtsstadt vor den Toren ein Siechenhaus zur Verfügung. So hat man sich gegenseitig von *nachbarschaftswegen* ausgeholfen, auch über konfessionelle und herrschaftliche Grenzen hinweg. Dies war umso eher angebracht, als die Zahl der Aussätzigen im Spätmittelalter rückläufig war. Die Auswärtigen mögen allerdings

ein höheres Kostgeld bezahlt haben. Das Zusammenwirken der drei Institutionen in der Aussätzigenhilfe hat sich gewohnheitsrechtlich eingespielt. Die Verantwortlichen handeln also *nach Herkommen*. Als dann Herzog Ulrich im Jahr 1536 für die allgemeine Armenpflege eine „Kastenordnung“ erließ (und damit als Landesherr die neue Rolle des Gesetzgebers beanspruchte), konnte er sich auf alte Gewohnheit beziehen, *damit Billigkeit in allwegen gehalten ist*.¹

¹ Siegfried Reicke: Das Spital und sein Recht im Mittelalter. 2 Bände (Kirchenrechtliche Abhandlungen. Heft 111–114) Stuttgart 1932. Neudruck: Amsterdam 1961. Über Leprosenspitäler: Band 1, S. 310–326. Über das Recht der Leprosen: Band 2, S. 233–286. – Wolfgang W. Schürle: Lepra und andere abscheuliche Krankheiten. Von Sondersiechen und ihren Stiftungen in Württemberg sowie in *Stadt und Amt* Blaubeuren. (Mit weiteren Nachweisen). In: Ulm und Oberschwaben. Zeitschrift für Geschichte, Kunst und Kultur. Band 58 (2013) S. 102–172. Hier: S. 133–138, S. 143–145.

--	--

OSTALBKREIS, AALEN



Regierungsbezirk Stuttgart
Einwohnerzahl: 306 974 (Stand 30.9.2013)
Fläche in km²: 1511,57 (Stand 31.12.2013)
Zahl kreisangehöriger Städte/Gemeinden: 42
davon Große Kreisstädte: 3

Hausanschrift:
Landratsamt Ostalbkreis
Stuttgarter Straße 41
73430 Aalen

Postanschrift:
Landratsamt Ostalbkreis
Postfach 14 40
73428 Aalen

Zentrale:
Telefon: 073 61 / 5 03-0
Telefax: 073 61 / 5 03-477
E-Mail: info@ostalbkreis.de

Pressestelle:
Telefon: 073 61 / 5 03-1312
Telefax: 073 61 / 5 03-581312
E-Mail: pressestelle@ostalbkreis.de

Wirtschaftsförderung:
Telefon: 073 61 / 5 03-1214
Telefax: 073 61 / 5 03-581214
E-Mail: wirtschaftsfoerderung@ostalbkreis.de

Tourismus:
Telefon: 073 61 / 5 03-1767
Telefax: 073 61 / 5 03-581767
E-Mail: tourismus@ostalbkreis.de



Landrat:
Klaus Pavel
seit 11.9.1996

Mandatsverteilung:
Gesamt 71 Sitze, davon

CDU:	31
SPD:	14
Freie Wähler Ostalbkreis:	13
Bündnis 90/Grüne:	8
FDP:	2
Die Linke:	2
Alternative für Deutschland:	1

Geografische Lage:



Mehr Infos:
www.ostalbkreis.de

Wissenswertes

Der Ostalbkreis ist geprägt durch tief eingeschnittene Talsysteme, geformt durch die Flussläufe von Rems in Ost-West-Richtung und von Jagst, Kocher und Brenz in Nord-Süd-Richtung. Diese Talräume stellen die topographisch vorgegebenen Entwicklungsachsen dar, an denen entlang sich Bevölkerung und Industrie konzentrieren. So sind etwa 90 % aller industriell-gewerblicher Arbeitsplätze im Bereich der genannten Entwicklungsachsen angesiedelt. Die Bereiche abseits dieser Achsen in Ost-West- bzw. Nord-Süd-Richtung sind vorwiegend land- und forstwirtschaftlich geprägt.

Zum 1. Januar 1973 ging der Ostalbkreis bei der kommunalen Gebietsreform aus den damaligen Landkreisen Aalen und Schwäbisch Gmünd sowie einem Teil des Altkreises Backnang hervor. Kreissitz, das heißt Sitz des Landratsamtes, ist Aalen. Gemessen an seiner Fläche ist der Ostalbkreis drittgrößter Landkreis in Baden-Württemberg und größter Landkreis im Regierungsbezirk Stuttgart. Im Osten Baden-Württembergs gelegen, grenzt er an den Freistaat Bayern mit den Landkreisen Ansbach und Donau-Ries an. Innerhalb von Baden-Württemberg wird der Ostalbkreis flankiert von den Landkreisen Schwäbisch Hall im Norden, Heidenheim im Süden und dem Kreis Göppingen im Südwesten. Westlicher Nachbar ist der Rems-Murr-Kreis, der der Region Stuttgart angehört.

Wegen seiner abwechslungsreichen und intakten Naturlandschaft am Rande und auf der Schwäbischen Alb, seiner vielseitigen Kultur und seinen historischen Städten und Gemeinden ist der Ostalbkreis beliebtes Ausflugs- und Urlaubsziel. Auf den Spuren der Römer entlang des Limes wandern, staufische Weltmachtgeschichte hautnah an authentischen Plätzen erleben und abends ein Konzert eines international renommierten Jazz- oder Kirchenmusik-künstlers besuchen – das bietet der Ostalbkreis seinen Besuchern. Mit fast 60 Kilometern Limeslinie verfügt der Ostalbkreis über den größten zusammenhängenden Anteil am Weltkulturerbe Limes in ganz Baden-Württemberg. Von Lorch über Schwäbisch Gmünd, Aalen und Rainau bis nach Ellwangen reihen sich die Freilichtsehenswürdigkeiten, Grabungen, Rekonstruktionen und Museen zur Römergeschichte förmlich aneinander. Diese interessante Häufung ist ein kulturelles und touristisches Alleinstellungsmerkmal in Deutschland.

Die Wirtschaftsstruktur des Kreises ist geprägt vom Maschinen- und Fahrzeugbau, gefolgt von der Feinmechanik und Optik, der Metallerzeugung und -verformung sowie der Elektrotechnik und Holzverarbeitung. Drei Hochschulen, ein Fernstudienzentrum und eine Vielzahl von Bildungseinrichtungen im Ostalbkreis bilden die Grundlage für eine fundierte Ausbildung von Nachwuchskräften.



Ostalbkreisverwaltungshaus